Zeitschrift: Jahrbuch der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft. Wissenschaftlicher und administrativer Teil = Annuaire de la Société Helvétique des Sciences Naturelles. Partie scientifique et administrative

Herausgeber: Schweizerische Naturforschende Gesellschaft

Band: 162 (1982)

Teilband: Wissenschaftlicher Teil : Stadtdynamik in der Schweiz = Partie scientifique : la dynamique urbaine en Suisse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

P 819 337 : 1982/2

Die 1815 gegründete Schweizerische Naturforschende Gesellschaft ist die älteste wissenschaftliche Dachgesellschaft der Schweiz. Ihr Ziel ist die Förderung und Entwicklung der exakten und Naturwissenschaften und deren Vertretung in der Öffentlichkeit. Den intensiven Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftern verschiedener Fachrichtungen fördert die SNG, indem sie Symposien durchführt oder unterstützt und publiziert. Das Jahrbuch, wissenschaftlicher Teil, ist die Fortsetzung der seit 1819 erschienenen Verhandlungen der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft.

Fondée en 1815, la Société helvétique des sciences naturelles est la plus ancienne organisation faîtière scientifique du pays. Elle a pour but l'encouragement et le développement des sciences exactes et naturelles, leur compréhension auprès du public et l'intensification des échanges entre scientifiques de diverses disciplines. Elle organise et soutient des symposia et en publie les actes. L'Annuaire, partie scientifique, remplace les Actes de la Société helvétique des sciences naturelles, publiés depuis 1819.

Stadtdynamik in der Schweiz

La dynamique urbaine en Suisse

für die SNG herausgegeben von
édité pour la SHSN par

Lienhard Lötscher

1983
Birkhäuser Verlag
Basel · Boston · Stuttgart

P 819 337 : 1982/2

CatE

21. FEB. 1983

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

© 1983 Schweizerische Naturforschende Gesellschaft Bern
Printed in Switzerland by Birkhäuser AG, Graphisches Unternehmen, Basel
ISSN 0080/7362

Arbeiten zur Stadtdynamik an geographischen Instituten

Raumorganisation und Disparitäten

Migration und Suburbanisierung

Struktur und Wandel von Lebensräumen

Jahrbuch der SNG/Annuaire de la SHSN

1978
Gletscher und Klima/Glacier et climat
1981. 312 Seiten/pages. Broschur/broché

1979
Méthode et responsabilité/Methode und Verantwortung
1981. 112 pages/Seiten. Broché/Broschur

1980, Fasc. 1
Das Bewegungsverhalten von Krebszellen/
Winterthurer Naturforscher und Techniker vor 1850/
Die Relevanz von Lysimetern/
Elektrochemie und verwandte Probleme
1982. 138 Seiten/pages. Broschur/broché

1980, Fasc. 2
Osteosynthese und Endoprothese/
Ostéosynthèse et Endoprothèse
1983. ca. 300 Seiten/pages. Broschur/broché

1980, Fasc. 3
Wirbeltierzytogenetik/Cytogénétique des vertébrés/
Cytogenetics of Vertebrates
1981. 86 Seiten/pages. Broschur/broché

1981
Vom Ursprung der Dinge/
De l'origine des choses
1983. 160 Seiten/pages. Broschur/broché

1982
Stadtdynamik in der Schweiz
La dynamique urbaine en Suisse
1983. 112 Seiten/pages. Broschur/broché

STADTDYNAMIK IN DER SCHWEIZ

LA DYNAMIQUE URBAINE EN SUISSE

Birkhäuser Verlag

Jahrbuch der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft, wissenschaftlicher Teil
Annuaire de la Société Helvétique des Sciences Naturelles, partie scientifique

1982/2

Inhalt

L. Lötscher (Basel)
Einführung 5
Introduction 7

Arbeiten zur Stadtdynamik an geographischen Instituten

L. Bridel, J.-B. Racine, L. Bahud, C. Delapierre (Lausanne)
La géographie urbaine à l'Université de Lausanne 10

K. Itten (Zürich)
Beiträge zur Stadtgeographie Zürichs 1978–1981 14

L. Lötscher (Basel)
Geographische Stadtforschung in Basel 21

Raumorganisation und Disparitäten

J.-L. Piveteau (Fribourg)
Industrialisation et urbanisation de la Suisse depuis 1780 26

E. Brugger (Bern), M. Schuler (Lausanne)
Zentren und Peripherien in der Schweiz 30

M. Boesch (St. Gallen)
Zur Zentralitätsstruktur in Stadt und Region St. Gallen 40

Migration und Suburbanisierung

E. Gächter (Bern)
Urbane Migrationsprozesse und -motive am Beispiel von Bern 50

F. Turolla (Bern)
Randwanderungsprozesse in der mittelstädtischen Region Biel 57

J. Rohner (Basel)
Wohnen im ländlichen Raum um Basel 64

Struktur und Wandel von Lebensräumen

E. Roques-Bäschlin (Bern)
Die Schweizer Stadt im Lichte der Bebauungstypen 70

M. Knüsli (Basel)
Städtische Freiflächen in Basel, Bern und Luzern 77

B. Hablützel (Zürich)
Entwicklung der Bau- und Nutzungsstruktur in Stadtteilen 81

G. Dürrenberger (Zürich)
Baulicher und sozialer Wandel in Zürich-Aussersihl seit 1970 88

Ch. Hussy (Genève)
La cartographie comme aide à une politique du logement urbain 93

B. Werlen (Fribourg)
Methodologische Probleme handlungstheoretischer Stadtforschung 100

Einführung

Mit dem Symposium zur «Stadtdynamik in der Schweiz» hatte sich die Schweizerische Geographische Gesellschaft das Ziel gesetzt, anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft eine Zwischenbilanz stadtgeographischer Forschung in der Schweiz zu ziehen. Das Symposium fand am 8. und 9. Oktober 1982 am Geographischen Institut der Universität Basel statt, das auch für die Organisation und Durchführung besorgt war.

Es wurden 15 Kurzreferate (von 20 Min.) gehalten, denen jeweils eine Diskussion (von 10 Min.) folgte. Die unabhängig voneinander verfassten Beiträge waren von der Symposiumsleitung in vier Themenblöcke zusammengefasst worden. Diese Tagungsabschnitte wurden je von einem Sitzungsleiter betreut, der für die Einhaltung des Zeitplans und die Strukturierung der Diskussion besorgt war. Aus technischen Gründen war es leider nicht möglich, auch die Diskussionsbeiträge in den vorliegenden Tagungsband aufzunehmen.

Der *erste Tagungsabschnitt* (Sitzungsleiter: J. Rohner) umfasste die *Arbeiten zur Stadtdynamik* der Universitätsinstitute von Lausanne (L. Bridel), Zürich (K. Itten) und Basel (L. Lötscher), wobei jeweils Konzept, Aufbau und unpublizierte Arbeiten vorgestellt wurden.

Der *zweite Tagungsabschnitt* (Sitzungsleiter: M. Knüsli) war Themen gewidmet, die sich mit Problemen von *«Raumorganisation und Disparitäten»* befassten. J.-L. Piveteau analysierte drei Phasen der Industrialisierung und Urbanisierung in der Schweiz und stellte als Ergebnis eine zunächst überraschende Raumorganisation der Schweiz vor. Auf diese hauptsächlich wirtschaftshistorisch erarbeitete Analyse folgte die nach Theorie und Methodik eher aktual und wirtschaftswissenschaftlich orientierte Studie von E. Brugger und M. Schuler über Zentren und Peripherien in der Schweiz. Die beiden Autoren stellten in einer ersten Zwischenbilanz (ausser Ansätzen, die sowohl in Theorie und Methode wegweisend erscheinen) eine Raumorganisation zur Diskussion, welche die von J.-L. Piveteau aufgezeigte Gliederung zu bestätigen scheint. M. Boesch demonstrierte am Beispiel der Zentralitäts-Struktur in Stadt und Region St. Gallen, wie mit einem normativen Ansatz entscheidungsorientierte Aussagen bezüglich der Forderung nach «hinreichender Versorgung» der Bevölkerung in raumplanerische Szenarien umgesetzt werden können.

Im *dritten Tagungsabschnitt* (Sitzungsleiter: H.-L. Kessler) waren Beiträge zusammengefasst, die sich mit den Themen *«Migration und Suburbanisierung»* auseinandersetzten. E. Gächter schilderte Migrationsprozesse am Beispiel der Stadt Bern und ihres Umlandes, wobei auch die Resultate von zwei Befragungen über Wanderungsmotive sowie subjektive Zufriedenheit der städtischen Bevölkerung mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld vorgestellt wurden. Umfang, Bestimmungsfaktoren und Steuerungsmöglichkeiten des Randwanderungsprozesses in der Region Biel wurden von F. Turolla vorgetragen. Er sah als Hauptursachen des Bevölkerungsverlustes den ungenügenden Zuwachs und die ungünstige Struktur des Wohnungsbestandes. Bisher kaum untersuchte Aspekte von Migration und Suburbanisierung wurden von J. Rohner beleuchtet. Seine laufende Untersuchung zur «Rurbanisation», d.h. zur Wohnsitznahme einer städtisch orientierten Bevölkerung in ländlichen Gemeinden ausserhalb der Agglomeration, versucht zudem am Fallbeispiel Basel, die Wirkung von Grenzen auf den untersuchten Prozess herauszuarbeiten.

Der *vierte* und grösste *Tagungsabschnitt* (Sitzungsleiter: H.-L. Kessler und L. Lötscher) war Beiträgen zu *«Struktur und Wandel von*

Lebensräumen» gewidmet. E. Roques-Bäschlin erläuterte erste Resultate einer phänomenologischen Analyse von Stadtstrukturen aufgrund einer neuen Bebauungstypen-Methode, mit deren Hilfe die Stadtentwicklung in grossen Zügen erkannt werden kann. Anhand eines Vergleichs der Städte Basel, Bern und Luzern schilderte M. Knüsli die Entwicklung und funktionale Ausprägung innerstädtischer Freiflächentypen. Darüber hinaus wurden Massnahmen der Wiederinwertsetzung sowie Beeinträchtigungen städtischer Freiflächen in ihrer Bedeutung für den Lebensraum aufgezeigt. B. Hablützel stellte eine laufende Untersuchung räumlicher Veränderungsprozesse in Zürcher Stadtteilen vor, wobei der oekonomische Motor der Verdichtung, deren Wirkungsweise, die optisch wahrnehmbaren Phänomene sowie neu entstehende Folgeprobleme planerischer Interventionen analysiert wurden. Als Ergebnis werden Aussagen erwartet, wie «Therapiemassnahmen» und Strategien verbessert werden könnten. G. Dürrenberger erläuterte den baulichen und sozialen Wandel des Zürcher Quartiers Aussersihl. Die Analyse berücksichtigte insbesondere den Verlust an billigem Wohnraum, die heute wieder attraktive Hofbauweise und die Probleme der Cityausdehnung, wobei ein Zusammenhang mit den aktuellen Jugendproblemen festgestellt wurde. Ch. Hussy berichtete von einer im Auftrag der Genfer Stadtverwaltung durchgeführten statistischen und graphischen Untersuchung zum Thema «Stadtkern im Umbruch». Seine neue Methode der isometrischen Darstellung der Gebäudestruktur und Stockwerkbewertung ermöglicht beispielsweise, schützenswerte Wohngebäude auszuscheiden. Mit dieser Methode scheint ein wichtiger Durchbruch in der kartographischen Darstellung städtischer Nutzungen geglückt zu sein. Der Tagungsbericht schliesst mit einem Beitrag von B. Werlen zu den methodologischen Problemen handlungstheoretischer Stadtforschung. Diese theoretischen Überlegungen dürften zumindest all jenen willkommen sein, die sich mit theoriegeleiteter, alltagsorientierter Lebensraumanalyse sowie mit im Sinne der Benutzer intentionsgerechter Lebensraumgestaltung befassen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die vorliegenden Beiträge die in der Sozialgeographie feststellbare Tendenz der Verlagerung von einer Raum- zu einer Gesellschaftswissenschaft widerspiegeln. Dies zeigt sich insbesondere in der Häufung der problem- und anwendungsbezogenen Ansätze und in der zunehmenden Verwendung sozialwissenschaftlicher Methoden und Instrumente. Aufschlussreich ist auch die Tendenz zur theoriegeleiteten Lebensraumanalyse, die sich an der Komplexität der Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung und an der benutzergerechten Lebensraumgestaltung orientiert. Die Zwischenbilanz des vorliegenden Tagungsberichtes dürfte somit auch zeigen, dass Geographen in der Lage sind, wichtige Forschungsbeiträge «im Dienste des Gemeinwohls» zur Lösung dringendster Probleme zu leisten.

Lienhard Lötscher
Basel

Introduction

Le but du symposium «La dynamique urbaine en Suisse» de la Société suisse de géographie était de faire un bilan intermédiaire de la recherche géographique urbaine en Suisse à l'occasion de l'assemblée annuelle de la Société helvétique des sciences naturelles. Ce symposium eut lieu les 8 et 9 octobre 1982 à l'Institut de géographie de l'Université de Bâle, qui s'était chargé de l'organisation.

A ce symposium furent présentées quinze communications de 20 minutes, suivie chacune d'une discussion de 10 minutes. Ces communications, rédigées indépendamment l'une de l'autre, étaient groupées en quatre sections thématiques, et chacune des sections était dirigée par un modérateur qui veillait à l'observance de l'horaire et menait la discussion. Pour des raisons d'ordre technique, il n'est pas possible de reproduire les discussions dans le présent volume.

La première section (modérateur de la séance: J. Rohner) comprend les rapports d'activité des instituts universitaires de Lausanne (L. Bridel), Zurich (K. Itten) et Bâle (L. Lötscher). On y présente les concepts, les structures et les travaux non publiés.

La seconde section (modérateur: M. Knüsli) est consacrée aux problèmes relatifs à l'organisation de l'espace et aux disparités. J.-L. Piveteau fait l'analyse de trois phases de l'industrialisation et de l'urbanisation en Suisse et révèle une organisation spatiale assez surprenante. Cette analyse essentiellement historique et économique est suivie par l'étude sur les centres et périphéries en Suisse de E. Brugger et M. Schuler, étude tournée vers l'actualité et l'économie. Dans un premier bilan, les deux auteurs proposent à la discussion (outre des approches nouvelles et exemplaires pour la théorie et la méthode) une organisation spatiale qui semble confirmer la structure révélée par J.-L. Pivetau. Ensuite, partant de la nécessité actuelle d'une géographie normative, M. Boesch examine l'approvisionnement de la région saint-galloise et le compare aux conditions régnant dans la ville de Saint-Gall. Gardant en vue l'objectif fixé, soit la sécurité de l'approvisionnement, l'auteur expose quatre conclusions concernant la politique de l'approvisionnement.

La troisième section (modérateur de la séance: H.-L. Kessler) groupe des communications portant sur les migrations et la suburbanisation. E. Gächter relate des processus de migration en prenant la ville de Berne et ses alentours pour exemple, et présente les résultats de deux enquêtes menées pour établir les causes des migrations et pour évaluer le degré de la satisfaction ressentie par la population urbaine à l'égard de son habitat et de son environnement. Ensuite, l'ampleur, les facteurs décisifs et la possibilité de guider les migrations entre ville et périphérie dans la région de Bienne font l'objet de la communication de F. Turolla. Pour lui, les causes principales de la régression de la population résident dans l'insuffisance et la mauvaise structure de l'habitat. J. Rohner relève quelques aspects peu étudiés jusqu'à présent des migrations et de la suburbanisation. Son étude en cours sur la rurbanisation, c'est-à-dire sur l'installation dans des communes rurales d'une population tournée vers la ville, tente de dégager, en prenant Bâle pour exemple, l'impact des frontières sur le processus étudié.

La quatrième et plus importante section (modérateurs: H.-L. Kessler et L. Lötscher) est consacrée aux communications portant sur la structure et la transformation des espaces vitaux. E. Roques-Bäschlin commente les premiers résultats d'une analyse des structures urbaines basée sur les types de construction. Cette méthode permet de reconnaître l'évolution de la ville dans ses grands traits. Faisant la comparaison des villes de Bâle, Berne et Lucerne, M. Knüsli relate le déve-

loppement et la fonction des espaces libres dans les centres-villes. En outre, il expose les mesures prises pour remettre les espaces libres en valeur et parle des atteintes qui leur ont été portées B. Hablützel présente une étude, toujours en cours, de la transformation spatiale qui a lieu dans certaines parties de la ville de Zurich, en analysant le moteur économique de la densification, l'impact de celle-ci, les phénomènes perceptibles à l'œil nu ainsi que les problèmes nouveaux créés par la planification. On en espère des suggestions pour améliorer les mesures palliatives. G. Dürrenberger commente la transformation architectonique et sociale du quartier zurichois d'Aussersihl. Son analyse tient compte notamment de la perte d'habitat à loyer modéré, de la préférence redonnée aujourd'hui aux pâtés de maisons entourant une cour, et des problèmes inhérents à l'extension du centre-ville: il établit en passant une relation avec les problèmes de la jeunesse actuelle. Ch. Hussy fait le compte rendu d'études statistiques et graphiques sur le dépeuplement urbain, effectuées à la demande de la municipalité de Genève. Sa nouvelle méthode de représentation isométrique de la structure des bâtiments et d'évaluation des étages permet, entre autres, de signaler les bâtiments justifiant une réhabilitation. Cette méthode semble une heureuse innovation en matière de représentation cartographique des utilisations urbaines. Le symposium se termine par une communication de B. Werlen sur les problèmes méthodologiques de la recherche urbaine en matière de théorie de l'action. Ces réflexions seront utiles à ceux qui s'occupent d'analyser l'espace vital, tel qu'il est perçu dans la vie quotidienne, et la forme donnée à cet espace vital, forme qui devrait répondre aux désirs des utilisateurs.

En conclusion, on peut dire que les communications reflètent la tendance, percevable, de la géographie sociale à devenir une science sociale, alors qu'elle était une science spatiale. Ceci se constate notamment à l'augmentation de la recherche appliquée orientée vers les problèmes actuels et à l'application de plus en plus fréquente de méthodes et d'instruments socio-scientifiques. A noter la tendance à analyser l'espace vital en appliquant une théorie donnée et en tenant compte de la complexité des besoins de la population intéressée et de la forme à donner à l'espace vital. Le bilan intermédiaire du présent compte rendu montre donc que les géographes sont à même d'apporter une précieuse contribution à la solution de problèmes urgents.

Lienhard Lötscher
Bâle

(Traduction: M.-J. Wullschleger-Pattusch)

La géographie urbaine à l'Université de Lausanne

Laurent Bridel, Jean-Bernard Racine, Loyse Pahud, Claudine Delapierre

Zusammenfassung

Die Verfasser orientieren über Arbeitskonzept und Zielsetzung stadtgeographischer Aktivitäten am Lausanner Institut. Die vier wichtigsten Bereiche des Unterrichts betreffen das Verstädterungsphänomen, die innere Differenzierung, den Lebensraum der Bewohner und die raumwirksame Tätigkeit öffentlicher Entscheidungsträger.
Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre sind Diplomarbeiten entstanden zu den Problemen grosser Wohnüberbauungen oder öffentlicher Bauten, zur Stadtplanung oder zu lebensräumlichen Teileinheiten der Stadt.
Das Forschungsinteresse des Lehrkörpers ist breit gefächert: Stadtklima, Stadtsystem der Schweiz, Modellbildung und Methoden zur Verhaltensforschung, Stadterneuerung und Planungsprobleme.

Résumé

L'enseignement porte sur la présentation du phénomène de l'urbanisation, sur l'étude de la ville comme espace différencié, ainsi que sur le vécu des habitants et sur les résultats de l'action des pouvoirs publics.
Les mémoires d'étudiants ont traité, au cours des quinze dernières années, de l'analyse de grands ensembles, de grands équipements publics, de l'aménagement urbain et, plus récemment, de l'espace vécu et pratiqué.
Les intérêts et recherches des enseignants concernent une large palette de sujets — climatologie urbaine, réseau urbain suisse, méthodes de recherche fondées sur de nouveaux modèles d'attitude, rénovation urbaine et problèmes d'aménagement.

Enseignement

L'enseignement et la recherche en géographie urbaine forment une des composantes essentielles des activités de l'Institut de géographie de l'Université de Lausanne. Cette situation est le double résultat des intérêts originaux de deux des enseignants (J.B. Racine, professeur, et Mme Micheline Cosinschi, agrégée de Faculté) et de l'évolution des préoccupations de la géographie ces cinq dernières années, dont les travaux locaux se font évidemment l'écho...
L'enseignement de la géographie urbaine comporte trois grands volets. D'une part la présentation du *phénomène de l'urbanisation* et de ses conséquences aux différentes échelles de pertinence, dans une perspective historique. C'est l'occasion de la présentation de la ville comme élément constructif d'un réseau hiérarchisé de complémentarité dont la géographie est capable de rendre compte d'un double point de vue théorique et empirique en l'inscrivant dans la dynamique sociale et économique de notre temps. D'autre part, l'étude de la *ville comme espace différencié,* en étudiant les différentes images que les géographes ont su en donner en recourant là encore à la notion de modèle, et en s'appuyant sur la présentation des différentes techniques (dont les analyses statistiques multivariées) permettant de définir en leur sein des structures latentes en fonction desquelles se définissent les différentes niches écologiques qui forment les milieux de vie locaux. L'étude enfin du *vécu des habitants,* leurs perceptions, leurs attitudes, leurs comportements et les représentations qu'ils s'en donnent et qui les conditionnent au moins partiellement. C'est à ce troisième niveau que l'on décrit avec un maximum de précision et d'acuité les *signes des interventions des différents pouvoirs* et que l'on cherche à mesurer les faits qui ressortissent de ce

qu'on appelle aujourd'hui la justice territoriale, ou plus généralement, la géographie du bien-être.

Travaux d'étudiants

Enseignées tour à tour, ces trois séries de cours suscitent l'essentiel des recherches entreprises au niveau des *mémoires de licence:*
Les grands ensembles: étude de la réalisation des nouveaux quartiers de Valmont, Mont-Goulin (Magnin 1969), Boisy-Pierrefleur (Giuliani 1974), Ancien Stand, Malley-Provence, la Rouveraie (Bois et al. 1974) et la Bourdonnette (Lebet 1981). Après un survol traditionnel site-situation, ces travaux analysent les étapes de construction, les conditions de logement, l'infrastructure, les services, la vie de quartier, le profil socio-professionnel des habitants et les relations du quartier à la ville. L'étude de la Bourdonnette insiste tout particulièrement sur les mécanismes de prise de décision.
Les grands équipements: réflexion théorique appliquée à la gare de Lausanne-Triage et de son insertion dans les trames de l'espace périurbain (Roulin 1975); étude de la réalisation du CHUV (Centre hospitalier universitaire vaudois) (Dreyfuss 1978) et du nouvel emplacement de l'université à Dorigny (Delapierre 1980); quand, pourquoi et comment a-t-on choisi la localisation et le volume de ces deux complexes? Quels rapports entretiennent-ils avec la ville et quelle est leur signification symbolique? Comment les étudiants perçoivent-ils leur nouvel espace?
L'aménagement urbain: urbanisme et élections au Conseil communal, confrontation des promesses électorales aux réalisations effectuées (Frei 1978); étude de la politique urbaine de la ville en quelques «points chauds» (Catillaz 1981); analyse des processus de décision quant à l'aménagement de quelques espaces: la plateforme du Flon (Cerny 1976), le littoral lausannois (Girard 1979), le centre de Renens (Zoller 1976).
La répartition de certains phénomènes à l'échelle de la ville: étude de la localisation et des pratiques des églises et communautés religieuses (Doge, 1978); étude de l'espace-machine lausannois (développement de la voirie et tentative de hiérarchisation de 78 rues) (Loutan-Mauron 1980); délimitation de la banlieue par les migrations alternantes des travailleurs (Barbier 1960); étude de la croissance de l'agglomération lausannoise durant les vingt dernière années (Ramseyer 1979).
L'espace vécu/perçu: étude de la pratique et de la perception (par des échantillons d'usagers) du centre-ville (Bertholet et al. 1982), de deux rues commerçantes (Birnholz 1981), des places (Gisling 1977), d'une paroisse (Bouquet 1981) et d'un «quartier-trou» (Pahud 1979); analyse de la perception de Lausanne par les enfants et les personnes âgées (Jaques 1981).
Afin de mettre les étudiants en contact avec les problèmes d'une recherche sur le terrain dès le début de leurs études, les débutants, dans le cadre de l'enseignement d'introduction à la géographie humaine, doivent participer à une *étude monographique d'une commune de l'agglomération lausannoise* (Bridel 1978, 1980, 1981). Ces exercices ont permis de récolter des informations de première main en particulier sur l'ampleur et l'origine des mouvements d'immigration et sur la répartition de la propriété foncière.

Travaux et recherches des enseignants

Micheline Cosinschi-Meunier mène une recherche sur la croissance et la différenciation du système urbain suisse dès 1850, surtout entre 1970 et 1980. Cette étude se situe à l'échelle du réseau urbain ainsi qu'à l'échelle intra-urbaine des grandes agglomérations. Lausanne y est l'objet d'une écologie factorielle.
Michel Roten, professeur associé, porte l'essentiel de ses travaux sur une meilleure connaissance du climat urbain dans des villes moyennes. Après avoir publié, dans le cadre de l'Université de Fribourg, une étude sur le climat de cette ville (Roten 1979), il se concentre maintenant sur Sion. Un mémoire de licence a été consacré au cas particulier de Renens, commune de l'Ouest lausannois (Tschumi 1980).
Les thèmes d'intérêt et de recherche de *Laurent Bridel* concernent essentiellement trois domaines:
Les villes suisses sont impliquées, depuis bien des années déjà, dans un processus de *rénovation urbaine;* nous entendons par là toutes les modifications tendant à changer ou sim-

plement à renouveler le tissu urbain existant. Ce processus devient d'autant plus important que la croissance sur le pourtour de la ville se trouve sérieusement ralentie et que la population des villes-centres des agglomérations décroît au bénéfice de communes en voie de rurbanisation. A travers l'étude de cas de rénovation urbaine, on découvre les mécanismes complexes, économiques, sociaux et politiques qui sont à l'origine des profonds changements actuels de l'espace urbain.

L'espace urbain devient de plus fréquemment l'enjeu de *conflits,* qui témoignent de la variété des intérêts en présence et de la difficulté de faire surgir des solutions acceptables par toutes les parties. De plus en plus, l'habitat, les voies de circulation, les espaces d'usage public devront être redéfinis à travers les processus de conflits et d'arbitrages, ce qui ouvre un large champ à la géographie appliquée à l'urbanisme.

Une des trames essentielles de l'espace urbain demeure très mal connue; il s'agit de la *propriété foncière* qui, depuis plus d'un siècle, joue un rôle considérable dans le développement puis la transformation des fonctions urbaines. Elle marque aussi l'espace symbolique de la ville et transparaît dans les évaluations des habitants et la qualité de leur milieu de vie. Le programme national en préparation sur le sol devrait mettre cet aspect au centre de son plan de recherches.

Jean-Bernard Racine, titulaire de l'enseignement de géographie urbaine, mène actuellement deux grandes recherches:

En collaboration avec URBAPLAN, il examine, dans le cadre d'un projet FNRS (Programme national «Région»), la mesure suivant laquelle la structure du réseau suisse assure une diffusion par paliers de l'activité économique et remplit ou non sa fonction d'animateur à partir des grands centres vers les régions périphériques en passant par les centres intermédiaires (hypothèse qu'en fait nous essayons de falsifier). Par ailleurs, au travers de différentes méthodes concurrentes et à différentes échelles, il examine la qualité de la vie et ses représentations au sein de l'agglomération de Lausanne, celle-ci ayant été préalablement «radiographiée» selon les méthodes aujourd'hui traditionnelles de l'écologie factorielle.

L'essentiel de son effort consiste cependant à développer actuellement, en collaboration avec une équipe pluridisciplinaire de York University à Toronto, une méthodologie pertinente pour l'étude de la qualité de la vie urbaine à partir de la mobilisation d'indicateurs sociaux subjectifs, dans le cadre d'une problématique nouvelle, fondée sur des modèles d'attitude en cours d'élaboration et qui devraient relancer, sur des bases plus solides, les études déjà traditionnelles de la géographie behavioriste.

Références

Mémoires sous forme de dactylogrammes deposés à l'institut de géographie

Barbier, J. 1960: La banlieue lausannoise définie par l'étude des migrations alternantes de travailleurs.

Bertholet, H., Neymark, F. 1982: Le centre-ville lausannois. L'emprise de la structure commerciale sur le vécu des citadins.

Birnholz, S. 1981: Le concept de hiérarchie appliqué à l'échelle du centre-ville. Etude comparative de deux rues du centre-ville lausannois (Bourg et Ale).

Bois, P., Furrer, E., Turuvanni, A. 1974: Formes et structures de l'habitat collectif récent à Lausanne, étude de géographie urbaine comparée.

Bouquet, A. 1981: Les structures de l'espace vécu autour de Saint-Matthieu: perception, pratiques et comportements.

Catillaz, J.-M. 1981: Lausanne: la ville change, qui décide?

Cerny, F. 1976: Perspectives de l'aménagement d'un espace urbain central: le cas de la plate-forme du Flon à Lausanne. La problématique d'un choix. Les composantes du pouvoir décisionnel.

Delapierre, C. 1980: Du centre à la périphérie, le cas de l'Université de Lausanne.

Doge, S. 1978: Les églises et communautés religieuses de l'agglomération lausannoise. Etude géographique: localisation et pratiques.

Dreyfuss, V. 1978: Le bloc hospitalier du CHUV: un élément essentiel de la configuration hospitalière publique à Lausanne. Essai de géographie urbaine et sociale.

Frei, O. 1978: Urbanisme et élections au Conseil communal. Le cas de Lausanne (1965-1977).

Girard, A. 1979: Des choix économiques à l'aménagement urbain: le littoral lausannois.

Gisling, D. 1977: Le concept de géobiographie. Contribution à une géographie de la perception de la ville de Lausanne.

Giuliani, M.-A. 1974: Le quartier de Boisy-Pierrefleur. Relation du quartier et de la ville. Les problèmes d'intégration de deux âges urbains.

Jaques, L. 1981: La perception de la ville par les enfants et les personnes du troisième âge.

Lebet, J. 1981: La production de l'environnement construit: le quartier de la Bourdonnette.

Loutan-Mauron, C. 1980: L'espace-machine lausannois.
Magnin, C. 1969: Etude de deux quartiers: Valmont et Mont-Goulin.
Pahud, L. 1979: Les trous ou à la recherche d'une géographie familière.
Ramseyer, H. 1979: La croissance de l'agglomération lausannoise 1960-1979. Données pour l'organisation d'excursions.
Roulin, M. 1975: Lausanne-Triage, contribution à l'analyse géographique de l'insertion d'une infrastructure de transports dans les trames de l'espace péri-urbain: à la recherche d'une problématique.
Tschumi, L. 1980: Le climat urbain de Renens.
Zoller, S. 1976: Le développement récent de Renens. Essai d'analyse du processus de prises de décisions en matière d'aménagement de l'espace.

Publications

Bridel, L. 1978: Le Mont-sur-Lausanne, banlieue résidentielle. Matériaux pour les cours et séminaires 12, Institut de géographie, Lausanne.
Bridel, L. 1979: La question du sol urbain. Matériaux pour les cours et séminaires 13, Institut de géographie, Lausanne.
Bridel, L. 1980: Bussigny 1979, analyse d'une commune par les étudiants de première année en géographie de l'Université de Lausanne. Matériaux pour les cours et séminaires 14, Institut de géographie, Lausanne.
Bridel, L. 1981: Romanel 1980, monographie. Matériaux pour les cours et séminaires 16, Institut de géographie, Lausanne.
Roten, M. 1979: Climat urbain et suburbain de Fribourg. Editions universitaires, Fribourg.

Adresse de l'auteur:

Prof. Dr. L. Bridel
Institut de géographie de l'Université de Lausanne
Bâtiment des facultés des sciences humaines
Dorigny
1015 Lausanne

Beiträge zur Stadtgeographie Zürichs 1978–1981

Klaus I. Itten

Zusammenfassung

Im dynamischen Wirkungsgefüge der Stadt versuchen Geographen problembezogene Systeme, Teilsysteme und Prozesse zu erkennen, zu untersuchen, zu erklären und Wege zu deren Verbesserung aufzuzeigen. Es werden neuere Diplomarbeiten mit den Ansatzpunkten Wohnen, Wohnumfeld, Arbeitsplatz-Standort und Verkehrs- und Raumerschliessung vorgestellt. Anstelle eines sektoralen Vorgehens sind sie stichprobenartig im Gesamtkontext auf spezifische Probleme angesetzt worden. Trotzdem lässt sich eine generelle Schwerpunktverschiebung in der Stadtgeographie in Richtung Perzeptions- und Motivationsforschung, Problemerkennung und Bewusstseinsbildung erkennen.

Résumé

Dans le système dynamique de la ville la géographie urbaine essaie de reconnaître des systèmes, des systèmes partiels ou des processus. La recherche scientifique tente de les comprendre et de les améliorer selon leur necessités. Des projets ont été réalisés dans les directions de recherche suivantes: habitation, environment de l'habitation, site de travail, trafic et dévelopement spatial. Au lieu d'un procédé sectoral, des études exemplaires sont poursuivies, strictement reliées à des problèmes effectifs. Malgré cela on peut noter un déplacement des recherches urbaines vers des études en perception, motivation, connaissance des problèmes et prise de conscience.

Einleitung

Den Stadtgeographen stellen sich in unseren Städten des ausgehenden 20. Jahrhunderts enorm viele Ansatzpunkte. Besonders die Verlagerung in der Hauptzielrichtung der Geographie von einer Raumwissenschaft zu einer Gesellschaftswissenschaft hat den Geographen in die Lage versetzt, im sozial-räumlichen Dschungel unserer Städte einen wichtigen Forschungsbeitrag zur Lösung dringendster Probleme zu leisten. Ziel dieser Übersicht hier ist eine Vorstellung von Diplomarbeiten, die in den Jahren 1978–1981 am Geographischen Institut der Universität Zürich über Zürichs Stadtgeographie entstanden sind.

Will man eine Region wie die Stadt Zürich bearbeiten, so ergeben sich folgende Möglichkeiten: Man konzentriert sich sektoral auf einen gewissen Bereich, z.B. Funktionalwandel in der Innenstadt etc., oder man versucht auf der Basis von aktuellen Problemstellungen mosaikartig in den verschiedenen Bereichen zu wirken. Dieser zweite Weg wurde trotz limitierter personneller Möglichkeiten gewählt in der Absicht, Schwerpunkte nur dann und dort zu bilden, wo sie sich durch aktuelle Probleme anbieten oder aufdrängen. Dies hat gegenüber dem sektoralen Vorgehen auch den Vorteil, motivationsfördernd auf den Bearbeiter zu wirken. Es wird versucht, diese Fallstudien einzelnen Bereichen oder Ansätzen zuzuordnen, um damit das Konzept klar werden zu lassen.

Figur 1 zeigt das Verknüpfungsschema eines Teils städtischer Lebensbereiche und die gewählten Ansatzpunkte der einzelnen Projekte. Es geht daraus hervor, dass im genannten Zeitraum die Bereiche Wohnen, Wohnumfeld, Arbeitsplatzstandort, Verkehrs- und Raumerschliessung bearbeitet wurden. Methodisch wurden vor allem funktionale Elemente resp. Beziehungen untersucht. Sei es nun basierend auf amtlichen oder privaten Statistiken, eigenen Messungen und Erhebungen und vermehrt auf Interviews. Beim Arbeiten mit solchen Daten wird man ge-

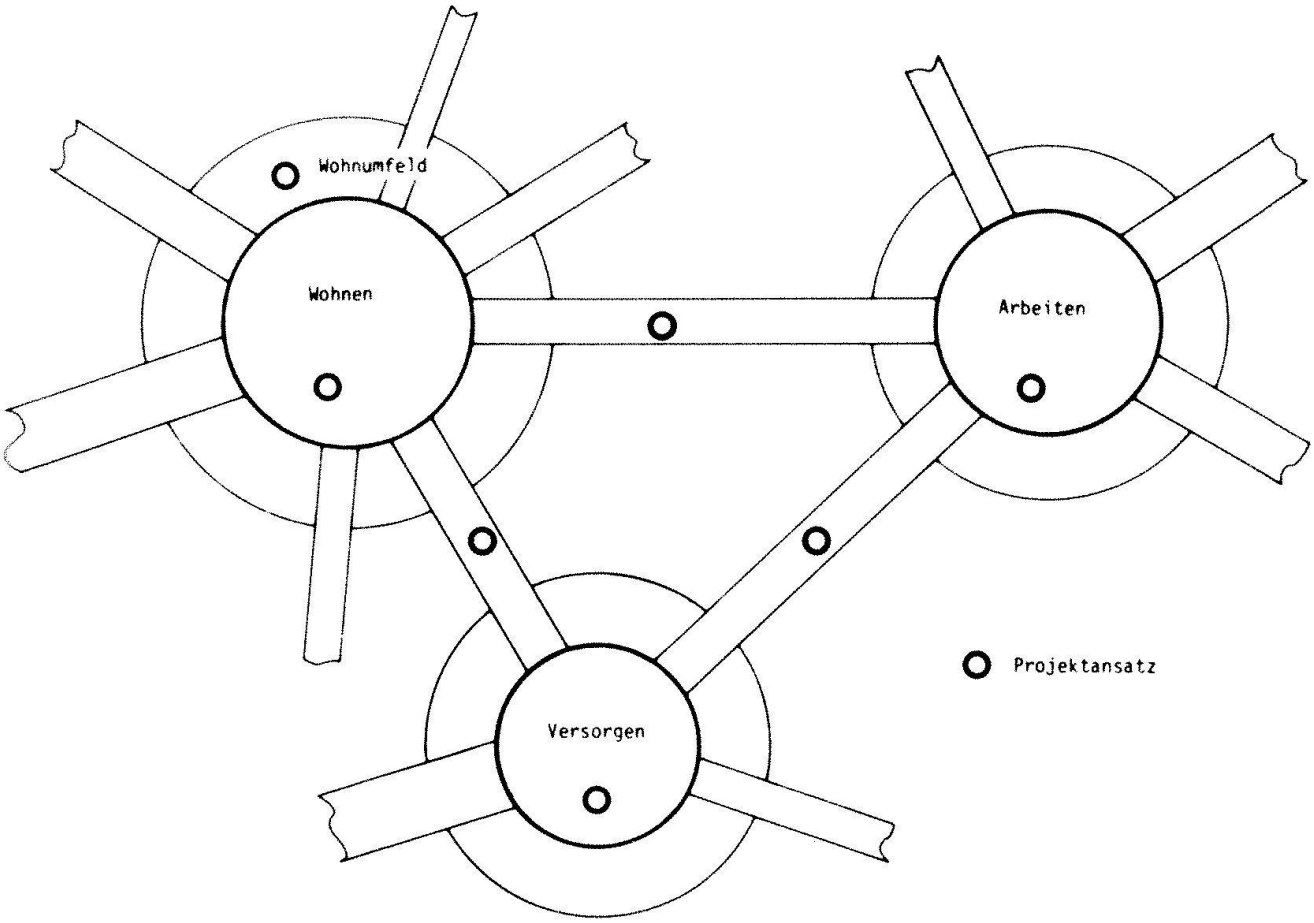


Fig. 1. Gewählte Ansatzpunkte im Verknüpfungsschema eines Teils städtischer Lebensbereiche.

wahr, wie oft Allgemeinplätze verdrängt werden müssen, Statistiken bewusst oder unbewusst beeinflusst interpretiert worden sind, Nebeneffekte ausgewiesen werden müssen oder unökonomisches Handeln aufgezeigt werden kann. Dadurch wird man bestärkt dem Geographen ein grosses Potential zuzuordnen in der Bearbeitung aktueller städtisch raumrelevanter Probleme. In der Folge sei ein Überblick gegeben über die einzelnen Ansatzpunkte und Arbeiten.

Ansatz Wohnbereich

Fallstudie «Wohnwert und Mietzins»
(Sommer M., 1978)

Ausgangspunkt dieser Arbeit bildete eine Ungewissheit darüber, wie Mietzinse und der Wohnwert im idealistischen Sinne zusammenhängen. Dies in einer Zeit zunehmender Wohnungsknappheit und anziehender Mietzinse. Neben Ausstattungsmerkmalen erschien es zunächst logisch, dass Lage und Umweltfaktoren die Preise vor allem bestimmend beeinflussen. In einer Umfrage mit standardisierten Fragebogen wurden 3- und 3½-Zimmer-Wohnungen der letzten 15 Jahre Erstellungsdatum nach Geo-Faktoren, Kosten-Faktoren und Wohnqualitäts-Faktoren untersucht und damit ein Kalkulationsschema für Mietzinse entwickelt. Aus den Faktorgruppen ergaben sich Indikatoren und aus jenen 32 Variablen, die in einer multiplen schrittweisen Regression an der abhängigen Variablen Mietzins hochgerechnet wurden. Aus 107 Beobachtungen wurden in 9 Schritten 86% der Gesamtstreuung erklärt. Die erstaunlichen Resultate sagen aus, dass neben den Baukosten vor allem die Ausstattungen der Wohnungen (Cheminée, Einstellraum, Geschirrwaschmaschine, Spannteppich) neben der Wohnfläche wichtig erscheinen, und dass Lufthygiene und Erreichbarkeit mit dem privaten Verkehrsmittel als Umwelt-und Lagefaktoren erst an 6. und 7. Stelle rangieren. Offensichtlich liegen heute die Ansprü-

che an die Wohnungseinrichtung und damit innere Qualitätsmerkmale höher als die zunächst als wichtig eingeschätzten Standortfaktoren. Vielleicht widerspiegeln die Resultate dieser Arbeit aber auch ein städtisches Dilemma, dass wegen Boden-und Wohnungsknappheit eine Wahl der Standort- und Lagefaktoren gar nicht mehr möglich und wegen dem erhöhten Mobilitätsgrad der Bevölkerung auch gar nicht mehr so wichtig sind.

Fallstudien «Wohnungsbau, Bevölkerungsentwicklung und -struktur» (Bösch R., 1981, Haldimann H., 1981)

Trotz steigender Wohnungszahl nimmt die Bevölkerungszahl der Stadt Zürich ab. Dieser Wohnungszuwachs wird vor allem durch die Vermehrung von Kleinwohnungen bewirkt, daher sind die reinen Wohnungszahlen nicht aussagekräftig. Mit der starken Zunahme des 1- und 2-Zimmer-Wohnungsbestandes von der Agglomeration Richtung Stadtkern ist logischerweise eine entsprechende Abnahme der Kinderanteile zu verzeichnen. In der Dynamik dieser Vorgänge kann man von einem sozialen Entmischungsprozess sprechen. Haldimann zeigt in seiner Studie über die Effekte von Neubauten auf, dass dadurch mehr Wohnräume entstehen, als durch Abbruch verloren gehen. Qualitativ werden aber durch Abbruch und Neubau durchschnittlich 7½ mal mehr Kleinwohnungen und nur 1,8 mal mehr Grosswohnungen erstellt.
Immer wieder wird argumentiert, dass der Flächenbedarf pro Person stark gestiegen sei. Diese Zunahme (z.B. durchschnittlich 57 m² Bruttowohnfläche pro Einwohner in einem Neubau gegenüber dem städtischen Durchschnitt von 47 m²) ist aber mit Vorsicht zu beurteilen, da der gestiegene Kleinwohnungsanteil automatisch zu höheren Bruttoflächenanteilen führt, braucht doch ein Zimmer in einer 1-Zimmer-Wohnung ca. doppelt soviel Bruttofläche wie ein Zimmer in einer 5-Zimmer-Wohnung.
In städtischen und genossenschaftlichen Neuwohnungen ist der Kinderanteil erhöht, dagegen weist der viel bedeutendere Teil des privaten Wohnungsbaus eine äusserst ungünstige Altersstruktur auf. Die mittleren Jahrgänge zwischen 20 und 60 Jahren sind dort stark übervertreten, bei wenig Kindern und älteren Leuten. Private Ersteller von Neuwohnungen wenden sich offensichtlich der finanzkräftigen Gruppe zu, während die Stadt und die Genossenschaften eher alte Leute und kinderreiche Familien ansprechen können. Der Einfluss dieser Erbauer ist jedoch quantitativ sehr gering und vermag den allgemeinen Trend der fortschreitenden Entmischung nicht aufzuhalten. Räumlich zeigt dieses Phänomen der Verlagerung von Familienwohnungen in die Agglomeration bei gleichbleibender oder noch steigender Arbeitsplatzattraktivität des Stadtzentrums genau die Effekte, die sozial und von der Umweltstruktur her gesehen zu dem führen was keiner will: Soziale Entmischung im Zentrum und Schlafgemeinden im durch grosse Kinderzahl strukturell überforderten Agglomerationsgürtel und als Interaktion grosse immissionsträchtige Pendlerströme.
Von R. Bösch wurde untersucht, ob bei Umbauten oder Zweckänderungen diese für die Erhaltung einer gesunden Bevölkerungsstruktur ungünstige Entwicklung abgeschwächt auftreten würde. Oft wird ja mit dem Schlagwort des Erhaltens von Wohnraum, Renovations- und Umbauprojekten in der öffentlichen Meinung der Vorzug gegenüber Neubauten gegeben. Aber auch hier sind eindeutig Abnahmen der Kinderzahl sowie des Anteils der über 60-jährigen festzustellen. Gewisse Unterschiede zeigen sich bei den verschiedenen Eigentümergruppen, dass z.B. Gesellschaften bei Umbauten zu umfassenderen Änderungen neigen als Private, dass sich ihr Einfluss also auf die Bewohnerstruktur generell schlechter auswirkt.
Zusammenfassend zeigt sich, dass nur durch eine Förderung der Umbautätigkeit gegenüber Neubauten keine positiven Impulse in Richtung gesunde Bevölkerungsstruktur ausgehen würden. Durch gezielte Massnahmen kann allerdings, wie Beispiele von städtischen Siedlungen zeigen, eine bessere soziale Durchmischung erreicht werden. Gesetze wie der Wohnanteilplan oder das Gesetz über die Erhaltung von Familienwohnungen können dagegen den eindeutigen Trend zur Kleinwohnung nicht aufhalten.

Ansatz Wohnumfeld

Fallstudie «Bedeutung innerstädtischer Kleinparks für die Anwohner»
(Keller R., 1982)

In dem mit Grünflächen unterdurchschnittlich ausgestatteten Quartier Aussersihl in Zürich wird untersucht, wie diese Grünflächen von den Anwohnern beurteilt werden, resp. wovon die Beurteilung des Erholungsflächenangebots durch die Quartierbevölkerung abhängt. Es zeigte sich in einem ersten Schritte schnell, dass eine reine Beurteilung ohne die Frage wovon diese abhängig sei, nutzlos wäre. Hier spielen Schlagworte eine zu grosse Rolle, und man würde nicht hinter die wahren Gründe kommen. In einem Hypothesenkatalog wurde eine Vielzahl von abhängigen Variablen wie beispielsweise Alter, Bildungsniveau, Identifikation mit dem Quartier usw. zusammengestellt, um später der abhängigen Variablen «Beurteilung des Erholungsflächenangebots» gegenüber gestellt zu werden. Daraufhin wurden Hypothesen formuliert, wie z.B. «die Beurteilung des Erholungsflächenangebots ist abhängig vom Alter, vom Bildungsstand usw.». In den nächsten Schritten wurden die Variablen operationalisiert und in Fragen umgesetzt. Ein halb standardisiertes Interview schien die geeignetste Methode, in dem bevölkerungsmässig sehr heterogen zusammengesetzten Quartier mit einem sehr grossen Fremdarbeiteranteil, zu einer sinnvollen Stichproben-Menge zu gelangen. Die Resultate, gemäss der Bevölkerungsverteilung gewichtet, ergaben zum Teil ein erstaunliches Bild. In einem ganz offensichtlich schlecht mit Parks versorgten sozialen Problemquartier fanden nur 60% der Befragten es habe zu wenig Grün, und über 70% sind mit den Parks mehr oder weniger zufrieden. Selbstverständlich erforderte dieses Resultat eine detaillierte Auflösung nach der Beurteilung der Parkgewohnheiten, Erholungsmöglichkeiten in einem Park sowie der Altersgruppenabhängigkeit. Das Überprüfen von Zusammenhängen geschah mit Hilfe von Kreuztabellen, Chi-Quadrattests und Korrelationsrechnungen. Die Frage «hat es für Sie genügend Grün im Quartier» hängt beispielsweise von den folgenden 3 Hypothesen ab:
a) bei Schweizern, vom Alter;
b) ob Schweizer, oder Ausländer;
c) von der Frage, welche Ansprüche an den Staat gestellt werden.
Schweizer sagen zum Beispiel häufiger, es habe zu wenig Grün im Quartier als Ausländer, alte Leute beurteilen die Situation besser als Junge. Wer findet, dass die Stadt für den Kreis Aussersihl zu wenig sorge, findet auch, es habe zu wenig Grün. Vor allem finden Berufstätige, es habe zu wenig Grün. Pensionäre, Hausfrauen und Ausländer finden am häufigsten, dass die Situation zufriedenstellend sei usw. Auf diese Weise wurden alle unabhängigen Variablen aus dem Katalog getestet und damit ein sehr vielschichtiges Bewertungsmodell entwickelt. Für dieses Quartier gibt die Untersuchung den Grünzonenplanern das Werkzeug, die richtigen Entschlüsse aufgrund der spezifischen Quartierszusammensetzung zu fassen, resp. die von den Anwohnern subjektiv gegebenen Bewertungen objektiver werten und umsetzen zu können. Gesamthaft entstand die allgemein bessere Beurteilung des Angebots als dies «von aussen» erwartet wurde. In weiteren Studien gilt es abzuklären, warum dies so ist, und wie sich die Beurteilungsmodelle auf andere Quartiere übertragen lassen.

Ansatz Arbeitsplatzstandort

Fallstudie «Innerstädtische Arbeitsplatzverlagerungen»
(Keller Th., 1978)

Am Beispiel von fünf Banken in der Stadt Zürich, die durch die Baugesetzgebung gezwungen wurden, mit Neubauten Teile ihrer Infrastruktur aus der City hinaus in City-Rand-oder Stadtrandquartiere zu verlegen, wird untersucht, welche Auswirkungen auf die Beschäftigten einerseits und das Interaktionsgefüge der Stadt andererseits entstanden. Für expandierende Betriebe in der City gibt es längst die Möglichkeit nicht mehr, am optimalen Platz im Zentrum oder zentrumsnah zu bauen. Vielmehr muss versucht werden, eine zufriedenstellende Lösung an der Peripherie zu finden. Zufriedenstellend kann in diesem Zusammenhang höchstens für den Betrieb gemeint sein, denn für den Angestellten bedeutet dies, bei in der Rezession typischem Festhalten am Arbeitsplatz, einen viel

längeren, komplizierteren Arbeitsweg und damit sehr oft das Umsteigen auf das private Verkehrsmittel. Für die Stadt bedeutet dies allgemein grössere Verkehrsbelastung. Wurde früher durch den alten, zentrumsnahen Standort der Weg zu und vom Arbeitsplatz auch zur Versorgung verwendet, da im Zentrum auch das Angebot gross ist, so müssen jetzt zusätzliche Fahrten zur Versorgung unternommen werden; wiederum eine sekundäre Erhöhung der Verkehrsbelastung. Sicher ist diese Fehlentwicklung nicht den untersuchten Banken anzukreiden, da sie nur ein günstiger Messfaktor waren. Ähnliches Verhalten und ähnliche Entwicklungen sind auch durch die Verlagerung anderer Betriebe aus dem Zentrum hinaus bekannt. Die Baugesetzgebung, die eine grössere Ausnützungsziffer in der Innenstadt nicht zulässt, zwingt zur Expansion, einerseits in die City-Randgebiete unter Verdrängung von Wohnraum oder gar an den Stadtrand mit z.T. fast unzumutbaren zeitraubenden Arbeitswegen und zusätzlichem Transportaufwand zu benötigten Dienstleistungen. Es wurde erhofft, dass sich sehr bald Angestellte solcher verlagerter Betriebe aus den umliegenden Quartieren und Verkehrssektoren rekrutieren würden. Die Konjunkturlage hat dies jedoch sehr stark verlangsamt, und es wird interessant sein, die weitere Entwicklung zu betrachten. Allgemein scheint bereits festzustehen, dass die Planung mangels rechtzeitig gesetzlich implementierter Konzeptionen und Gesetze, den Entwicklungen hintennach eilen muss, und im besten Falle in die Lage gelangt, die Verkehrserschliessung der bereits vorgezeigten neuen Subzentren zu verbessern und bereits seit geraumer Zeit vorgeschlagene Entlastungszentren funktional interessant auszustatten.

Ansatz Verkehrs- und Raumerschliessung

Fallstudie «Aushubmaterial der Stadt Zürich» (Meier H. P., 1981)

Die Stadt Zürich und die Agglomeration stellen Zentren der Bautätigkeit dar. Der Kiesbedarf wird vor allem aus der Peripherie des Kantons gedeckt, wo immer grössere Gruben entstehen. Die angestrebte und landschaftsplanerisch notwendige Wiederauffüllung solcher Gruben geschieht vor allem durch Aushub- und Abbruchmaterial, das ebenfalls schwerpunktmässig aus der Agglomeration Zürich stammt. Während über die geförderten und gelieferten Kiesmengen Detaildaten verfügbar sind, so sind auf der Seite des Aushubmaterial-Volumens das die Kiesvolumen nicht annähernd erreichen soll, nur grobe Schätzmethoden bekannt. Daher sind Wiederauffüllplanungen sehr schwierig. Ein Ziel in dieser Arbeit war, verbesserte Methoden zur Abschätzung des Aushubvolumens zu entwickeln. Berechnungen haben nun für 1978 gezeigt, dass das Aushubvolumen der Stadt Zürich ungefähr 90 % grösser war, als bisher angenommen. Rund 60 % des Totals flossen zurück in die Kiesgruben, so dass gesamthaft mehr Material aus der Stadt herausfloss, als Kies und Sand hineingelangten. Das Fülldefizit ist demnach der Agglomeration zuzuschreiben. Offensichtlich fehlen aber von der Planung und Gesetzgebung her Möglichkeiten, die Materialströme zweckrichtig zu dirigieren. Mehr noch wurde festgestellt, dass das System der Transporte von Aushub- und Kiesmaterialien nicht optimal funktioniert. Viel zu viele Leerfahrten (je nach Unternehmer bis zu 35 %) belasten die Bewohner der Haupt- und Nebenachsen durch unnötige Immissionen. Neben der Errechnung und Überprüfung der Schätzmethoden des Aushubmaterialvolumens wurde eine Strassenverkehrs-Belastungskarte aufgrund von Unternehmerbefragungen und Baustellenstatistiken erstellt. Hier könnte eine Reduktion der Leerfahrten und eine strikte Reglementierung mit sektoraler Aufteilung von Einzugsbereichen einzelner Kieslieferanten eine gesamtwirtschaftliche Verbesserung und eine Verminderung der Immissionen bringen. Die allgemein empfohlene und auch geplante Verlagerung der Kies- und Sandtransporte auf die Schiene bringt nur dann eine wirkliche Entlastung der Strasse, wenn gleichzeitig auch kombinierte Aushubmaterialtransporte möglich sind, da bei der SBB die Transporte immer noch einen 50-prozentigen Leerfahrten-Anteil aufweisen und durch dieses System nur ca. 1/5 der ausgehobenen Kieskubatur über den Schienenweg wieder aufgefüllt werden konnte. Ein Vorschlag zur Optimierung des privatwirtschaftlichen Systems über einen zentralen Computer unter Anwendung von plane-

rischen, ökonomischen und umweltschützerischen Grundsätzen scheint im Moment noch unrealistisch aber in Zukunft unabdingbar zu werden.

Fallstudie «Bedeutung des öffentlichen Verkehrs in der Raumerschliessung der Stadt Zürich 1850 - 1976» (Bergmaier R., 1980)

Die verkehrspolitische Frage nach dem Einfluss des öffentlichen Verkehrs durch Raumerschliessung auf die Raumentwicklung wird am Beispiel der Entwicklung Zürichs und seiner Quartiere, resp. ehemaliger Vorortsgemeinden untersucht. Als Messparameter in diesem Zeitvergleich räumlicher Entwicklung und Verkehrserschliessung wurden die Begriffe Raumerschliessungs- und Verkehrserschliessungsdichte definiert und für vier Stichjahre miteinander verglichen, um die Verflechtung und gegenseitige Beeinflussung dieser zwei Entwicklungskomponenten zu untersuchen. Die Raumerschliessungsdichte (auch Wohndichte) ergibt sich aus der Anzahl Einwohner pro Hektar überbauter Fläche. Die Verkehrserschliessungsdichte wird definiert als die Raumerschliessungsdichtezahl pro angebotenem Platz im öffentlichen Verkehr. Besonders die quartierbezogenen Berechnungen dieser Verkehrserschliessungsdichtezahlen im letzten Jahrhundert gestaltete sich recht schwierig, da alte Karten, Strekkennetze, Fahrpläne, Strassenbahntypen usw. auszuwerten waren. Graphisch dargestellt finden sich die Raumentwicklung und das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel in elf chronologischen Karten. Hierauf folgen systematische Untersuchungen der Raumentwicklung und der Verkehrsentwicklung für jedes Quartier und Erklärungen dazu, insbesondere auch von Ausnahmenentwicklungen. Eine Klassifikation der Quartiere aufgrund ihrer Verkehrs- und raumentwicklung gelingt in zwei Grobklassen, in die zentrumsnahen und die zentrumsfernen Quartiere. Während die zentrumsnahen Quartiere 1910 und 1930 eine etwas höhere Verkehrserschliessungsdichte aufwiesen, gleichen sich diese mit allgemeiner Abnahme 1950 und 1970 aus. Die Raumerschliessungsdichten sind ab 1970 in den zentrumsfernen Quartieren noch weniger hoch. Ganz allgemein muss die ursprüngliche Frage nach dem Ursache/Wirkungsprinzip fast für jedes Quartier getrennt beobachtet werden, z.T. auch unter Aspekten der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, der industriellen Entwicklung, der Genossenschafts- und Sozialbautätigkeit usw. Eine differenzierte Betrachtungsweise wird daher empfohlen sowie auch der Einbezug des Einflusses des Privatverkehrs auf die räumliche Entwicklung und die damit verbundene teilweise Loskoppelung, die eine Interpretation der Daten nach dem Zweiten Weltkrieg enorm erschwert.

Ausblick

Die zunächst zusammenhanglos erscheinende Vorstellung einzelner Fallstudien lässt auch aufgrund von gegenwärtig laufenden neuen Projekten eine allgemeine Schwergewichtsverschiebung der Zürcher Stadtgeographie erkennen. Die eher bewusst pragmatisch problemorientiert angesetzten Diplomarbeiten verschieben sich immer mehr in Richtung Perzeptions- und Motivationsforschung, Problemerkennung und Bewusstseinsbildung von sozio-ökonomischen und sachräumlich-planerischen, raumrelevanten Bezügen. Neue Projekte umfassen damit aktuelle Fragen des Wohn- und Wohnumgebungsschutzes, der Suche nach sozialen Gleichgewichtszuständen und der Lösung ökologisch und ökonomisch sowie menschlich optimierter Prozessabläufe.
Besonders beachtet werden dabei die speziellen Probleme und Anforderungen der äusseren Umweltbedingungen durch z.B. die Wirtschaftslage, die Umweltbelastung usw. Ein vernünftiger Dialog von Geographen, Planern, Architekten und Sozialwissenschaftern scheint die einzige Möglichkeit zu sein, den der Lösung harrenden städtischen Problemen herr zu werden. Die Frage stellt sich nur, wieweit von der Geographie her die benötigten Stadtentwicklungsmodelle bereits zur Verfügung stehen.

Literatur

Bergmaier, R. 1980: Die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs in der Raumerschliessung der Stadt Zürich von 1850 bis 1976. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Bösch, R. 1981: Wohnbautätigkeit und Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Zürich. Teil: Umbau und Zweckänderung. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Haldimann, H. 1981: Wohnungsbau und Bevölkerungsstruktur in Zürich. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Keller, R. 1982: Die Bedeutung innerstädtischer Kleinparks für die Anwohner - untersucht am Beispiel eines mit Grünflächen unterdurchschnittlich ausgestatteten Quartiers: Aussersihl in Zürich. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Keller, Th. 1978: Innerstädtische Arbeitsplatzverlagerungen am Beispiel von 5 Banken in der Stadt Zürich. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Meier, H.P. 1981: Aushubmaterial in der Stadt Zürich. Ein Beitrag zum Problem des Baustellenverkehrs. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Sommer, M. 1979: Wohnwert und Mietzins. Eine quantitative Untersuchung zur Stadtgeographie von Zürich. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Zürich.

Anschrift des Autors:

Ass. Prof. Dr. K.I. Itten
Geographisches Institut der Universität Zürich-Irchel
Winterthurerstrasse 190
8057 Zürich

Geographische Stadtforschung in Basel

Lienhard Lötscher

Zusammenfassung

Der Verfasser gibt einen Überblick über Arbeitskonzept und Zielsetzung geographischer Stadtforschung am Basler Institut. Die Grundorientierung folgt der Auffassung, dass die Stadtentwicklung vermehrt an der Komplexität der Bedürfnisse und den Interessen der Betroffenen orientiert werden sollte. Untersuchungen sollen deshalb von «relevanten» Problemen ausgehen, wie sie sich für die städtische Bevölkerung in der alltäglichen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt ergeben. Um die Ursachen solcher Probleme zu erfassen, ist die Analyse auf die Rolle der Entscheidungsträger auszuweiten. Aufgrund der Ergebnisse soll ein aktiver Beitrag zur Lösung der Probleme geleistet werden. An Beispielen weist der Verfasser nach, wie dieses Konzept auch in Projektkursen verwirklicht werden kann.

Résumé

L'auteur donne une vue d'ensemble du concept de travail et des buts poursuivis par la recherche géographique urbaine entreprise à l'Institut géographique de Bâle. L'orientation fondamentale est donnée par l'idée que l'évolution de la ville doit mieux s'adapter à la complexité des besoins et aux intérêts des personnes concernées. Les études prennent donc leur point de départ dans des problèmes essentiels, tels que la population urbaine les connaît dans son vécu quotidien. Afin de saisir la cause de ces problèmes, l'analyse porte aussi sur le rôle joué par les preneurs de décisions. Ses résultats permettent de contribuer activement à la solution desdits problèmes. Citant des exemples, l'auteur démontre que ce concept peut être réalisé dans des cours pratiques.

Arbeitskonzept und Zielsetzung

In seiner öffentlichen Antrittsvorlesung an der Universität Basel hat vor 12 Jahren der damalige Privatdozent Werner Gallusser die Ansicht vertreten, dass sich geographische Forschung vermehrt mit aktuellen Problemen der «Transformation des gegenwärtigen Lebensraumes» auseinandersetzen sollte. Die beschleunigte Veränderung der Gegenwart schaffe in allen Lebensräumen, in unseren Städten wie in der ländlichen Umwelt, unerforschtes Neuland. So würden, mit einem bildhaften Vergleich, die weissen Flekken auf dem Globus des 20. Jahrhunderts gewissermassen vor unserer Haustüre liegen (Gallusser 1971, S. 175 und 181 f.).

Das hier vorgestellte Arbeitskonzept baut auf solchen Ideen auf (vgl. Abb. 1). Ausgangspunkt von Untersuchungen bilden «relevante» *Probleme,* wie sie sich für die städtische Bevölkerung in der alltäglichen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt ergeben. Damit wird angestrebt, den Kontakt zur realen Lebenssituation der Bevölkerung zu wahren und direkt zum Verständnis aktueller Probleme beizutragen. Als Untersuchungsgebiet wird in der Regel die Stadtregion Basel gewählt.

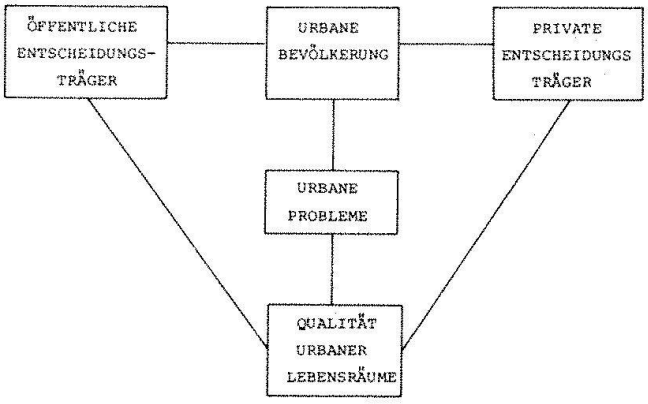


Abb. 1. Ein problem- und anwendungsorientierter Forschungsansatz.

In der Stadtforschung sind Studien an sich nicht neu, die von der lebensräumlichen Situation und damit auch der Lebensqualität der Bevölkerung ausgehen. Gewissermassen als Parallelentwicklung zu Tendenzen der Wirtschaftswissenschaft und Soziologie sind auch in der Geographie problem- und anwendungsbezogene Ansätze «wieder entdeckt» worden (vgl. Bartels 1978, Gallusser 1979). Solche Ansätze sind im englischen Sprachraum etwa als «contemporary concern for relevance» (Herbert 1979, S. 3) und im deutschen Sprachraum als «engagierte Geographie» (Bartels 1978, S. 227ff) bezeichnet worden.

Die hier vertretene Grundorientierung folgt der Auffassung, dass eine weitgehend von technisch-ökonomischen «Sachzwängen» bestimmte Stadtentwicklung durch eine stärker an der Komplexität der Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen orientierte Zielsetzung abgelöst werden sollte (vgl. auch Monheim 1980, S. 18).

Deshalb sucht das hier vorgestellte Arbeitskonzept nicht nur räumliche Strukturen, ihre Veränderung in der Zeit sowie gewisse sozialräumliche Effekte dieser Prozesse zu erfassen. Darüber hinaus soll versucht werden, Ursachen «relevanter Probleme» zu hinterfragen, zu erklären und zu verstehen. Damit ist weniger eine Erklärung im Sinne statistischer Modelle humanökologischer Untersuchungen angesprochen, sondern eine Ausweitung der Analyse auf die Rolle der Akteure oder *Entscheidungsträger*. Für den Einbezug von Entscheidungsprozessen, welche Veränderungen der physischen Umwelt und damit auch der lebensräumlichen Situation zur Folge haben, sind bereits verschiedene Modelle vorgeschlagen worden (vgl. Laschinger/Lötscher 1978; Lötscher/Jenzer 1980).

Eine Untersuchung hat aber nicht nur eine erkenntnistheoretische Funktion, indem sie unser Wissen über räumliche und soziale Zusammenhänge erweitert. Sie sollte auch zur Lösung des eingangs gestellten Problems beitragen. Man mag in dieser Forderung entweder den Trend sehen, wissenschaftliche Tätigkeit vor der Gesellschaft bzw. vor dem Steuerzahler zu rechtfertigen, oder man mag darin den Willen erkennen, aus dem Elfenbeinturm der Universität auszubrechen. Es versteht sich von selbst, dass ein methodologisches Vorgehen mit dem Ziel einer möglichst exakten, nachprüfbaren und objektiven Prüfung der Hypothesen unabdingbare Voraussetzung einer begründbaren Verwertung ist.

Da nun aber Methoden und Fachsprache die Zugänglichkeit einer Studie oft geradezu verunmöglichen, kann eine blosse Publikation der Ergebnisse zur Lösung des untersuchten Problems in der Regel wenig beitragen. Eine *gesellschaftspolitische Inwertsetzung der Ergebnisse* verlangt neben einer umgangssprachlichen Formulierung oft auch persönliches Engagement. Als Beispiel sei die vor nunmehr 11 Jahren unternommene Analyse der Erholungseignung des stadtnahen Bruderholzareals genannt (Füglister et al. 1972). Aufgrund der (publizierten) Ergebnisse haben sich die Beteiligten bei Quartiervereinen und Parlamentsfraktionen, am Radio und in der Presse für dessen Freihaltung eingesetzt. Wie nachhaltig ein solcher Einsatz wirken kann, mag man daran sehen, dass bei Verhandlungen über Rückzonungen noch immer auf diese Bruderholzstudie verwiesen wird. Zudem sind kürzlich aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses, der sich ebenfalls auf unsere Studie stützte, ein Familienspielplatz und ein Rundwanderweg angelegt worden.

Konzeptanwendung

Wie andernorts auch wird am Basler Institut ein beträchtlicher Teil der Forschung durch Lizentiats- oder Diplomarbeiten, durch Dissertationen und Habilitationsarbeiten geleistet.

Darauf will ich nicht näher eintreten, da in nachstehenden Beiträgen (Rohner, Knüsli) solche Arbeiten zur Diskussion gestellt werden (weitere Untersuchungen, insbesondere auch Ergebnisse von Projektkursen, sind im Rahmen einer Ausstellung des Geographischen Instituts den Symposiumsteilnehmern vorgestellt worden). Es liegt mir vielmehr daran, kurz auf die mit dem skizzierten Konzept zusammenhängende Aufbauarbeit hinzuweisen:

Projektkurse innerhalb des Normalstudienplans

Grundzyklus
- Humangeographische Übungen

Hauptzyklus
- Geländepraktikum

Aufbauzyklus
- Regionalpraktikum

Bisher hat noch niemand verlangt, dass bereits im *Grundzyklus* eines Studienplans eigentliche Forschung geleistet werden müsse. Erwarten Sie dies deshalb auch nicht von uns. Immerhin haben wir versucht, eine Einführung in human- und stadtgeographische Fragestellungen in der Art eines Projektkurses aufzuziehen. *Projektkurse* gelten heute ja hochschuldidaktisch als Konzept, das passives Lernverhalten abzubauen und aktiv-kritisches Auseinandersetzen mit wissenschaftlichen Lerninhalten zu fördern vermag. Didaktisches Grundprinzip des Kurses ist es, von der konkreten alltäglichen Situation und dem individuellen räumlichen Verhalten des einzelnen Teilnehmers auszugehen, die Organisation des Raumes durch menschliche Gruppen aufzuzeigen und erklärende Modelle und Theorien vorzustellen. Der Kurs soll anfangs nächsten Jahres als «Basler Feldbuch 3» erscheinen.
Auch das im *Hauptzyklus* des Studienplans angebotene *Geländepraktikum* ist als Projektkurs konzipiert (vgl. Lötscher 1980). Wenn auch manchmal hinter ein Resultat ein Fragezeichen zu setzen ist, sind im Rahmen solcher Praktika doch Ergebnisse erzielt worden, die im Sinne des skizzierten Verwertungszusammenhanges weiterverwendet werden können. So ist beispielsweise mit dem stadtgeographischen Geländepraktikum 1982 versucht worden, den Problemen von «Stadterneuerung und Wohnsituation» in der Altstadt Kleinbasel nachzuspüren. Die gemeinsam durchgeführten Kartierungen zur aktuellen («objektiven») Situation und die repräsentative Umfrage zu deren («subjektiven») Einschätzung durch die betroffene Bevölkerung haben ebenso interessante Ergebnisse gebracht, wie die Gruppen-Untersuchungen zu selbstgewählten Spezialthemen. Die Resultate werden sowohl den Altstadtbewohnern als auch den zuständigen Planungsinstanzen zugänglich gemacht werden, zumal sie u. E. bei politischen Entscheiden weiterer Stadterneuerungsprojekte (beispielsweise beim Kasernenareal) berücksichtigt werden sollten.
Das im *Aufbauzyklus* vorgesehene *Regionalpraktikum* wird in der Regel so angelegt, dass die Teilnehmer eine theoriegeleitete empirische Untersuchung von der Auswahl des zu analysierenden Problems bis zur Verwertung der Ergebnisse ganz durchziehen, wobei der begleitende Assistent oder Dozent immer stärker in den Hintergrund tritt und zuletzt nur mehr eine Beraterfunktion erfüllt. Als Beispiel dazu sei ein Regionalpraktikum zur lebensräumlichen Situation der ausländischen Wohnbevölkerung in Basel erwähnt (vgl. Gallusser/Hager 1981). Die Befunde sind im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung über das Ausländergesetz in einer mehrteiligen Serie in der Lokalpresse diskutiert worden.
In einem anderen Projekt haben die Teilnehmer einen Auftrag aufgegriffen, den die Basler Regierung in unverbindlicher Form der Universität erteilt hat. Es ging dabei um die Frage, weshalb Einwohner in grosser Zahl aus dem Kanton Basel-Stadt wegziehen. Die Ergebnisse der Studie sind mit anderen Untersuchungen in einem Sammelband veröffentlicht worden, der dem Kantonsparlament von der Regierung als Entscheidungsgrundlage zugestellt wurde. Die politische Inwertsetzung der Ergebnisse wurde im Parlament wie auch in den Medien ausführlich diskutiert. Von Bürgergruppen sind die wichtigsten Schlussfolgerungen im Abstimmungskampf (beispielsweise für die Freihaltung des Bäumlihofareals) verwendet worden.
Eine bisher nicht erwähnte Kategorie ist diejenige der (bezahlten) Forschungsaufträge. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass diese Kategorie (noch) eher untervertreten ist. Andererseits dürfen wir über die im Auftrage des Amtes für Kantons- und Stadtplanung von W. Hafen und M. Knüsli erstellte Studie über Kinderspielplätze nicht berichten, da sie vom Regierungsrat noch nicht genehmigt ist.
Abschliessend liegt mir an der Feststellung, dass uns Projektkurse im Rahmen des eingangs skizzierten Arbeitskonzeptes ermögli-

chen, mit fortgeschrittenen Studenten respektable Forschungsarbeiten durchzuführen. Die erwähnten Beispiele dürften zudem gezeigt haben, dass das vorgestellte Arbeitskonzept in der Lage ist, entsprechend dem Motto der diesjährigen SNG-Tagung, Forschungsbeiträge «im Dienste des Gemeinwohls» zu erbringen.

Literatur

Bartels, D. 1978: Raumwissenschaftliche Aspekte Sozialer Disparitäten. Mitt. Österr. Geogr. Ges., Band 4.

Füglister, H., Küpfer, D., Lötscher, L. 1972: Das Bruderholz als Naherholungsgebiet. Ein aktuelles Landschaftsproblem. Vorabdruck aus Regio Basiliensis, Band 14, 1973.

Gallusser, W.A. 1971: Die Veränderung der Umwelt als aktual-geographisches Problem. Regio Basiliensis, Band 12, 1971, Heft 1, 174–182.

Gallusser, W.A. 1979: Über die geographische Bedeutung des Grundeigentums. Geographica Helvetica, Heft 4, 1979, 153–162.

Gallusser, W.A., Hager, A. (Hrsg.) 1981: Die lebensräumliche Situation der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt Basel. Schlussbericht des Regionalpraktikums, Geograph. Institut, Universität Basel.

Hafen, W., Knüsli, M. 1981: Schlussbericht «Spiel – Spielplätze» (im Auftrage des interdepartementalen Fachausschusses für Kinderspielplätze). Geograph. Institut, Universität Basel.

Herbert, D.T. 1979: Introduction: Geographical Perspectives and Urban Problems. In: Herbert, D.T., Smith, D.M. (Eds.): Social Problems and the City. Oxford U.P., Oxford.

Laschinger, W., Lötscher, L. 1978: Basel als urbaner Lebensraum. Basler Beiträge zur Geographie, Heft 22/23, Basel.

Lötscher, L. 1980: Stadtquartier und Wohnsituation. Ein human-geographisches Geländepraktikum in der Stadt Basel. Regio Basiliensis, Band 21, Heft 1/2, 1980, 92–111.

Lötscher, L., Jenzer, M. 1981: Wegzug aus Basel – Antwort auf die Wohnsituation? Schriften des Forschungsinstituts für Föderalismus und Regionalstrukturen, Band 6, 1981, 53–90. Lang, Bern.

Lötscher, L., Kessler, H. (in Vorbereitung): Einführung in human-geographische Fragestellungen (für Studierende und Lehrer). Basler Feldbuch 3.

Monheim, R. 1980: Fussgängerbereiche und Fussgängerverkehr in Stadtzentren in der Bundesrepublik Deutschland. Bonner Geographische Abhandlungen, Band 64. Dümmler, Bonn.

Adresse des Autors:

Dr. Lienhard Lötscher
Geographisches Institut der Universität Basel
Klingelbergstrasse 16
4056 Basel

Industrialisation et urbanisation de la Suisse depuis 1780

Jean-Luc Piveteau

Résumé

Dans leurs modes d'implantation, l'industrie et la ville connaissent successivement, du XVIIIe siècle à nos jours, une phase de faibles relations, une phase d'étroite interdépendance, puis de nouveau une phase de désolidarisation partielle. Du moins quand on considère les faits à grande échelle. Car, à l'échelle régionale, les grandes articulations, déjà esquissées il y a deux cents ans, ont été plus constantes, bien que les disparités entre elles se soient accentuées.
L'analyse des trente dernières années permet de penser qu'une nouvelle problématique spatiale du couple industrie/ville est en train de s'amorcer.

Zusammenfassung

In ihrer Standortwahl durchliefen Industrie und Städte vom 18. Jahrhundert bis heute nacheinander eine Phase schwacher Beziehung zueinander, eine Phase enger gegenseitiger Abhängigkeit und schliesslich erneut eine Phase partieller räumlicher Distanzierung. Zumindest, wenn man die Fakten grossmasstäblich in Betracht zieht. Die grossen Regionen, welche sich bereits vor 200 Jahren abzeichneten, waren nämlich konstanter, obwohl sich die Disparitäten zwischen ihnen vergrösserten.
Die Analyse der dreissig letzten Jahre lässt den Schluss zu, dass sich eine neue räumliche Problematik der Verbindung Industrie/Stadt anbahnt.

L'interdépendance des croissances urbaine et industrielle depuis la fin du XVIIIe siècle est un sujet classique de réflexion en même temps qu'un domaine encore loin d'être pleinement investigué. A l'intérieur de ce thème, le présent papier s'attache plus particulièrement à la confrontation des logiques spatiales de l'industrie et de la ville. Trois questions sont posées. En quoi l'évolution observée dans le couplage I/V (industrie/ville) au cours des deux cents dernières années en Suisse s'aligne-t-elle sur l'évolution enregistrée dans les autres pays d'Europe occidentale, et en quoi se singularise-t-elle par rapport à elles? Y a-t-il, en deuxième lieu, des écarts régionaux sensibles par rapport à la tendance nationale? Enfin, les caractéristiques propres au court terme récent (les années 1950/1980) doivent-elles être «lissées» au profit d'un meilleur dégagement de la longue durée, ou peut-on considérer qu'elles constituent l'amorce, simultanée, d'un nouveau trend?

La longue durée – 1780–1980

Affinités et divergences dans la logique spatiale à grande échelle de l'industrie et de la ville: approche de la tendance

La Suisse n'est, apparemment, *qu'un exemple parmi d'autres* d'une évolution en trois phases.
Dans un premier temps (fin XVIIIe-premier tiers du XIXe siècle), villes et industries sont de connivence et, tout à la fois, se tournent le dos. Centres d'activité des marchands-fabricants qui distribuent le travail manufacturier dans les campagnes («Verlagsystem»), et foyers de corporations artisanales puissantes et malthusiennes, les pôles urbains, dans cette période proto-industrielle, ont un double visage médiateur et hostile. Le couple I/V apparaît donc ambigu et, dans l'ensemble, faible.
Avec les nouvelles données, technologiques (les chemins de fer) et financière (le déploiement des établissements bancaires) notamment, s'ouvre vers le milieu du XIXe siècle

une seconde période sensiblement différente. On assiste, et cela jusqu'au milieu du XXe siècle, à une conjonction des «lieux centraux» et des «lieux industriels». La ville appelle l'industrie et l'industrie recherche la ville, la fait croître mais aussi la multiplie lorsqu'elle s'implante dans des localités qui n'étaient jusqu'alors que des villages.
Ce processus cumulatif, responsable du réseau urbain actuel comme des grandes zones d'activité de transformation, manifeste depuis trente ans, on le sait, des signes de relâchement. Le couplage industrie/ville perd de sa prégnance à l'époque contemporaine. Cela tient, d'abord, à la poussée considérable du secteur tertiaire. Le poids relatif de l'industrie en ville en pâtit. Le «Finanzplatz» se substitue au «Werkplatz». Les causes de cette mutation sont complexes, d'ordre économique, sociale et technologique.
Cela tient, en second lieu, à la «disjonction fonctionnelle», qui dissocie les activités hautement qualifiées, plus urbaines que jamais, des activités productives rejetées vers les bassins de main d'œuvre (petites villes et campagne). Un troisième aspect, en partie lié à ce qui vient d'être dit, est le glissement des implantations industrielles vers le bas de la hiérarchie des tailles urbaines. La solidarité I/V existe donc toujours si l'on ne fait pas le détail. Elle perd de sa congruence si l'on tient compte de la forte tertiarisation des grandes agglomérations.
Enfin, même là où continue de jouer le processus de développement mutuel, la mobilité croissante de l'industrie, son indifférence à telle ville en particulier – la remarque vaut, principalement, pour les grandes entreprises – apporte une dernière forme de désolidarisation qu'on appellera, pour faire court, idiographique.
On peut cependant, et sans solliciter les faits, parler d'*un modèle suisse du couplage industrie/ville*. A chacune des trois époques distinguées on relève sans peine, en effet, l'importance de traits spécifiques. Par exemple, la vigueur du Verlagsystem pour la première phase: signe d'une double vitalité des collectivités rurales d'un côté et d'une classe d'entrepreneurs citadins de l'autre, émanations contradictoires d'une structure décentralisée; l'importance du transfert d'activités productives à l'extérieur des frontières au XXe siècle («l'innovation structurelle la plus remarquable de l'économie helvétique après 1900» a-t-on pu écrire); mais surtout la marque décisive imprimée au cours de la période 1850–1950 par les contraintes naturelles ou les «tendances lourdes» de la société helvétique: compartimentage géopolitique, petite taille du marché, tradition technique, mentalité souple et entreprenante. L'esprit de décentralisation a aidé au maintien de structures industrielles moyennes et petites. Et, à son tour, le caractère d'activités de transformation légères, spécialisées, à haute valeur ajoutée de l'industrie a beaucoup contribué à la «modestie» des villes, à la densité du semis urbain et, finalement, à la mégalopolisation, aujourd'hui, d'une partie du pays.

Variations régionales de la tendance

Ce déroulement en trois temps n'échappe pas à une question d'ordre régional: les différentes parties du pays se comportent-elles de façon semblables? Répondre à cette question rencontre beaucoup d'obstacles. Pauvreté des sources, qui pèse d'un poids bien plus grand lorsqu'il s'agit de comparer entre elles des portions de territoire différentes que lorsqu'il s'agit de saisir une tendance d'ensemble. Difficultés de démarche aussi, et aiguës quoique classiques: que mesurer et comment découper l'espace? La prudence qu'elles inspirent ne mettent pas en cause quelques constats. Deux sortes d'écarts, entre autres, se manifestent par rapport au trend: ceux qui touchent à la dynamique du couplage (faible, moyenne ou forte); ceux qui concernent la symétrie du couplage (développement plus prononcé de I ou de V). L'observation empirique conduit ainsi à une division majeure en trois grands ensembles: la région alpine d'une part, qui se signale par un modeste interaction I/V; Le Moyen-Pays occidental où (sauf dans le Jura) V l'emporte sur I; et le Moyen-Pays septentrional et oriental, marqué soit par l'équilibre I/V, soit par une prédominance de la composante industrielle. Cette partition existe de longue date, ce qui permet de conclure à une continuité dans le temps de l'organisation *régionale* de l'espace. Continuité dynamique néanmoins, car en deux cents ans, les contrastes en cause se sont accusés. Dans la Suisse de la fin du XVIIIe siècle, en dépit des différences et des dispari-

tés déjà inscrites, une plus grande homogénéité distinguait le semis urbain; les industries de leur côté, largement ubiquistes, différaient moins semble-t-il, dans la puissance économique, du Léman au Bodan.
Autant le contraste entre les Alpes et le Moyen-Pays n'étonne guère, autant la différenciation du couplage I/V au sein de ce dernier intrigue. On peut l'expliquer par le jeu combiné de mécanismes banals et de contingences.
Au titre des premiers, il faut parler évidemment du phénomène de l'héritage d'abord. L'innovation industrielle, à la fin du XVIIIe siècle a pénétré en se moulant sur des structures d'accueil dissemblables selon les lieux - le Nord bénéficiant, sous différents rapports, de rentes de situation. Il faut invoquer le processus cumulatif, ensuite, quelles que soient les procédures de diffusion que celui-ci suive.
A la charge des contingences on peut imputer les dissymétries relevées entre I et V, à l'Est comme à l'Ouest du Mittelland. La nature des activités manufacturières paraît avoir joué, en l'occurrence, un rôle décisif. Le «roi coton», au Nord, s'est révélé inducteur de la métallurgie et, à terme, de la chimie, alors que l'horlogerie pourtant remarquablement évoluée dès le milieu du XVIIIe siècle, n'a, à l'Ouest où se trouvait son centre de gravité, pas bourgeonné.
Par ailleurs, d'autres facteurs sont intervenus, pour freiner la propagation de l'innovation venue du Nord, et le réseau urbain s'en est ressenti dans son développement quantitatif (moindre étoffement au niveau des petites et moyennes villes) et qualitatif (propension aux activités tertiaires). L'essor agricole, ou/et la structure sociale, ou/et une idéologie conservatrice, ont fait des cantons de VD, FR, BE et LU des zones de «haute pression», peu disponibles. Le Jura bernois était, lui, déjà saturé d'ateliers et Genève a curieusement éludé l'occasion d'un décollage industriel que tout lui permettait.

Le court terme - 1950-1980

Les changements intervenus au cours des trois dernières décennies s'inscrivent assurément dans le cadre du long terme qui vient d'être esquissé. Mais ils amorcent peut-être, simultanément, une modification du trend. Seule, bien sûr, une rétrospective ultérieure permettra de confirmer ou d'infirmer l'hypothèse. Quoiqu'il en soit, ce temps court contemporain présente des caractères originaux.

L'observation empirique

Les «Trente Glorieuses» ont été marquées par une relative stabilité des configurations spatiales. Ce qui ne manque pas de surprendre si l'on songe que celle-ci accompagne la plus considérable vague de croissance économique et urbaine de l'Histoire. En surimpression de l'inertie partielle des cartes démographique et économique, des modifications rapides, d'ordre qualitatif, se produisent. D'abord de grands brassages d'hommes. Pour un solde qui, aujourd'hui, en chaque lieu, ne change que lentement, on observe une «ventilation» puissante, c'est à dire des entrées et des sorties en grand nombre.
On note, ensuite, un regroupement progressif des sièges sociaux des principales entreprises dans quelques centres privilégiés. On relève surtout la transformation graduelle de la Suisse entière en un «centre» qualifié, les activités moins nobles se trouvant transplantées dans «l'enveloppe», c'est à dire hors frontières. (La diminution récente des effectifs de main d'œuvre industrielle, alors même que l'indice d'urbanisation continue de croître est significative à cet égard). La relation entre ville et industrie apparaît de plus en plus comme l'épiphénomène d'un système de développement régional et/ou mondial plus fondamental.
On remarque, enfin, l'initiative très nouvelle, bien que pour l'instant avortée dans les faits, d'une attitude volontariste. Le projet CK.73 prévoyait d'obtenir - par voie incitative - une redistribution plus équilibrée, entre agglomérations et entre régions, des forces productives secondaires.

Une esquisse d'interprétation

L'interdépendance industrie/ville s'apprête-t-elle à prendre d'autres formes? Pour l'immédiat, ce qui paraît peu discutable, c'est que du côté de la première, le processus de

concentration et la nouvelle division internationale du travail posent à nombre d'entreprises le problème de leur localisation en termes inédits, parce que soumis à une exigence de mobilité. Du côté de la seconde, la tertiarisation et l'urbanisation généralisée de la société, comme par ailleurs le poids devenu considérable des équipements en place, lui impose des finalités et des contraintes propres. On assiste, dès lors, à un phénomène ambivalent de maintien structurel d'une part, et de découplage fonctionnel d'autre part, au sein de la relation I/V: comme si, d'un côté, l'infrastructure urbaine telle qu'elle est perdait de son sens, face à ces nouvelles exigences d'une partie croissante du secteur secondaire; et comme si, de l'autre, l'armature de villes en place n'en restait pas moins acueillante, riche d'économies externes, et comme telle, pleinement utilisable.

Adresse de l'auteur:

Jean-Luc Piveteau
Prof. à l'Université
Institut de géographie
Université de Fribourg
Pérolles
1700 Fribourg

Zentren und Peripherien in der Schweiz

Ernst A. Brugger, Martin Schuler

Zusammenfassung*

Die räumliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft wird oft mit dem theoretischen Ansatz der «Zentrum-Peripherie-Theorie» untersucht. Für ein hochentwickeltes und sehr integriertes Land wie die Schweiz benötigt dieser Ansatz gewichtige Anpassungen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei das Erkennen typischer Zentren-Peripherie-Beziehungen und die Zuordnung von Regionen zu diesen Typen. Die Autoren legen einen solchen Typologieversuch vor, der sich im Zeitablauf recht stabil verhält. Er ist zudem für eine breite Palette möglicher raumordnerischer Fragestellungen als Orientierungsmuster geeignet und dürfte nicht zuletzt die systematische Wahl von Fallbeispielen wesentlich erleichtern.

Résumé

L'organisation spatiale de l'économie et de la société fait souvent l'objet d'études utilisant une approche théorique appelée «théorie centre-périphérie». Pour un pays comme la Suisse où le développement et l'intégration sont forts, cette méthode nécessite certaines adaptations importantes. Ce faisant, il est décisif de discerner les types de relations entre les centres et la périphérie et l'attribution des diverses régions à ces différents types. Les auteurs présentent leur essai concernant l'établissement d'une telle typologie qui reste vraiment stable dans le temps. De surcroît, cet essai est riche d'informations sur un large éventail de problèmes qui peuvent se poser à propos de l'organisation du territoire. Enfin, il facilitera beaucoup un choix systématique d'études de cas.

Problemstellung

Als Wissenschaft von der räumlichen Struktur und Organisation der Wirtschaft und Gesellschaft sowie von deren Entwicklungsprozessen (vgl. Bartels 1980) hat sich die Wirtschafts- und Sozialgeographie immer wieder mit den *Austauschbeziehungen* zwischen Städten unterschiedlicher Grösse und zwischen diesen und ihrem jeweiligen «Hinterland» befasst. Wichtige Begriffe der Geographie wie «Zentrale Orte», «Entwicklungszentren» und «Stadt-Dynamik» belegen in aller Deutlichkeit die Suche nach den grossräumigen Zusammenhängen, nach den Wechselwirkungen im Siedlungssystem: Zentren mit welchem Einzugsbereich und zentral für wen? Dynamik zu wessen Nutzen und zu wessen Lasten? Dies sind nur zwei der einschlägigen Forschungsfragen.

Nun hat im Rahmen dieser Diskussion ein theoretisches Konzept besonders grosse Beachtung gefunden: der *Zentren-Peripherie-Ansatz,* der im 3. Abschnitt kurz diskutiert wird. Grundsätzlich besagt er, dass zwischen einigen wenigen Hauptzentren eines Landes und dessen Restfläche (d.h. der Peripherie) systematische und langfristige Austauschbeziehungen wirtschaftlicher, kultureller, ökologischer und politischer Art bestehen. Ihr Resultat sind räumliche Disparitäten und Differenzierungen, die sich – je nach Lehrmeinung – tendenziell eher vergrössern oder verkleinern (dazu: Mühlemann F./Brugger E.A. 1980): Man spricht dann von zunehmendem bzw. abnehmendem «Zentren-Peripherie-Gefälle», Worte wie die «zweigeteilte Schweiz» (W. Wittmann 1979) drücken dann schlagwortartig die Meinung des Autors aus.

Kein wissenschaftlicher Beitrag zur schweizerischen Raumordnungspolitik kommt um

* Diese Arbeit ist im Rahmen des NFP «Regionalprobleme» entstanden

eine Stellungnahme zu diesem theoretischen Konstrukt herum. Bei empirischen Arbeiten erschwert das nicht nur in der Humangeographie zu beobachtende Vorherrschen von eher kleinräumigen Monographien natürlich eine Aussage: denn wo im Zentren-Peripherie-Gefälle ist eine konkrete Fallstudie lokalisiert? Und was lässt sich an allgemeingültigen Aussagen daraus ableiten?
Diese Überlegungen haben zur Realisierung eines Forschungsprojektes zur Typologie des Zentren-Peripherie-Musters in der Schweiz geführt, welches im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes «Regionalprobleme in der Schweiz» kürzlich abgeschlossen worden ist (Schuler/Nef 1982). *Drei Leitfragen* werden darin mit je einer These konfrontiert:
Erste Frage: Wie brauchbar ist der Zentren-Peripherie-Ansatz für die Schweiz? Konkreter: Welche Räume gehören zu welchen Zentrentypen bzw. zu welchen Peripherietypen? Unsere *erste Vermutung* lautet, dass die feingliedrige und historisch tief verankerte Siedlungsstruktur in der Schweiz eine recht prägnante Modifikation des üblichen Zentren-Peripherie-Ansatzes verlangt, ohne diesen grundsätzlich ablehnen zu wollen bzw. zu können. Ein erstes Indiz bildet bereits der Titel unseres Beitrags: Wir sprechen von Zentr*en* und Peripheri*en*.
Zweite Frage: Wie stabil ist die Typenzugehörigkeit der einzelnen Räume im Laufe der Zeit und wie verläuft die Entwicklung der inneren Typen-Homogenität? Entwickelt sich die Charakteristik der verschiedenen Typen eher konvergent oder divergent - wird also die Differenzierung und Disparität zwischen den Räumen grösser oder kleiner? *Wir vermuten,* dass sich während den vergangenen drei Jahrzehnten starken Wirtschaftswachstums eher eine schwache Konvergenz entwikkelt hat; die Unterschiede zwischen den Typen werden demnach kleiner, ihre Identität wird schwächer.
Dritte Frage: Erlaubt eine solche Typologie die Vergrösserung der Repräsentativität von Fallbeispiel-Untersuchungen, indem vom Einzelfall zumindest generell auf den entsprechenden Typ und damit auf Differenzen zu anderen Typen geschlossen werden kann? Konkreter: Kann dank einer solchen Typologie die Wahl von Fallbeispiel-Untersuchungen so systematisch getroffen werden, dass deren Repräsentativität besser erkannt und massgeblich erhöht werden kann? Unsere dritte *These* besagt, dass eine solche Typologie die konzeptionell-methodisch einzige Möglichkeit für eine bessere Repräsentativität von Einzelfall-Untersuchungen darstellt, auch wenn diese sehr unterschiedliche Fragestellungen der raumwissenschaftlichen Problematik angehen.
Damit ist auch das *Hauptziel* dieser Forschungsarbeit umrissen: Die Identifikation einer dynamischen und flächendeckenden Zentren-Peripherien-Typologie für die anwendungsorientierte raumwissenschaftliche Forschung in der Schweiz. Am Schluss dieses Aufsatzes wird auf die drei Thesen zurückzukommen sein.
Es ist dies natürlich keineswegs die erste Forschungsarbeit, die sich mit einer Raumtypologie in der Schweiz befasst. Verwiesen sei lediglich auf die Arbeiten von Grosjean (1974), Bächtold (1981), Schuler (1980) sowie die Studie von Meier-Dallach/Hohermuth/Nef/Anliker (1982). Keine dieser Typologien hat jedoch in wissenschaftlicher oder praktisch-politischer Hinsicht als flächendeckendes Referenzsystem eine allgemeine Gültigkeit für raumwissenschaftliche Studien erlangt (dazu: Boesch H. 1975). Diesbezüglich besteht also eine empfindliche Forschungslücke, die teilweise mit den hier vorgelegten Resultaten abgedeckt werden soll.

Rahmenbedingungen, Einschränkungen

Jedes Forschungsprojekt hat sein Umfeld und seine Rahmenbedingungen, das hier zusammengefasste drei ganz klare:
In theoretischer Hinsicht muss versucht werden, eine Typologie mit grosser Kontinuität und für sehr verschiedene Fragestellungen geographischer, ökonomischer, soziologischer und historischer Art zu schaffen. Zu dieser sachlichen Flexibilität kommt eine räumliche hinzu: Zentren-Peripherien-Muster können auf und zwischen verschiedenen räumlichen Niveaus beobachtet werden. Wünschbar wäre demnach eine Typologie, die auch eine gewisse vertikale Flexibilität im Betrachtungsmassstab ermöglicht. d.h. eine Aggregations- und Desaggregationsmöglichkeit. Beide Forderungen, die sachliche und die räumliche, implizieren Spielräume auf

der Basis einer *Grund-Typologie,* die nicht verlassen werden muss bzw. soll. Und dies wiederum bedeutet eine kräftige Prise Pragmatismus bei der Erarbeitung *und* Verwendung einer Zentren-Peripherie-Typologie. Dies ist die erste - theoretische - Einschränkung.
Die zweite Einschränkung betrifft die *Methodik:* konzeptionell bietet es recht wenig Schwierigkeiten, einen «Wunschkatalog» von jenen *Strömungsdaten* zu erstellen, die über Zentren-Zentren- und Zentren-Peripherien-Beziehungen eine direkte Interpretation erlauben (vgl. dazu z.B. Muggli 1980). Leider ist der Grossteil der so verlangten Datensätze nicht verfügbar. Räumliche Strömungsdaten, insbesondere auch für dynamische Analysen, sind Mangelware (vgl. auch Gerheuser/Mangold 1981). Ressourcen für Primärerhebungen stehen nicht zur Verfügung. Was bleibt, sind behelfsmässige *Strukturdaten und Niveaugrössen,* die erst mittels theoretischer Ansätze und Plausibilitätsüberlegungen interpretationsfähig werden. Die 22 von uns verwendeten Variabeln (vgl. Abschnitt 4) bilden wiederum eine pragmatische Lösung im jetzigen Zeitpunkt - eine Lösung, die im Rahmen einer systematischen laufenden Raumbeobachtung deutlich verbessert werden könnte und sollte.
Eine dritte Rahmenbedingung: Die gesuchte Typologie soll für *Politik und Praxis* Bedeutung erhalten und somit möglichst anwendungsorientiert sein. Dies induziert zumindest zwei Entscheidungen - und Einschränkungen:

- Da das Regionen-Muster in der Schweiz institutionell bereits voll ausgebildet ist (Schuler 1980), kann es nicht primär darum gehen, neue Regionsgrenzen zu «erfinden». Wichtiger ist eine *Typologie bestehender Regionen,* wobei zwei unterschiedliche Muster sinnvoll scheinen: Bezirke und Planungsregionen (vgl. Abschnitt 4). Natürlich wirft dies einige Fragen auf, z.B. jene nach der Raumidentität von funktionalen bzw. institutionellen Regionen; es sei hier aus Platzgründen auf Schuler/Nef (1982) verwiesen.

- Die Typen müssen leicht fassbar sein. Zudem sollte eine möglichst *kleine Anzahl* unterschieden werden, w.m. sogar je eine gröbere und eine feinere Untergliederung. Ca. 5 Typen für die erste und etwa ein Dutzend für die zweite Art von Typologie dürften der Nachfrage gerecht werden.

Diese drei Rahmenbedingungen lassen den folgenden Vorschlag als anwendungsorientierten und recht pragmatischen Versuch vor einem ausgeleuchteten theoretischen Hintergrund charakterisieren. Er wird hiermit zur Diskussion und Weiterentwicklung vorgeschlagen.

Seitenblick auf die Theorie

Auf der Grundlage der Arbeiten vorab von Perroux, Myrdal und Hirschmann hat J.R.D. Friedmann (1972) «A general theory of polarized development» vorgelegt, die als Ausgangspunkt der theoretischen Zentren-Peripherie-Diskussionen gilt.
«Entwicklung» wird in dieser Theorie verstanden «as a discontinuous cumulative process that occurs as a series of elementary innovations that become organized into innovative clusters and finally into large-scale systems of innovation» (Friedmann 1972, S. 86). Damit sind zwei Grundgedanken der Polarisationstheorie formuliert: erstens die bereits von Schumpeter und später von Perroux betonte Erkenntnis, dass Innovationen aller Art im Entwicklungsprozess die entscheidende Rolle zukommt, und zweitens, dass die von Myrdal (1959) formulierte Grundhypothese der zirkulär kumulativen Verursachung Gültigkeit hat. «Development, ..., will tend to have its origins in a relatively small number of *centres of change* located at the points of highest potential interaction within a communication field» (Friedmann 1972, S. 93). Diese Hauptzentren bezeichnet Friedmann als «core regions», alle anderen Gebiete als peripher. Die Entwicklung der Peripherie (P) wird demnach zur Hauptsache durch das Zentrum (Z) bestimmt. Diese duale Sicht der Raumstrukturen kann wie folgt skizziert werden (Abb. 1).

Die Ursachen der Dominanz des Zentrums über die Peripherie sieht Friedmann in sechs sich selbstverstärkenden Effekten (vgl. Schilling-Kaletsch 1976, 149ff.): (1) im Dominationseffekt im Sinne des Entzugseffektes,
(2) im Informationseffekt, d.h. in der Zunahme des Interaktionspotentials im Zen-

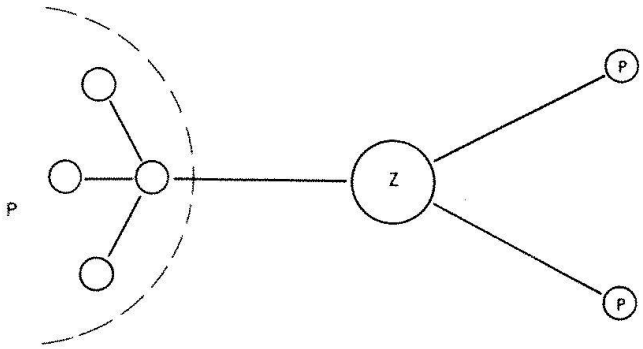


Abb. 1. Duales Zentrum-Peripherie-Muster.

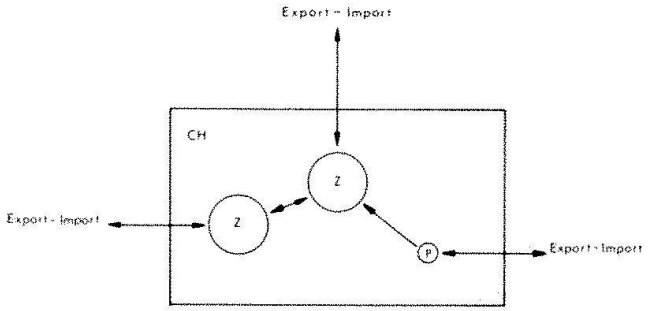


Abb. 2. Import-Export-Ströme als Illustration komplexer Zentren-Peripherien-Muster.

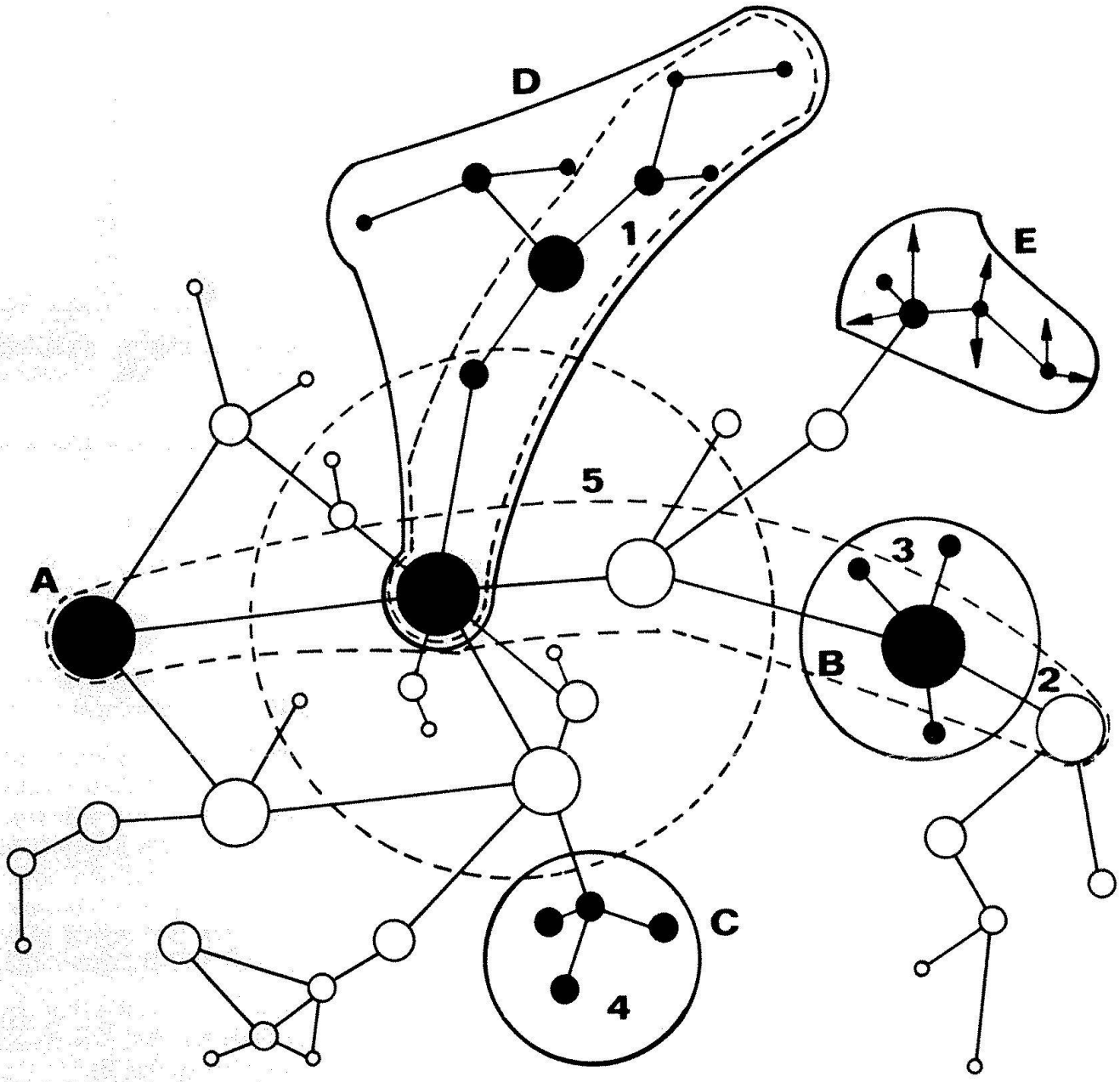
trum, resultierend aus dem Bevölkerungs-, Produktions- und Einkommenswachstum in diesem,
(3) im psychologischen Effekt oder der Kreation günstiger Bedingungen für andauernde Innovationen im Zentrum,
(4) im Modernisierungseffekt, der Transformation bestehender gesellschaftlicher Werthaltungen, Attitüden und Institutionen in Richtung auf eine grössere Anpassung an den schnellen und kumulativen Wandel, der durch die Innovationen hervorgerufen wird,
(5) in den «linkage effects», durch die sich die Innovationen in verbundenen Aktivitäten fortsetzen und
(6) in den Produktionseffekten, die zunehmende Skalenerträge und aufgrund von externen Vorteilen entstehende Kostenreduktionen umfassen.
Wie auch immer diese Effekte untergliedert und benannt werden: Sie sagen etwas aus über Beziehungen, Wechselwirkungen, Spannungen, räumliche Spill-over – und dies bedeutet, dass aus theoretischer Sicht zu ihrer empirischen Erfassung dynamische Strömungsdaten notwendig wären. Damit könnten erst *Typen von Zentren-Peripherie-Beziehungen* gebildet werden. Dieser Ambition kann dieses Projekt nicht gerecht werden. Mit den verfügbaren Daten ist lediglich *eine Annäherung* mittels der sorgfältigen Verwendung von Strukturdaten für eine Typologie von Räumen möglich, mit der etwas über Beziehungen *zwischen* Räumen ausgesagt werden kann.
Nun ist offensichtlich, dass das «duale Weltbild« der «Z-P-Theorie» für ein hoch-entwickeltes und stark integriertes Land wie die Schweiz einiger *Modifikationen* bedarf. Zwei seien hier aufgeführt:

– Erstens ist die *Richtung der genannten Effekte* mit Sicherheit nicht so eindeutig, wie die Theorie dies behauptet. Das Beispiel des Tourismus zeigt, dass Export- und Importtätigkeiten ohne weiteres auch von der Peripherie direkt und eigenständig unternommen werden können, wobei dies selbst im Falle der Schweiz nur einen kleinen Teil aller Exporte betrifft (Abb. 2). Die *Richtung* der Ströme ist also sorgfältig zu analysieren.

– Zweitens besteht in der Schweiz ein dichtes, historisch gewachsenes und fein strukturiertes Siedlungssystem. Wichtig scheint, dass auf der Grundlage von Abb. 3 verschiedene konzeptionelle Raumbezüge zur Geltung kommen und die einzelnen Forschungsprojekte sich präzise in der Systematik einordnen. Im Vordergrund stehen dabei die Beziehungen

- Kleinstädte intern (Kreis A)
- Kernstadt-Agglomeration (Kreis B)
- Kernstadt-Agglomeration-Peripherie (Kreis D) (Abb. 3).

Die Überführung von empirischen Resultaten aufgrund von Funktional- oder Homogenitätsmustern in strategie-orientierte Empfehlungen zuhanden institutioneller Regionen (bzw. Gemeinden, Kanton) bietet allerdings oft erhebliche Probleme. *Funktionsräumlich* müssten Zentren und Peripherien als offenes System interpretiert werden, das von Gaebe (1973) für den Begriff «Agglomeration» wie folgt umschrieben wird: «Objekte dieser Systeme sind Wohn-, Arbeits-, Versorgungs-, Verwaltungs-, Bildungs- oder Erholungsstandorte oder zentrale Orte als Aggregate von Subsystemen, die durch Personen, Güter- und Informationsströme mitein-



A: Kernstädte intern
B: Kernstadt-Agglomeration
C: Agglomeration intern
D: Kernstadt-Aggl.-Peripherie
E: Peripherie intern

1 Axiales Prinzip (Kette)
2 Axiales Prinzip (Bandstadt)
3 Zonales Prinzip (monozentrisch)
4 Zonales Prinzip (polyzentrisch, gleichberechtigt)
5 Zonales Prinzip (polyzentrisch, hierarchisch)

Abb. 3. Zentren Peripherien im schweizerischen Siedlungssystem (Schema).

ander verbunden sind... Fundamental für das Funktionieren des Raumsystems sind die Bewegungsströme zwischen den komplementären, teilweise hoch-spezialisierten Standorten, durch die sie Bedeutung und räumliche Identität erhalten». Offensichtlich ist, dass sich diese Identität für Zentren und Peripherien gerade auch aus ihren *Wechselbeziehungen* entwickelt. Deren Kenntnis sollte mittels der gesuchten Zentren-Peripherien-Typologie systematisch verbessert werden können. Nur so, über diese «methodisch-empirische Etappe», dürfte sich auch die Theorie weiter entwickeln lassen.

Methodischer Ansatz

Das Ziel der hier vorgelegten Arbeit besteht also in einer Typisierung von schweizerischen Regionen nach einer möglichst geringen An-

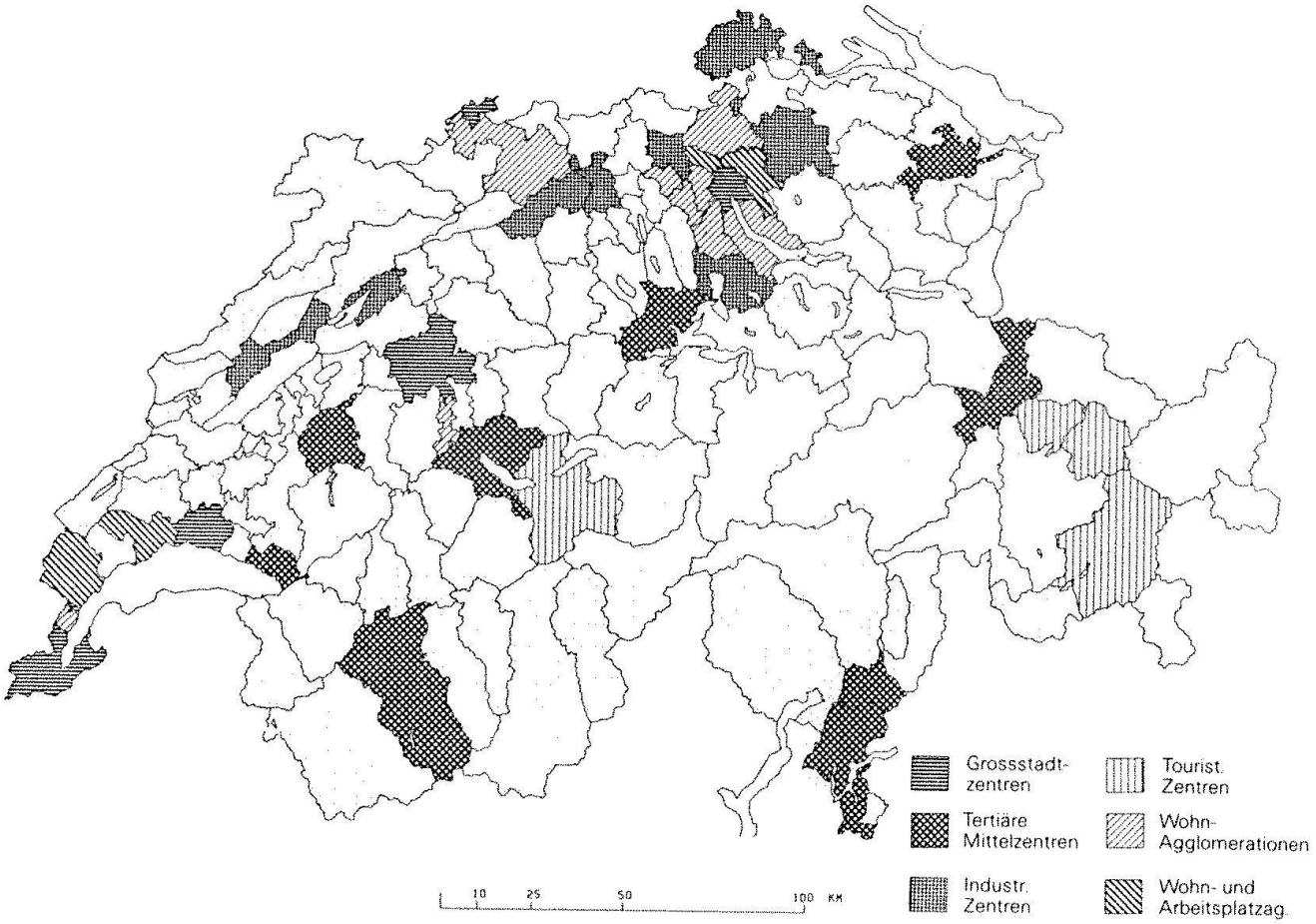


Abb. 4. Typisierung 1980 der Raumplanungsregionen (Zentrale Räume).

zahl von möglichst homogenen Typen. Diesem Ziel setzt die Schweiz mit ihrem vielfältigen Muster von strukturell unterschiedlichen Raumeinheiten erhebliche Schwierigkeiten entgegen, zumal auch die Regionen in der Regel weit unterhalb einer Grösse bleiben, die dem Begriff eines räumlich geschlossenen Arbeitsmarktes nahe käme (Maillat/Held 1982). Als Raumeinheiten gewählt werden drei verschiedene Regionalisierungen: die 184 *Bezirke* für historische Vergleiche, 143 *Raumplanungsregionen* als mögliche politische Adressaten sowie als neuer Regionalisierungsansatz ein teilweiser Zusammenzug letzterer auf 106 *Gebiete,* im Berggebiet den IHG-Regionen entsprechend, im Mittelland Kleinarbeitsmärkten (Schuler 1980).

Die Typisierung fusst auf einer *Diskriminanzanalyse,* ein multivariates Verfahren zur Bestimmung von ähnlichen Einheiten, wobei die Anzahl der gewünschten Typen und eine provisorische Ausgangszugehörigkeit der Regionen zu einzelnen Typen vorbestimmt werden. Dieses Verfahren setzt einen weitgehend abgesicherten theoretischen Hintergrund und ebenfalls detaillierte räumliche Kenntnisse des Untersuchungsraumes oder dann eine lange Serie mathematischer Analysen voraus; seine Stärken liegen vor allem in der Feinzuteilung von nur schwer typisierbaren Einheiten sowie in der statistischen Messung der Qualität der gewählten Typologie.

Der Arbeit vorausgegangen sind Typologisierungsansätze, die auf fixen Schwellenwerten basieren. So wurde in der Haushaltsprognose 1976 (Schuler 1976) nach der Wirtschaftsstruktur, der Zentrengrösse, der Konfession sowie dem Pendelverhalten differenziert, was eine zwar gute, doch zu detaillierte Gliederung erbrachte. Zentrengrösse und Sektoralstruktur bilden auch bei der Typisierung von Meier-Dallach/Nef/Hohermuth/Anliker (1982) eine Hauptrolle. Auf diese Arbeit, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes «Regionalprobleme» entstanden ist, stützt sich auch die Methodik der hier vorgelegten Arbeit ab. Notwendige Modifikationen ergaben sich allerdings. So wur-

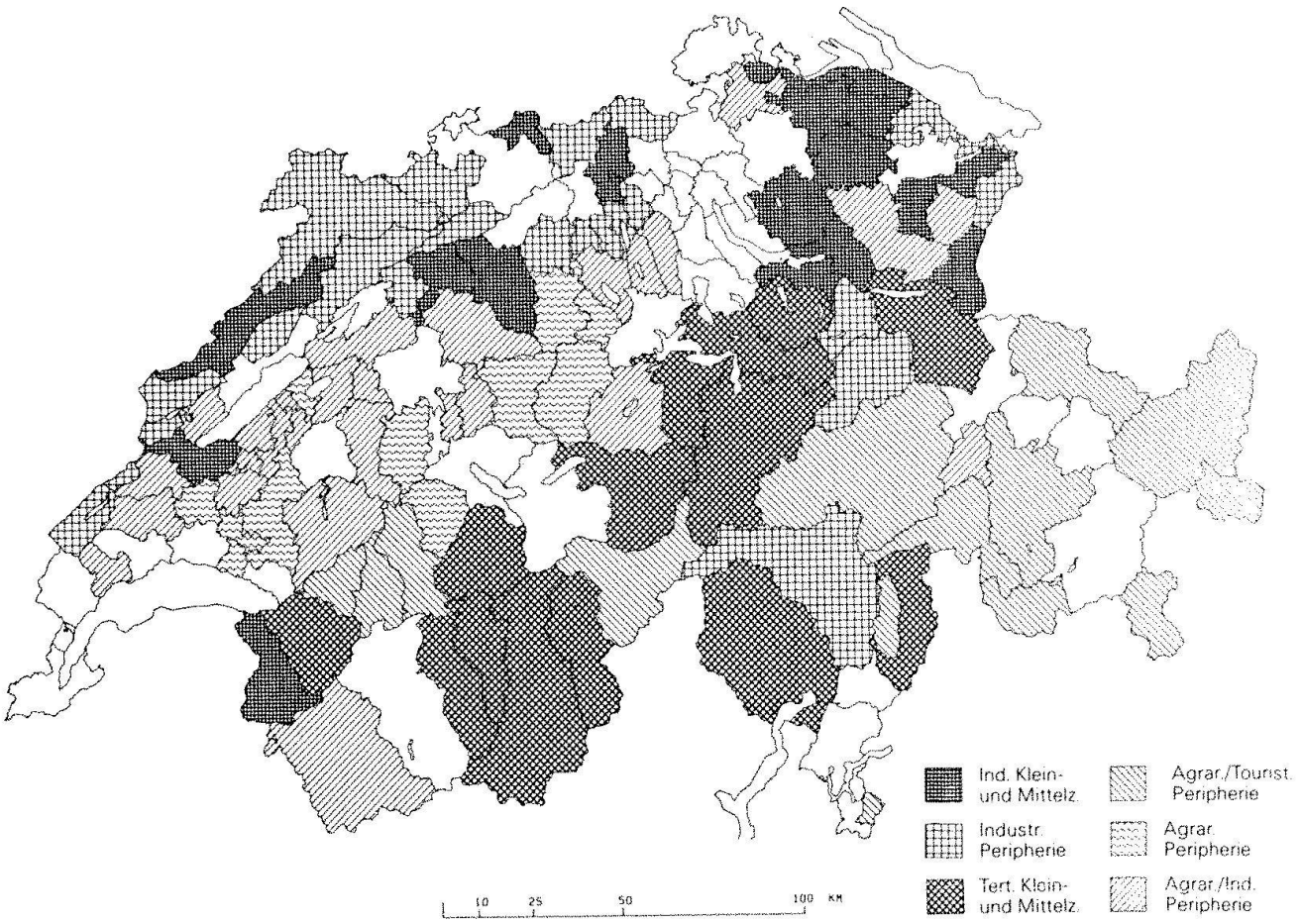


Abb. 5 Typisierung 1980 der Raumplanungsregionen (Periphere Räume).

de durch Einbezug des Pendlerkriteriums die Ausscheidung von zwei zusätzlichen Typen erreicht, so dass insgesamt 12 Raumtypen resultieren. Die Intention, für 1970 und 1980 völlig vergleichbare Rechnungsgänge durchzuführen, erzwang den Verzicht auf eine Reihe von Variabeln, die durch neue ersetzt wurden. Das schliesslich verwendete Variabelnset umfasst 22 Einheiten, in der Mehrzahl demographische und ökonomische.
Die gewählte Klassifizierung ergibt gute und plausible Resultate. Doch scheint die Anzahl der Typen mit 12 relativ hoch, wobei eine Aggregation auf 5 Typen möglich ist. Aus Platzgründen müssen wir dafür auf Schuler/Nef (1982) verweisen.

Ergebnisse

Die Typisierung klassiert hauptsächlich nach den beiden Dimensionen «Zentrumsgrösse» und «Wirtschaftsstruktur», bringt aber die Zentren-Peripherie-Hierarchie nur indirekt zur Geltung, im Vergleich der Ergebnisse 1970 und 1980 aber auf teilweise überraschende Art und Weise.
Von den drei angewendeten Regionalisierungen klassieren die 106 Gebiete am besten, die Bezirke am wenigsten gut, doch sind die Unterschiede nicht bedeutend. Abbildungen 4 und 5 zeigen die Typisierung für die 143 Raumplanungsregionen auf je einer Karte für die zentralen bzw. peripheren Räume (Abb. 4 und 5).
Für den Betrachter recht auffällig nimmt sich die geographische Verteilung aus: Zum Teil lassen sich räumlich beinahe als geschlossen zu bezeichnende Gebiete des gleichen Regionstyps erkennen. Dies gilt freilich nicht für die zentralen Räume, doch konzentrieren sich die industriellen Kleinzentrenregionen und Peripherien auf die Jurakette, den Aargau und das ostschweizerische Mittelland, während etwa der Typus der tertiären Mittelstädte die voralpinen und alpinen Zentren umfasst und die tertiären Kleinzentren wie die agrarisch/tertiär/touristischen

Peripherien fast ausnahmslos im Alpenraum liegen – in sich wiederum in eine eher voralpine und inneralpine Gruppe geschieden.
Die geographisch-naturähnliche Komponente definiert in auffällig starkem Masse Zentralität und Wirtschaftsstruktur; eine entsprechende Zusammenfassung der 12 Typen nach 4 Grossräumen Mittelland/Jura-Mittelland/Voralpen/Alpen gruppiert besser als ähnliche Zusammenzüge etwa nach der Entwicklungsdynamik, Konfession oder auch Zentrumsferne und beinahe ähnlich gut wie nach der Wirtschaftsstruktur und dem Zentralitätsgrad. Letztere beide graphisch dargestellt ergibt die Abbildung 6.
Diese Graphie eignet sich zur Erläuterung von Subgruppenzugehörigkeiten oder von Prüfvariabeln. Eine Anwendung auf die geographische Gliederung lässt sich etwa wie in Abbildung 7 darstellen.
Bevor weitere strukturelle Differenzierungen vorgenommen werden, sei auf den Entwicklungsvergleich 1970/1980 eingegangen. Die Zahl der «Typenwechsler» ist ausserordentlich klein und umfasst beispielsweise nur 8 von 184 Bezirken, davon drei in hierarchisch aufsteigender Richtung (Rheinfelden, Echallens und la Veveyse durch einsetzende Agglomerierung). Die Freiberge und das Vallemaggia wechselten vom Typus der industriellen Peripherie in den agrar/ind. Mischtyp, während Martigny und Avenches neu zum rein agrarischen Typus zugerechnet werden. Während in den ersten beiden Fällen die «Rückstufung» wohl als effektiver Strukturverlust gedeutet werden muss, zeichnen sich die anderen beiden durch eine besonders

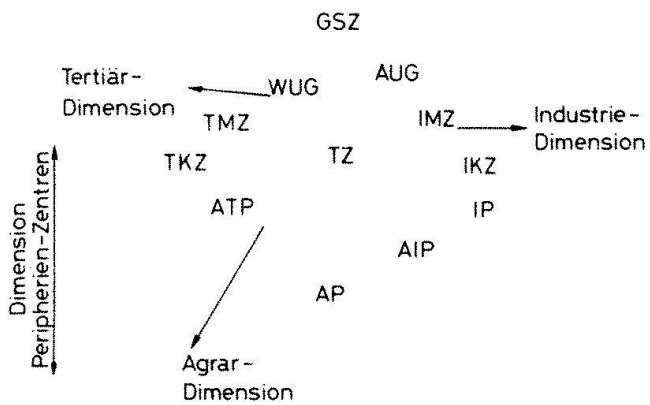


Abb. 6. Gruppierung nach Wirtschaftsstruktur und Zentralitätsgrad.

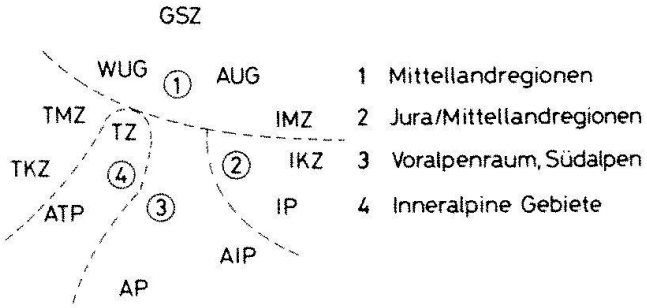


Abb. 7. Geographische Gliederung.

kräftige und wenig rückläufige Landwirtschaft aus. Sie finden sich 1980 inmitten von früher rein landwirtschaftlichen Einheiten, die aber im ersten Sektor eine grössere Einbusse hinnehmen mussten. Zwei *Erklärungen* können für die geringe Typenwechselhäufigkeit herangezogen werden. Zunächst ist die grosse Stabilität methodenbedingt. Bei Applikation einer Typisierung mit fixen Schwellenweiten nach Ortsgrösse und Wirtschaftsstruktur wechseln innerhalb von 10 Jahren rund 1/3 der Regionen in einen anderen Raumtyp. Als zweiter Grund ist die gesamträumliche Entwicklung anzuführen: Die Tertiärisierung der Wirtschaft setzt sich in allen Typen in ähnlichem Ausmasse durch – in den landwirtschaftlichen auf Kosten des 1. Sektors und unter Wahrung des 2., in den industriellen und tertiären auf Kosten des Industrieanteiles. Neben dem Gewicht des Strukturwandels auf nationalem Niveau scheint sich auch die Innergruppen-Homogenität zu verstärken. *Dies würde auf eine gewisse räumliche Spezifizierung oder eine Verstärkung des Segregationsprozesses hinweisen.*
Diese Hypothese kann durch Vergleiche der ETA-Werte 1970 und 1980 getestet werden. Dieser Indikator wird bestimmt durch das Verhältnis zwischen der Innergruppenhomogenität und der Qualität der Zwischengruppenabgrenzung. Von den untersuchten Variablen weist die Mehrzahl gleichbleibende oder steigende ETA-Werte auf, ausgehend von recht unterschiedlichen Niveaus. Drei der wichtigsten Variabeln jedoch, die Einwohnerentwicklung 60/70 resp. 70/80, die Erwerbsquote und der Prozentsatz junger Erwachsener sind gegenläufig, d.h. sie haben innerhalb und/oder zwischen den Typen eine ausgeglichenere Entwicklung als noch vor 10

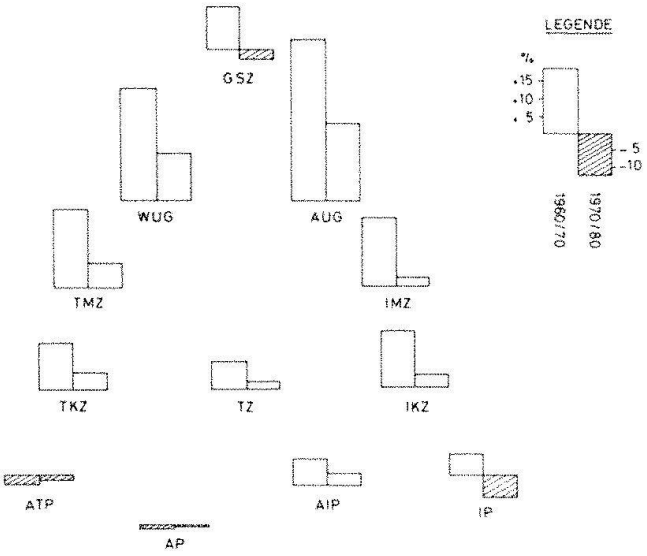


Abb. 8. Bevölkerungsentwicklung im Vergleich 1960/70 und 1970/80 nach Raumtypen.

Jahren. Abbildung 8 belegt diesen Befund für die Einwohnerentwicklung. Mit der allerdings sehr wichtigen Ausnahme der industriellen Peripherie haben die nicht zentralen Typen den relativen Entwicklungsrückstand wettmachen können. Überdurchschnittliche Wachstumsraten zeigen noch die beiden Agglomerations-Umlandtypen sowie die tertiären Mittel- und Kleinzentren und ausserdem der agrarisch-industrielle Mischtyp, demnach die zentralen Regionen in grosser Entfernung der Hauptzentren und die peripheren Gebiete, die den letzteren am nächsten liegen. Damit wäre eigentlich ein klarer Beweis für die Böventer-These erbracht (Böventer 1962). Ganz so einfach liegt die Sache allerdings nicht: Hatten die tertiären Wachstumspole im Voralpen-und Alpenraum wegen genügender Zentrenferne eine Entwicklungschance wahrnehmen können oder weil sie eine zur Bewältigung einer (Export-)Wirtschaftskrise günstige Branchenstruktur aufwiesen? Oder verfügen sie als einzige Regionen noch über ein Hinterland mit namhaften Geburtenüberschüssen? Die ausgeglichenere Bevölkerungs-Entwicklung ist wohl auch als Resultat des in den letzten 10 Jahren von 31 auf 40% gestiegenen Pendleraufkommens zu sehen. Damit liesse sich auch die räumliche Angleichung der Erwerbsquoten erklären. Andererseits sind Sektoralstruktur, Haushaltsgrösse, Frauenanteil, Kinder- und Betagtenanteil heute stärker räumlich ausdifferenziert als noch vor 10 Jahren. Die Tendenzen sind schwach ausgeprägt; die ersten Auswertungen der Volkszählung 1980 erlauben einige interessante Vermutungen, aber sie belegen noch nicht eindeutig die These der verstärkten Segregation. Es dürfte ohnehin recht schwierig sein, die wenig markanten und von mancherlei Gegenströmungen geprägten Entwicklungsverläufe klar herauszuarbeiten. Da bleibt es im Grunde genommen überraschend, dass die Typisierung der schweizerischen Regionen und Bezirke ein mehr oder weniger sinnvolles Resultat erbracht hat.

Schlussfolgerungen

Welche Antwort finden nun unsere drei Thesen (vgl. Abschnitt 1)?
Erstens hat sich gezeigt, dass ein *Zentren-Peripherien*-Ansatz sinnvolle Ergebnisse zu liefern vermag und selbst mit nur strukturellen Variabeln dynamische Elemente recht gut indirekt erfasst werden können. Mittels empirischer Arbeiten scheint eine Weiter-Entwicklung der Zentren-Peripherie-Theorie nötig und möglich, wobei in drei Bereichen Modifikationen unerlässlich sind:

- zum Inhalt und zur Intensität der Ströme zwischen Zentren und Peripherien,
- zur Richtung dieser Ströme und,
- zum Einbezug von Distanzvariabeln.

Die *zweite These,* die eine eher konvergente Entwicklung der Raumtypen vermutete, lässt sich so nicht bestätigen. Während in den letzten 10 Jahren zwar deutlich ausgeglichenere Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklungen festgestellt werden können, sind *strukturell* eindeutige Segregationserscheinungen zu beobachten. Die zunehmenden räumlichen Differenzierungen weisen auf eine wachsende Identität der 12 unterschiedenen Raumtypen hin.
Die *dritte These* der Brauchbarkeit für die Repräsentativität von Fallbeispiel-Studien muss solange unbeantwortet bleiben, als die dazu notwendigen Tests noch nicht vorliegen. Im Rahmen des NFP Regionalprobleme ist ein systematisches Test-Verfahren vorgesehen. Die Hoffnung sei ausgedrückt, dass weitere Projekte die hier vorgelegte Typologie anwenden werden. Die These bleibt somit als solche bestehen.

Eine letzte Bemerkung: Die in dieser Forschungsarbeit versuchte Mischung von theoretischen und pragmatischen, von deduktiven und induktiven Ansätzen scheint sich insofern zu lohnen, als immerhin erstaunlich plausible Resultate mit kleinem Aufwand erreicht werden konnten. Zweifelsohne notwendig sind nun jedoch weitere Anwendungen und Tests der vorgelegten Typologie.

Literatur

Bächtold, H.Ch. 1981: Die Entwicklung der Regionen, Agglomerationen und Städte der Schweiz (1950–1978), Zürich.

Bartels, D. 1980: Wirtschafts- und Sozialgeographie. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Stuttgart und New York.

Boesch, H. 1975: «Region» als Instrument der Politik. In: Festschrift für Erich Otremba, Wiesbaden.

Böventer, E.v. 1962: Theorie des räumlichen Gleichgewichts.

Friedmann, J.R.D. 1972: A general theory of polarized development. In: N.M. Hansen (Ed.) Growth centers in regional economic development, New York.

Gaebe, W. 1973: Zur räumlichen Organisation städtischer Agglomerationen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 15, Bonn.

Gerheuser, F.; Mangold, H. 1981: Form, Struktur und Funktionalität schweizerischer Stadtsysteme. Der Wandel der schweizerischen Zentrenhierarchie. Ursachen-Entwicklungen-regionalpolitische Konsequenzen, Bern (Arbeitsbericht der Programmleitung des NFP Regionalprobleme).

Grosjean, G. 1974: Raumtypisierung nach geographischen Gesichtspunkten als Grundlage der Raumplanung auf höherer Stufe, Bern (Manuskript).

Maillat, D.; Held, D. 1983: Le marché de l'emploi au niveau local. Méthode d'analyse. A paraître.

Meier-Dallach, H.P.; Hohermuth, S.; Nef, R.; Anliker R. 1982: Zwischen Zentren und Hinterland. Probleme, Interessen und Identitäten im Querschnitt durch die Regionstypen der Schweiz, Diessenhofen.

Muggli, Ch. 1980: Sozioökonomische Effekte der Entmischung, Bern, Frankfurt, Las Vegas (v.a. S.15–198).

Mühlemann, F.; Brugger, E.A. 1980: Regionale Disparitäten/Disparités régionales, Diessenhofen.

Myrdal G. 1959: Oekonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart.

Schilling-Kaletsch I. 1976: Wachstumspole und Wachstumszentren, Kiel.

Schuler M. 1976: Haushaltsprognose, Zürich (Manuskript).

Schuler M. 1980: Problematik der Regionalisierung in der Schweiz, Bern (Arbeitsbericht der Programmleitung des NFP Regionalprobleme).

Schuler M.; Nef R. 1982: Räumliche Typologien des schweizerischen Zentren-Peripherien-Musters, Bern (Diskussionspapier der Programmleitung des NFP Regionalprobleme).

Wittmann W. 1979: Eine zweigeteilte Schweiz, Bern.

Adressen der Autoren:

PD Dr. Ernst A. Brugger
NFP Regionalprobleme
Bundesgasse 8
3003 Bern

Martin Schuler
c/o IREC
Ecole polytechnique de Lausanne 13,
13, avenue de l'église anglaise
1001 Lausanne

Zur Zentralitätsstruktur in Stadt und Region St. Gallen

Martin Boesch

Zusammenfassung

Der Verfasser geht von der aktuellen Notwendigkeit einer «Normativen Geographie» aus, welche über den positivistischen Ansatz hinaus Sachverhalte bewertet und so für entscheidungsorientierte Aussagen verfügbar macht. Mit diesem Ansatz wird die Versorgungssituation in der Region St. Gallen untersucht und mit den Verhältnissen in der Stadt St. Gallen (Boesch 1979) verglichen. Im Sinne der Zielsetzung «Sicherstellung der Versorgung» werden versorgungspolitische Schlussfolgerungen in vier denkbaren Szenarien dargestellt.

Résumé

L'auteur part de la nécessité actuelle d'une géographie normative qui, dépassant l'approche positiviste, évalue des états de choses et donne des résultats permettant la prise de décisions. Il étudie sous cet angle l'approvisionnement de la région saint-galloise et le compare aux conditions régnant dans la ville de Saint-Gall (Boesch 1979). Gardant en vue l'objectif fixé, soit la garantie de l'approvisionnement, l'auteur expose quatre conclusions concernant la politique de l'approvisionnement.

Zum Normendefizit in der Geographie

Wissenschaft erscheint heute (mehr denn je?) aufgerufen, praxisrelevant zu arbeiten; demgegenüber ist abstrakte Erkenntnis als Ziel an sich, losgelöst von Nutzniessern (wenn es das überhaupt gibt) umstritten (Wise 1977). Eine Hinwendung zu entscheidungs- und zielorientierten Fragestellungen bedeutet allerdings den Einbezug normativer Ansätze. Es geht ja darum, Sachverhalte an Normen oder Bewertungsmassstäben zu messen, zu beurteilen; es soll eine Diagnose, ein Soll-Ist-Vergleich durchgeführt werden (Boesch 1981). Solche normativen Zielsetzungen sind ausserwissenschaftlich, das heisst gesellschaftlich-politisch, vorgegeben; Aufgabe der Wissenschaft ist es demgegenüber, Konsequenzen von denkbaren Handlungsabläufen aufzuzeigen (Weichhart 1980).

Anders als in andern Disziplinen, etwa in der Nationalökonomie (Lösch 1944), ist in der Geographie diese normative Stufe wissenschaftlichen Arbeitens nach wie vor umstritten, und zwar nicht nur im deutschsprachigen Bereich (King 1976). Zehn Jahre nach Gansers wegweisendem Appell zu einer solchen der «Gesellschaft verpflichteten Wissenschaftsauffassung» (Ganser, 1970, 186) zog Höllhuber für den Problembereich Stadtgeographie eine ernüchternde Bilanz: «Die humangeographischen Beiträge zeichnen sich durch eine Reihe einengender Charakteristika aus, die ihre Problemlösungsvalenz gegen Null tendieren lassen.» (Höllhuber, 1981, 256). Als Ursache dieses Mankos stellt er in erster Linie den positivistischen Ansatz der Disziplin heraus; demgegenüber postuliert er eine «stellungnehmende Geographie», wobei gilt, dass «erst die Bewertung (...) aus räumlichen Mustern (...) Grundlagen für das Entscheidungsverhalten» macht (Höllhuber, 1981, 263). – Dem ist wenig beizufügen, es sei denn die Erwartung, dass die nächsten zehn Jahre besser genutzt werden.

Es hat der Diskussion um positivistischen bzw. normativen Standpunkt zweifellos wenig gedient, dass eine solche «engagierte» Ausrichtung der Disziplin (Haggett, 1977) hauptsächlich aus nichtbürgerlichem Lager kam (vgl. etwa Smith, 1977). Wer so argumentiert, übersieht den grundsätzlichen Charakter einer Normativen Geographie: sie ist keineswegs fixiert auf den sog. «radikalen»

oder «strukturierten» Ansatz (Duncan verwendet dafür auch den Ausdruck «holistic» (1981, 289)), sondern bietet z. B. auch Raum für individualistische («humanistische») Wertsysteme (Sanguin, 1981).
Wenig beigetragen zur Akzeptierung solcher Fortentwicklung der Disziplin hat auch die oftmals arrogante Selbstverständlichkeit, mit der gesellschaftspolitisch-ideologisch gestützte Normen hereingenommen und als disziplinimmanent ausgegeben wurden (Weichhart, 1980). Aber macht nicht auch die positivistische Auffassung diesen Fehler, wenn sie sich mit ihrem «Was ist, ist» diskussionslos am Status quo orientiert? – Jedenfalls sollte es heute selbstverständlich sein, die Schnittstelle zwischen Sachverhalten und ihrer Bewertung transparent zu machen.

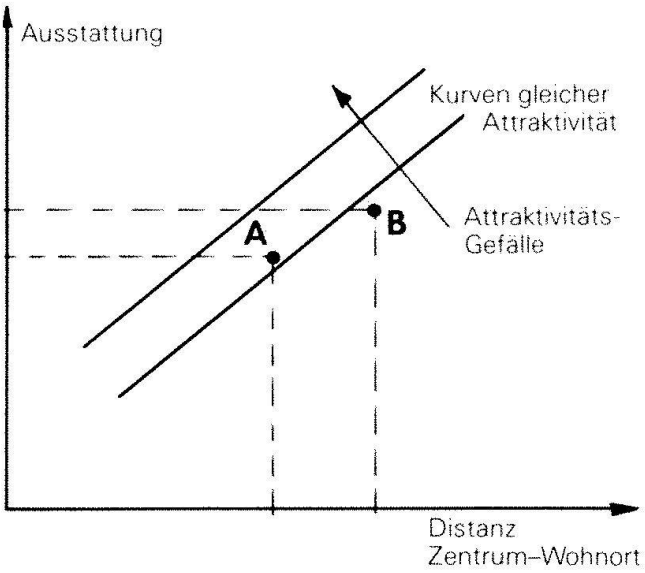


Abb. 1. Zusammenhang zwischen Ausstattung, Distanz Zentrum-Wohnort und Zentren-Attraktivität.
Im vorliegenden Fall wird das Zentrum A aufgesucht; die grössere Distanz nach B wird durch die bessere Ausstattung von B nicht aufgewogen.

Theorieorientierte und versorgungspolitische Fragestellungen

Basierend auf früher vorgelegten Arbeiten zur intraurbanen Zentralitätsforschung (Boesch, 1979) und seither durchgeführten Erhebungen in der Region St. Gallen werden im folgenden einige Ergebnisse vorgelegt, die sich in den Rahmen einer doppelten Fragestellung einordnen:
– Zur Theorie der Zentralen Orte soll ein Beitrag geleistet werden über die Zusammenhänge zwischen Siedlungsstruktur und Zentralitätsstruktur, sowie zur Abhängigkeit von Zentrumstyp und Standort.
– Der versorgungspolitische Ansatz geht von der aktuellen Forderung nach «hinreichender Versorgung» der Bevölkerung mit Gütern des Grund- und gehobenen Bedarfes aus. Wie stellt sich die Versorgungssituation (insbesondere auf der Stufe des Grundbedarfes) in der Region St. Gallen dar, wo zeigen sich Schwachstellen der Versorgung, und welche Überlegungen sind zu ihrer allfälligen Überwindung anzustellen?
Der theoretische Hintergrund der Untersuchung lässt sich darstellen durch ein Diagramm, welches den Zusammenhang zwischen Distanz zu einem Zentrum, dessen Ausstattung und der Bereitschaft zur Distanzüberwindung festhält. Je nach Mobilität des Käufers, seinen Lebens- und Einkaufsgewohnheiten sowie der untersuchten Bedarfsstufe (Grundbedarf bzw. gehobener Bedarf) verläuft die Kurve konstanter Zentrumsattraktivität mehr oder weniger steil; je nach Ausstattung der Zentren und der Distanzen vom Wohnstandort erfolgt danach die Wahl des Einkaufsortes (vgl. Abb. 1).
Mit Blick auf betriebswirtschaftlich gegebene Schwellen minimaler Betriebsgrössen erscheint ein klarer Zusammenhang zwischen Siedlungsgrösse und Ausstattung des Zentrums mit Geschäften zunächst gegeben, allerdings korrigiert um Kaufkraftzu- und -abflüsse je nach Standort und Attraktivität. Über die quantitativen Zusammenhänge der genannten Grössen ist allerdings wenig bekannt (Schöller, 1972; Heinritz, 1979).
Diese Grössenordnungen sind nun vor allem interessant im Hinblick auf die zweite Gruppe von Problemstellungen, die versorgungspolitisch motiviert sind und zur Lösung von Planungsfragen beitragen sollen. Mit der bevorstehenden Behandlung der 1980 eingereichten Volksinitiative zur «Sicherung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und gegen das Ladensterben» in den eidgenössischen Räten und der daran anschliessenden Volksabstimmung ist die Aktualität der Frage auf Bundesebene gegeben; in verschiedenen Kantonen, Regionen und Gemeinden werden zudem Probleme der Versorgungssicherheit im Rahmen der Raum-

ordnungspolitik diskutiert (vgl. etwa Kanton Thurgau 1980, Metzger 1981).
Das Stichwort «hinreichende Versorgung», aufgegliedert in «ausreichendes Angebot» und «zumutbare Entfernung», zeigt die Schnittstelle zum normativen Ansatz an: eine gegebene Versorgungssituation soll beurteilt, gewertet werden. Allfällige Massnahmen zur Behebung von Versorgungslücken müssen sich allerdings auf verlässliche Kenntnisse über die allgemeinen Zusammenhänge beim Versorgungsprozess abstützen, sollen sie zweckmässig sein. Damit ist der Konnex zum theorieorientierten Ansatz sichtbar geworden.

Methodische Hinweise

Grundsätzlich lässt sich eine gegebene Versorgungssituation von drei Ansatzpunkten her analysieren: vom Angebot (das heisst also den vorhandenen Geschäften) her, von der effektiv getätigten Nachfrage her oder aber von der subjektiven Zufriedenheit der Bevölkerung als Kunden her (Mielke, 1981).
Mit Abstand am wenigsten aufwendig, und von den erfassten Sachverhalten her am transparentesten, erweist sich sofort eine Analyse des Angebotes, also eine Aufnahme der vorhandenen Geschäfte und ihre Aggregation zu Zentren. Dabei wurde im Prinzip gleich verfahren wie bei der Untersuchung der Verhältnisse in der Stadt St. Gallen; einzig die Kriterien zur Abgrenzung der Zentren wurde in Anbetracht der dörflichen Verhältnisse gelockert: Geschäfte, die bis zu 100 m auseinanderliegen, wurden noch berücksichtigt (Boesch, 1979, 29). Entsprechend der zentralen Fragestellung der Untersuchung wurde auch das qualitative Klassifikations-Schema zur Bestimmung des Zentren-Typs beibehalten:

Stufe 1 = *Grundversorgung* knapp *sichergestellt*
Stufe 2 = *Grundversorgung sichergestellt,* ohne *Auswahl*
Stufe 3 = *Grundversorgung sichergestellt,* mit *Auswahl*
Stufe 4 = *Grundversorgung sichergestellt, mit Auswahl; zusätzlich* umfangreiches *Angebot beim periodischen Bedarf*
Stufe 5 = *Grundversorgung sichergestellt, mit Auswahl; zusätzlich* vollständiges *Angebot beim periodischen Bedarf.*

Tab 1. Ergebnisse der Untersuchung zur Versorgungssituation in der Region St. Gallen

1 = Anzahl Geschäfte Grundbedarf
2 = Anzahl Geschäfte period. Bedarf
3 = Anzahl Geschäfte aperiod. Bedarf
4 = Anzahl Geschäfte total
5 = Einwohner im Versorgungsbereich
6 = Zentrums-Stufe

Ortschaft	1	2	3	4	5	# 6
Bischofszell	13	24	39	76	3000	4
Hauptwil	5	6	3	14	600	# 2
Waldkirch	7	9	6	22	1300	# 3
Bernhardzell	4	5	1	10	500	# 1
Wittenbach-Dorf	3	4	3	10	1600	# 1
Wittenb.-Kronbühl	8	15	8	31	4000	# 3
Häggenschwil	3	2	0	5	400	# 1
Roggwil	4	5	3	12	600	# 2
Berg SG	3	4	2	9	400	# 1
Mörschwil	7	8	2	17	1200	# 3
Untereggen	4	3	1	8	400	# 2
Eggersriet	3	6	1	10	1200	# 2
Grub SG	5	4	1	10	300	# 2
Grub AR	3	3	0	6	500	# 1
Heiden	22	17	25	64	2200	# 4
Rehetobel	8	6	6	20	1000	# 3
Wald	3	4	0	7	400	# 1
Trogen	8	9	4	21	1100	# 3
Speicher	9	12	10	31	1600	# 3
Bühler	7	7	4	18	1000	# 3
Gais	10	8	10	28	1500	# 3
Teufen	17	15	21	53	1600	# 4
Niederteufen	4	4	1	9	600	# 1
Weissbad	4	2	0	6	300	# 1
Gonten	6	6	1	13	400	# 2
Appenzell	32	22	45	99	4200	# 5
Haslen	5	4	1	10	300	# 1
Stein	5	6	2	13	500	# 2
Hundwil	5	4	3	12	400	# 2
Waldstatt	8	7	5	20	900	# 3
Herisau Zentrum	21	26	65	112	7000	# 5
Urnäsch	12	9	9	30	1000	# 3
Schwellbrunn	3	4	1	8	600	# 1
Schönengrund	9	7	1	17	600	# 3
St. Peterzell	5	4	0	9	400	# 2
Degersheim	14	15	15	44	2600	# 4
Flawil	24	22	42	88	6500	# 4
Gossau	23	37	56	116	9000	# 5
Abtwil	8	9	3	20	2400	# 3
Engelburg	5	6	1	12	1000	# 2
Arnegg	4	3	1	8	600	# 2
Andwil	7	5	2	14	900	# 2
Niederbüren	4	4	1	9	700	# 2
Oberbüren	5	6	2	13	1100	# 2
Niederwil	4	4	2	10	700	# 1

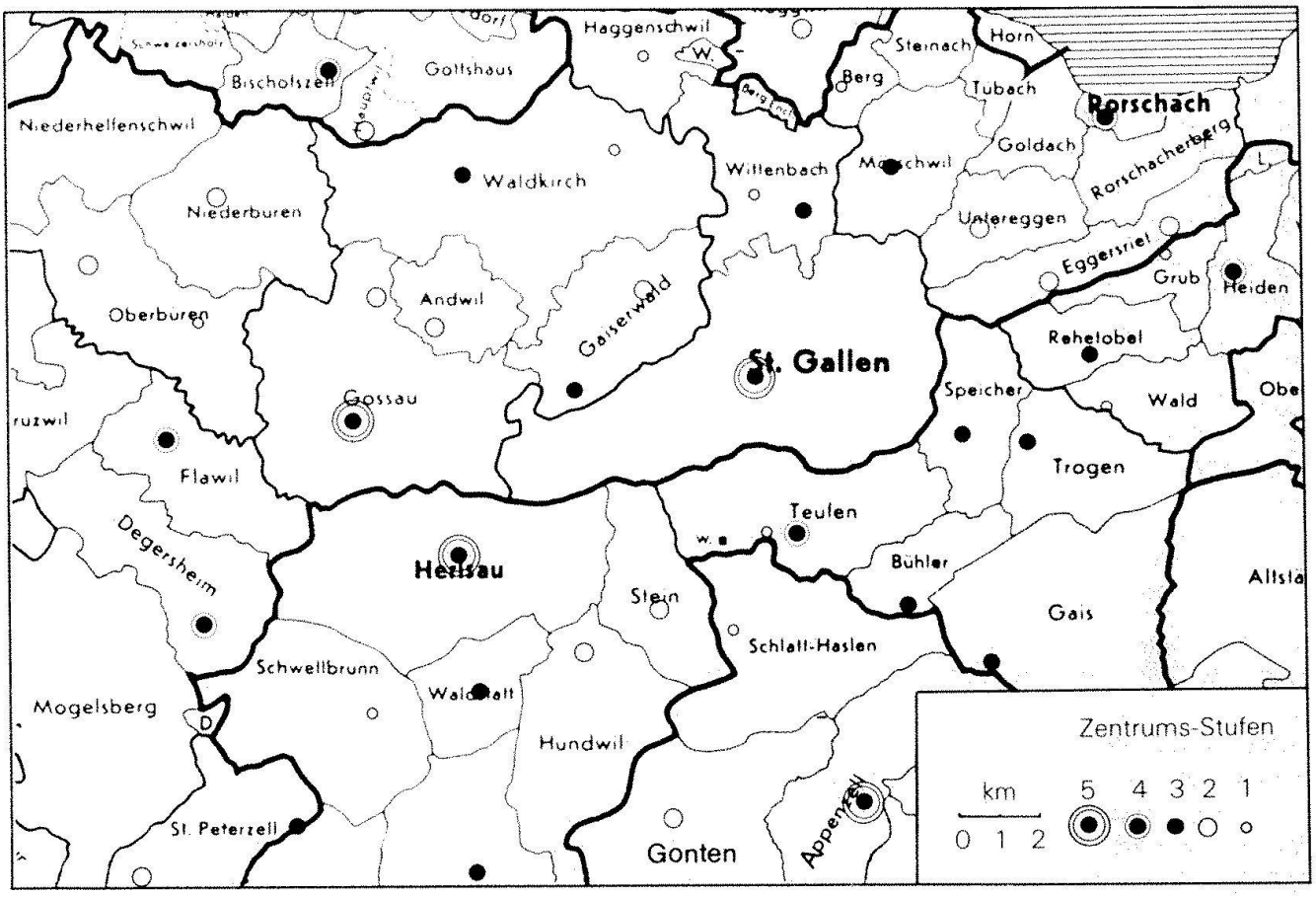


Abb. 2. Zentrale-Orte-Struktur in der Region St. Gallen.

Man muss sich bewusst sein, dass sowohl die Einteilung in Branchen wie auch die Gliederung in drei Bedarfsstufen und nicht zuletzt die Klassifikation der Zentren Schritte der Abstraktion und damit der Informationsverdichtung sind, die mit Informationsverlust erkauft werden müssen. Der Einfluss der Fragestellung auf die Gliederungskriterien ist denn auch deutlich sichtbar.

Gestützt auf das Konzept der Versorgungsqualität und mit Blick auf einen Vergleich Stadt – Region St. Gallen wurden als Bewertungskriterien die früher festgelegten Schwellenwerte beibehalten (Boesch, 1979, 30): «ausreichendes Angebot» bedeutet danach ein Zentrum der Stufe 2 oder besser, «zumutbare Entfernung» sind acht Gehminuten (oder rund 500 m). Damit werden bezüglich Versorgungsqualität auf der Stufe Grundversorgung die grösseren Siedlungskerne mit ihren Zentren vom restlichen Regionsgebiet abgegrenzt. Es sei hier ausdrücklich betont, dass für eine Beurteilung der Versorgung auf höheren Bedarfsstufen natürlich andere Grenzwerte anzuwenden sind; insbesondere ist eine bedeutend grössere Reichweite zu veranschlagen. Versorgungsqualität ist stets nur für *eine* Bedarfsstufe definiert.

Zur Versorgungssituation in der Region St. Gallen

Bei der Diskussion der Ergebnisse (vgl. Tab. 1) sind klar zu unterscheiden
- regionsbezogene (sozusagen singuläre) Aussagen über die Situation im Untersuchungsgebiet,
- allgemeingültige (generelle) Aussagen über Zusammenhänge zwischen untersuchten Variablen. Als Hypothese aufgefasst, können sie weiteren Untersuchungen zugrundegelegt werden.

Zunächst sei auf die spezifische Situation im Untersuchungsgebiet eingegangen. Die Ausgangsfrage lautete: Wie stellt sich die Versorgungssituation in der Region St. Gallen dar?

Die räumliche Struktur der Zentralen Orte verschiedener Stufen geht aus Abb. 2 klar hervor. Hier nach Christallerschen Sechsek-

ken zu suchen, dürfte ein ziemlich schwieriges Unterfangen sein; es liegt ja auch kein homogen besiedelter Raum vor. Im Gegenteil, Einflüsse wie Relief, politische Grenzen und die Persistenz historischer Entwicklungen sind deutlich sichtbar. Wieweit das Aufspannen von entsprechenden Relativräumen sinnvoll sein könnte, bleibe dahingestellt. Es zeichnet sich ja auch hier der bekannte Umstand ab, dass Zentren desto besser ausgestattet sind, je weiter weg sie von Konkurrenz-Zentren liegen. Als Beispiel sei nur auf Degersheim (2600 Einwohner im Versorgungsbereich, Zentrum Stufe 4) bzw. Wittenbach (4000 Einwohner) und Abtwil (2400 Einwohner), beides Zentren der Stufe 3, hingewiesen. Darauf ist später nochmals zurückzukommen.

Zum Versorgungsgrad der Region ergeben sich die folgenden Resultate: 57,7 % der Regionsbevölkerung (ohne Stadt St. Gallen) können auf der Stufe Grundbedarf als «hinreichend versorgt» betrachtet werden; sie wohnen in zumutbarer Entfernung (d.h. höchstens 500 m) von einem Zentrum der Stufe 2 oder besser. Nach diesen Kriterien wohnen demgegenüber 42,3 % der Bevölkerung an Standorten mit ungenügender Versorgungsqualität.

Mit einer Lockerung der Grenzwerte, insbesondere mit höheren Werten für die zumutbare Entfernung, lässt sich dieses Ergebnis entsprechend «verbessern»; würden gar 15 Autominuten als Norm zugrundegelegt, würde der Versorgungsgrad auf über 90 % ansteigen. Wäre damit der Forderung, dass die *ganze* Bevölkerung ausreichend versorgt sein sollte, aber nähergekommen? Auf diesen Punkt ist später ebenfalls noch zurückzukommen.

Der Grund für das genannte (gemessen an der Zielsetzung ernüchternde) Ergebnis liegt viel mehr in der ausgeprägten Streusiedlung des Untersuchungsgebietes, als etwa im Fehlen dörflicher Zentren. Und im Vergleich mit der Stadt St. Gallen zeigt sich überraschenderweise, dass der Versorgungsgrad sogar geringfügig höher liegt (Boesch, 1979, 32).

Zusammenhänge der Zentrale-Orte-Struktur

Abb. 3 zeigt, welche Elemente und Relationen der Siedlungs- und Zentralitätsstruktur

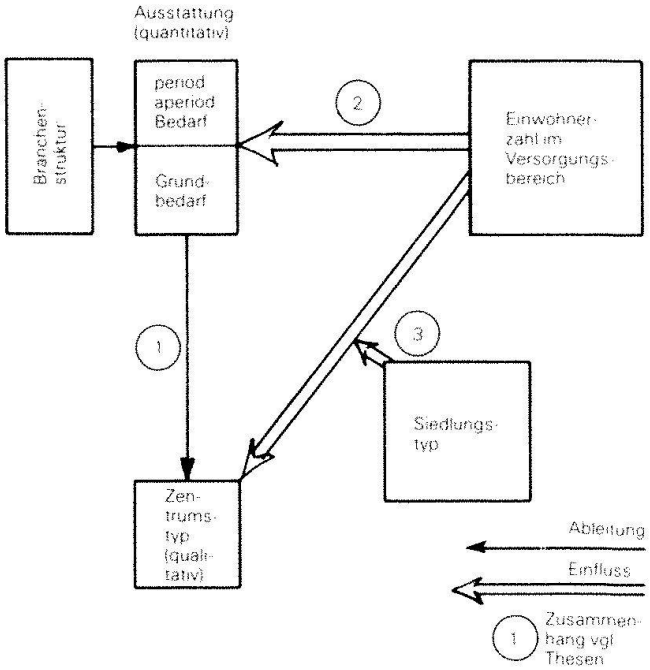


Abb. 3. Untersuchte Elemente und Relationen der Siedlungs- und Zentren-Struktur.

untersucht wurden. Die Ergebnisse, welche die früheren Resultate bestätigen (Boesch 1979, 32), lassen sich thesenhaft zusammenfassen:

1. Quantitative Ausstattung (d.h. Anzahl Geschäfte) und Zentrumstyp sind ziemlich straff korreliert (vgl. Abb. 4).
   Es gilt:

Zentrums-Typ	Anzahl Geschäfte	
	Grundbedarf	total
1	3– 5	5– 10
2	4– 7	8– 16
3	7–12	17– 31
4 + 5	14–32	44–116

   Wie ersichtlich ist der Zusammenhang infolge von Überschneidungen allerdings nicht eindeutig; umsomehr erweist sich die qualitative Zentrumsklassifikation als sehr sinnvoll.
   Auf die Zusammensetzung der Ausstattung, insbesondere die Branchenstruktur, kann hier nicht näher eingegangen werden. Trotz einer gewissen Verwischung (z.B. Geschäft des gehobenen Bedarfs in einem kleinen Dorfzentrum) zeichnet sich doch ein regelhaftes Bild ab.

2. Es besteht ein gesicherter Zusammenhang zwischen Ausstattung bzw. Zentrumstyp

einerseits und der Einwohnerzahl im Versorgungsbereich andererseits (Abb. 5 und 6).
Hier fallen ebenfalls Überschneidungen auf. Die zum Teil recht grossen Abweichungen bedürfen zusätzlicher Erklärungen. Ansätze dazu sind in These 3 formuliert.

Generell gilt:

Zentrums-Typ	Anzahl Geschäfte	Einwohner
1	5– 10	300– 700*
2	8– 16	400–1500
3	17– 31	900–2400*
4 + 5	44–116	1600–9000

*Schönengrund, Wittenbach-Dorf und Wittenbach-Kronbühl sind Sonderfälle (vgl. These 3).

Weniger der Umstand eines (losen) Zusammenhanges zwischen Siedlungs- und Zentrumsstruktur an sich als die hier erfassten Grössenordnungen sind von Interesse (vor allem im Vergleich mit andern Untersuchungsgebieten). Auf die Unterschiede zwischen Stadt und Region St. Gallen wird unten eingegangen.

3. Siedlungstyp und Siedlungsentwicklung sind zusätzliche Einflussgrössen auf den Zusammenhang Einwohnerzahl/Zentrumstyp.

Bei den Zentren tieferer Ordnung lässt sich im Agglomerationsraum das beobachten, was für innerstädtische Quartierzentren bekannt ist (Boesch, 1979, 34): rasch wachsende Siedlungen weisen ein

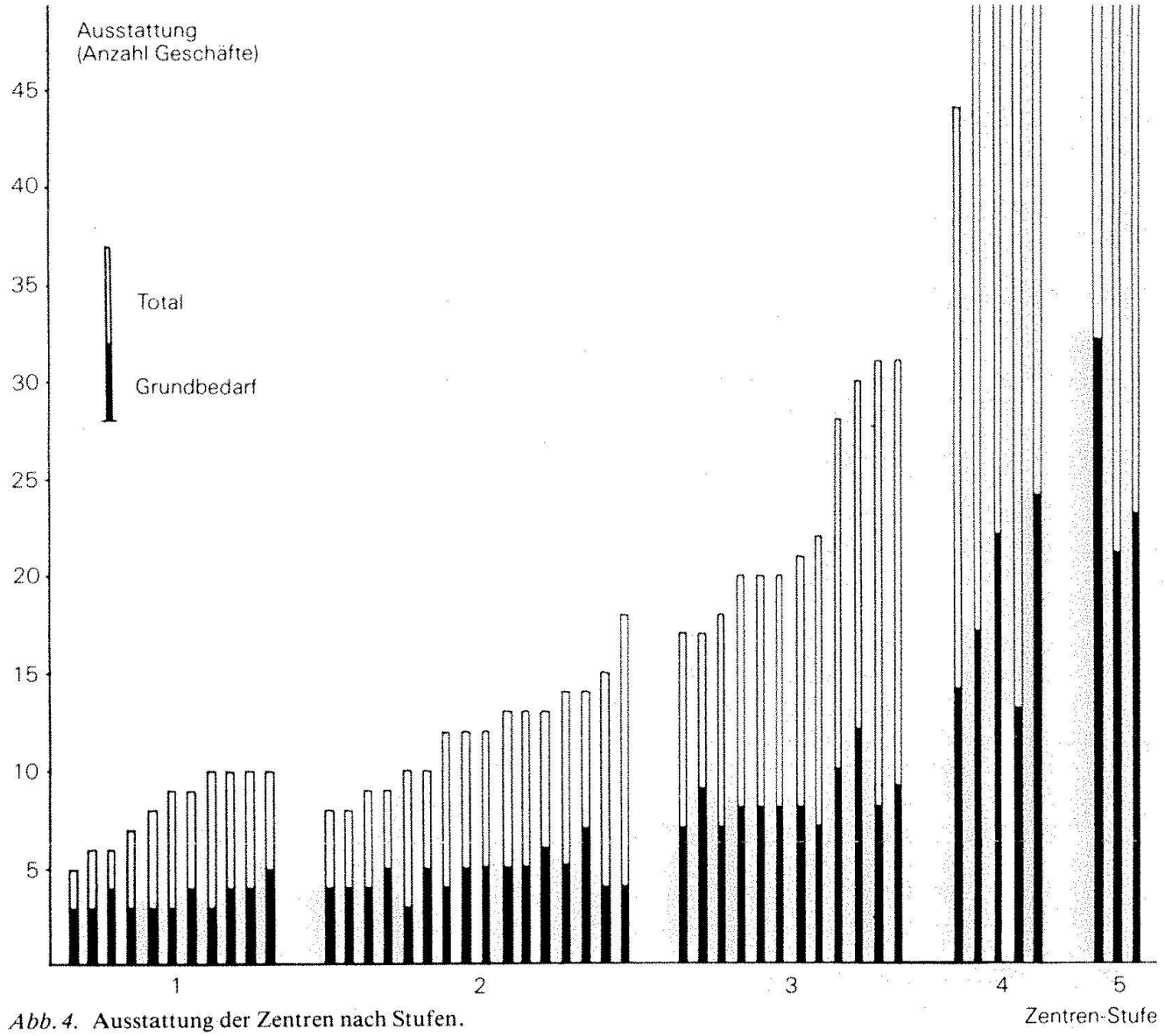


Abb. 4. Ausstattung der Zentren nach Stufen.

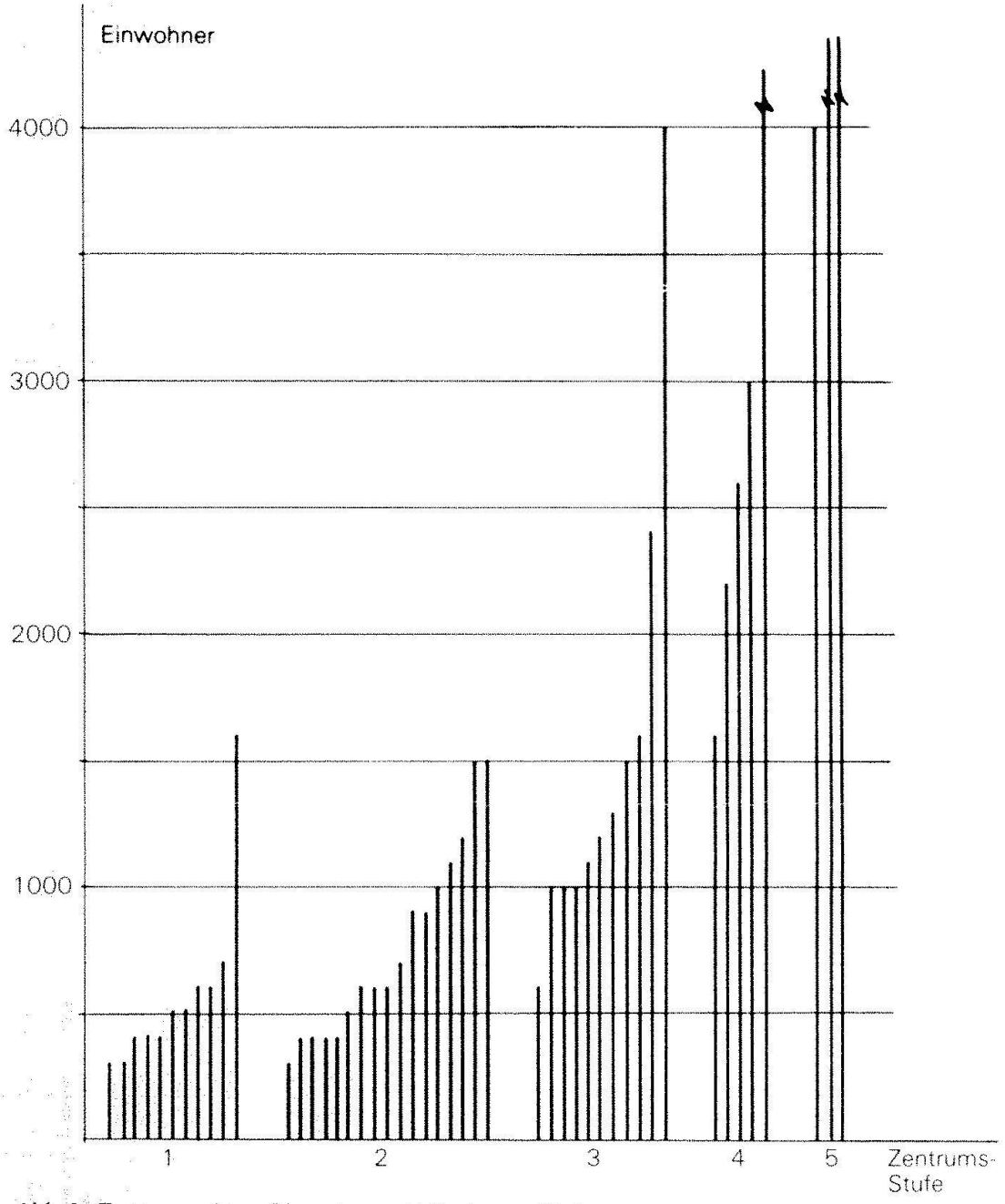


Abb. 5. Zusammenhang Einwohnerzahl Zentrums-Stufe.

Ausstattungsdefizit auf. Der Ausbau des Zentrums hat mit dem Siedlungswachstum nicht Schritt gehalten; das Risiko einer Geschäftseröffnung erscheint (zu) hoch angesichts ungünstiger Kostenstrukturen und der in der Regel überdurchschnittlich mobilen Bevölkerung in den neuen Quartieren. Dies trifft besonders bei Wittenbach (Dorf und Kronbühl) zu, dann auch bei Niederwil, Eggersriet, Engelburg, Abtwil und Andwil.

Liegen Zentren nahe bei anderen, besser ausgestatteten, so weisen sie in der Regel ein Ausstattungsdefizit auf. Typische Beispiele dafür sind Oberbüren (nahe bei Uzwil) und Niederteufen (bei Teufen).

Bei den Zentren höherer Ordnung, die den gehobenen Bedarf eines grösseren Einzugsbereiches abdecken, ist naturgemäss diese Bereichsbildung ein bestimmender Faktor der Ausstattung. Dass dabei die Attraktivität des Zentrums entscheidend ist, wurde bereits gezeigt. Dazu können auch Fakten beitragen, die mit der Versorgung zunächst wenig zu tun haben, etwa im Falle von Appenzell die Bedeutung als

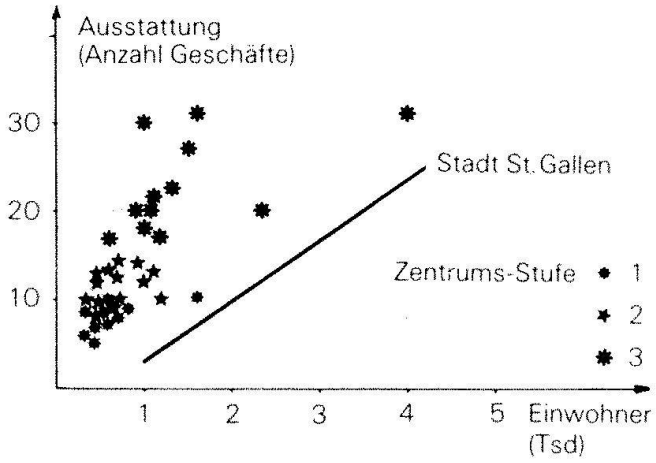


Abb. 6. Zusammenhang Ausstattung/Einwohnerzahl/ Zentrums-Stufe in der Region St. Gallen.

Kantonshauptort. Dies führt zu zusätzlichem Kaufkraftzufluss, genauso wie der Fremdenverkehr (Beispiele: Urnäsch, Heiden), und damit zu einem Ausstattungsüberschuss. Diese Hinweise mögen hier genügen; eingehende Untersuchungen zur periodischen Bedarfsdeckung sollen später durchgeführt werden.

Versorgungspolitische Schlussfolgerungen

Der Vergleich Stadt - Region St. Gallen macht *eines* erstaunlicherweise deutlich: die Region ist (bei den angesetzten Standards) keineswegs schlechter versorgt als die Stadt. Der Versorgungsgrad auf Stufe Grundversorgung liegt sogar etwas höher als in der Stadt. Und wenn man den Zusammenhang «Siedlungsstruktur - Ausstattung der Zentren» betrachtet, zeigt sich deutlich, dass in der Region noch Kleinsiedlungen unter 500 Einwohnern durchaus akzeptabel versorgt sind, währenddem in der Stadt die entsprechende Schwelle bei Quartieren von 1000 und mehr Einwohnern liegt. Auch die Zunahme der Ausstattung mit steigender Einwohnerzahl erfolgt in der Region rascher als in der Stadt (Boesch, 1979). Als Erklärungsansätze, die noch eingehender überprüft werden müssen, bieten sich vor allem an: die Art des Siedlungswachstums, unterschiedlicher Kaufkraftabfluss ins Hauptzentrum, unterschiedliche Mobilität und Lebensweise der Bevölkerung, Unterschiede der Kostenstruktur bei den Anbietern (Miete, Löhne), sowie die Tatsache von Nebenerwerbsgeschäften auf dem Lande.

Eines wird jedenfalls deutlich: überraschen muss weniger ein gewisses Versorgungsdefizit auf dem Lande, als vielmehr die Zähigkeit, mit der sich das traditionelle Versorgungssystem bisher hat halten können. Die durch den tiefen Versorgungsgrad von nur knapp 58 % ausgewiesenen Versorgungslükken sind (wie bereits festgehalten) weniger auf ein Fehlen von Dorfzentren zurückzuführen als vielmehr auf die ausgesprochene Streusiedlung. Es ist bei einer solchen Siedlungsstruktur praktisch gar nicht möglich, die *ganze* Bevölkerung mit zentralen Einrichtungen kurzer Reichweite zu versorgen.

Damit wird der Blick frei für einige Schlussüberlegungen. Die festgestellten und wahrscheinlich zukünftige Versorgungsdefizite lassen sich grundsätzlich durch Massnahmen verschiedener Stossrichtungen angehen, nämlich:

- Unterstützung des traditionellen Versorgungssystems, etwa durch Kostenbeihilfen. Dies brächte bei der gegebenen Siedlungsstruktur für (nur) rund 10 % der Bevölkerung (in den Kleinsiedlungen von 300 bis 800 Einwohnern) eine spürbare Hilfe. In grösseren Orten wäre sie nicht unbedingt nötig, und in den Kleinsiedlungen unter rund 300 Einwohnern würde sie gar nicht greifen.
- Erhöhung der individuellen Mobilität, sodass auch zur Deckung des Grundbedarfes eine grössere Reichweite als bisher angenommen werden könnte. Dieses Szenario erscheint angesichts von Energiekrise und abflauender Verkehrseuphorie eher theoretischer Natur zu sein. Ja, es muss wohl eher erwartet werden, dass die Bedienung der Fläche allgemein reduziert wird.
- Herausbildung eines neuen (alten) ruralen Lebensstils mit bewusster Abkehr von der urbanen Anspruchshaltung. Bei verstärkter Selbstversorgung und Nachbarschaftshilfe wäre eine volle Grundbedarfsdeckung im 8-Minuten-Gehbereich nicht mehr nötig. Mit andern Worten: die angesetzten Standards könnten für diesen Teil der Bevölkerung in den Kleinsiedlungen mit weniger als rund 500 Einwohnern neu formuliert werden. - Auch dieses Szenario erscheint reichlich utopisch, vor allem wenn man sich vor Augen hält, dass die moderne Streusiedlung gerade durch

die Ausbreitung urbaner Lebensweise in die Region hinaus an Bedeutung zugenommen hat.

- Konsequente Steuerung der Siedlungsentwicklung durch raumordnungspolitische Massnahmen auf grössere Dörfer mit genügendem Nachfragepotential, das heisst mit 1000 und mehr Einwohnern. Dies könnte zur selbständigen Aufrechterhaltung der Versorgung wie auch anderer Infrastruktureinrichtungen beitragen.

Dieses letzte Szenario, sozusagen der bewusste Rückzug aus der Fläche und die Mittelkonzentration an ausgewählten Standorten erscheint sinnvoll und entspricht gängigen Vorstellungen über die zu verfolgende Raumordnungspolitik. - Über die Realisierbarkeit im konkreten Fall ist damit allerdings wenig ausgesagt. Der Druck zur Streusiedlung ist nach wie vor gross (Raths, 1982). Versorgungsprobleme und andere Folgen disperser Strukturen dürfen uns deshalb auch in Zukunft nicht überraschen.

Literatur

Aellen, K. et al. 1975: Wohnungs-Bewertungs-System (WBS). Instrument zur qualitativen Bewertung von Wohnungsbauvorhaben im Rahmen des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes. Schriftenreihe Wohnungsbau, Band 28d. EDMZ Bern.

Boesch, M. 1979: Intraurbane Zentralitätsforschung und Stadtplanung - Zur Versorgungsqualität in der Stadt St. Gallen. Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Band 23, 1979, Heft 1, 28-36.

Boesch, M. 1981: Geographie zwischen Choristik und Orthochorie - Ansätze einer methodologischen Standortbestimmung. In: Jahrbuch der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft, Wissenschaftlicher Teil, 1979, 86-97. Basel.

Duncan, J.S. 1980: The superorganic in American cultural geography. Annals of the Association of American Geographers Vol. 70, 2, 181ff.

Ganser, K. 1970: Thesen zur Ausbildung des Diplomgeographen. In: Deutscher Geographentag Kiel 1969 - Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 183ff. Wiesbaden.

Haggett, P. et al. 1977: Locational Analysis in Human Geography. E. Arnold, London.

Heinritz, G. 1979: Zentralität und zentrale Orte. Teubner Stuttgart.

Höllhuber, D. 1981: Probleme der künftigen Entwicklung der Kernstädte in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Behandlung in geographischen Untersuchungen. Geographische Zeitschrift Band 69, 1981, Heft 4, 241-266.

Kanton Thurgau, (Hrsg.) 1980: Ziele der Raumordnungspolitik. Überarbeitete Fassung des Leitbild-Entwurfes 1978 der Regional- und Kantonalplanung. Frauenfeld.

King, L.J. 1976: Alternatives to a positive economic geography. Annals of the Association of American Geographers Vol. 66, 2, 293ff.

Lösch, A. 1944: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Jena.

Metzger, R. 1981: Planung von Einkaufszentren am Beispiel des Oberengadins. Informationen BVR Band 5, 1981, Heft 4, 7-19.

Mielke, B. 1981: Systematische räumliche Unterschiede in der Versorgung mit bevölkerungsbezogenen öffentlichen Leistungen. Raumforschung und Raumordnung Band 39, 1981, Heft 2/3, 117-123.

Raths, W. 1982: «Beschränktes Baugebiet» im Kanton Thurgau. RPGNO-Informationsblatt, Heft 3, 1982.

Sanguin, A.-L. 1981: La géographie humaniste ou l'approche phénoménologique des lieux, des paysages et des espaces. Annales de Géographie Vol. 90, 5, 560ff.

Schöller, P. 1972: Zentralitätsforschung. Wege der Forschung Band CCCI. Darmstadt.

Smith, D.M. 1977: Human Geography - a welfare approach. E. Arnold, London.

Weichhart, P. 1980: Die normative Komponente wissenschaftlicher Diskussionen in Ökologie und Humanökologie am Beispiel der Problembereiche Naturschutz und Umweltschutz. Verhandlungen der Gesellschaft für Ökologie, Band 8, 1980, Göttingen.

Wise, M.J. 1977: On progress and geography. Progress in Human Geography Vol. 1, 1, 1ff.

Anschrift des Autors:

Dr. Martin Boesch
Hochschule St. Gallen
Postfach
9010 St. Gallen

Urbane Migrationsprozesse und -motive am Beispiel von Bern

Ernst K. Gächter

Zusammenfassung

Der Artikel schildert die Entwicklung und die Struktur der Migrationsprozesse am Beispiel der Stadt Bern und ihres Umlandes. Dabei wird sowohl auf die Wanderungen über die Stadtgrenze als auch innerhalb der Stadt eingegangen. Zudem werden die Zusammenhänge zwischen Wohnbautätigkeit und Bevölkerungsbewegung untersucht. Zusätzlich zu den quantitativen Angaben werden auch qualitative Aussagen über die Wanderungsbewegungen gemacht, die aus einer Befragung im Jahre 1979 von zu-, weg- und innerhalb der Stadt Bern umziehenden Personen über ihre Motive resultierten. Schliesslich wird noch auf die subjektive Zufriedenheit der städtischen Bevölkerung mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld (Umfrage 1982 im Gebiet Schosshalde) eingetreten.

Résumé

L'article décrit l'évolution et la structure des processus migratoires à l'exemple de la ville de Berne et ses environs. On s'étend sur les migrations extérieures ainsi que sur les déménagements à l'intérieur de la ville. Les relations entre la construction de logements et le mouvement de la population sont examinées. A côté des données quantitatives des déclarations qualitatives sont présentées, qui résultent d'une enquête en 1979 sur les motifs des arrivées, des départs et des changements de domicile à l'intérieur de la ville. Finalement l'article traite la question du contentement de la population urbaine avec son logement et son environnement (enquête 1982 dans le quartier «Schosshalde»).

Einleitung

«Stadtflucht», «Wohnlichkeit der Städte» und «Verdrängung der Wohnbevölkerung aus den Städten» sind Stichworte, die in jüngster Zeit häufig gebraucht wurden. Der Artikel will diesen Problemen anhand einiger neuerer Untersuchungen am Beispiel der Stadt Bern nachgehen.

Unter *Wanderungsbewegungen* werden im folgenden längerfristige oder mindestens saisonale Wohnsitzwechsel verstanden. Nicht einbezogen sind dagegen die täglichen oder wöchentlichen Bewegungen zwischen Wohn- und Arbeits- oder Schulort und zurück (Tages- und Wochenpendler).

Die *Region Bern* umfasst neben der Stadt Bern die 18 Gemeinden, wie sie vom Bundesamt für Statistik 1970 als Agglomeration Bern definiert wurden, plus die Viertelsgemeinde Allmendingen und die Gemeinden Diemerswil, Meikirch und Wohlen. Es sind dies zusammen die Mitgliedsgemeinden des Vereins für die Zusammenarbeit in der Region Bern (VZRB).

Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen

Über die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte in Stadt und Region Bern wurden bereits in früheren Publikationen (Gächter 1977 und 1980b) die wichtigsten Aussagen gemacht. Das Bild hat sich hier seit 1978 nicht grundlegend geändert.

Festgehalten sei jedoch noch einmal, dass wir nicht einfach von einer «Abwanderung aus der Stadt» sprechen dürfen. In den zehn Jahren von 1971 bis 1980 z.B. zogen rund 149 600 Personen nach Bern, rund 163 400 Personen verliessen die Stadt Bern und rund 134 800 Personen zogen innerhalb der Stadt Bern um. Der Wanderungsverlust der Stadt Bern zwischen anfangs 1971 und Ende 1980 von rund 13 800 Personen macht also nur 8,4% aller Wegziehenden aus. Darin inbegriffen sind auch die zahlreichen Ausländer,

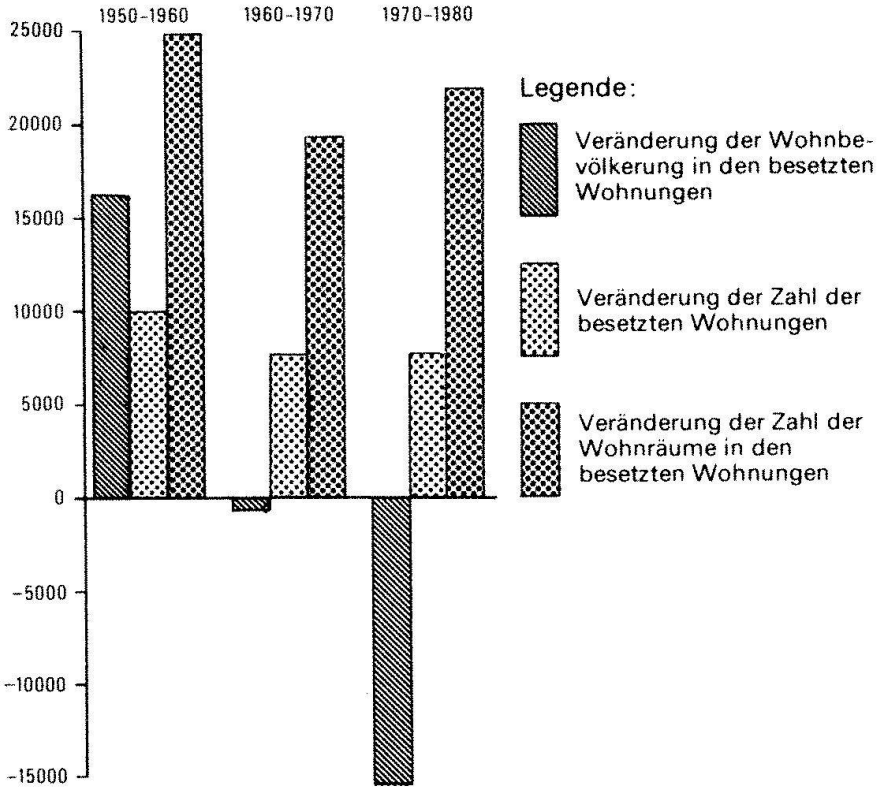


Fig. 1. Stadt Bern: Entwicklung von Bevölkerung und Wohnungen 1950 bis 1980.

die Mitte der siebziger Jahre die Schweiz definitiv verliessen.

Die Bevölkerungszunahme in den heute weitgehend als verstädtert zu qualifizierenden Regionsgemeinden lag in den vergangenen Jahrzehnten jeweils höher als der Verlust der Kernstadt. Wenn wir den Begriff der Stadt über die politischen und im Falle von Bern seit 1919 unveränderten Grenzen hinaus auf die Stadt im formalen (überbaute, zusammenhängende Zone) oder funktionalen Sinne (Hauptpendlereinzugsgebiet) erweitern, hat somit die Bevölkerung der «Stadt» Bern weiterhin zugenommen.

Von Interesse sind aber nicht nur die Entwicklung der Stadt als ganzes und die Wanderungsbewegungen über die Stadtgrenze, sondern auch die sozialräumliche Feinstruktur der Stadt (siehe dazu Gächter 1978) und die innerstädtischen Bevölkerungsverlagerungen. Hier haben sich in den letzten fünfzehn Jahren deutliche Veränderungen ergeben. Ende der sechziger Jahre wiesen rund ein Drittel der 32 Bezirke der Stadt noch einen positiven Gesamtwanderungssaldo auf. Die Bezirke der Innenstadt zeigten vor allem eine positive Aussenwanderungsbilanz. In den daran angrenzenden Bezirken waren vorwiegend negative Wanderungssaldi feststellbar. Positive Gesamtwanderungssaldi, aber vorwiegend durch innerstädtische Zuwanderung bedingt, ergaben sich in den Stadtrandbezirken mit hoher Neubautätigkeit.

Mitte der siebziger Jahre waren nur noch vereinzelte Bezirke mit positivem Gesamtwanderungssaldo feststellbar, wobei die Randbezirke weiterhin eher von der Binnenwanderung profitierten. Ab etwa 1979 zeichnet sich eine neue Entwicklung ab. Wieder weist rund ein Drittel der Bezirke einen positiven Gesamtsaldo bezüglich der Wanderungsbewegungen auf. Die betreffenden Bezirke liegen aber in einer mittleren Zone rund um den Stadtkern und zeigen zum Teil positive Bilanzen bei der Binnen- und Aussenwanderung. Die peripheren Bezirke, in denen die Neubautätigkeit stark zurückgegangen ist, weisen vorwiegend negative Gesamtbilanzen bei positivem Binnenwanderungssaldo auf.

Bevölkerungsentwicklung und Wohnbautätigkeit

Zwischen der Zahl und Struktur der Wohnbevölkerung eines bestimmten Gebietes und dem vorhandenen Wohnraum, dem Arbeitsmarkt und den angebotenen Ausbildungsplätzen besteht eine enge gegenseitige Wechselwirkung (Gächter 1977 und 1980b). Es soll an dieser Stelle nur auf einige Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohnbautätigkeit eingegangen werden. Figur 1 zeigt für die drei Dezennien zwischen 1950 und 1980 die Veränderung der Wohnbevölkerung, der Zahl der Wohnungen und der Zahl der Wohnräume. Die Säulen zeigen deutlich, dass der Bevölkerungsrückgang der Stadt Bern nicht etwa auf einen Rückgang der Anzahl Wohnungen (z.B. wegen Verdrängung durch andere Nutzungen) zurückzuführen ist, sondern auf den grösseren Flächen- und Komfortbedarf der Bewohner und die veränderte Bevölkerungsstruktur. Solange sich dieser Bedarf noch vergrössert, resultiert eine sinkende Bevölkerungszahl trotz gleichbleibender oder sogar leicht steigender Wohnungszahl. Wie gezeigt werden konnte (Gächter 1980b, Figur 2), wirkt sich eine stärkere Neubautätigkeit bei den grösseren Wohnungen (3 und mehr Zimmer) vor allem positiv auf den Familienzuzug und den Wanderungssaldo der Familien aus.

Wanderungsmotive

Um die Motive der wandernden Personen kennenzulernen, führte das Statistische Amt der Stadt Bern im April–Mai 1979 eine Befragung der weg-, zu- und innerhalb der Stadt Bern umziehenden Personen schweizerischer Nationalität durch. Die Befragung erfolgte mittels eines einfachen Fragebogens, der auf der Einwohnerkontrolle ausgehändigt und von der Mehrzahl der Personen an Ort und Stelle sofort ausgefüllt und zurückgegeben wurde. Trotz fakultativer Teilnahme ergaben sich 4 400 auswertbare Fragebogen, die rund 70 % der entsprechenden effektiven Wanderungsbewegungen umfassten (siehe Tabelle 1).

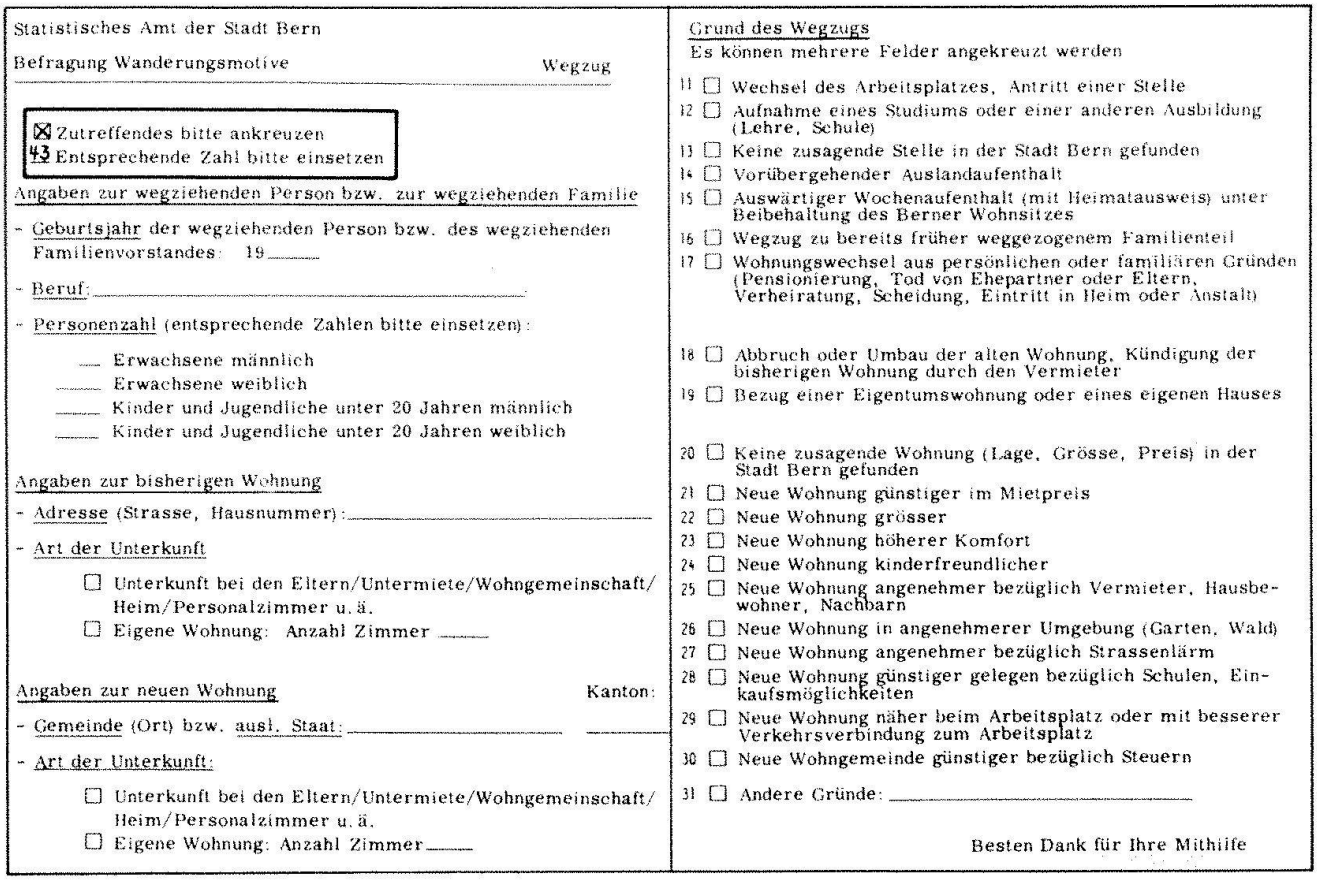
Die Befragung erfolgte im Prinzip haushaltsweise, d.h. Familien und zusammenlebende Paare, die *miteinander* den Wohnsitz wechselten, mussten nur einen Fragebogen ausfüllen. In der Auswertung wird deshalb zwischen Einzelpersonen und Familien/Paaren unterschieden. Die Fragebogen (Fragebogen Wegzug siehe Figur 2) enthielten Fragen zur Person/Familie, zur alten und neuen Wohnung und zu den Wanderungsmotiven. Im letzteren Bereich konnten von 16–20 vorgegebenen Motiven eines oder mehrere angekreuzt werden.

Tab. 1. Grunddaten der Wanderungsmotivbefragung (April–Mai 1979)

Merkmale	Wegzug	Zuzug	Umzug
Auswertbare Fragebogen total	1548	1413	1439
davon Familien/ Paare	345	235	374
Anzahl in der Befragung erfasste Personen	2169	1836	2082
Effektive Anzahl wandernder Personen	2785	2660	2657
Erfassungsgrad der Befragung	78 %	69 %	78 %
Fälle mit nur einem genannten Motiv in Prozent aller Fälle	47 %	50 %	45 %
Durchschnittlich pro Fall genannte Anzahl von Motiven	2,3	2,0	2,2

Die detaillierten Ergebnisse der Befragung (siehe Gächter 1983) können hier nur summarisch zusammengefasst werden: Beim Wegzug stehen für die Familien wohnungsbedingte Motive im Vordergrund (Umgebung, Grösse, Lärm), bei den Einzelpersonen der Arbeitsplatz. Im Falle des Zuzugs werden von den Familien und vor allem den Einzelpersonen Arbeitsplatz und Distanz Wohnort–Arbeitsort am häufigsten angeführt. Beim innerstädtischen Umzug sind für die Familien ähnliche Motive wie beim Wegzug ausschlaggebend, bei den Einzelpersonen persönliche und wohnungsbedingte Gründe.

Wegen der möglichen Mehrfachnennung von Motiven sind verschiedene Betrachtungsweisen in der Auswertung möglich. Es kann die Anzahl der auf ein Motiv entfallenden Nennungen (ungeachtet der Allein- und Mehrfachnennungen) zusammengezählt und eine Rangliste der Motive nach Wanderungsrichtung, Haushaltsart u.a. erstellt werden (siehe Gächter 1980b, Figur 3). Die Zahl der Nennungen liegt dabei um ein Mehrfaches über



Statistisches Amt der Stadt Bern

Befragung Wanderungsmotive — Wegzug

☒ Zutreffendes bitte ankreuzen
43 Entsprechende Zahl bitte einsetzen

Angaben zur wegziehenden Person bzw. zur wegziehenden Familie

- Geburtsjahr der wegziehenden Person bzw. des wegziehenden Familienvorstandes: 19___
- Beruf: ___
- Personenzahl (entsprechende Zahlen bitte einsetzen):
  - ___ Erwachsene männlich
  - ___ Erwachsene weiblich
  - ___ Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren männlich
  - ___ Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren weiblich

Angaben zur bisherigen Wohnung

- Adresse (Strasse, Hausnummer): ___
- Art der Unterkunft
  - ☐ Unterkunft bei den Eltern/Untermiete/Wohngemeinschaft/Heim/Personalzimmer u. ä.
  - ☐ Eigene Wohnung: Anzahl Zimmer ___

Angaben zur neuen Wohnung — Kanton: ___

- Gemeinde (Ort) bzw. ausl. Staat: ___
- Art der Unterkunft:
  - ☐ Unterkunft bei den Eltern/Untermiete/Wohngemeinschaft/Heim/Personalzimmer u. ä.
  - ☐ Eigene Wohnung: Anzahl Zimmer ___

Grund des Wegzugs

Es können mehrere Felder angekreuzt werden

11 ☐ Wechsel des Arbeitsplatzes, Antritt einer Stelle
12 ☐ Aufnahme eines Studiums oder einer anderen Ausbildung (Lehre, Schule)
13 ☐ Keine zusagende Stelle in der Stadt Bern gefunden
14 ☐ Vorübergehender Auslandaufenthalt
15 ☐ Auswärtiger Wochenaufenthalt (mit Heimatausweis) unter Beibehaltung des Berner Wohnsitzes
16 ☐ Wegzug zu bereits früher weggezogenem Familienteil
17 ☐ Wohnungswechsel aus persönlichen oder familiären Gründen (Pensionierung, Tod von Ehepartner oder Eltern, Verheiratung, Scheidung, Eintritt in Heim oder Anstalt)
18 ☐ Abbruch oder Umbau der alten Wohnung, Kündigung der bisherigen Wohnung durch den Vermieter
19 ☐ Bezug einer Eigentumswohnung oder eines eigenen Hauses
20 ☐ Keine zusagende Wohnung (Lage, Grösse, Preis) in der Stadt Bern gefunden
21 ☐ Neue Wohnung günstiger im Mietpreis
22 ☐ Neue Wohnung grösser
23 ☐ Neue Wohnung höherer Komfort
24 ☐ Neue Wohnung kinderfreundlicher
25 ☐ Neue Wohnung angenehmer bezüglich Vermieter, Hausbewohner, Nachbarn
26 ☐ Neue Wohnung in angenehmerer Umgebung (Garten, Wald)
27 ☐ Neue Wohnung angenehmer bezüglich Strassenlärm
28 ☐ Neue Wohnung günstiger gelegen bezüglich Schulen, Einkaufsmöglichkeiten
29 ☐ Neue Wohnung näher beim Arbeitsplatz oder mit besserer Verkehrsverbindung zum Arbeitsplatz
30 ☐ Neue Wohngemeinde günstiger bezüglich Steuern
31 ☐ Andere Gründe: ___

Besten Dank für Ihre Mithilfe

Figur 2. Stadt Bern: Befragung über die Wanderungsmotive: Originalfragebogen Wegzug.

derjenigen der erfassten Fälle. Die Einfach- und Mehrfachnennungen können als zweite Variante auch differenziert gezählt werden, indem bei nur einem genannten Motiv die Nennung voll diesem Motiv zugerechnet wird. Bei Nennung von mehreren Motiven wird jedem Motiv nur ein anteilsmässiger Prozentsatz zugerechnet (approximative Auszählung nach dieser Methode siehe Gächter 1980b, Tabelle 1). Das Total der Nennungen entspricht damit dem Total der Fälle. Eine dritte Variante (BFS 1982, Ergänzung 17, 104–108) unterscheidet primäre und sekundäre Motive. Zu den «primären» Motiven gehören persönliche und familiäre Gründe, Abbruch/Umbau/Kündigung durch den Vermieter und Arbeitsplatz/Ausbildung. Jede Nennung eines dieser Motive zählt dabei voll. Die Differenz zum Total aller Fälle bilden dann die «sekundären» Motive, die hauptsächlich wohnungsbedingt sind.

Interessant aus dem Blickwinkel der Stadt ist eine Zusammenfassung der *Motive von Wegzug und innerstädtischem Umzug,* d.h. derjenigen Fälle, in denen eine bisherige Wohnung/Unterkunft in der Stadt Bern verlassen wird. Ob dabei die politische Stadtgrenze überschritten wird (Wegzug) oder nicht (Umzug), ist in vielen Fällen nicht ein bewusster Entscheid, sondern von zufälligen Umständen (Wohnungsangebot u.a.) abhängig.

Figur 3 zeigt je die zwölf meistgenannten Motive für Familien/Paare und Einzelpersonen. Dabei ist nicht nur die Reihenfolge der Motive, sondern auch die jeweilige Aufteilung zwischen Umzug, Wegzug in die Region Bern und Wegzug ausserhalb der Region Bern von Interesse. Zu beachten ist, dass bei den Familien/Paaren die Anzahl der Fälle (und nicht der dahinter stehenden Personen) und bei den Einzelpersonen die Anzahl Personen (= Fälle) dargestellt ist. Unterschieden wird im weiteren noch, ob ein Motiv allein oder zusammen mit anderen Motiven genannt wurde.

Bei den *Familien* ist interessant, dass die grössere Wohnung, der höhere Komfort, der günstigere Mietpreis und die angenehmeren Nachbarn in mehr als der Hälfte aller Fälle in der Stadt Bern gefunden werden konnten.

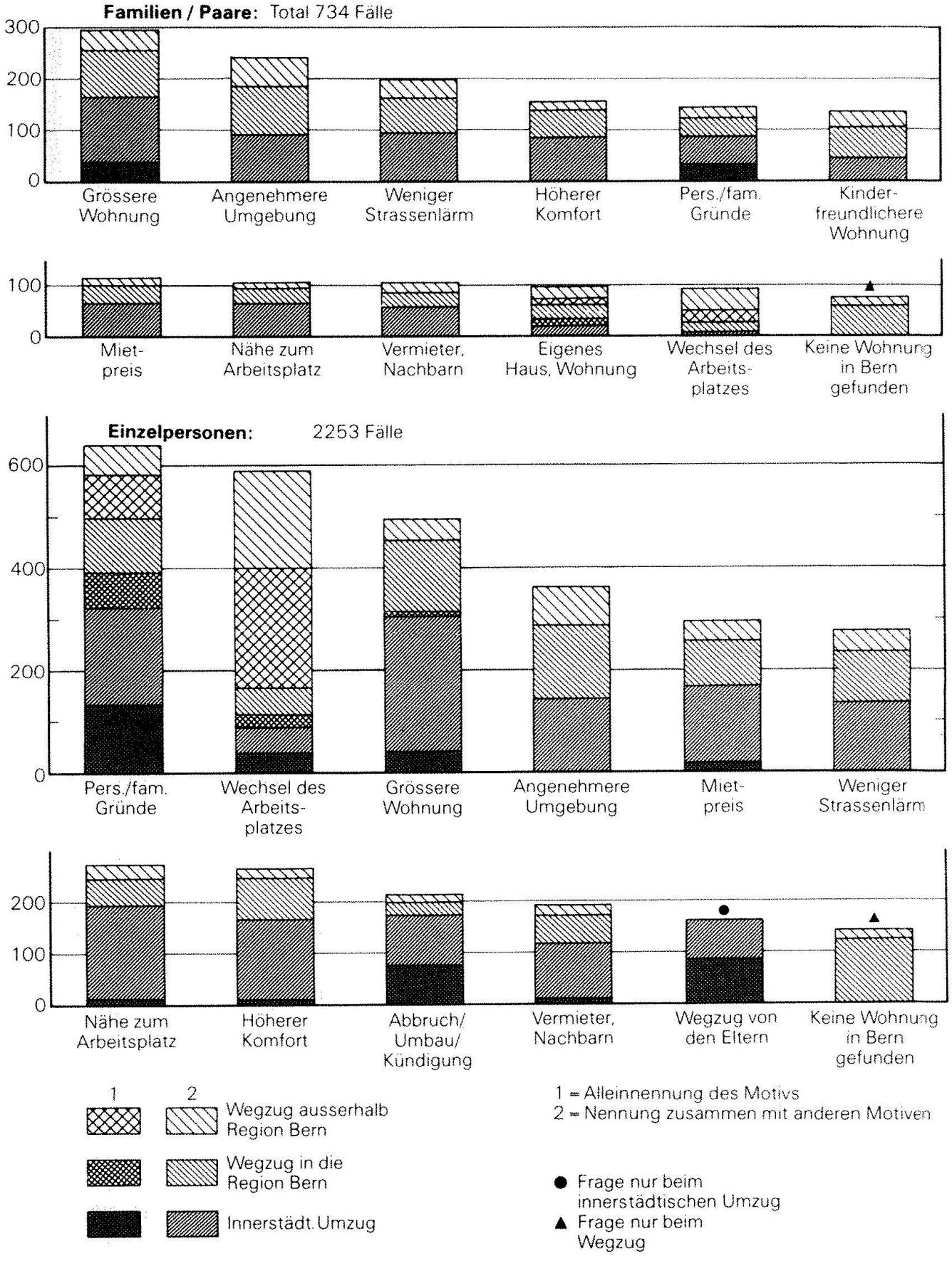


Fig. 3. Stadt Bern: Wanderungsmotive 1979 (Wegzug und Umzug zusammengefasst) nach Personenart und Wanderungsziel.

Die bezüglich des Strassenlärms ruhigere Wohnung liegt je etwa zur Hälfte in der Stadt Bern bzw. ausserhalb der Stadt. Der Wunsch nach einer angenehmeren Umgebung (Grünflächen), einer kinderfreundlicheren Wohnung und eines eigenen Hauses musste mehrheitlich ausserhalb der Stadt Bern realisiert werden. Anzufügen ist noch, dass Motive wie «Abbruch/Umbau», «Kündigung durch den Vermieter» oder «Günstigere Steuerverhältnisse» nicht unter den zwölf meistgenannten Motiven der Familien erscheinen.
Die *Einzelpersonen* zeigen in der Kombination Wegzug/Umzug eine von den Familien deutlich abweichende Motivstruktur: Persönliche/familiäre Gründe und Wechsel des Arbeitsplatzes stehen deutlich an der Spitze. Dabei erscheint das erstere Motiv je etwa zur Hälfte bei Umzug und Wegzug, während der Wechsel des Arbeitsplatzes als Motiv für einen Wohnsitzwechsel überwiegend bei den Wegzügen ausserhalb der Region Bern erscheint.

Wohnzufriedenheit

Die Wanderungsmotivbefragung zeigte die Gründe für einen gezwungenermassen oder freiwillig erfolgten Wohnungswechsel auf und erfasste damit die Situation der wandernden Personen. Wie es aber allgemein um die Zufriedenheit der wohnhaften Bevölkerung mit der Wohnung und der Wohnlage steht und wieweit Wohnungswechselabsichten vorhanden sind, darüber gibt es nur wenige Untersuchungen. Neueren Datums ist eine grössere Befragung durch einen Quartierverein in Bern (SOML 1982). Dabei wurden mit Unterstützung der Stadt Bern rund 12 400 mehrseitige Fragebogen an die Bevölkerung im Alter von 16 und mehr Jahren eines grösseren Gebietes im Osten der Stadt (Schosshalde - Ostring - Murifeld - Allmend) versandt. Das betreffende Gebiet umfasst rund 10 Prozent der städtischen Wohnbevölkerung anfangs 1982. Es gehört eher zu den bevorzugteren Wohnlagen der Stadt Bern, umfasst aber neben grösseren Einfamilienhaus- und Villenquartieren auch eine neue Grossüberbauung (Wittigkofen-West) und Gebiete mit älteren Mehrfamilienhäusern, z.T. entlang lärmiger Verkehrsachsen. Der Rücklauf lag im gesamten bei 34 %, wobei Schwankungen von 7 % (Personalhäuser Klinik Waldau) bis zu 47 % in den einzelnen Quartieren feststellbar waren.
Es sei hier nur auf die beiden Grundfragen nach der Wohnung und dem Wohngebiet (siehe Tabelle 2) eingegangen. Nur wenige Prozent der Antwortenden bezeichneten sich dabei als mit ihrer Wohnung und dem Wohngebiet unzufrieden, während sich rund zwei Drittel bis drei Viertel als zufrieden erklärten. In der kombinierten Auswertung ergeben sich allerdings einige Schwankungen in den Prozentsätzen. So ist steigende Zufriedenheit mit Wohnung und Wohngebiet mit zunehmendem Alter der Antwortenden und längerer Dauer des Wohnsitzes im Wohngebiet feststellbar. Ebenfalls zeigen Eigentümer der Wohnung und Bewohner von Einfamilienhäusern eine höhere Zufriedenheit. Deutlich niedrigere Prozentsätze der Zufriedenheit mit der Wohnung ergaben sich bei Antwortenden aus Familien mit Kindern (57 %), Antwortenden der Altersklassen unter 30 Jahren (48–50 %), Bewohner von Mehrfamilienhäusern mit 7 und mehr Wohnungen (54 %) und Mietern (55 %). Nach Quartieren schwankte die Zufriedenheit mit der Wohnung zwischen 42 % und 90 %; die Beliebtheit des Wohngebietes lag zwischen 35 % und 90 %. Der Prozentsatz der mit der Wohnung generell unzufriedenen Personen erreichte in keinem Quartier zehn Prozent. Der Anteil der aus dem heutigen Wohngebiet Wegzugswilligen lag nur in zwei der 22 Wohnquartiere über zehn Prozent.

Tab. 2. Bewohnerumfrage 1982 im Quartier Schosshalde-Ostring-Murifeld, Bern

Frage/Antworten	Anteil in Prozent der Antwortenden
Sind sie zufrieden mit ihrer Wohnung?	
– ich bin mit Grösse, Ausstattung, Mietzins zufrieden	61
– Vor- und Nachteile heben sich auf	22
– bin mit Wohnung zufrieden, aber Mietzins ist zu hoch	14
– ich bin unzufrieden	3
Wohnen sie gerne in ihrem Wohngebiet?	
– sehr gerne, möchte nicht wegziehen	77
– es geht, nicht lieber als anderswo	18
– nicht gerne, will bei Gelegenheit wegziehen	4

Probleme der Stadtentwicklung

Aus den verschiedenen Untersuchungen ergibt sich, dass die Attraktivität der Stadt als Wohnort weiterhin gross ist, dass aber vor allem für die Familien ein ungenügendes Angebot an geeigneten Wohnungen ein Hindernis zur Befriedigung dieses Wunsches darstellt.

Abschliessend lassen sich in Kürze folgende Probleme für die weitere Stadtentwicklung ableiten:

- Die Bevölkerungsabnahme und auch die Veränderung der Struktur der Bevölkerung gehen weiter. Sie haben u.a. negative Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Stadt.
- Trotz Rezession lag die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Bern 1980 wieder deutlich über derjenigen von 1970. Bei abnehmender Zahl von in der Stadt wohnhaften Erwerbstätigen bedeutet dies eine starke Zunahme der Pendlerbewegungen und damit der Verkehrs- und Umweltprobleme.
- Die zunehmenden Verflechtungen zwischen Kernstadt und Aussengemeinden führen zu Infrastrukturproblemen und damit zu für die Kernstadt mehrheitlich negativen externen Effekten (siehe Gächter 1980a), deren Ausgleich in vielen Bereichen noch offen ist.

Literatur

Bundesamt für Statistik (BFS) 1982: Sozialindikatoren für die Schweiz, Band 7 Wohnen. Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 87, 1982.

Gächter, E. 1977: Untersuchung der Wanderungsbewegungen der Stadt Bern 1951–1976 und ihrer Bestimmungs- und Einflussfaktoren, Arbeitspapier Statistisches Amt der Stadt Bern.

Gächter, E. 1978: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungs-, Wohn- und Arbeitsplatzstruktur der Stadt Bern. Geographica Helvetica 1978, 33. Jahrgang, Heft 1, 1–16.

Gächter, E. 1980a: Kosten und Benützung städtischer Infrastrukturen am Beispiel von Bern (Die Verflechtungen einer Kernstadt mit den Aussengemeinden der Region). Geographica Helvetica 1980, 35. Jahrgang, Heft 4, 170–178.

Gächter, E. 1980b: The population mobility of the city of Berne and its motives. Geographica Helvetica 1980, 35. Jahrgang, Heft 5 (Sondernummer IGU-Kongress Tokio), 141–144.

Gächter, E. 1983: Die Wanderungsmotive der Weg-, Zu- und innerstädtischen Umzüger der Stadt Bern 1979 (Schlussbericht, in Vorbereitung).

Schosshalden-Ostring-Murifeld-Leist (SOML) 1982: Bewohnerumfrage im Frühjahr 1982, Fragebogen und diverse Manuskripttabellen der Auswertung (unpubliziert).

Anschrift des Autors:

Dr. phil. Ernst K. Gächter
Statistisches Amt der Stadt Bern
Postfach 2351
3001 Bern

Randwanderungsprozesse in der mittelstädtischen Region Biel

Flavio Turolla

Zusammenfassung

Der folgende Bericht befasst sich mit den wichtigsten Ergebnissen einer Untersuchung über Umfang, Bestimmungsfaktoren und Steuerungsmöglichkeiten des Randwanderungsprozesses am Beispiel der Verlagerung der Wohnbevölkerung ins Umland der mittelstädtischen Region Biel. Dabei werden die Zunahme der benötigten Wohnfläche der ansässigen Bevölkerung bzw. der ungenügende Zuwachs und die ungünstige Struktur des Wohnungsbestandes als Hauptursachen des Bevölkerungsverlustes erkannt.

Résumé

Le rapport qui suit traitera les résultats majeurs d'une étude portant
1° sur l'ampleur
2° sur les facteurs déterminants des migrations de la population «ville-périphérie» d'une unité urbaine de moyenne dimension: la ville de Bienne.
La raison majeure de l'affaiblissement numérique de la population dans le centre est déterminée:
1° par l'augmentation du périmètre d'habitation de la population autochtone
2° par le développement insuffisant des logements et leur structure défavorable.

Einleitung

Wie in den meisten Agglomerationsräumen der Schweiz lässt sich auch in der mittelstädtischen Agglomeration Biel eine gegenläufige Bevölkerungsentwicklung zwischen Agglomerationskern und Gürtelgemeinden feststellen. Nach den Ergebnissen der letzten Eidgenössischen Volkszählung verlor die Stadt Biel während der Zählperiode 1970/80 rund 10 500 Personen, das heisst 16,4 % ihrer Wohnbevölkerung, während die Gürtelgemeinden einen Bevölkerungsgewinn von über 4200 Einwohner, oder 16,2 %, verzeichnen konnten. Die Annahme, dass dieser Bevölkerungsgewinn vorwiegend auf Kosten der Stadt Biel erfolgt, wird von einer im Sommer 1982 am Geographischen Institut der Universität Bern zum Abschluss gekommene Untersuchung bestätigt, die sich sowohl mit dem Umfang und den Ursachen als auch mit den Steuerungsmöglichkeiten des Randwanderungsprozesses in der Region Biel befasst.

Wer verlässt die Stadt?

Die Analyse der Bevölkerungsmobilität im Zeitraum vom 1.9.1980 bis 31.5.1981 zeigt, dass sich die Randwanderung auf die schweizerische Wohnbevölkerung beschränkt und rund *zwei Drittel* des Bevölkerungsverlustes ausmacht. Der Trend, die Stadt zu verlassen, um im Umland Wohnsitz zu nehmen, ist bei den 21–50jährigen am ausgeprägtesten. Wanderungsgewinne lassen sich hingegen bei den 16–20jährigen und bei den über 50jährigen feststellen.
Betrachtet man die Wanderungen der *Haushalte,* so ergeben sich ähnliche Ergebnisse. Die Bevölkerungsverluste betreffen fast ausnahmslos alle Haushaltstypen. Das wohl überraschendste Ergebnis ist, dass es sich bei der Mehrzahl (75 %) aller aus der Stadt ins Umland ziehenden Haushalte um *Einzelpersonen* handelt und nicht, wie häufig angenommen wird, um junge Familien mit Kindern. Bezüglich Veränderung der Bevölkerungsstruktur der Stadt (Abwanderung bestimmter sozialer Gruppen, Überalterung usw.) müssen die Verluste der Mehrperso-

nenhaushalte schwerwiegender beurteilt werden als die Verluste der Einzelpersonenhaushalte. Dies nicht zuletzt auch darum, weil pro wegziehenden Mehrpersonenhaushalt mehr Personen «verloren» gehen. Auf der anderen Seite dürfte die Verlagerung der Einpersonenhaushalte oftmals mit einer Vergrösserung des Haushaltes in Verbindung stehen (Konkubinat, bzw. geplante Heirat), was somit de facto dem Wegzug eines Mehrpersonenhaushaltes gleichkommt. Es wurden in der Untersuchung verschiedene Arten von Mehrpersonenhaushalten unterschieden, welche auch ein verschiedenartiges Wanderungsverhalten aufweisen. So konnte festgestellt werden, dass einzig die Anzahl der «schrumpfenden Haushalte» (ältere Zweipersonenhaushalte) eine leichte Zunahme aufweist, währenddessen bei allen anderen Arten von Mehrpersonenhaushalten durch die Abwanderung in die Region ein absoluter Verlust auftritt.
Dabei stellt man bei den «stabilen Haushalten» (Haushalte mit über 6jährigen Kindern) die grösste Abwanderungsrate fest. Dieses Ergebnis ist eher unerwartet, weil angenommen werden muss, dass es sich um einen Haushaltstyp geringer Mobilität handelt. Eine Erklärung dieser Anomalie könnte über die soziale Mobilität erfolgen, indem für viele Haushalte erst in einer späteren Phase des Lebenszyklus eine grössere finanzielle Belastung, wie z.B. der Bezug eines Hauses im «Grünen», tragbar wird. Der Verlust dieser wohl steuerkräftigsten und produktivsten Bevölkerungsgruppe muss für die Stadtentwicklung als besonders nachteilig beurteilt werden.
Die Ausländer weisen in der Regel ein den Schweizern entgegengesetztes Wanderungsverhalten auf. Diese hochmobile Bevölkerungsgruppe lässt in bezug auf ihr Migrationsverhalten zwei Tendenzen erkennen: Auf der einen Seite hält die seit der Rezession 1975/76 eingetretene Rückwanderung ins Ausland an – wenn auch in abgeschwächter Form – und beschränkt sich auf die Altersgruppe der 31–65jährigen; auf der anderen Seite ist in der Untersuchungsperiode 1980/81 erstaunlicherweise eine absolute Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt festzustellen, welche durch eine verstärkte Binnenwanderung (Region Biel und übrige Schweiz) hervorgerufen wird.

Welche Stadtteile sind vom Bevölkerungsverlust betroffen?

Der Versuch, innerstädtische räumliche Mobilitätsunterschiede mit verschiedenen Mobilitätsindizes zu erfassen, führte nur teilweise zu befriedigenden Ergebnissen. Unsere Grundannahme, dass die Bevölkerungsmobilität primär von der Quartierausstattung bestimmt wird, konnte durch die Untersuchung *nicht* bestätigt werden. Mit Ausnahme der Neubaugebiete am Stadtrand, welche alle eine überdurchschnittliche Bevölkerungsabnahme aufweisen, verteilt sich der Bevölkerungsverlust recht gleichmässig über die Stadt und betrifft fast drei Viertel des Stadtgebietes. Bei den Quartieren, welche eine Bevölkerungsabnahme aufweisen, lassen sich zudem kaum eindeutige Beziehungen zwischen Quartierausstattung und Bevölkerungsverlust nachweisen. Ebenfalls können sich Quartiere mit sehr ähnlichen Strukturen bezüglich Wanderungsgeschehen ganz verschieden verhalten.

Es zeigt sich somit, dass der Einfluss der Wohnumgebung (Baustruktur, Lage, Grünflächenanteil, Verkehrserschliessung, Verkehrsbelastung, Quartierversorgung usw.) auf das Wanderungsgeschehen gering ist, und dass vor allem der *Wohnerweiterungsbedarf der Bevölkerung* bzw. der *Wohnungsmarkt* (Standort, Anzahl, Struktur und Mietpreis der angebotenen Wohnungen) *das Wanderungsgeschehen weitgehend bestimmen*. Dieses Ergebnis wird sowohl durch die Analyse der längerfristigen Entwicklung der Wohnbevölkerung und des Wohnungsbestandes der Stadt Biel als auch durch die Bevölkerungsentwicklung der Neubaugebiete am Stadtrand bestätigt.

Der in allen *Stadtrand-Überbauungen* beobachtete starke Bevölkerungsverlust lässt sich auf das *einseitige Wohnungsangebot* und die *spezielle Bevölkerungsstruktur* dieser Wohnbaugebiete zurückführen. In Abbildung 1 wird am Beispiel der in den frühen sechziger Jahren erstellten Überbauung «Eisfeld» die von der Stadt Biel abweichende Altersstruktur der Bevölkerung aufgezeigt. Es lassen sich folgende Tendenzen herauslesen:
1. Abnahme der älteren Jahrgänge, z.B. ganz ausgeprägt bei der Gruppe der über 65jährigen.

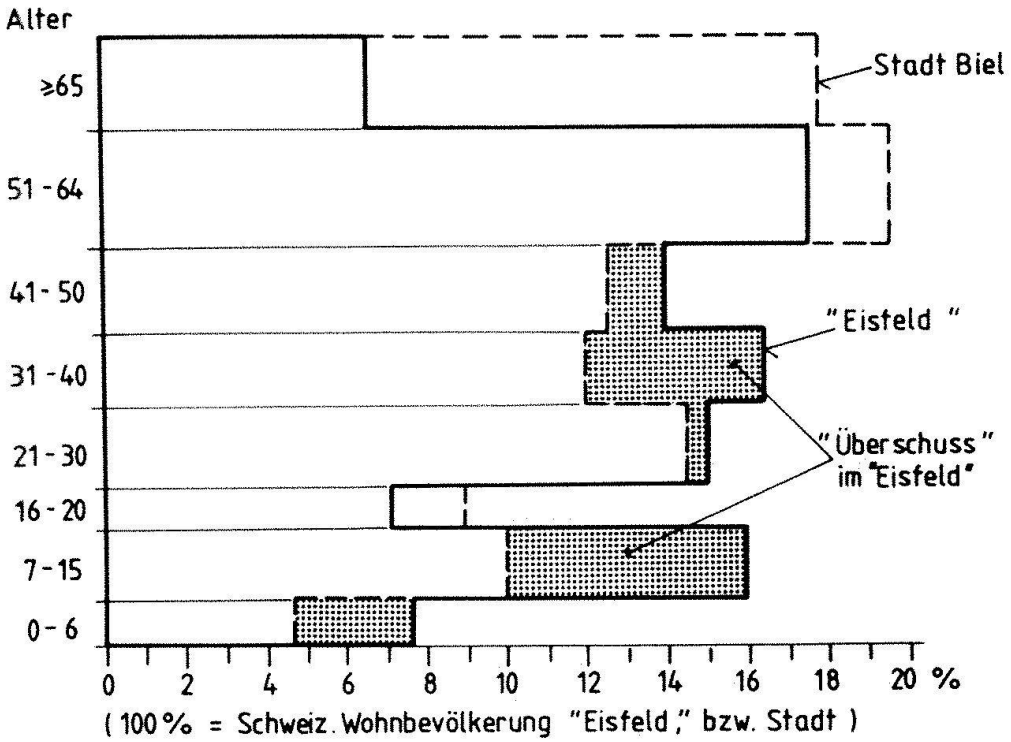


Abb. 1. Unterschiede zwischen der Altersstruktur der Standard-Überbauung «Eisfeld» und der Stadt Biel, Ende 1980, Schweizer. Quelle: Turolla (1982, 98), unpublizierte Strukturdaten der Stadt Biel.

2. Zunahme der mittleren Jahrgänge der 20–50jährigen.
3. Abnahme der 16–20jährigen.
4. Starke Zunahme der jüngeren Jahrgänge der 0–6jährigen und noch stärker der 7–15jährigen.

In Abbildung 2 wird der Wanderungssaldo der einzelnen Altersgruppen des «Eisfeldes» für die Untersuchungsperiode dargestellt. Diese Abbildung zeigt, dass ausser bei den über 65jährigen bei allen Altersgruppen Bevölkerungsverluste zu verzeichnen sind. Dabei sticht der stark negative Gesamtsaldo der 16–20jährigen besonders hervor. Die spezielle Altersstruktur (und implizit auch spezielle Haushaltsstruktur) des «Eisfeldes» hat auf die Bevölkerungsentwicklung der Überbauung folgende Auswirkungen:

Der hohe Anteil der 7–15jährigen und der 31–40jährigen an der Quartierbevölkerung deuten darauf hin, dass die Überbauung vorwiegend von «wachsenden Familienhaushalten» erschlossen wurde. Dies hat nun zur Folge, dass sich diese Haushalte heute in der Phase befinden, in der die Kinder das Elternhaus verlassen («schrumpfende Haushalte»). Dies wird durch den hohen Anteil der 16–20jährigen am Bevölkerungsverlust dokumentiert. Dieser Verlusttrend wird sich in den nächsten Jahren bestimmt noch verstärken, da einerseits der Anteil der Altersgruppe der 7–15jährigen besonders hoch ist, und andererseits die jugendlichen Wegzüger im Quartier keine geeigneten Wohnungen finden können. Da es sich bei diesen Wegzügern um Jugendliche handelt, die den elterlichen Haushalt verlassen, wird dadurch kein Wohnraum frei, sondern es sinkt bloss die Durchschnittsbelegung der Wohnungen weiter ab.

Es fällt auf, dass in allen Neubaugebieten am Stadtrand die Wanderungssaldi der Ausländer positiv sind. In diesen Gebieten, die in der Regel einen unterdurchschnittlichen Ausländerbestand aufweisen, scheint sich eine Bevölkerungsumschichtung einzustellen, indem die schweizerische Wohnbevölkerung durch Ausländer abgelöst wird. Es könnte dies ein Anzeichen dafür sein, dass die ehemals teuren und modernen Wohngebiete für die Schweizer an Attraktivität verloren haben, da die früher modernen Wohnungen inzwischen vom Fortschritt der Bautechnik überholt wurden. Der sinkende Komfortstandard geht jedoch einher mit einem sinkenden Mietpreis, und zwar weil das Einkommen viel stärker als der Mietpreis steigt! Der sinkende Komfortstandard hat zur Folge, dass die Wohnungen für die Schweizer an Attraktivität einbüssen. Dadurch erhalten

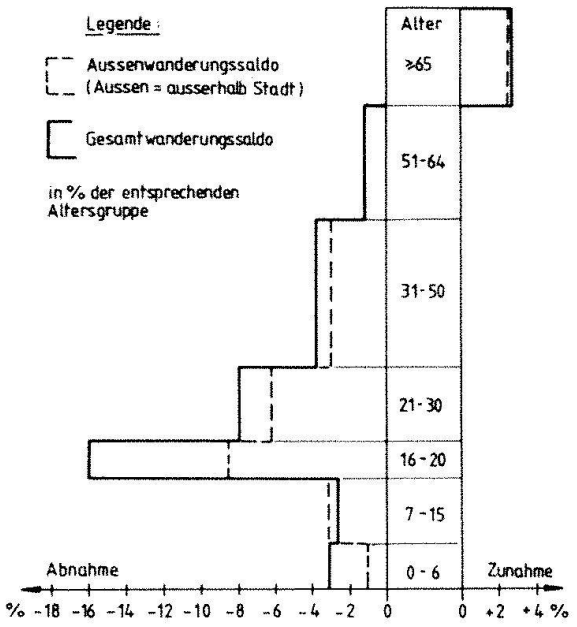


Abb. 2. Wanderungssaldi der Stadtrand-Überbauung «Eisfeld» nach Altersgruppen. Aussen- und Gesamtwanderungssaldi der schweizerischen Wohnbevölkerung, Untersuchungsperiode 1980/81. Quelle: Turolla (1982, 100), unpublizierte Migrationsdaten der Stadt Biel.

die Ausländer ebenfalls die Möglichkeit, sich an diesen – durch die relativ sinkenden Mietpreise für sie immer attraktiver werdenden Standorte – durchzusetzen.

Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbestand

Die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung des Wohnungsbestandes zeigt, dass die Zunahme des Wohnungsbestandes der Stadt Biel von *über 9 %* zwischen 1970 und 1980 trotz hohem Bevölkerungsverlust in derselben Periode ungenügend ist. Diese Tatsache wird durch den tiefen Leerwohnungsbestand von 0,6 % Ende 1980 belegt.
Abbildung 3 stellt die relative Veränderung der jährlichen Wachstumsrate des Einwohner- und Wohnungsbestandes pro Jahr dar. Verfolgt man die relative Entwicklung der beiden Merkmale über den Zeitraum 1960 bis 1980, so sind gewisse Regelmässigkeiten zu erkennen. So steht beispielsweise im Jahre 1970 einer Bevölkerungsabnahme von 0,4 % eine Wohnungszunahme von 1,7 % gegenüber. Dies bedeutet, dass 1970 der verfügbare Wohnungsbestand tatsächlich um 2,1 % anstieg. Diese Differenz zwischen Bevölkerungsabnahme und Wohnungszunahme, d.h. der verfügbare Wohnungsbestand, blieb jedes Jahr mit rund 2 % unverändert. Diese Konstante wurde nur von kurzfristigen Schwankungen überlagert. In den Rezessionsjahren 1974/75 erreichte (bei einer Wohnungszunahme von nur rund 0,5 % und einer Bevölkerungsabnahme von 3,4 %) der verfügbare Wohnungsbestand einen Wert von 3,9 %. Im Jahre 1977 verminderte sich der Wohnungsbestand um 0,03 %. Weil aber die Bevölkerungsabnahme im selben Jahr 1,23 % betrug, erreichte der Anstieg des verfügbaren Wohnungsbestandes immerhin noch einen Wert von 1,2 %.
Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass die Einwohnerzahl der Stadt Biel im Mittel über mehrere Jahre nur *konstant* gehalten werden kann, wenn der *Wohnungsbestand jährlich um rund 2 % zunimmt*. Umgekehrt kann angenommen werden, dass bei einer Stagnation des Wohnungsbestandes (die Anzahl neuer Wohnungen entspricht dem Wohnungsabgang) die Einwohnerzahl um ca. 2 % jährlich abnehmen wird, im jetzigen Zeitpunkt um rund 1100 Personen pro Jahr. Ein Konstanthalten der Wohnbevölkerung würde einen jährlichen Reinzuwachs des Wohnungsbestandes um 520 Wohnungen erfordern. Der Neubauleistung sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Nicht nur hat nach Brukkert (1970, 151) die Stadt Biel ihre räumlichen Grenzen bereits erreicht, sondern ohne spürbare Qualitätsbeeinträchtigung der bestehenden Wohnquartiere können unseres Erachtens nur noch an wenigen Standorten in der Stadt eine beschränkte Anzahl Wohnungen errichtet werden, kaum jedoch im geforderten Umfang. Bis heute spielt der *Wohnungsabbruch* bei der Wohnungsbestandesveränderung eine untergeordnete Rolle. Nach der Statistischen Chronik Biel (1969, 66; 1980, 68) hat sich die Gesamtzahl der abgebrochenen Wohnungen seit 1960 kaum verändert: 1980 wurden 24 Wohnungen (ca. 0,1 % des Bestandes), 1970 78 Wohnungen (ca. 0,3 % des Bestandes), d.h. rund 17 % des jeweiligen jährlichen Wohnungszuwachses, abgebrochen. Hingegen wirkt sich in Biel die Struktur des Wohnungsbestandes ungünstig auf die Bevölkerungsentwicklung aus (Statistik der Schweizerstädte, 1974).

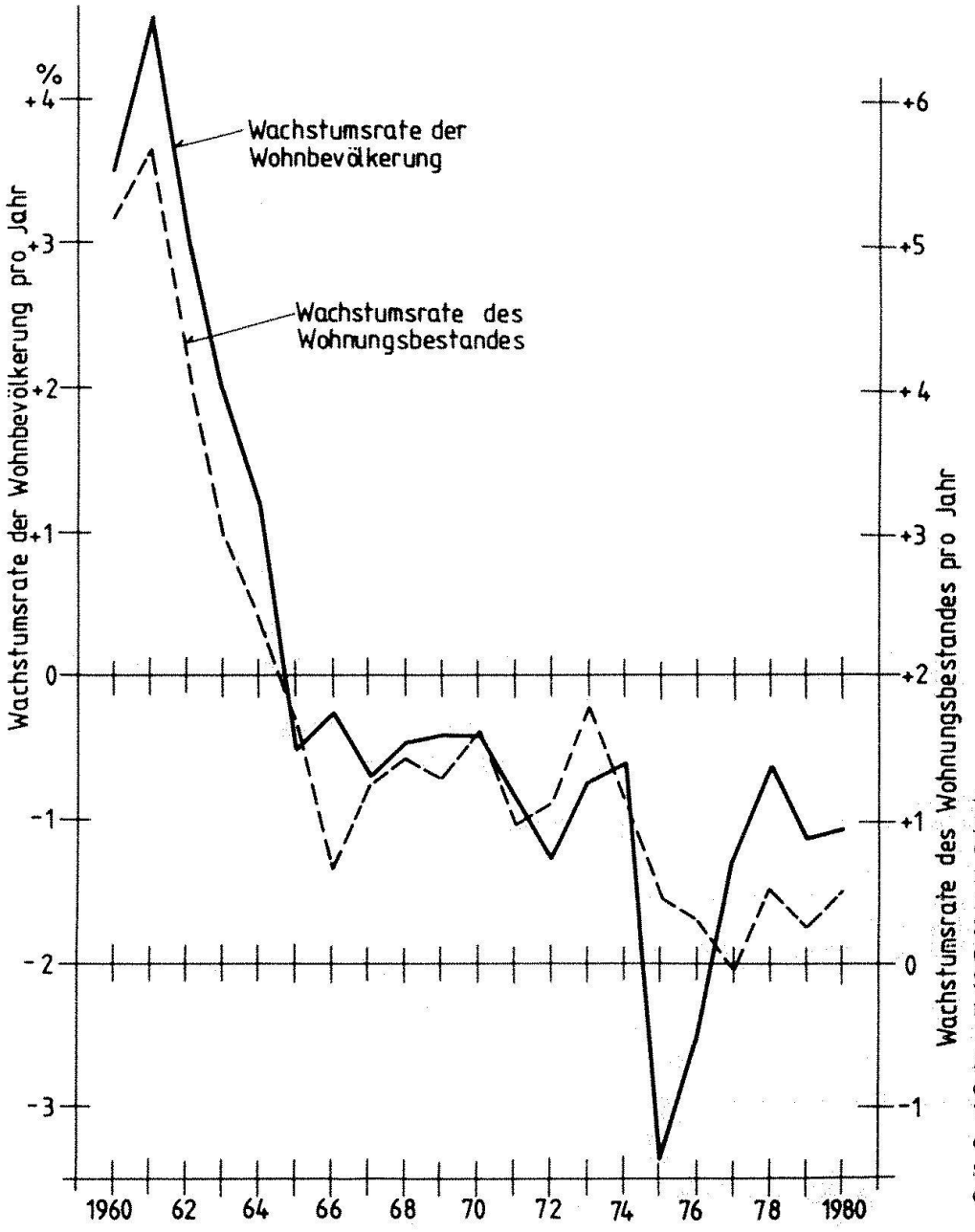


Abb. 3. Veränderung der jährlichen Wachstumsrate des Einwohner- und Wohnungsbestandes der Stadt Biel, 1960–1980. Quelle: Statistische Chronik Biel (1969, 66; 1979, 10,68), Statistischer Monatsbericht Biel (Dez. 1980, 19ff.).
Beachte zur Figur: Jährliche Wachstumsraten des Wohnungsbestandes und der Wohnbevölkerung sind um 2% gegeneinander versetzt dargestellt!

Insbesondere ist der Bestand an grösseren Wohnungen («Familienwohnungen» mit in der Regel mehr als drei Zimmern) ungenügend, weshalb die Nachfrage nach grösseren Wohnungen in der Stadt kaum gedeckt werden kann.

Warum verlässt man die Stadt Biel?

Da die Zahlen der Wanderungsstatistik einige Hinweise, jedoch keine konkreten Aufschlüsse über die Beweggründe der Wegziehenden erbrachten, wurden im Herbst 1981 während zweier Monate alle Weg-, Zu- und Umzüger nach ihren Wanderungsmotiven befragt. In Abbildung 4 werden die Wegzugsmotive der wegziehenden Haushalte nach Motivbereichen zusammengefasst. Das Ergebnis bestätigt, dass die Wanderungen über grössere Distanzen vorwiegend aus beruflichen Gründen erfolgen, während die kleinräumigen Wanderungen in der Regel wohnbezogene Wanderungen im weitesten Sinne sind.
Innerhalb der Gruppe der Nah- bzw. Fernwanderer bestehen je nach Stellung im familiären Lebenszyklus erhebliche Unterschiede in der Wanderungsmotivation. In Abbildung 5 werden die wichtigsten Wegzugsmotive der Einpersonenhaushalte, der Zweipersonenhaushalte und der Drei- und Mehrperso-

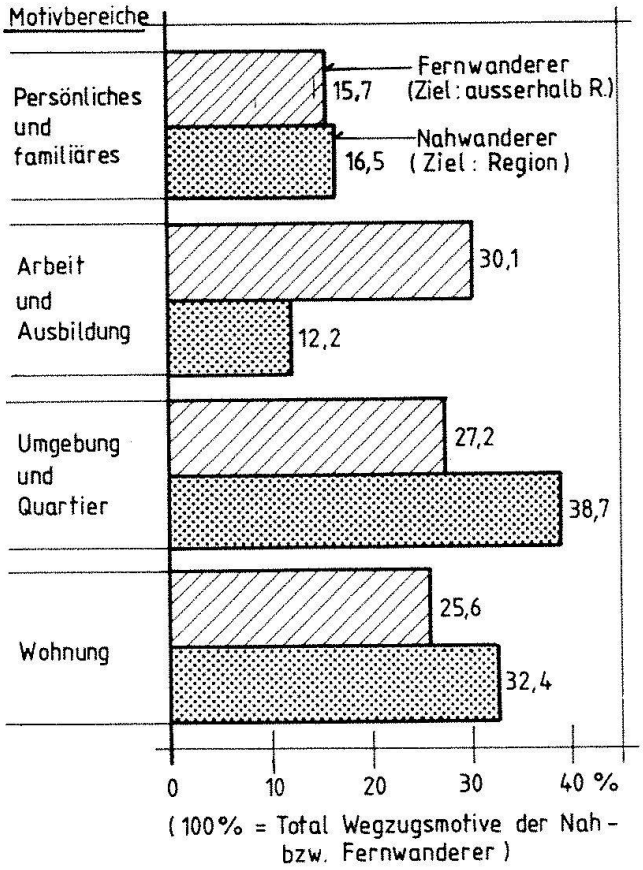


Abb. 4. Wanderungsmotive der von Biel wegziehenden Haushalte nach Motivbereichen zusammengefasst und nach Wanderungsdistanz differenziert.
Quelle: Turolla (1982, 128,129), Befragung Herbst 1981.

nenhaushalte, die von der Stadt in die Region ziehen, einander gegenübergestellt. Von allen Haushaltstypen wird als wichtigster Wegzugsgrund die *angenehmere Umgebung* am neuen Wohnort genannt. Dieses Motiv darf in seiner Bedeutung nicht überbewertet werden; auch Quartiere mit guten Wohnbedingungen werden vom Bevölkerungsverlust nicht verschont. Dazu kommt noch, dass der Wegzug in die Region fast zwangsläufig mit einer Verbesserung der Umweltbedingungen am neuen Wohnort verbunden ist. Dieses Motiv dürfte somit wahrscheinlich von vielen Wegzügern angekreuzt werden, ohne jedoch ein entscheidender Wegzugsgrund zu sein. Dass bei diesem Motiv die Mehrpersonenhaushalte an der Spitze stehen, dürfte mit der Rücksichtnahme auf die Kinder und dem hohen Einkommensniveau, welche beide in dieser Phase des Lebenszyklus eine wichtige Rolle spielen, erklärt werden.
Die grössten Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen bestehen in den Gründen, die sich direkt auf die Wohnung beziehen. Während für die Einpersonenhaushalte der «günstige Mietpreis am neuen Wohnort» das meistgenannte Wegzugsmotiv ist, wird von den Zweipersonenhaushalten die «grössere Wohnung» am häufigsten genannt. Die Bedeutung der Motive «Grösserer Wohnkomfort» und «Bezug von Wohneigentum» korreliert hingegen deutlich mit der Haushaltsgrösse. Die Motive, welche mit der Arbeit und Ausbildung zusammenhängen, spielen bei den häufig am Anfang der beruflichen Laufbahn stehenden Kleinhaushalten (eine und zwei Personen) eine grössere Rolle als bei den Drei- und Mehrpersonenhaushalten. Insgesamt gesehen ist die Bedeutung dieser Motive für den Wegzug in die Region nur gering. Ebenfalls eine untergeordnete Rolle spielen insgesamt gesehen die persönlichen und familiären Gründe. Es bestehen jedoch auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltstypen. So wird die «Vergrösserung des Haushaltes», insbesondere von den Zweipersonenhaushalten genannt. Zwischen diesem Motiv und dem

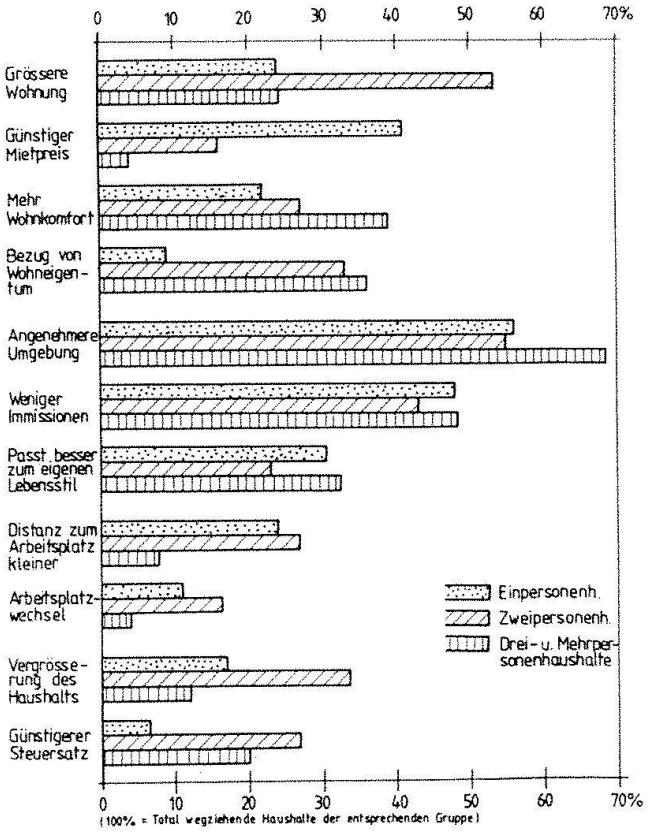


Abb. 5. Die wichtigsten Wegzugsmotive der von Biel in die Region wegziehenden Haushalte, differenziert nach Haushaltsgrösse. Quelle: Turolla (1982, 135 ff.), Befragung Herbst 1981.

Bezug einer grösseren Wohnung besteht zwangsläufig eine enge Motiv-Verflechtung, was durch den hohen Anteil dieser Motivkombination belegt wird. Eine Motiv-Verflechtung besteht ebenfalls zwischen den Motiven «Wegzug in eine Gemeinde mit günstigerem Steuersatz» und dem «Bezug von Wohneigentum». Aus diesen Ausführungen geht deutlich hervor, welche entscheidende Rolle die Stellung im *familiären Lebenszyklus* für die Wanderungsmotivation bzw. für den Wanderungsentscheid spielt.

Was kann man gegen den Bevölkerungsverlust der Stadt tun?

Der im Zuge des zunehmenden Wohnflächenbedarfes der Bevölkerung *ungenügende Zuwachs des Wohnungsbestandes* und dessen ungünstige Struktur werden als *Hauptursachen des Bevölkerungsverlustes* der Stadt Biel erkannt. Es muss angenommen werden, dass die Stadt Biel bei unveränderten Bedingungen einen weiteren Bevölkerungsrückgang erfahren wird, da die Stadt im Gegensatz zu den Umlandgemeinden kaum über genügend Bauland verfügt, um den Wohnerweiterungsbedarf einer gleichbleibenden oder wachsenden Bevölkerung zu decken. Die Diskussion sollte sich deshalb weniger um die Frage drehen, wie der Bevölkerungs*verlust* gestoppt werden kann, sondern es ist vielmehr nach Lösungen zu suchen, wie eine möglichst günstige Bevölkerungs*struktur* erhalten werden kann. Dazu müsste die Stadt vermehrt für alle Bevölkerungsgruppen *zu vertretbaren Preisen grössere und qualitativ höherwertige Miet- und Eigentumswohnungen bereitstellen und gleichzeitig die Wohnqualität der Wohnquartiere verbessern*. Dabei bedürfen die bevölkerungsdichten Quartiere am Stadtrand - die Stiefkinder einer vorwiegend auf den Stadtkern ausgerichteten Stadterneuerungspolitik - dringend einer grösseren Beachtung, damit den auch hier ablaufenden Prozessen, die früher oder später zu Problemquartieren führen (Verslumung, einseitige Bevölkerungsstruktur, Überkapazität öffentlicher Dienste, ungenügende Basisauslastung privatwirtschaftlicher Dienste usw.), frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Neben den Massnahmen in den Bereichen «Wohnen» und «Wohnumfeld» muss die Stadt ebenfalls eine Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden bei der Lösung von Aufgaben der Infrastruktur und des Finanzausgleichs anstreben. Bei allfälligen Konflikten zwischen Bevölkerungsstabilisierungsmassnahmen und z.B. den Ansprüchen der Wirtschaft (z.B. Standort- und Verkehrsfragen) muss man stets bedenken, dass eine Stadt als Wirtschaftsraum nur prosperieren kann, wenn sie auch als Lebensraum erhalten bleibt.

Literatur

Bruckert, R., 1970: Bienne, son Agglomeration, sa Région. Dissertation, Universität Bern.

Statistische Chronik Biel, 1969 und 1980: Einwohnergemeinde Biel, Statistisches Amt.

Statistischer Monatsbericht Biel, 1980: Dezemberheft, Einwohnergemeinde Biel, Statistisches Amt.

Statistik der Schweizerstädte, 1974: Schweizerischer Städteverband, Zürich und Bern.

Turolla, F., 1982: Randwanderungsprozesse in der mittelstädtischen Region Biel. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Bern.

Anschrift des Autors:

Flavio Turolla
Geographisches Institut der Universität Bern
Abteilung für Fachdidaktik und regionale Geographie
Hallerstrasse 12
3012 Bern

Wohnen im ländlichen Raum um Basel

Jürg Rohner

Zusammenfassung

Der Verfasser gibt einen Überblick über den Aufbau und die Zielsetzung seiner laufenden Untersuchung zur sogenannten «Rurbanisation», d.h. zur Wohnsitznahme einer städtisch orientierten Bevölkerung in ländlichen Gemeinden ausserhalb der Agglomeration. Im Falle von Basel wird die Fragestellung dadurch besonders interessant, dass die Wirkung von Grenzen verschiedener Art auf den untersuchten Prozess herausgearbeitet werden kann.

Résumé

L'auteur décrit rapidement le plan et les buts de ses recherches en cours sur la «rubanisation»: le phénomène qu'une population liée à la ville choisit de résider dans des communes rurales hors d'une agglomération urbaine. Dans le cas de Bâle, le thème est particulièrement intéressant parce qu'on peut montrer les conséquences des différentes frontières sur le processus étudié.

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag ist ein «Werkstattbericht» über eine laufende Untersuchung, welche vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und von der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft Basel unterstützt wird. Der Verfasser schuldet beiden Institutionen Dank für die Möglichkeit, sich für diese Arbeit teilweise beurlauben zu lassen. Ebenso dankt er seinem Berater, Herrn Prof. Dr. Werner Gallusser in Basel.

Der weitere Rahmen für die Untersuchung

Wer auf einer Fahrt in die Umgebung einer grösseren Stadt die Dörfer etwas genauer ansieht, ist immer wieder überrascht, wie sich auch relativ abgelegene Gemeinden in den vergangenen Jahren in ihrer äusseren Erscheinung verändert haben. Der sogenannte Einfamilienhausboom der siebziger Jahre hat sich keineswegs nur auf die Vororte beschränkt, und in einzelnen Dörfern sind sogar Siedlungsformen entstanden, die man eher im Agglomerationsgebiet erwarten würde (z.B. Terrassenhaus-Siedlungen). Die aktualgeographische Forschung hat sich diesen Prozessen im weiteren Hinterland einer Stadt erstaunlich wenig angenommen (vgl. etwa den Überblick über den Forschungsstand bei Gallusser 1980). Dies gilt zumindest für die deutschsprachige Geographie; in Frankreich sind demgegenüber verschiedene Arbeiten aus Grenoble erwähnenswert (David et al. 1979, David 1980).

Schon nach oberflächlicher Betrachtung kann die Vermutung geäussert werden, der ländliche Raum im Einflussbereich einer Stadt mache heutzutage Strukturänderungen durch, welche weit über den innerlandwirtschaftlichen Wandel hinausgehen. Sie hängen eng mit dem Geschehen in der Stadt zusammen, weshalb eine Betrachtung im Rahmen eines Symposiums über Stadtdynamik durchaus gerechtfertigt erscheint.

Die Tatsache, dass die Stadt auch auf ihr weiteres Umland ihre Auswirkungen hat, ist nicht neu. Im Falle Basels sei etwa an die seinerzeit weit verbreitete Heimarbeit für die Basler Seidenbandweberei erinnert. Dieser «Schatten der Stadt» (vom englischen »urban shadow» übernommen, vgl. Russwurm 1971) findet aber in der Gegenwart eine neue Ausprägung, indem im ländlichen Raum die Funktion des Wohnens für eine im allgemeinen städtisch orientierte Bevölkerungsgrup-

pe an Bedeutung gewinnt. Einerseits sind es Einheimische, welche zwar in der Stadt arbeiten, ihren Wohnsitz aber beibehalten oder nach der Zeit der Ausbildung wieder an den alten Ort zurückkehren. Andererseits verlegt eine zunehmend grössere Zahl von Bewohnern der Agglomeration ihren Wohnsitz hinaus in ländliche Gemeinden, ohne zu diesen eine besondere Bindung zu haben. Die Franzosen Bauer und Roux (1976) haben dafür den Begriff der «Rurbanisation» geprägt. Er wird im folgenden verwendet; eine ausführliche Diskussion über seine Berechtigung muss auf den Schlussbericht verschoben werden.
Die nachfolgend beschriebene Untersuchung soll einen Beitrag zum Verständnis dieser Erscheinung am Beispiel der Dreiländerregion Basel liefern. Durch den Einbezug von Teilen von vier Kantonenp und drei Ländern wird dabei dem Aspekt der kulturgeographischen Wirksamkeit von politischen Grenzen besondere Beachtung geschenkt.

Das Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet entspricht im Prinzip einem Kreis um Basel mit einem Radius von rund 25–30 Kilometern. Allerdings werden flächendeckende Untersuchungen hauptsächlich aus Gründen der mangelnden Verfügbarkeit aktueller statistischer Daten weitgehend auf den schweizerischen Teil beschränkt bleiben müssen.
Die Detailuntersuchungen werden in einer Reihe von Beispielsgemeinden durchgeführt. Diese sind so ausgewählt, dass sie unterschiedliche Stadien der Entwicklung zeigen. Am einen Ende der Skala steht etwa Nenzlingen BE mit einer Bevölkerungsabnahme von 5% im Jahrzehnt 1971–1980 trotz einer Zunahme der Wohngebäude um 40%. Am anderen Ende befindet sich z.B. Lupsingen BL mit einer Bevölkerungszunahme von 86% und einer Zunahme der Wohngebäude um 88% im gleichen Jahrzehnt. Durch ihre Zugehörigkeit zu verschiedenen Kantonen und Staaten repräsentieren die Beispielsgemeinden zudem aber auch unterschiedliche Rahmenbedingungen im gesetzgeberischen Bereich (z.B. Steuerrecht, Bau- und Planungsrecht).

Bevölkerung und Siedlung in der Basler Region 1970–1980

Eine erste Analyse der Volkszählung 1980 zeigt für den schweizerischen Teil der Basler Region u.a. folgende Entwicklungstendenzen:
- Die Stadtgemeinde Basel hat 14% ihrer Bevölkerung seit der Volkszählung 1970 verloren.
- Von der Bevölkerungsabnahme wurde auch der erste Ring der Vororte erfasst.
- Die eigentliche «Verstädterungsfront» liegt in einer Distanz von rund zehn Kilometern vom Stadtzentrum entfernt, wo z.B. in Ettingen im Leimental eine Bevölkerungszunahme von 86% oder in Kaiseraugst im Rheintal gar um 132% zu verzeichnen war.
- Ausserhalb der Agglomeration ist das Bild sehr uneinheitlich. Neben Abnahme und Stagnation sind auch überraschend hohe Bevölkerungszunahmen festzustellen, so etwa auf dem Gempenplateau oder im hinteren Leimental (Tab. 1).

Eine aufschlussreiche Ergänzung des Bildes ergibt sich bei einer Betrachtung der Wohnbautätigkeit im selben Zeitraum. Die Basler Region (schweizerischer Teil) spiegelt ziemlich gut die gesamtschweizerische Entwicklung (Garnier 1981) mit einer Spitze in den Jahren 1973/74, einem jähen Rückgang 1975/76 und einem steilen Wiederanstieg von 1976–1980. Der Bau von Einfamilienhäusern bestimmt mit einem Anteil von 80–90% an der Gesamtzahl aller Gebäude mit Wohnungen in der zweiten Hälfte der

Tab. 1. Wohnbautätigkeit im Kanton Basel-Landschaft 1971–1980

	1	2	3	4
Ganzer Kanton	8386	27.2	6784	80.9
Bez. Arlesheim	4887	27.8	3886	79.5
Bez. Liestal	1758	27.9	1391	79.1
Bez. Sissach	1114	24.8	957	85.9
Bez. Waldenburg	627	24.9	550	87.7

1: Zunahme der Gebäude mit Wohnungen 1971–80: absolute Zahlen
2. Zunahme der Gebäude mit Wohnungen 1971–80: in %
3. davon Einfamilienhäuser: absolute Zahlen
4. davon Einfamilienhäuser: in % des Zuwachses (Kol. 1)
Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

siebziger Jahre die Kurve überaus stark (vgl. Tabelle). Betrachtet man die Verteilung dieser Bautätigkeit, so findet man in der ganzen Nordwestschweiz nur sehr wenige Gemeinden, in denen die Zahl der Wohngebäude um weniger als 10% zugenommen hat. Die Mehrheit der Gemeinden verzeichnet eine Zunahme von 10–30%, eine beachtliche Zahl eine solche von 30–50% und immer noch eine starke Gruppe eine solche von über 50%. Diese letzte Gruppe, und das ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, ist nicht nur am Agglomerationsrand anzutreffen. Ebenso verdient festgehalten zu werden, dass Wohnbautätigkeit und Bevölkerungsentwicklung nicht notwendigerweise parallel verlaufen.

Die beschriebenen Veränderungen in Bevölkerung und Siedlung sind das Ergebnis von Wanderungsbewegungen. Ihre Analyse ist eine wichtige Grundlage für die Erklärung der «Rurbanisation». Die unpublizierten Tabellen 2.32 und 2.33 der Volkszählung 1980 werden eine genaue Untersuchung der Wanderungsrichtungen der Zu- und Wegzüger der Jahre 1976–1980 ermöglichen. Sie werden nicht zuletzt einen Vergleich mit den Werten der Jahre 1966–1970 erlauben und somit allfällige Veränderungen im Wanderungsverhalten der aus dem Agglomerationskern wegziehenden Bevölkerung aufzeigen. Gegenüber dem ursprünglich festgelegten Zeitplan ist die Auswertung der Volkszählung 1980 leider so in Verzögerung geraten, dass eine Berücksichtigung im Rahmen dieser Ausführungen noch nicht möglich ist.

Von der französischen Volkszählung 1982 liegen bereits erste provisorische Ergebnisse vor (I.N.S.E.E. 1982). Sie zeigen für das Elsass im allgemeinen ein Anwachsen der «communes rurales» in den Jahren 1975–1982, das sich gegenüber der letzten Periode 1968–1975 noch verstärkte. Selbst in absoluten Zahlen gemessen haben die «communes rurales» deutlich mehr an Bevölkerung gewonnen als die «communes urbaines». Die französischen Statistiker sprechen von der «Wiederaufbereitung der Stadtbevölkerung aufs Land», welche zu einer einheitlicheren Bevölkerungsverteilung im Elsass führe (I.N.S.E.E. 1982, 3). Dies gilt zumindest für die Cantons entlang des Rheines.

Offene Fragen für die Forschung

Der «Zug aufs Land» ist quantitativ ziemlich einfach darzustellen. Wesentlich schwieriger sind demgegenüber Fragen qualitativer Art zu beantworten. Eine ganze Reihe offener Fragen dieser Art stellen sich der Forschung.

- Wer zieht in eine ländliche Gemeinde?

Die Frage nach der Herkunft ist eine doppelte: sie zielt nach der geographischen und nach der sozialen Herkunft. Es sind verschiedene Muster denkbar und in der Literatur beschrieben worden. Ist der «kleine Mann» gezwungen, für die Verwirklichung seines Traumes vom Eigenheim weiter hinaus zu ziehen, weil er die Bodenpreise am Agglomerationsrand nicht mehr bezahlen kann oder kann sich nur der Angehörige einer gehobenen Schicht die Nachteile der zwangsläufig hohen Motorisierung des Haushaltes leisten? Stammen die Zuzüger von ausserhalb der Region und finden im engeren Agglomerationsgebiet keinen ihnen zusagenden Wohnraum mehr oder stammen sie aus dem Agglomerationskern und finden im Vorortsgürtel nichts Passendes mehr oder aber stammen sie aus dem Vorortsgürtel und wechseln den Wohnort in erster Linie deshalb, weil sie die Mietwohnung mit einem Einfamilienhaus tauschen möchten?

- Warum ziehen Haushalte in eine ländliche Gemeinde?

Die Frage nach der Motivation für den Wechsel des Wohnortes ist bereits bei der Frage nach der Herkunft angeklungen. Genauere Erkenntnisse sollten nicht nur aufzeigen, mit welcher Erwartungshaltung die Zuzüger in den neuen Wohnort ziehen, sondern auch Hinweise auf die Wohnsituation am bisherigen Wohnort geben. Lötscher und Jenzer (1981) haben mit ihrer Untersuchung innerhalb des Agglomerationsraumes bereits erste Antworten gegeben.

- Warum ziehen Haushalte gerade in die jeweilige Gemeinde?

Die Wahl des neuen Wohnortes erfolgt wohl selten rein zufällig, sondern aufgrund objektiv belegbarer oder aber subjektiv empfundener Vorteile. Ihre Herausarbeitung kann mithelfen, das unterschiedliche Entwicklungsmuster im Gesamtuntersuchungsgebiet zu erklären.

- Welches sind die neuen Aktionsräume der umgezogenen Haushalte?

In einem Teil der Fälle hängt die Wohnsitzverlegung eng mit einem Wechsel des Arbeitsplatzes zusammen. In vielen anderen aber wird dieser beibehalten, so dass ein neues Bild der Pendelwanderung entsteht. Mit ziemlich grosser Sicherheit ändert der Aktionsraum in bezug auf die Versorgung mit Gütern des kurz- und mittelfristigen, besonders aber des langfristigen Bedarfes. Bringt der Zuzug neuer Haushalte eine Stärkung des dörflichen Handels oder wird der Bedarf am Arbeitsplatz gedeckt oder erfahren vielleicht die dazwischen liegenden Orte unterer Zentralität eine Aufwertung?

- Welches ist die Rolle der betroffenen Gemeinwesen?

In Fragen der Ortsplanung, der Politik in bezug auf die Baulanderschliessung oder der Steuerbelastung haben die Gemeinden wenigstens in der Schweiz eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Sie beeinflussen die Entwicklung mehr oder weniger stark, selbst wenn sie sich dessen vielleicht gar nicht bewusst sind. Nur wenige Gemeinden setzen allerdings ihre Möglichkeiten bewusst für eine genau bestimmte Entwicklungspolitik ein.

- Welches sind die Folgen für die betroffenen Gemeinden?

Die Folgen der «Rurbanisation» sind zunächst als Veränderungen im Landschaftsbild feststellbar. Nicht weniger bedeutsam sind aber die Folgen im wirtschaftlichen und nicht zuletzt im soziologischen Bereich. Je nach Entwicklungsgeschwindigkeit kann eine Gemeinde ihre Finanzepn im Gleichgewicht halten oder sich schwer verschulden, kann eine Gemeinde die Zuzüger einigermassen integrieren oder nicht. Nicht nur die an sich zu erwartende Isolierung der Neuzuzüger kann beobachtet werden, es kann auch zu einem «Überfahren» der angestammten Bevölkerung kommen, unter Umständen sogar mit einer deutlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse.

Methoden

In der hier beschriebenen Untersuchung wird eine ganze Reihe von Methoden angewendet. Vom Aufwand her gesehen stehen zwei Erhebungen im Vordergrund: eine schriftliche Befragung von Neuzuzügern und eine Auswertung von Handänderungen bei Grundstükken. Ihnen gesellt sich die Analyse der Rahmenbedingungen im gesetzgeberisch-institutionellen Bereich zu.

Für die Befragung wurde die Gruppe der Zuzüger so definiert, dass alle Haushalte erfasst werden, die seit dem 1.12.1975 in die Beispielsgemeinde gezogen und zum Zeitpunkt der Erhebung noch anwesend sind. Das Stichdatum wurde so festgelegt, dass eine Vergleichbarkeit mit Angaben aus der Volkszählung 1980 gegeben ist. Aus finanziellen und personellen Gründen musste die Methode der schriftlichen Befragung mit all ihren bekannten Vor- und Nachteilen gewählt werden. Die Auswertung wird auf verschiedene der oben aufgezählten Forschungsfragen Antworten bringen.

Die Untersuchung der Handänderungen an Grundstücken muss wegen des damit verbundenen Aufwandes auf einige wenige Gemeinden beschränkt bleiben und kann nicht alle Beispielsgemeinden umfassen. Leider bestehen bisher in der Schweiz noch nicht sehr viele Arbeiten, welche systematische Grundbuchanalysen enthalten. Das dürfte nicht zuletzt mit der in unserem Lande völlig unterentwickelten Handänderungsstatistik zusammenhängen. Solche Untersuchungen können aber über die an einem Prozess beteiligten Gruppen näheren Aufschluss geben und wesentliche Grundlagen für die planerisch-politische Bewältigung der auftauchenden Probleme liefern (Joller 1969, Walder und Werder 1981). Gelingt es zudem, trotz allen methodischen Hürden die Entwicklung der Bodenpreise darzustellen, so ist damit ein besonders wichtiger Parameter des Prozesses aufgedeckt. Bodenpreise bewirken nicht nur eine Selektion der daran beteiligten Gruppen, sondern beeinflussen gleichzeitig auch den effektiven Ausnützungsgrad des verfügbaren Landes.

Die «Rurbanisation» spielt sich in einem komplizierten Netz von Rahmenbedingungen ab, die den Prozess in der einen oder anderen Richtung lenken können. Das räumliche Bezugsgebiet ist nicht für alle diese Rahmenbedingungen dasselbe. Während etwa ein Bau- und Planungsgesetz nur einen einzelnen Kanton betrifft und in jeder Gemeinde zu verschiedenen Lösungen führen kann, sind z.B. die Hypothekarzinssätze für den ganzen schweizerischen Teil des Untersuchungsgebietes die gleichen und ändern erst

an der Landesgrenze. Bei der geradezu absurden Aufteilung unseres Raumes auf verschiedene Hoheitsgebiete drängt sich eine Analyse dieser Rahmenbedingungen als Forschungsthema geradezu auf. So kann etwa gezeigt werden, wie die unterschiedliche Gesetzgebung im raumplanerischen Bereich in der Schweiz zu anderen Ausformungen der Siedlungsentwicklung geführt hat als in der Bundesrepublik Deutschland. Sind im einen Falle als Folge der übergrossen Bauzonen manchenorts sehr lockere Bebauungen entstanden, so sind es im anderen Fall fast immer sehr kompakte Dorferweiterungen. «Kuplturlandschaft als geformtes Gesetz» könnte man in Abwandlung eines bekannten Buchtitels etwa sagen.

Das Ende des ländlichen Raumes?

Zum Schluss der Untersuchung wird sich die Frage stellen, ob der ländliche Raum im Lichte der «Rurbanisation» neu definiert werden muss. Oder wird sich etwa die Gegenüberstellung «Städtischer Raum - ländlicher Raum» mit der Zeit ganz auflösen, wie es ein französischer Buchtitel ankündigt: «Ville et campagne: La fin d'un dualisme» (Berger und Ronzier 1977)? Sind wir auf dem Wege zu einem dezentralisierten «Stadt-Land-Verbund», wie ihn Moewes (1977) mit so grossem Engagement empfohlen hat?
Von einer Untersuchung mit regionalem Charakter können wohl kaum allgemein gültige Antworten auf solche Fragen erwartet werden. Wenn die «Rurbanisation» auch kaum zum völligen Ausgleich zwischen «Stadt» und «Land» führen wird, so wird sie mit Sicherheit zu einer sehr viel komplizierteren Verknüpfung beider Bereiche führen. Das früher einmal viel gebrauchte Bild von der «Blutauffrischung» der Städte durch die Zuzüger vom Lande hat in einem weiten Hinterland der Städte endgültig seine Berechtigung verloren und muss durch ein differenziertes Wanderungssystem ersetzt werden. Die Auswertungen der laufenden Untersuchung übr die «Rurbanisation» im Umland von Basel werden hoffentlich einen Beitrag dazu leisten.

Literatur

Bauer, G., Roux, J.-M. 1976: La rurbanisation ou la ville éparpillée. Seuil, Paris.

Berger, A., Rouzier, J. 1977: Ville et campagne. La fin d'un dualisme. Economica, Paris.

David, J., Freschi, L., Guérin, J.P., Gumuchian, H. 1979: Problématique et méthodes d'analyses de la rurbanisation. Le plateau de Champagnier (Isère). Institut de Géographie alpine, Grenoble.

David, J. 1980: Du rural au rurbain: L'Avant-Pays Savoyard. Institut de Géographie alpine, Grenoble.

Gallusser, W.A. 1980: Rural geography in Switzerland today. In: Geography in Switzerland, Geographica Helvetica 35, 1980, 117-124.

Garnier, A. 1981: La maison individuelle en Suisse et dans le canton de Vaud. Le développement de 1970 à 1979. Ingénieurs et architectes suisses, 20 août 1981, 273-279.

I.N.S.E.E. 1982: Le recensement de 1982: Résultats provisoires. Direction régionale de Strasbourg, I.N.S.E.E., Strasbourg.

Joller, R. 1969: Die Wandlungen im Grundeigentum zwischen 1941 und 1965, untersucht an einigen Gemeinden des Kantons Graubünden. Diss. Hochschule St. Gallen. Lang, Bern.

Lötscher, L., Jenzer, M. 1981: Wegzug aus Basel - Antwort auf die Wohnsituation? In: Frey, R.L.: Von der Land- zur Stadtflucht. Schriften des Forschungsinstituts ür Föderalismus und Regionalstrukturen 6, 53-90. Lang, Bern und Stuttgart.

Moewes, W. 1977: Von einer «Raum-Verhalten-Theorie» zum «Stadt-Land-Verbund». Landschaft + Stadt, 9, 12-31.

Russwurm, L. 1971: Urban fringe and urban shadow. In: Krueger, R.R., Bryfogle, R.C.: Urban problems. A Canadian reader; 104-122 Holt, Rinehart & Winston, Toronto.

Walder, B., Werder, A. 1981: Wandel der Tourismuspheripherie. Diplomarbeit, Universität Zürich.

Anschrift des Autors:

Dr. Jürg Rohner
Geographisches Institut der Universität Basel
Klingelbergstrasse 16
4056 Basel

Die Schweizer Stadt im Lichte der Bebauungstypen

Elisabeth Roques-Bäschlin

Zusammenfassung

Die Bebauungstypen-Methode ist der Versuch einer phänomenologischen Analyse unserer Städtestrukturen, mit deren Hilfe die Entwicklung einer Stadt seit 1800 in ihren grossen Zügen direkt erkannt werden kann. Dabei wird deutlich, wie verschieden sich die untersuchten Städte zu den verschiedenen Zeitpunkten entwickelt haben.

Résumé

Aujourd'hui les géographes ont plutôt tendance à croire à l'opportunité d'un ordinateur pour analyser un tissus urbain qu'à la valeur d'une typologie de l'habitat, basée sur l'observation humaine. Malgré cela, une analyse sur la base de types de construction nous semble très utile pour mieux comprendre le développement de nos villes. Cette démarche va dans le sens d'une sorte de «phénoménologie» dans l'urbanisme, ce qui peut donner des résultats très intéressants, même pour l'aménagement urbain.
Tout un ensemble de travaux faits à l'Institut de Géographie de Berne sont basés sur la méthode des types de construction.

Einleitung

Es scheint zwar beinahe als Anachronismus, in den 80er Jahren unseres technisierten 20. Jahrhunderts eine Arbeit zu unternehmen, die nur auf der Beobachtung durch den Menschen beruht. Vielleicht hat aber doch diese Arbeitsmethode im Rahmen der Stadtgeographie wieder neu ihre Berechtigung, nachdem man weltweit in allen Städten vor immer grösseren Problemen steht, unsere zunehmend verstädterte Umwelt immer hässlicher und unmenschlicher wird und man erkennt, wie Lichtenberger 1972 betonte, «wie wenig bisher die technische Perfektion in der Datenverarbeitung zur Lösung von elementaren städtischen Problemen, d.h. zur Manipulierbarkeit der Prozesse beitragen konnte».
Es wäre noch zu betonen, dass es sich beim vorliegenden Papier um keine endgültigen Aussagen über die Schweizer Stadt handelt, sondern um einen bewusst unfertigen «Werkstattbericht» von Stadtuntersuchungen, der zum Ideenaustausch und zur Diskussion anregen möchte.

Bebauungstypen

Es ist allgemein üblich, bei der Analyse eines Stadtkörpers drei Komponenten zu unterscheiden:

- *Grundriss:* Stadtplan
- *Aufriss:* architektonischer Stil, Silhouette
- *Nutzung:* Flächen- und Gebäudenutzung, daraus resultierend Funktion und Struktur.

Die Stadt ist aber ein äusserst kompliziertes Wirkungsgefüge. Mit der Analyse einzelner Komponenten erhalten wir notgedrungen nur einen Teilaspekt des Ganzen. Eine Möglichkeit, der Kompliziertheit des Gefüges einigermassen gerecht zu werden, mag die Vewendung einer Vielzahl von Variablen sein, wobei dann sofort wieder charakteristische Kombinationen herausgearbeitet werden müssen, um die Zahl der Möglichkeiten nicht ins Unendliche steigen zu lassen.
Die Einführung von Bebauungstypen entspricht nun einem ganz andern Ansatz in der Analyse. Es ist der Versuch einer *phänomenologischen* Arbeitsweise in der Stadtgeographie, bei der nicht die einzelnen Faktoren ausschlaggebend sind, sondern ihr charakteristisches Zusammenspiel.
Grosjean (1974) definierte den Typ als «Er-

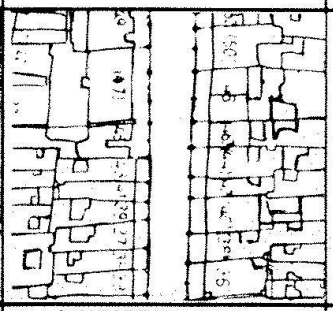
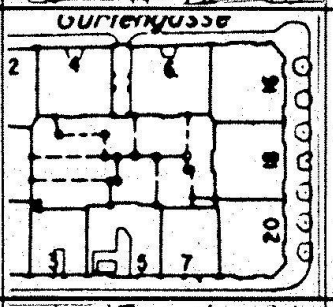
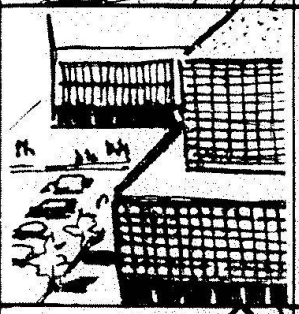
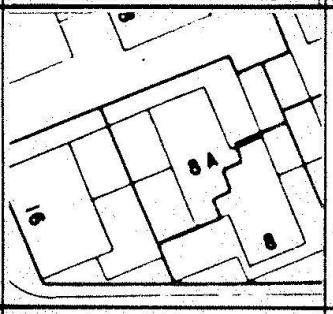
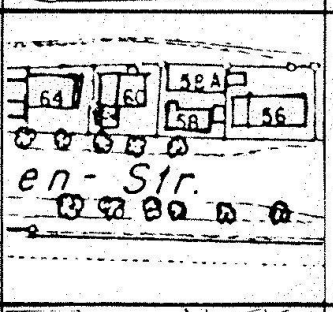
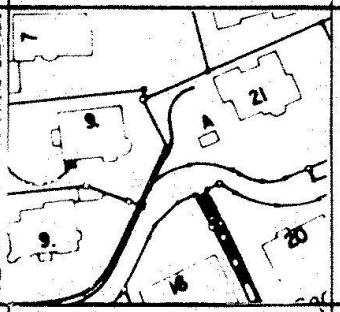
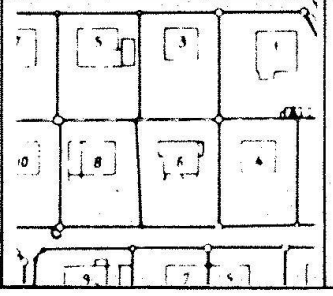
Typ	Aufriss	Grundriss	Beschreibung
Altstadt-bebauung			Nutzung stark gemischt: Wohnen, Gewerbe, Läden, Büros. Baumaterial: traditionell Sozial gemischt. Entstanden: vor 1800. NAZ: 1,5 (-3)
Kern-bebauung			Meist Blockrandbebauung, Geschäfte, Büros, gelegentlich Wohnen. Entstanden: 1860-1930 NAZ: 1,8 (-4)
City-bebauung			Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsbauten. Baumaterial: Glas, Metall, Beton und Kunststoff. Entstanden: ab 1960. NAZ: hoch.
Vorstadt-bebauung			Kleine Wohn- oder Wohn-Gewerbe-Häuser an den Ausfallstrassen. Sozialstruktur: niedrig Entstanden: 19. Jh. NAZ: 0,6-0,8
Villen-bebauung			Bürgerliches Etagenwohnhaus. Alte Gärten mit grossen Bäumen. Gehobene Sozialstruktur. Entstanden: 1800-1920 NAZ: 0,3-0,6
Einfamilienhaus-bebauung			Freistehende Wohnhäuser Garten mit Zierrasen und wenig hochstämmigen Bäumen. Entstanden: ab 1910 NAZ: 0,2-0,4

Abb. 1. Bebauungstypen.

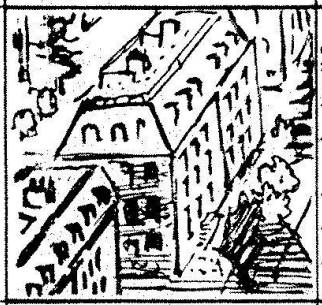
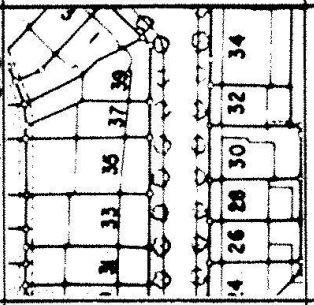
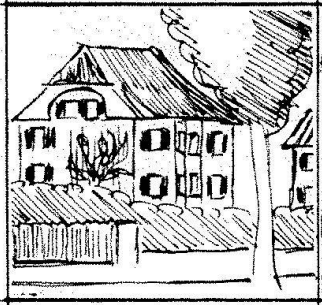
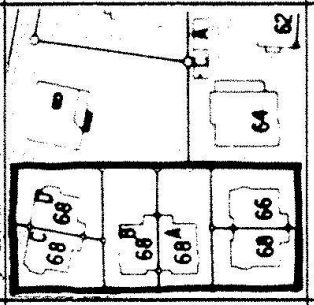
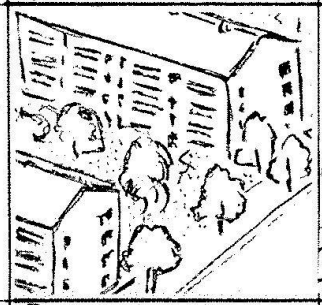
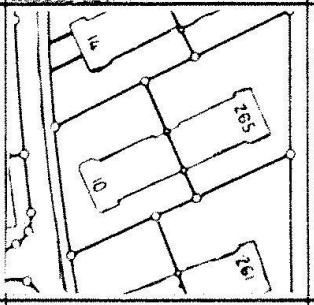
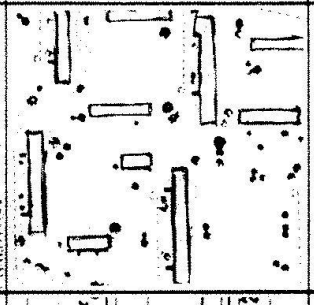
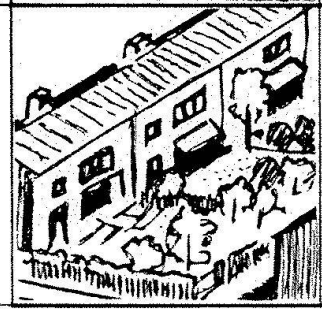
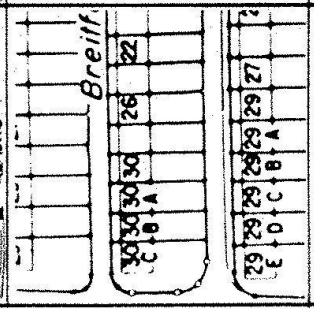
Typ	Aufriss	Grundriss	Beschreibung
Quartier-bebauung I			Oft Reihenmiethäuser, Hausfront gegen Strasse, mit kleinen Vorgärten und Hinterhöfen. Sozialstruktur: unterschiedl. NAZ: 1,2-2,0
Quartier-bebauung II			4-8-Familienhäuser mit 2 Eingängen, mit grossem Dach, individueller Garten. Sozialstruktur: Mittelstand Entstanden: 1920-40 NAZ: 0,4-0,6
Quartier-bebauung III			Wohnblocks von unscheinbarer Erscheinung, Sattel- oder Walmdächer, allgemeine Grünfläche. Entstanden: 1940-1965 NAZ: 0,6-0,8
Quartier-bebauung IV			Wohnbebauungen aus Beton, Flachdächer, vorspringende Balkone, unregelmässiger Grundriss Sozialstruktur: unterschiedl. Entstanden: seit 1958 NAZ: 0,8-1,2
Reihen-einfamilien-haus-bebauung			Schmale zusammengebaute Wohnhäuser, meist mit kleinem Vorgarten. Entstanden: seit 1910 NAZ: 0,4-0,8
F e r m e r : Industrie, Oeffentliche Bauten, Grünanlagen			soweit als eigener Bebauungstyp erkennbar

Abb. 2. Bebauungstypen (Fortsetzung).

scheinung, welche eine charakteristische Kombination formaler, funktionaler und struktureller Merkmale aufweist». In diesem Sinn hat er Bebauungstypen ausgeschieden, die, teilweise leicht modifiziert, auch der vorliegenden Untersuchung zugrunde liegen und bereits in verschiedenen Arbeiten in unserem Institut angewendet wurden: Beyeler 1982, Buchmüller 1981, Golser 1982, Heeb 1981, Moeri 1981.
Wir arbeiten mit folgenden Bebauungstypen (s. Abb. 1 und 2):

- Altstadtbebauung
- Kernbebauung
- Citybebauung
- Vorstadtbebauung
- Villenbebauung
- Quartierbebauung I
- Quartierbebauung II
- Quartierbebauung III
- Quartierbebauung IV
- Einfamilienhausbebauung
- Reiheneinfamilienhausbebauung

In dieser ganzen Einteilung spielen schliesslich die *Formalaspekte* die entscheidende Rolle, was immer wieder Kritik hervorruft. Uns ist aber das Formale, die äussere Erscheinung unserer Städte ein wichtiges Anliegen, aus der Erkenntnis heraus, dass unsere Umwelt im allgemeinen und die urbane Umwelt im besonderen einen Grad an visueller Belastung erreicht hat, der es dem Bewohner immer mehr verunmöglicht, sich mit seiner Stadt zu identifizieren und was, unter anderem, zur heute stark verbreiteten Ablehnung der Städte als Lebensraum beigetragen hat.

Anwendungsgebiete der Bebauungstypen

Ich sehe im Augenblick zwei Arbeitsgebiete, wo, wir mir scheint, die Bebauungstypen-Methode interessante Resultate liefern kann.
- *Bauzonenvorschriften:* Trotz all unseren, teilweise rigorosen, Baureglementen und Bauzonenvorschriften wird unsere bebaute Umwelt immer ungeordneter. Vielleicht gäbe es eine Möglichkeit zu umfassenderen Bauvorschriften in der Art der Bebauungstypen, anstatt der einzelnen Längen-, Höhen- und Abstandsbeschränkungen, um die Veränderung unserer Wohnquartiere wieder in den Griff zu bekommen.
- *Stadtentwicklung:* Die Analyse der Bebauung gibt ein Bild der Entwicklung unserer Städte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Diese Analyse soll in der Folge an drei Beispielen kurz vorgestellt werden.

Stadtanalyse

In den vorliegenden Karten, Abbildungen 3 und 4, wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht alle Bebauungstypen kartiert. So fehlen die Quartierbebauungen II und III, was aber auf den Gesamteindruck der Stadtstruktur keinen Einfluss hat.
St. Gallen: In St. Gallen muss vorausgeschickt werden, dass es sich bei der vorliegenden Karte nur um einen Teil des Stadtgebietes handelt, da der ganze westliche Teil (Lachen, Bruggen, Winkeln) fehlt.
St. Gallen besitzt eine ziemlich ausgedehnte, seiner mittelalterlichen Bedeutung entsprechende Altstadt. Ein besonderes Merkmal ist die grosse, vor allem westlich an die Altstadt anschliessende Kernzone, welche darauf hinweist, dass die Stadt zwischen 1860 (Eisenbahnbau) und dem 1. Weltkrieg eine grosse Dynamik als Zentrum entwickelte. Die in der ganzen Kernbebauung eingestreute Citybebauung zeigt, dass diese Dynamik heute weitergeht: Die bauliche Veränderung vom gründerzeitlichen Geschäftshaus zum modernen Citygebäude ist sichtbar. Parallel zu der ausgedehnten Kernbebauung entstanden die grossen Flächen an Quartierbebauung I. Wir finden sie anschliessend an die Kernzone und die Altstadt, sowie entlang den Ausfallstrassen. Um die Kernzone legt sich ein Ring von öffentlichen Bauten. Charakteristisch für St. Gallen sind die ausgedehnten Villenbebauungen am südexponierten Abhang des Rosenberges, im Norden und Nordwesten der Altstadt. Daran schlossen sich dann in letzter Zeit die modernen Einfamilienhausbebauungen an. Die Quartierbebauung IV befinden sich teilweise verstreut im Stadtkörper, vor allem aber östlich der Stadt in weniger privilegierten Wohnlagen.
Chur: Im Gegensatz zu St. Gallen sind die Flächen der Kernbebauung und der Quartierbebauung I sehr klein, was auf eine geringe Dynamik in der Stadtentwicklung um die Jahrhundertwende hinweist. Dagegen besitzt Chur erstaunlich grosse Industrieflächen, die

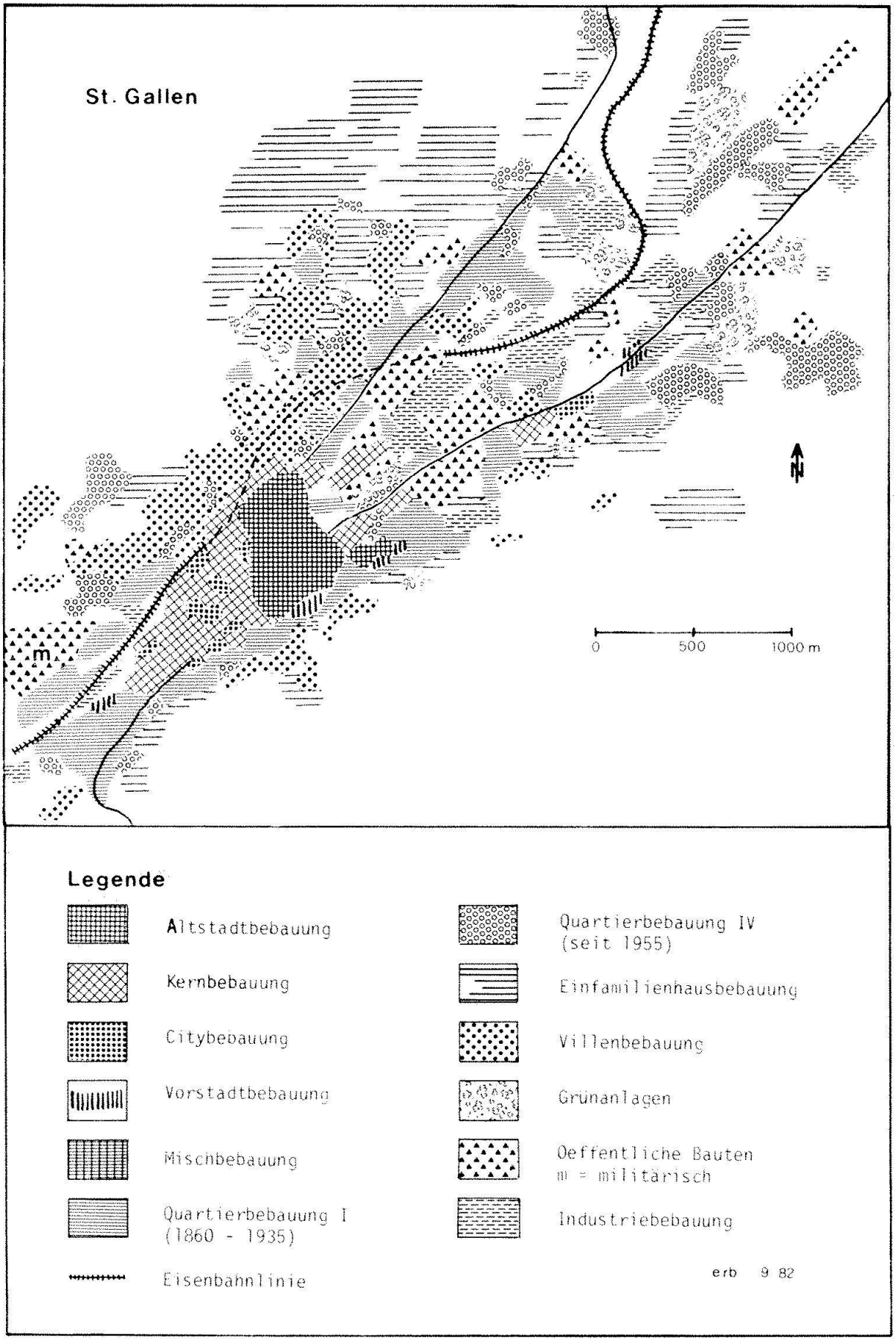


Abb. 3. Kartierung nach Bebauungstypen.

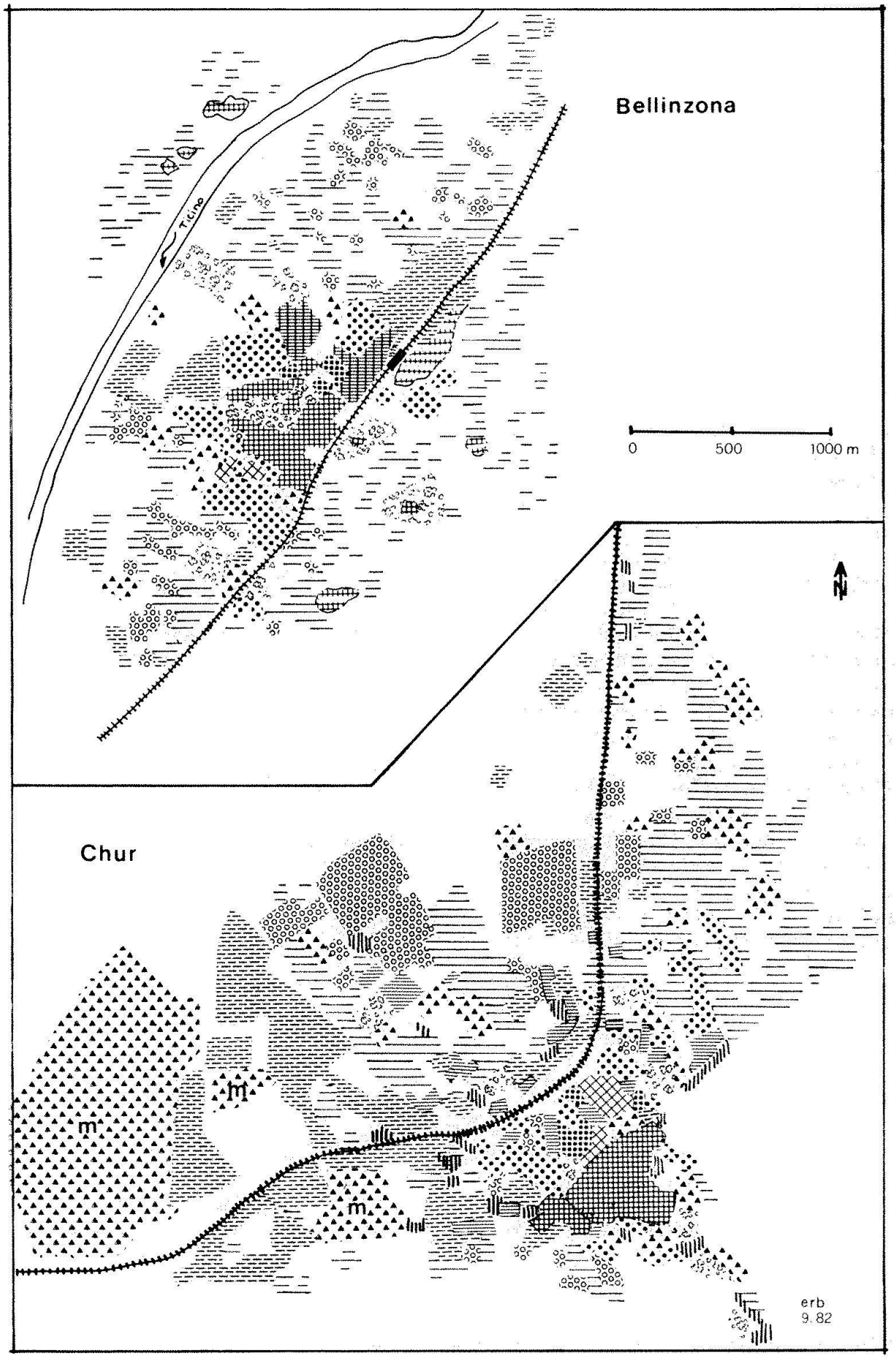


Abb. 4. Kartierung nach Bebauungstypen.

zu einem grossen Teil erst in den letzten Jahren entstanden sind. Damit müssen die grossen Gebiete an Quartierbebauung IV im Norden in Zusammenhang gebracht werden, sowie die Citybebauung, welche flächenmässig diejenige der Kernbebauung übertrifft, was wiederum auf eine grosse Dynamik in den letzten Jahren hinweist. Charakteristisch für Chur sind auch die ausgedehnten Flächen an Einfamilienhausbebauung, was auch ein Hinweis ist für eine nicht allzu grosse Stadt, wo der Boden noch erschwinglich ist.

Bellinzona: Charakteristisch für Bellinzona und z.T. auch für die anderen Tessinerstädte sind die für die Grösse der Stadt erstaunlich grossen Villenzonen, anschliessend an die Altstadt, welche sich heute, zusammen mit der Kernbebauung, in grossem Umbruch befinden und als Mischbebauung kartiert wurden.

Den Sonderfall «Tessiner Städte» macht aber in meinen Augen die ungeordnete Bebauung seit dem 2. Weltkrieg aus: Einfamilienhausbebauung und Quartierbebauung IV sind bunt gemischt, man findet kaum zusammenhängende Bebauungen. Wenn, wie Lichtenberger 1972 sagt, die europäischen Städte ein Produkt ihrer Bau- und Zonenvorschriften sind, so scheint mir Bellinzona eine Illustration für die Schwierigkeiten, mit denen die Planung im Kanton Tessin zu kämpfen hat.

Alle Städte scheinen sich mehr oder weniger ringförmig um die Altstadt herum entwickelt zu haben. Abweichungen sind meist durch die Topographie gegeben. Ob sich daraus eine allgemeine Tendenz der Schweizer Stadt ableiten lässt, wird erst die weitere Untersuchung weisen.

Literatur

Beyeler, R. 1982: Bebauungstypen der Gemeinde Bern. Ihre räumliche Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Stadtstruktur. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Bern.

Buchmüller, P. 1981: Le développement spatial de la ville de Bienne de 1800 à 1980. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Bern.

Golser, M. 1982: Wechselbeziehungen zwischen den baurechtlichen Vorschriften und der Entwicklung des Stadtbildes von Bern seit 1850. Diplomarbeit. Geograph. Institut, Universität Bern.

Grosjean, G. 1974: Raumtypisierung nach geographischen Gesichtspunkten. Geographica Bernensia, Reihe P, Bd. 1. Geograph. Institut, Universität Bern.

Heeb, M. 1981: Entwicklung der Bevölkerung und der Wohndichte in den Quartieren der Stadt Luzern 1964–1979. Seminararbeit. Geograph. Institut, Universität Bern.

Lichtenberger, E. 1972: Die europäische Stadt – Wesen, Modelle, Probleme. In: Berichte zur Raumforschung und Raumordnung und Raumplanung Wien.

Moeri, S. 1981: Freiburg und Neuenburg ab 1800. Ihre Stadtentwicklung in Funktionen von Naturraum, Bevölkerung, Geschichte, Wirtschaft und Verkehr. Seminararbeit. Geograph. Institut, Universität Bern.

Anschrift der Autorin:

Elisabeth Roques-Bäschlin
Lic. phil. II Lektorin
Geographisches Institut
der Universität Bern
Hallerstrasse 12
3012 Bern

Städtische Freiflächen in Basel, Bern und Luzern

Martin Knüsli

Zusammenfassung

Eine wesentliche Bedeutung für Stadtqualität und Stadtbild haben die städtischen Grün- und Freiflächen. Anhand eines Vergleichs der Städte Basel, Bern und Luzern wird versucht, Entwicklung und funktionale Ausprägung bestimmter innenstädtischer Freiflächentypen festzuhalten. Im weiteren werden Wiederinwertsetzungsmassnahmen sowie Beeinträchtigungen städtischer Freiflächen in neuerer Zeit behandelt. Die besondere Gewichtung des historischen Aspekts ergab sich aus der Begrenzung der Untersuchung auf das engere Stadtgebiet.

Résumé

Les espaces libres et les espaces verts sont d'une importance non négligeable pour la qualité et l'aspect de nos villes. L'auteur tente de dégager les différents types des espaces libres urbains. Il aborde ensuite la redécouverte des places urbaines ainsi que la diminution actuelle des espaces verts. La présente étude concerne les villes de Bâle, Berne et Lucerne. La prépondérance de l'aspect historique est due à la limitation des recherches aux centres-villes et à leur périmètre.

Allgemeine Bemerkungen

Unter den verschiedenen stadtgeographischen Fragestellungen stand bisher diejenige nach den städtischen Frei- und Grünflächen und ihrer Funktionen eher im Hintergrund. Dies wohl einerseits, weil erst mit dem Verlust derselben in den letzten Jahrzehnten eine Rückbesinnung auf deren Werte eingetreten ist, und andrerseits, weil in der traditionellen Stadtgeographie, etwa in den Forschungsbereichen «Stadtgenese» und «Innerstädtische Funktionen» die Freiraumthematik meistens unterschwellig miteinbezogen wird, ohne jedoch selbständig dargestellt zu werden. Bis in die jüngste Zeit stammen deshalb Arbeiten zur städtischen Frei- und Grünflächenthematik vorwiegend aus der Feder von Stadtplanern, Architekten, Gärtnern, Lokalhistorikern und Pädagogen.
Eine gesamtheitliche Schau der städtischen Freiflächenverhältnisse aus geographischer Sicht mit zeitlich-raumfunktionaler Akzentsetzung scheint deshalb angebracht. Als Illustration werden die Verhältnisse der Städte Basel, Bern und Luzern aufgezeigt. Es geht hier allerdings nicht darum, Städte gleicher Grössenordnung miteinander zu vergleichen, sondern vielmehr darum, wichtige Beispiele der Freiflächenentwicklung darzustellen und zu zeigen, wie einzelne Städte ihre diesbezügliche Chancen wahrgenommen bzw. verwirkt haben.
Die folgende Betrachtung beschränkt sich auf die öffentlich zugänglichen Freiflächen des engeren Stadtgebiets, weil dort mit dem Freiwerden der Stadtmauerareale im letzten Jahrhundert und mit der Wiederentdeckung innerstädtischer Freiflächen in den letzten Jahren interessante Prozesse untersucht werden können.

Zur Freiflächendefinition

Das semantische Feld, welches der Begriff «Freifläche» in der Literatur abdeckt, reicht von der Bedeutung «nicht überbaute Fläche» bis zur restriktiven Bedeutung «öffentliche städtische Grünfläche», wie ihn viele Grünplaner verwenden. Versucht man, die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Freiflächendefinitionen zusammenzutragen, so kommt man etwa zu folgendem Resultat:
Vom visuellen Gesichtpunkt her sind Freiflächen für die meisten Autoren unbebaute,

vorwiegend grüne Flächen. «Steinerne» Freiflächen, so werden Strassen und Plätze manchmal bezeichnet, sowie Wasserflächen können dazu treten. Vom funktionellen Gesichtpunkt her dienen städtische Freiflächen vorwiegend den Erholungs- und Gesundheitsbedürfnissen der Stadtbewohner oder wären potentiell imstande, zur Lebensqualität einer Stadt beizutragen. Als Leitlinien in der Stadtstruktur gliedern und prägen Freiflächen das Stadtbild. Freiflächen haben vorwiegend öffentlichen Charakter.

Freiflächentypen

Das «Reliefgrün»

Als bekanntestes Beispiel sind hier die Berner Aaretalhänge anzuführen, welche zum grossen Teil in öffentlichem Besitz und mit Promenadenwegen erschlossen sind. Im wesentlichen sind es hier die Neigungsverhältnisse und verteidigungstechnische Gründe, welche lange Zeit eine Bebauung verunmöglichten. Heute ist der Stadtbildschutz für die Erhaltung dieser Freiflächen massgebend.
In Basel und Luzern spielt das «Reliefgrün» ebenfalls eine Rolle im Stadtbild (Basel: rheinseitiger Münsterhügel; Luzern: Rebhalde, Musegg). Hier sind jedoch nur kleinere Areale öffentlich begehbar.

«Steinerne» Freiflächen

Verschiedene Strassen und Plätze unserer Innenstädte haben durch Massnahmen, die von der Verkehrsberuhigung bis zum vollständigen Fahrverbot in ausgewiesenen Zonen reichen, ihren Charakter als urbane Aufenthalts- und Erholungsorte zurückgewinnen können. Flohmärkte, Strassencafés, Strassenmusik und Strassentheater machen unsere Strassen und Plätze wieder zu Erlebnisräumen.
Am konsequentesten wurden die Möglichkeiten, welche «steinerne» Freiflächen bieten können, bisher in Luzern wahrgenommen. Nachdem 1972 eine Petition für eine autofreie Innerstadt lanciert worden war und zudem die 800-Jahrfeier der Stadt bevorstand, wurde die Einrichtung von Fussgängerzonen zügig an die Hand genommen. In einer ersten Etappe wurde die rechtseitige Altstadt sowie kleinere Bereiche der Kleinstadt vom ruhenden und fliessenden Verkehr befreit. In einer zweiten Etappe (ab 1976) wurden mehrere Gassen und Plätze durch bauliche Massnahmen fussgängergerecht umgestaltet. Damit hat die Altstadt Luzern wieder den Charakter eines urbanen Erlebnis- und Erholungsraums erhalten. Diese Entwicklung soll weiterverfolgt werden (Kleinstadt. Hirschmattquartier).
In Bern beschränken sich ähnliche Entwicklungen bisher auf den westlichen Teil der Altstadt. Es hat den Anschein, als ob das Vorhandensein der «Laubengänge» Massnahmen, wie sie im Falle von Luzern ergriffen wurden, eher etwas bremst. Wohl deshalb wird hier eine bauliche Gestaltung der autofreien Zonen weniger angestrebt.
In Basel gaben die Verkehrsverhältnisse in der Innerstadt schon 1964 zu einer Initiative für eine Fussgängercity Anlass. 1972 erfolgten die ersten langfristig dauernden Einschränkungsmassnahmen gegenüber dem Privatverkehr, da mit dem Bau des Cityrings der Durchgangsverkehr abgefangen werden konnte. Das eigentliche Konzept einer teilweise verkehrsfreien Innerstadt wurde erst im Dezember 1980 verwirklicht. Es handelt sich dabei allerdings um die Inkraftsetzung temporärer Fahrverbote im Innerstadtbereich (nachmittags verkehrsfrei).
Als Ausnahmefall muss die Schaffung eines neuen Stadtplatzes gewertet werden, wie dies in Basel für den Theaterplatz der Fall ist. Die Anlage dieser neuen Freifläche ergab sich beim Neubau des Stadttheaters, als das freigewordene Areal des alten Stadttheaters neu genutzt werden konnte. Der 1977 eingeweihte Platz mit seinem Brunnen und den Bäumen integriert sich vorzüglich in die Fussgängerachse, welche vom Zentrum zum Bahnhof führt.

Das Fortifikationsgrün

In die Zeit zwischen 1800 und 1900 fallen die wichtigsten städtebaulichen Vorgänge, welche die Grundlagen für die heute existierenden zentrumsnahen Grünflächen vieler Städte lieferten. Die aus verschiedenen Gründen nutzlos gewordenen Stadtmauern und Fortifikationswerke wurden vielerorts niederge-

legt und die an die ehemaligen Stadtmauern angrenzenden Glacisflächen zur Überbauung freigegeben. Für die Schaffung neuer öffentlicher Frei- und Grünflächen war dieser Vorgang von entscheidender Bedeutung, weil mit dem Freiwerden dieser meistens der Stadt gehörenden Areale Grundlagen für die Anlage ausgedehnter Grünflächen gegeben waren.
Promenaden und Parks grösseren Ausmasses konnten besonders dort angelegt werden, wo Schanzen und Bollwerke niedergelegt wurden. Basel besass – im Gegensatz zu Zürich und Genf – wenige derartige Befestigungsanlagen.
In Bern hingegen erstreckte sich ein grosser Schanzengürtel im Westen der Altstadt. Grössere Teile dieser Anlage, nämlich die Grosse und die Kleine Schanze, wurden zu Parkanlagen umgewandelt, die auch heute noch fast ungeschmälert erhalten sind.
In Luzern haben die Befestigungsareale eine andere Entwicklung durchgemacht. Die Stadtentfestigung erfasste alle linksseitig der Reuss gelegenen Fortifikationen. An ihrer Stelle wurden breite Verkehrsflächen errichtet — Promenaden und Grünflächen fehlen. Ein gegenteiliges Schicksal hingegen erfuhren die Befestigungsanlagen und gewisse Glacisflächen auf der Musegg, die erhalten geblieben sind. Die Glacisgrünflächen dienen heute teilweise als Sportareale, teilweise werden sie noch landwirtschaftlich(!) genutzt und erfüllen damit eine für das Stadtbild wichtige Freihaltefunktion.

Grünanlagen anstelle ehemaliger Friedhöfe

Eine wesentliche Bedeutung für die Disposition der öffentlichen Frei- und Grünflächen im Stadtbild haben die ehemaligen Stadtfriedhöfe. In allen drei Städten entstanden aus Friedhofarealen Grünanlagen. Am ausgeprägtesten ist diese Entwicklung in Basel nachzuvollziehen. Die zahlreichen Anlagen, die wir heute bei kirchlichen Bauten antreffen, gehen meistens auf ehemalige Friedhöfe zurück, da bis zum beginnenden 19. Jahrhundert bei oder in den Kirchen bestattet wurde. Bevölkerungswachstum sowie hygienische Erkenntnisse machten eine Verlegung der Friedhöfe in peripherere Stadtbereiche unumgänglich. So wurden 1814 vier neue Friedhöfe bei den damals noch existierenden Stadtmauern angelegt. Sie wurden bereits in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts wieder zu klein und wurden durch drei grossdimensionierte Gottesäcker, welche weit vor das bebaute Stadtgbiet zu liegen kamen, ersetzt (Wolf-, Kannenfeld- und Hofburgfriedhof). Die hektische Stadtentwicklung in unserem Jahrhundert verunmöglichte deren Vergrösserung, sodass 1932 hart an der Grenze zu Deutschland der Zentralfriedhof Hörnli angelegt wurde. In der Folge konnten Kannenfeld- und Hofburgfriedhof zu grosszügigen Parkanlagen umgestaltet werden. Damit ist die Entwicklung von Freiflächen, welche aus Friedhöfen hervorgehen, in Basel wohl abgeschlossen.
An Parallelbeispielen sind in Bern der Rosengarten über der Aare und in Luzern der sog. «Alte Friedhof», heute eine verschlafene Parkanlage, zu erwähnen.

Freiflächen an Fluss- und Seeufern

Eine weitere Freiflächenkategorie bilden Fluss- und Seeuferaufschüttungen.
Als stellvertretendes Beispiel für Städte mit Seelage sei Luzern angeführt. Eingeleitet wurde die fast 150 Jahre lang dauernde Entwicklung neuer Freiflächen am Seeufer nach einem Brand in der Grossstadt, als die grossen Brandschuttmassen 1833 auf dem gegenüberliegenden Ufer bei der Jesuitenkirche deponiert wurden. In den folgenden Jahrzehnten wurden Aufschüttungen an beiden Seeufern vorgenommen; der Bau neuer Quaianlagen fand erst 1978 mit der Errichtung des Hausermattenquais seinen Abschluss. Die Freiflächendynamik Luzerns ging nicht wie im Falle Berns und Basels von bestehenden Strukturen aus, sondern es wurden mit beträchtlichem Aufwand attraktive Promenaden am Seeufer neu geschaffen. Die an der Entwicklung des Tourismus interessierten Kreise – vom Hotelgewerbe bis zur Stadtplanung und Stadtgärtnerei – haben bewirkt, dass sich die Freiflächendynamik hauptsächlich auf publikumswirksame Standorte (Aussichtspunkte) konzentriert hat.
Auf weitere Freiflächenkategorien, die im Rahmen dieses Vortrags keinen Platz gefunden haben, sei nur hingewiesen: Quartier-

grünanlagen, objektgebundene Grünflächen, Wohnstrassen usw. Auch in diesen Bereichen sind interessante Entwicklungen zu verzeichnen.

Zur Labilität und Persistenz städtischer Freiflächen

Zieht man eine Bilanz der Freiflächendynamik in unserem Jahrhundert, so drängen sich folgende Feststellungen auf:

- Die punktuell im Stadtgebiet liegenden Grünanlagen, die meistens aus ehemaligen Friedhöfen hervorgegangen sind, sind mit wenigen Ausnahmen von anderen Nutzungsansprüchen verschont geblieben. Spezielle Besitzverhältnisse sowie Pietätsgründe mögen dafür massgebend gewesen sein.
- Der lineare Charakter der Fortifikationsareale hat sich im Zeitalter des Individualverkehrs negativ auf die Existenz entsprechender Freiflächen und Grünanlagen ausgewirkt. Das Ringstrassenkonzept, welches eine Verkehrsentlastung der Innenstädte anstrebt, hielt sich oft an den Verlauf der ehemaligen Stadtgräben und -mauern.

Am deutlichsten ist dieser Vorgang in Basel zu beobachten. Hier deckt sich der Verlauf des 1970 angelegten Cityrings mit dem Areal der ehemaligen Stadtbefestigungen im Südwesten der Altstadt. Die einst ausgedehnten Grünanlagen der Elisabethen- und Steinenschanze mussten zum grössten Teil der vierspurigen Strasse und ihren Zufahrtswerken weichen. Die übriggebliebenen Grünreste sind zum Teil von den nahen Wohnqaurtieren abgeschnitten und haben ihre Funktion als Erholungsflächen verloren.
Im Falle von Luzern und Bern waren es vor allem Stadtplätze, welche durch den Ausbau der tangential zum Altstadtgebiet verlaufenden Strassen in Mitleidenschaft gezogen wurden.
In Luzern orientiert sich die Zubringerstrasse zur Autobahn wie im Falle Basels am Verlauf der ehemaligen Stadtgräben (Kleinstadt, linksseitig der Reuss). Die trostlose Erscheinung des Kasernenplatzes illustriert deutlich, wie einst belebte Stadtplätze zu reinen Verkehrsanlagen umfunktioniert werden können, welche damit ihren funktionalen Freiflächencharakter verlieren.

In Bern bietet sich ein ähnliches Bild im Bereiche von Bahnhof- und Bubenbergplatz, wo sich Anlagen des öffentlichen und privaten Verkehrs konzentrieren. Bewegungsebenen, die dem Fussgänger vorbehalten sind, wurden unterirdisch angelegt. Es scheint fraglich, ob man in diesem Zusammenhang noch von Freiflächen im weiter vorne definierten Sinn sprechen kann.

Sind die Freiflächenreserven unserer Städte erschöpft?

Wohl jede Schweizer Stadt hat noch Möglichkeiten, neue Freiflächen zu schaffen und bestehende Freiflächen besser zu nutzen. Lösungen dazu bietet die Weiterführung der Verkehrsberuhigungsmassnahmen in den drei Städten. An vorhandenen Freiflächen, die einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten, sind Schulhöfe und Sportanlagen zu nennen. Durch eine entsprechende Gestaltung können verschiedene Altersgruppen berücksichtigt werden.
Im weiteren ist auf die Bedeutung brachliegender Areale im Besitze der öffentlichen Hand hinzuweisen. Im Falle Basels bieten sich das ehemalige Schlachthofareal und die Stadtgärtnerei vor dem St. Johannstor, das brachliegende Gaswerkareal bei der Heuwaage sowie das Kasernenareal in Kleinbasel für eine teilweise Umgestaltung zu öffentlichen Frei- und Grünflächen geradezu an, zumal die umliegenden Wohnquartiere mit Grün unterversorgt sind.
Der Vollständigkeit halber sei noch auf die Möglichkeit hingewiesen, durch die Überdeckung von Eisenbahnanlagen neue Freiflächen zu erhalten – eine teure Variante der Freiflächengewinnung.
Auch in Zukunft wird die Wohnlichkeit und Vitalität unserer Innenstädte wesentlich davon abhängen, wie wir mit den Freiflächen umgehen werden.

Anschrift des Autors:

Martin Knüsli
Geographisches Institut
der Universität Basel
Klingelbergstrasse 16
4056 Basel

Entwicklung der Bau- und Nutzungsstruktur in Stadtteilen

Bruno F. Hablützel

Zusammenfassung

Zentrales Interesse der Untersuchung ist die Erforschung räumlicher Veränderungsprozesse von Stadtteilen. Einerseits werden Ursachen verändernder Kräfte analysiert, wie z. B. der ökonomische Motor der Verdichtung und deren Wirkungsweise. Anderseits werden die optisch wahrnehmbaren Phänomene sowie neu entstehende Folgeprobleme planerischer Interventionen untersucht. Als Ergebnis der Untersuchungen werden Aussagen und Hinweise gemacht, über Möglichkeiten, zukünftige «Therapiemassnahmen» und Strategien zu verbessern. Der Schlussabschnitt enthält einige Hinweise für die gegenwärtige und zukünftige Arbeit von Stadtforschern und Stadtplanern.

Résumé

Cette communication présente une partie des premiers résultats d'un programme de recherche urbaine en cours à l'Ecole polytechnique fédérale. L'intérêt se concentre sur les processus modifiant le système spatial urbain. La cause des forces qui modifient le tissu spatial, la densité des volumes, les effets et les phénomènes spatiaux percevables par les habitants du quartier sont au premier plan de l'étude analytique, ainsi que les problèmes causés par les interventions des bureaux de planification publiques ou privés. Les résultats contiennent, entre autres, des indications pour améliorer les instruments de planification.

Der hier vorgestellte Aufsatz ist ein «Work-in-Progress-Report». Der Inhalt stellt dementsprechend eine *Auswahl* einiger wichtiger Merkmale und Resultate dar. Der vollständige Bericht erscheint im Frühjahr 1983 im Rahmen des Readers «Quartiererneuerung», ORL-Bericht Nr. 45, ETH, Zürich.

Problemstellung

Die Basis, sozusagen der Hintergrund und die Motivation zur Fragestellung bilden die folgenden 2 Elemente:

1. Echte ungelöste Probleme der Stadtentwicklung, wie z. B. die «Wohnungsnot» und der sogenannte «Bevölkerungsverlust der Städte» sowie das in letzter Zeit oft artikulierte Problem des «Verlustes an Wohnqualität» (Prognos 1979; Boesch 1980).
2. Die von H. Jürgensen und P. Iblher (1973) durchgeführten Untersuchungen zur Stadtentwicklung der Stadt Zürich enthalten, nebst den bekannten Analysen und Szenarien, auch konkretisierte, nach Problemen gegliederte Massnahmenvorschläge. Eine der Massnahmen des Katalogs «Wohnen» beinhaltet die *Forderung nach Verdichtung unternutzter, überbauter Stadtteile:* «Quantitativ noch bedeutsamer könnte daneben eine Bessernutzung unternutzter Wohngebiete durch Neubau werden. Es gibt in der Stadt mehrere Wohngebiete (...), z. B. in Zürich-Wiedikon, in denen eine deutliche Unterausnutzung besteht.»

Die vorliegende Studie stellte sich zur Aufgabe, zu überprüfen, welches die bisherige Entwicklung dieses Gebietes war, ob derartige Massnahmen sinnvoll und umsetzbar wären, und welches die zu erwartenden Folgewirkungen von Verdichtungs-Interventionen überbauter Gebiete sein könnten.

Methodik

Entsprechend der Komplexität der Fragestellung (Querschnittsfrage), aufgrund von Erfahrungen früherer Untersuchungen, und

aufgrund von Auswertungen der Literatur analoger Problemstellungen wurde ein dreispuriger Ansatz gewählt: Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Zusammenhänge, aber auch des nur in beschränktem Masse vorhandenen und der Willkür der Erreichbarkeit ausgelieferten Datenmaterials, ergibt sich für die Stadtforschung ein erhebliches Dispositionsproblem (Güller et. al., 1980).
Die 3 gewählten Spuren des Ansatzes sind:
1. Sichtung bestehender Theorien und Stadtstrukturmodelle
2. Analyse und Grobvergleich von Verdichtungsprozessen in ausgewählten Stadtteilen von Zürich (1. Phase); Grobvergleich ausgewählter Stadtteile der Städte Zürich, Bern und Basel (2. Phase).
3. Vertiefungsstudien ausgewählter Teilgebiete (Strassenblocks, Nachbarschaften), empirische Analysen, Erarbeiten von Randbedingungen für konzeptionelle Überlegungen im Hinblick auf die spätere, angestrebte Operationalisierung der Einsichten.
«Der Einstieg über theoretische Erklärungsversuche dient dabei als Orientierungsrahmen, welcher durch die Untersuchungen in den ausgewählten Stadtteilen angereichert wird, ohne dass in jedem Punkt eine Falsifizierung oder Verifizierung der Hypothesen geschehen kann» (Güller 1980).
Ziel der Studie ist vielmehr eine verknüpfte, umfassende Diskussion der Wirkungszusammenhänge und Folgewirkungen. Innerhalb des Untersuchungsfeldes wurden deshalb 2 Schwerpunkte formuliert:
1. die Untersuchung der Vernetzung der Beziehungen eines ganzen Stadtteils, und
2. die Untersuchung einer begrenzten Zahl typischer Strassenblocks, ausgewählt nach Kriterien einer Baustrukturtypologie. Teilziel ist u.a. die Erarbeitung einer Entwicklungs- und Auswirkungstypologie als Instrument oder Grundlage für städtebauliche und stadtplanerische Entscheide.

Untersuchungsfeld

Als Untersuchungsfeld wurde für die Phase 1 der Zürcher Stadtteil Kreis 3 gewählt. Als Vergleichsgebiete wurden die Kreise 8 und 5 in die Untersuchung miteinbezogen. Die Voruntersuchungen zum Projekt bestätigten die Vermutung, dass die Problematik der Baustrukturentwicklung nur anhand eines *Stadtsektors*, enthaltend die Überlagerung der Strukturmodelle «Ringe» (Burgess), «Sektor» (Hoyt), «Korridor/Entwicklungsachse» und «disperse Zentren» untersuchbar sei. Nur durch diese Art der Abgrenzung erschien es uns möglich, die unterschiedliche Wirkungsweise der Veränderungskräfte auf den Stadtraum aufzuzeigen.

Zentrale Arbeitshypothesen

1. Verdichtungsprozesse gehören zu den stärksten Motoren der Stadtraumveränderung; sie haben eine starke funktions- und gestaltverändernde Wirkung. Der Hauptgrund für die konstante Stärke dieser Motoren ist die ökonomische Triebfeder der Ertragsmaximierung (vorhandene Ausnützungsreserven sind Anreize hiezu).
2. Verdichtungsprozesse vollziehen sich nach einem Strukturmuster der *Überlagerung von 4 Modellen*: dem Ringmodell, dem Modell unterschiedlicher Sektorenentwicklung, dem Korridormodell (Strassenachsen), dem Modell der dispers angeordneten Verdichtung im Umfeld von Sub- oder Nebenzentren, sowie nach dem Muster der «Perlenketten». Dabei zeigt sich, dass die Art der Nutzungsnachfrage für ein Stadtquartier *stark* entwicklungsbestimmend ist.
3. Die Idee der Entlastung der Cityrandgebiete vom Expansionsdruck des CBD durch die Schaffung und Förderung von Entlastungs-Nebenzentren hat in Zürich dazu geführt, dass der Verdichtungsdruck, und damit auch der Verdrängungsdruck für ertragsschwache Nutzungen, ins Umfeld der Nebenzentren umgelenkt wurde.
4. Die Umwandlung der räumlichen und strukturellen Komponenten der Bausubstanz (Abbruch/Neubau) vollzieht sich in sehr unterschiedlichem Tempo und Rhythmus, nach unterschiedlicher Intensität und Körnungsmuster. Die «Lebensdauer» oder räumliche Permanenz ist sehr unterschiedlich für die einzelnen raumbestimmenden Komponenten.

Bisherige Ergebnisse, ein Werkstattbericht

Entsprechend der Vorgehensmethodik liegen nunmehr 2 Gruppen von Teilresultaten vor, erstens die Ergebnisse der sektoralen Unter-

suchungen einzelner Merkmale (Nutzungsentwicklung, Bausubstanzentwicklung, Versorgung, Verkehr und Raumstruktur) und zweitens Schlüsse aus Fragestellungen, die aus der *Verknüpfung* von Teilkomponenten gezogen wurden (Querschnittsfragen).

1. Bausubstanz

- Das Vorhandensein einer Ausnutzungsreserve ist tatsächlich der stärkste Veränderungsfaktor. Je nach Eigentümer wird jedoch mit diesem Potential unterschiedlich umgegangen.
- Die Überlagerung der zwei Faktoren «hohe Bausubstanzdichte» und «hohe Immissionsbelastung in Wohn- und Wohnmischgebieten» fördert tendenziell die Freizeitmobilität und die Wohnstandortspaltung.
- Die Veränderungsanfälligkeit der Bausubstanz ist im typischen Falle dann gross, wenn sich die folgenden 4 Merkmale in der negativen Ausprägung überlagern: Eigentümerstruktur, hohe AZ-Reserve, Gebäudezustand, Entstehungs- oder Baujahr; im Falle von Arbeitsplätzen und Verkauf spielt zusätzlich noch die Lagequalität und die Erreichbarkeit eine Rolle.

2. Versorgung

- Untersuchungen über Veränderungen der Versorgung im Stadtteil Zürich 3 (Wiedikon, Friesenberg, Sihlfeld) ergaben, dass sich die Anzahl der Standorte von Filialen der Grossverteiler Migros, COOP und KVZ stark verringert hat. Beispiel COOP: Im Zeitraum 1964 bis 1982 reduzierte sich die Anzahl Standorte von 16 auf 6. Die Totalfläche ist ungefähr konstant geblieben; festzustellen ist jedoch eine Veränderung der Körnung des Netzes: Verlagerungen in den citynahen Bereich, Konzentration auf wenige Standorte mit grossen Flächen. Dadurch Förderung der Umwandlung eines Quartierzentrums in ein Nebenzentrum mit Einzugsbereich bis ins Knonaueramt und in den Kanton Aargau.
Parallel dazu verlaufend kann eine Verschlechterung der Versorgung der peripheren Wohngebiete mit Artikeln des täglichen Bedarfs festgestellt werden.

3. Verkehr

Die Änderungen der Marktstrategie der Grossverteiler führen in ihren räumlichen Auswirkungen zu einer Verschlechterung der Erreichbarkeit der Haushalte für die Versorgung mit Lebensmitteln; diese Situation fördert den Gebrauch des Privatfahrzeugs für den Einkauf. Der dadurch erzeugte Mehrverkehr belastet zusätzlich die Umwelt (Wohnumfeld) dichtbewohnter Gebiete, wo die neuen «Centers» alloziert sind: Wartende Autokolonnen vor überfüllter Parkgarage, Zunahme der Immissionen, Verdrängung der Fussgänger sind die Folgewirkungen.

4. Baustrukturentwicklung und Stadtraum-Transformation

- Transformationsprozesse von Stadtteilen lassen sich in 5 Teilkomponenten untergliedern: Stadtverdichtung, Stadtumbau, Zentrumserneuerung, Zentrumswanderung und Stadtauswechslung (Degen 1980).
- In den folgenden Ausführungen beschränken wir uns auf die Komponente *Stadtverdichtung*. Versucht man Verdichtungsprozesse als sichtbares Symptom verborgener Mechanismen, etwa in Analogie zur Medizin, zu beschreiben, so kommt man zur Feststellung, dass Verdichtung als Syndrom mit multifaktorieller Genese beschrieben werden kann.
- Wesentliche Eigenschaften der Bausubstanzverdichtungsprozesse (phänomenologische Betrachtungsweise): Verdichtungsprozesse vollziehen sich nach einem Muster der Überlagerung von 4 Modellen: dem Ringmodell, dem Modell unterschiedlicher Sektoren, dem Entwicklungs- oder Strassenachsenmodell, nach dispersem Muster teils anknüpfend an historische «Kerne», teils auch geplante Neugründungen, sowie nach dem Muster der «Perlenketten».
Dieses Grundmuster wird überlagert durch die Einflusskräfte «Erhältlichkeit von Parzellen oder Gebäuden» und AZ-Reserven als Anreiz zur Verdichtungsintervention.
- Entsprechend den unterschiedlichen Standortanforderungen von Wohnen, Arbeitsplätzen und Versorgung, prägen sich die Phänomene, basierend auf dem oben be-

schriebenen Grundmuster, *in unterschiedlicher Intensität und Verteilung* aus.
- Neue Schwerpunkte, beispielsweise des öffentlichen Verkehrs, bringen starke Verdichtungsdrucke auf existierende Sekundärachsen und werten sie auf zu Hauptentwicklungskorridoren (Beispiel Achse City–Örlikon–Flughafen Kloten).
- Bei achsialen Verdichtungskorridoren ist die *direkte Erreichbarkeit,* der direkte Zugang mit IV und OeV von vorrangiger Bedeutung; (bei modernen, richtungsgetrennten und kreuzungsfreien Hochleistungsstrassen keine Selbstverständlichkeit mehr).
- Die Auswirkungen von Veränderungen der Betriebsorganisation oder der Marktstrategie auf die Verdichtung wurde bereits erwähnt (ökonomische Strukturveränderungen).

5. Zentrumsverlagerungen

Zentrumsverlagerungen haben stets Bausubstanzverdichtungen zur Folge; wo flankierende Planungsinstrumente fehlen, sind Bodenpreissteigerungen und Wohnraumverdrängung als Folgeerscheinung feststellbar.

6. Folgewirkungen von Bausubstanzverdichtungen, ein Katalog der wichtigsten Faktoren

- Zunahme des Individualverkehrs im Falle von Arbeitsplätzen;
- Zunahme der Immissionen im Wohnumfeld;
- Abnahme des Grünflächenanteils, grundsätzlich; das Ausmass ist jedoch stark von der Art der Baustruktur abhängig.
- Besserauslastung der Infrastruktur (private und öffentliche).
- Wird die geschlossene Bauweise gewählt, so besteht die Möglichkeit, der Schaffung von Urbanität, Re-Urbanisierung oder der «Stadtreparatur», in anderen Worten der Verbesserung der räumlichen Qualität des öffentlichen Aussenraumes.

7. Folgeprobleme

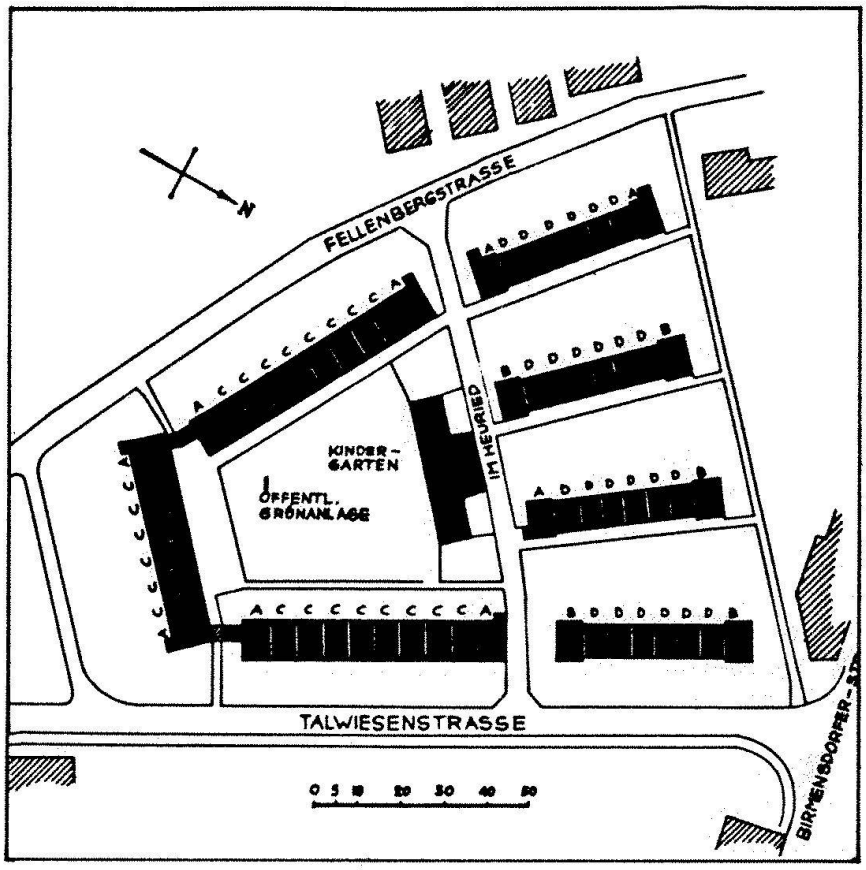
Einige der heute existierenden Probleme in den Cityrandquartieren sind die Folgen früherer Planungs-Leitvorstellungen; die Idee war damals, dass diese Gebiete verdichtet werden sollten. Unter Verdichtung verstand man *damals* etwas anderes als heute: damals bedeutete es *Kahlschlagsanierung* und *Hochhausbauten.*

Schlussfolgerungen

- Da es sich beim Phänomen Verdichtung um ein multikausales Problem handelt, muss eine angemessene, ursachenbezogene Therapie sinnvollerweise mit einem *mehrspurigen Ansatz* ansetzen.
- Die Überprüfung der Stadtentwicklungszielsetzungen der Stadt Zürich bezüglich Wohnraumproduktion innerhalb überbauter Gebiete einerseits und dem Ziel der Erhaltung qualitativ guter Wohnenvironments anderseits zeigt, dass bei dem Versuch, diese Ziele in Massnahmen umzusetzen, schwer lösbare *Konflikte* auftauchen.
- Gebiete, in denen Verdichtung überhaupt verantwortbar erscheint, sind vor allem Gebiete mit Struktur- und/oder Gestaltschwächen; die zweite wichtige Gruppe potentieller Verdichtungsgebiete sind unternutzte Gebiete, die in einem Zustand der Unterhaltsvernachlässigung sind.
- Bei der Frage der Veränderunganfälligkeit von Gebäuden oder Strassenblocks bezüglich Bausubstanzauswechslung und Verdichtung sind von den vier wirksamen Faktoren die *Eigentümerkategorie* und das *Ausmass der AZ-Reserve* die stärksten Faktoren.
- Zusätzlich zu diesen Faktoren scheinen sich, aus einer negativen Haltung generell allen Veränderungen gegenüber, immer stärker auch *soziale und politische Faktoren* (politisches Grundklima innerhalb eines Quartiers) entwicklungsbestimmend für die Stadtteilentwicklung und die Baustrukturentwicklung zu werden. Dabei fällt auf, dass die politischen Forderungen der Quartierbewohner sich zunehmend mehr den Stadtentwicklungszielen der Gesamtstadt *entgegengesetzt verlaufend* entwickeln.
- Der kontinuierliche Wandel der städtebaulichen Leitbilder sowie der Stadtentwicklungs-Leitmodelle, verknüpft mit dem Phänomen des «time lag», der langsamen Wirksamkeit von Planungsentscheiden, schaffen immer grössere Probleme für die Steuerung

Wohnkolonie Heuried
der Stadt Zürich
Kreis 3

Baujahr 1929
Typus: Zeilenbauweise,
Reiheneinfamilienhäuser
Architekten: Kündig+
Oetiker
AZ = 0,44



Mehrfamilienhaussiedlung Heuried

Abbruch der Siedlung
von 1929 und Neubau
von 5–10 geschossigen
Mehrfamilienhäusern
Typus: differenzierte,
offene Bauweise,
«Arealbebauung»
AZ = 1,0
Architekten: Cramer,
Jaray, Paillard
Baujahr: 1974

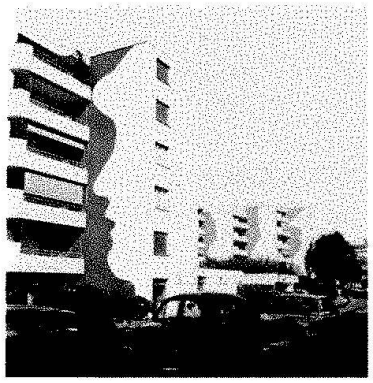


Abb. 1. Fallbeispiel aus dem Stadtteil Zürich 3/Wiedikon: Raum-Transformation auf der Ebene Strassenblock; AZ-Reserve als Anreiz zur Intervention, Bausubstanzverdichtung als Resultat, neue städtebauliche Leitbilder als «Steuerungsfaktoren» der Raumstruktur wirkend. Wahrnehmung des neuen Gebäudekomplexes als Kontrast.

der Baumassenentwicklung und Verdichtungsentwicklung (etwa in Analogie zum Steuerungsproblem des Öltankers); einer der neuen, das Problem noch verschärfenden Faktoren, ist die erhöhte Veränderungsrate der Leitmodelle und der dahinter stehenden Wertvorstellungen.
Die Prognosen der Sozialwissenschafter sind dahingehend, dass heutige Leitbilder, etwa im Gegensatz zu den Leitbildern der Vergangenheit, wie z. B. der «Gartenstadt» oder der «Cité Radieuse», eine *kürzere* Lebensdauer erreichen werden, wodurch sich das Problem noch verschärfen wird.
- Versuche, pauschale Forderungen der Stadtplaner nach Verdichtung zu konkretisieren und umzusetzen, zeigten bisher, dass sie nicht sinnvoll sind (Beispiel: die Forderung in Zürich, die ganze Stadt auf eine AZ von mindestens 0,8 zu verdichten). Die Hauptgefahr besteht darin, dass dadurch unterschiedliche räumlich-soziale Milieus zerstört würden (Reduktion der Angebotsvielfalt).
- Das Steuerungsinstrument der Schaffung von Ausnützungsreserven, zwecks Steuerung der Dichteentwicklung, funktioniert nur in beschränktem Ausmass, jedenfalls nicht als pauschale STrategie. Es funktioniert nur dort, wo die vorangehend beschriebenen veränderungsbestimmenden Faktoren *synergetisch in die selbe Richtung* wirken.
- Bausubstanzdichte und Bevölkerungsdichte pro Hektare entwickeln sich gegenläufig; das Total des Bauvolumens pro Hektare nimmt in den beiden Cityrandquartieren des Stadtteils 3 immer mehr zu, während die Bevölkerungszahl, trotz eingesetzter «Gegenstrategien» der Wohnungsproduktion durch Verdichtung, immer mehr abnimmt. Neue, der bisherigen Praxis gegenüber kritische Ansätze, gehen in eine andere Richtung: mehrspuriger, differenzierter Ansatz von gleichzeitigem Einführen von Wohnungsbelegungskontrollen/Standards, Festlegen der minimalen Freiflächenziffer und gezielte, differenzierte Verdichtungseingriffe.
- Die optimale Bausubstanzdichte ist, entsprechend der Schichtzugehörigkeit der Bewohner sowie dem Lebensstandard der Epoche, für jede soziale Subgruppe *verschieden* (unterschiedliche Wertvorstellungen und Präferenzen).
Dichtegrenzen für Bewohner sind deshalb im wissenschaftlichen Sinne nicht formulierbar. In der Praxis der Stadtplanung wird jedoch bekanntlich mit Faustregeln gearbeitet. Die Anwendung solcher Regeln für die Beurteilung von planerischen Auswirkungen ist dann sinnvoll, wenn die Dichtegrösse (AZ) in Beziehung zur Bebauungsart gesetzt wird.
- Bezüglich der optischen und wahrnehmungsmässigen Wirkung der Bausubstanzdichte ist primär die *Bauform/AZ*-Faktorenkombination massgebend; dieselbe Bausubstanzdichte, in unterschiedlichem Bautypus interpretiert, löst beim Bewohner unterschiedliche «Dichteempfindungen» aus, bewirkt in a.W. unterschiedliche Reaktionen der Wahrnehmung (Dittrich et al, 1979).
- Die Erhältlichkeit oder die Verfügbarkeit von Raum sind massgebende Faktoren (innerhalb des Mikrobereichs eines Stadtteils) für die Allokation der Bausubstanzverdichtungen; dies gilt vor allem für die Nutzung Büro und Verkauf. In mehreren Fällen führte dies dazu, dass «unlogische» Subzentrumsverlagerungen sich entwickelten. Unlogisch heisst hier beispielsweise eine Bewegung *weg* vom bisherigen Quartier-Schwerpunkt, der an die OeV-Haltestelle angebunden war. Vielleicht ist es auch ein Indikator dafür, dass dieser auf einen erhöhten Anteil an Kunden und Arbeitsplätze orientiert wurde, die den Weg per Auto zurücklegen.

Generelle Folgerungen für die Stadtforschung und Stadtplanung

- Die Analyse zeigt, dass sowohl Stadtteil als auch Stadtagglomeration als dynamisches Raumsystem verstanden werden müssen; jeder Eingriff hat somit Auswirkungen auf das Gesamtsystem. Bausubstanzverdichtungsprozesse, ein Beispiel multifaktorieller Syndromgenese, sind *eine* Komponente des vernetzten Systems.
- Die Zukunftstauglichkeit und Anpassungsfähigkeit der bisher verwendeten Baustrukturen muss neu überprüft werden.
- Die Planungsinstrumente zur Steuerung der Verdichtung erscheinen aufgrund der gemachten Erfahrungen als ungenügend und müssen deshalb neu überdacht werden.
- Zur verbesserten Steuerung der Verdichtungsprozesse braucht es eine *Verbesserung der «Monitoring Systems»*.

- Ein minimales Mass an räumlicher Kontinuität und Permanenz ist für den Quartierbewohner von grosser Bedeutung. Wird die Veränderungsrate zu hoch, werden Verhaltens-Teufelskreise aktiviert (Entfremdung, Nicht-Identifizierung mit der Umwelt, Blokkierungs-Verhalten), die der Stadt insgesamt wieder viele nachteilige Folgewirkungen bringen. Beispiel: Zunahme der Freizeitmobilität bei Bewohnern von Immissionskorridoren, Zürich-Schwamendingen).
- Welches sind denn nun, aus der Sicht der Stadtplanung, wichtige Aufgaben für die Stadtforschung?

Für Geographen: Die Weiterentwicklung von Monitoring-Systems, z. B. von *Frühwarnsystemen* für Nutzungs- und Bausubstanzveränderungen, für sich anbahnende Zentrumsverlalerungen.

Für Urbanisten: Das Überprüfen und Weiterentwickeln von Grundmustern des stadträumlichen Systems für Wohnmisch- und Wohngebiete; dabei ist das Veränderungspotential, die Anpassbarkeit und die schrittweise Realisierbarkeit von grosser Bedeutung (Hablützel, 1981).

Literatur

Boesch, H, Hablützel, B., Haessig, P., Hornberger, K., Huber, B., Wehrli, B. 1980: Quartiererneuerung, ORL-Studienunterlage No. 47, ORL-Institut, ETH, Zürich.

BNM Planconsult, 1980: Bewertung von Siedlungsstrukturen. Schriftenreihe des Bundesministers für R, B&S, Bonn.

Degen, P., 1981: Beiträge zur Stadtbaukunst in der Schweiz. Schweizer Baudokumentation, Blauen/CH.

Dittrich, G. et al., 1979: Auswirkungen der Verdichtung auf Wohnumwelt und Wohnverhalten. Schriftenreihe des Bundesministers für R, B&S., Bonn.

Fingerhuth, C. und Schmid, K., 1977: Die Wirkung von Instrumenten der Stadtplanung auf den Erneuerungs- und Sanierungsprozess. Studie im Auftrag des BWW., Bern.

Friedrichs, J., 1977: Stadtanalyse. Rowohlt Hamburg.

Güller, P. et al., 1980: Entflechtungs- und Vermischungsprozesse. Programmleitung NFP «Regionalprobleme«, Bern.

Hablützel, B., 1981: Transformation of Urban Space and of Urban Spatial Structures; in: Urban Visions, ACSA Conference, UICC University, Chicago, Illinois.

Huber, B., 1981: Stadterneuerung als kontinuierlicher Prozess, in: DISP Nr 63, ORL-Institut, ETH, Zürich.

Jürgensen, H. und Iblher, P., 1973: Möglichkeiten einer Stabilisierung der Zürcher Stadtentwicklung. Entwicklungskoordination Stadt Zürich, Zürich.

Laschinger, W., Lötscher, L., 1978: Basel als urbaner Lebensraum. Basler Beiträge zur Geographie, Heft 22/23, Basel.

Lendi, M., 1982: Stadtplanung als politische Aufgabe. ORL-Institut, ETH Zürich, Zürich.

Maurer, J., 1982: Konflikte in der Raumplanung, in: NZZ, 11. August 1982.

Prognos AG, 1979: Wohnungspolitik und Stadtentwicklung. Schriftenreihe des Bundesministers für R, B&S., Bonn.

Rhode, B, 1977: Die Verdrängung der Wohnbevölkerung durch den tertiären Sektor. Christians Verlag, Hamburg.

Statistisches Amt der Stdat Zürich, 1980: Statistisches Jahrbuch 1960–1981 & andere Jahrgänge; Zürich.

Wottreng, S., 1979: Die funktionale und formale Citybildung im Zürcher Seefeld, 1946–1976. Eigenverlag, Zürich.

Anschrift des Autors:

Bruno F. Hablützel
Dipl. Arch. ETH
Stadtforschung und Stadtplanung
Kornhausstr. 38
8006 Zürich

Baulicher und sozialer Wandel in Zürich-Aussersihl seit 1970

Gregor Dürrenberger

Zusammenfassung

Aussersihl ist ein typischer Stadtteil der Übergangszone. Die Arbeiterwohnungen, für die Industrie- und Eisenbahnbauarbeiter konzipiert, entstanden fast alle in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Seither ist nur sehr wenig in diesem Quartier verändert worden, galten doch die City und später auch die neuen Stadtrandsiedlungen als die eigentlichen Stadtproblembereiche. Erst in den letzten Jahren ist das Interesse wieder vermehrt auf den Kreis 4 gelenkt worden: Der Verlust an billigem Wohnraum, die heute wieder attraktive Hofbauweise und die Bedrohung des ganzen Quartiers durch die vordringende City lassen den Ruf nach Strassen- und Quartiersanierung laut werden.
Die markantesten Strukturänderungen aber widerfuhren dem Quartier vor allem im letzten Jahrzehnt. Das Sexgewerbe, von der Altstadt über die Enge in die Langstrasse gedrängt, fand in diesem vernachlässigten, vielfach baufälligen und von vielen Ausländern bewohnten Gebiet Unterschlupf und expandierte weiter. Folgen dieser Entwicklung sind der Auszug der Primärversorgungsbetriebe, das Aufkommen von Spezialgeschäften und Spielsalons, ein markanter Verlust an Lebens- und Wohnqualität. Durch das Vordringen des «horizontalen Gewerbes» fand auch eine soziale Umschichtung statt. Die Appartementwohnungen, kaum zahlbar, haben Familienwohnungen und damit Kinder und Leben verdrängt.

Résumé

Aussersihl est une zone urbaine typique de transition. Les appartements destinés à loger les ouvriers de l'industrie et des chemins de fer ont presque tous été construits dans les années 1860. Depuis lors, peu de choses ont été modifiées dans ce quartier, l'intérêt se portant sur les problèmes du centre-ville et des cités satellites. Ces dernières années, le 4e arrondissement a regagné l'attention de la collectivité. La pénurie d'appartements à loyer modéré et la menace pesant sur ce quartier par l'effet de l'expansion du centre-ville ont suscité le désir de l'assainir.
Les plus marquantes modifications de structure ont affecté ce quartier principalement au cours de la dernière décennie. La prostitution, refoulée de la vieille ville, s'étend maintenant jusqu'à la Langstrasse et s'est logée dans ce quartier vétuste et habité par de nombreux étrangers.
Conséquences: départ du commerce alimentaire de détail, implantation de magasins spécialisés, de salons de jeu, baisse de la qualité de la vie. L'apparition de la prostitution dans ce quartier a entraîné un bouleversement social. Les appartements meublés ont chassé les familles et, de ce fait, les enfants et la vie.

Vorbemerkung

Die Industrialisierung und der Eisenbahnbau verzwanzigfachten von 1840 bis 1900 die Bevölkerung von Aussersihl: Die verarmten Bauern und Heimarbeiter suchten sich hier Verdienstmöglichkeiten, die aber schlechter waren als ihr Ruf auf dem Lande. Gross war auch die Wohnungsmisere, denn ohne weitsichtige Planung wurde der heutige Kreis 4 mit Reihenhäusern eng überbaut, trachteten doch die Bauherren den Boden im Rahmen des spekulativen Wohnungsbaus vollständig auszunützen. Der hohen Mietzinse wegen wurden die Wohnungen doppelt belegt, in vielen Fällen standen pro Person nur 1,5 m2 Zimmerfläche zur Verfügung. Die sanitären Verhältnisse waren katastrophal, was 1855 und 1867 zu Choleraepidemien führte.
Das neue Industriequartier übte aber auch

auf die seit 1900 immer besser florierende Maschinenindustrie eine grosse Anziehungskraft aus. 1894 verlegte Escher Wyss seinen Betrieb ins Hard. 1909 entstand der «luxuriöseste Schlachthof der Schweiz». Weitere Betriebe erstellten Fabrikations- und Lagerhallen. Parallel dazu entstanden neue Mietskasernen, gekennzeichnet durch Strassenrandbebauung (Baulinien) mit z.T. durch Gewerbebauten verstellten Hinterhöfen. Beim Ausbruch des 2. Weltkrieges war Aussersihl im wesentlichen überbaut.
«Die Bautätigkeit der letzten drei Jahrzehnte musste sich demnach zwangsläufig auf Kosten der bereits bestehenden Bausubstanz oder auf Kosten der letzten Freiflächen entwickeln. Die City dehnte sich in das Arbeiterquartier aus und verdrängte Wohnungen. Die Wohndichte nahm ab, und allein der Kreis 4 verlor etwa 12 000 Einwohner. Gleichzeitig nahmen die Verkehrsimmissionen durch den Bau von Expressstrassen auf Kosten von grosszügigen Strassenachsen (Hardstrasse), Flussräumen und Grünanlagen (Sihlraum) zu, so dass die durch die technischen und sozialen Errungenschaften verbesserte Lebensqualität teilweise wieder zunichte gemacht wird » (Bachmann 1980).

Demographische Merkmale

Bevölkerung

Wie bereits erwähnt, erlebte die Stadt Zürich im Zuge der Industrialisierung und des Eisenbahnbaues Ende des 19. Jahrhunderts einen starken Bevölkerungszuwachs, der bis 1960 anhielt. In den letzten 20 Jahren hat die Einwohnerzahl stetig abgenommen, ein Zeichen der sinkenden Qualität urbaner Lebensräume. Ähnlich, nur viel steiler und mit einer bereits 1946 erreichten Spitze verlief die Entwicklung in Aussersihl und dem Industriequartier. Hier basierte der Bevölkerungsrückgang auf der wirtschaftlichen Lage der Industrie und der Wohnungsmisere.

Einwohnerstruktur

Dass es sich bei Aussersihl nach wie vor um ein typisches Arbeiterquartier handelt, zeigen folgende zwei Aspekte: 39,9 % aller hier wohnhaften Berufstätigen sind ungelernte Arbeiter (Stadt, 1970: 27,1 %), 0,1 % Direktoren (Stadt, 1970: 0,8 %; Fluntern, 1970: 4,1 %). Im Quartier Langstrasse steigt der Anteil ungelernter Arbeiter sogar auf 46,4 % (Angaben Volkszählung 1970). Den anderen Hinweis geben die abgegebenen Parteistimmen an den Gemeinderatswahlen. Im Zeitraum 1962–1978 betrug das Verhältnis SP/FdP im Kreis 4 46 % zu 8 %, gesamtstädtisch jedoch 32 % zu 18 %.
Die Überalterung nimmt gesamtstädtisch zu. Die Verteilung ist allerdings nicht homogen; vielmehr gibt es «junge», kinderreiche Quartiere (z.B. die Kreise 11 und 12) und Zonen mit überdurchschnittlich vielen Rentnern. Der Kreis 4 weist einen hohen Anteil an vorschulpflichtigen (überwiegend ausländischen) Kindern auf, ein um so wichtigerer Umstand, als das Gebiet zum weiteren Zentrum zu zählen ist, das unter anderem durch seine Kinderarmut gekennzeichnet wird.
Der Altersaufbau von Aussersihl ist also gespalten: Neben dem hohen Kinderanteil finden wir v.a. viele einheimische Rentner (Angaben: Stat. Jahrbücher der Stadt Zürich).

Ausländer

Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung nimmt, wenn auch abgeschwächt, noch immer zu.
Die Verteilung der Ausländer ist allerdings inhomogen. Das Quartier Langstrasse weist eine Konzentration von 42 % auf (städtischer Durchschnitt knapp unter 20 %).
Die Massierungen sind folgendermassen zu erklären: Viele spekulativ gebaute Wohnungen (Grossüberbauungen) genügten aus vielerlei Gründen (Immissionen, zu kleine Wohnfläche, mangelhafter Komfort etc.) den schweizerischen Ansprüchen nicht mehr. Ausländer, mit sowieso schlechtem Zugriff zum Wohnungsmarkt (Sprache, Sachkenntnisse), zogen sofort ein. Die herrschende Wohnungsnot führte zu einer grösseren Sesshaftigkeit. Mundpropaganda liess Bekannte und Verwandte folgen. Dies führte zu einem freiwilligen Wegzug (Verdrängung) der ehemals mehrheitlichen Schweizer. Weitere Ausländer zogen nach. Überkonzentrationen rühren vielfach auch daher, dass die Arbeit-

geber den ausländischen Arbeitnehmern speziellen Wohnraum vermitteln.
Die Überrepräsentierung ethnischer Minderheiten in einzelnen Quartieren hat verschiedene Ursachen. Tschechoslowaken (Seebach, Affoltern) und Ungaren (Hoengg, Schwamendingen) sind dort überrepräsentiert, wo zum Zeitpunkt ihrer Einreise (zu) intensiv gebaut wurde. Gemessen an amerikanischen oder deutschen Grossstädten ist die Segregation der Ausländer in Zürich allerdings gering. Es ist illusorisch, grössere zusammenhängende Gebiete durch Durchschnittszahlen zu charakterisieren, da sich sowohl der konzentrierte wie auch der disperse Raum aus heterogenen Subeinheiten zusammensetzt. Ansatzweise können Areale mit hoher Ausländerkonzentration erkannt werden, die aber bestenfalls als «Minighettos» bezeichnet werden können. Folgende Punkte fördern nach Arend (1980) die «Durchmischung» in Zürich im Vergleich zu anderen westlichen Städten:
1. Das Wohnverhalten der Schweizer. Wegzüge, die fördernd auf die Segregation wirken, sind nicht so häufig, da einerseits die Möglichkeiten für anderweitigen Wohnraum nicht so gross sind und anderseits die identifikatorische Ortsbezogenheit in Zürich recht hoch ist.
2. Profitträchtigkeit. Aufgrund der Wohnungsknappheit können auch weniger attraktive Wohngelegenheiten an Schweizer vermietet werden. Beim vorhandenen Kapital lässt sich unter Umständen auch mit einer Renovation mehr verdienen als mit spekulativem Verlotternlassen.
3. Die geringe Grösse von Zürich hat dazu geführt, dass die Prozesse der sozialräumlichen Differenzierung nicht zur Herausbildung rein homogener Areale geführt haben.

Überblick

In Anlehnung an Hoyt (1936) und Harris & Ullmann (1945) mit ihren Stadtentwicklungsmodellen sowie Arend mit seiner Ausländerstudie der Stadt Zürich stellen wir heute folgende Situation fest:
1. Central Buisness District (CBD) ist Kreis 1. Die Bevölkerung ist stark abnehmend. Es leben eher jüngere Menschen dort, jedoch kaum Kinder, sodass das Durchschnittsalter eher hoch ist. Bezüglich ethnischer Minderheiten sind kaum Aussagen möglich.
2. Die Übergangszone bilden die Kreise 3–5. Auch hier nimmt die Bevölkerung ab. Der Altersaufbau ist gespalten: Man findet alte Schweizer mit grosser identifikatorischer Ortsbezogenheit und kinderreiche ausländische Familien. Die Ausländerkonzentrationen erreichen hier die grössten Werte.
3. Die Zone der besseren Residenzen liegen durch die Topographie bedingt in den Kreisen 2, 6 und 7. Auch hier ist die Bevölkerung rückgängig. Eine starke Überalterung und wenig Kinder kennzeichnen weiter diese Gebiete. Falls hier Ausländer ansässig sind, dann sind sie von «besserer Herkunft».
4. Die Wohngebiete am Stadtrand schliesslich (z.B. Affoltern, Schwamendingen, Friesenberg) weisen eine stationäre bis leicht zunehmende Bevölkerungszahl auf. Es leben hier vorwiegend junge Familien mit zahlreichen Kindern. Der Ausländeranteil ist gering.

Immobiliensektor

Bodenpreis

Die Quadratmeterpreise sind stetig im Steigen begriffen. Die Durchschnittswerte liegen gegenwärtig in der City auf über Fr. 10 000.–, im Kreis 4 um Fr. 3000.–. Allerdings werden an günstigen Standorten (Stauffacher) bis Fr. 10 000.– geboten, sodass man hier von einer sich abzeichnenden Citybildung sprechen kann. In Aussersihl weist die Stossrichtung der Cityexpansion über den Stauffacher Richtung Werd. Der geplante Neubau der Börse mit all seinen Folgen auf die Bodenpreisstruktur (Nutzungsverdrängung) wird ein weiteres citytypisches Element werden. Das Quartier Langstrasse zeigt ebenfalls Anzeichen erhöhter Standortgunst citytypischer Nutzung (Daten: Stat. Jahrbücher der Stadt Zürich).

Bausubstanz

Über 90% aller Gebäude im Kreis 4 sind Vorkriegsbauten. Die Ausstattung der Wohnungen liegt weit unter dem städtischen Durchschnitt. Im Quartier Langstrasse be-

sassen 1970 46,5 % aller Wohnungen kein eigenes Bad oder Dusche.
Der Wohnungsbestand spiegelt als weiteres Merkmal die Expansion der City in den Kreis 4 hinein. Der Bestand des Quartiers Langstrasse beispielsweise ist rückläufig, obwohl die Stadt in den letzten 25 Jahren über 40 % mehr Wohnungen erhielt. Der Leerwohnungsbestand betrug 1980 0,08 % des gesamten Wohnungsbestandes – viel zu wenig, als dass der Wohnungsmarkt zum Funktionieren käme. Dazu wären 1,5–2 % erforderlich. Entscheidend für das Leerstehen einer Wohnung ist, neben anderen Kriterien, vor allem der Mietzins. Der durchschnittliche Monatsmietzins (1980) der leerstehenden 3-Zimmer-Wohnungen betrug im Kreis 4 Fr. 1150.– gegenüber dem städtischen Mittel von Fr. 492.– (Angaben: Statistisches Amt der Stadt Zürich).
Ein Blick auf die Abbruchstatistik der Stadt Zürich zeigt weiter, dass in den letzten 25 Jahren vor allem Billigwohnraum dem Baggerzahn weichen musste. Wir stellen eine doppelte Gefährdung des Familienwohnraumes fest. Einerseits findet eine Verdrängung durch Appartementzimmer und Kleinwohnungen statt, andererseits vollziehen sich Nutzungsänderungen, die die Bodenpreise weiter anheben und so den Prozess beschleunigen.
Die Belegungsdichten der Wohnungen im Kreis 4 sind höher als anderswo. Die Verteilung ist inhomogen. Viele von Ausländern gemietete Wohnungen sind überbelegt, währenddem ältere Schweizer allein oder zu zweit Familienwohnungen belegen.

Nutzung

Die Nutzungsverteilung nach statistischen Zonen wurde 1970 das erste Mal erfasst. Die neuesten Angaben stammen aus dem Jahre 1976. Die Aussagekraft wird durch diese zeitliche Einschränkung stark vermindert. Ebenfalls nachteilig auf die Interpretierbarkeit wirken sich Aufnahmefehler beim Erhebungsverfahren aus (Unterkellerungen falsch mitgerechnet, Stockwerkfehler etc.). Trotzdem seien folgende Angaben für Aussersihl erwähnt:
Die Bürofläche nahm zwischen 1970 und 1975 von 14,6 auf 17,8 % zu, währenddem sich der Wohnflächenanteil um 219 auf 50,5 % verringerte. Diese Veränderungen sind im Quartier Werd besonders typisch.

Folgerungen

Die Ergebnisse lassen sich in einen grösseren Zusammenhang stellen, der Hinweise auf einige typische Eigenheiten von Zürich zu geben vermag:
1. Die historische Dimension. Zürich blickt auf eine lange Vergangenheit zurück, die in ihren Strukturen städtisch dezentral angelegt ist. Wesentliches trug dazu auch die Topographie bei. So kam es zu keiner «künstlich» entstandenen, relieflosen Stadt: Sie ist durch flächenextensive, konzentrische (zentrale) Entwicklung geprägt.
2. Das politische System. Die Probleme werden, auch administrativ, von unten her gelöst. Das staatliche Engagement ist vornehmlich dort anzutreffen, wo der Markt versagt.
3. Die Verwertungsbedingungen des Marktes. Spekulatives Verlottern der Häuser zahlt sich nicht durchwegs aus. Auf der anderen Seite sind die Wohnungssuchenden eher bereit, auf Grund der akuten Wohnungsnot teure Luxus- oder generell überzahlte Wohnungen zu mieten.
4. Zürich ist keine eigentliche Grossstadt. Die sozialräumlichen Differenzierungen sind nicht so weit fortgeschritten wie in Deutschland oder den USA.
5. Die kulturelle Komponente. Wie schon erwähnt, ist die Ortsbezogenheit der Schweizer sehr viel grösser als z.B. diejenige der Amerikaner. Ferner wirken Quartiervereine und ähnliche Interessengemeinschaften entscheidend gegen eine Verslumung einzelner Gebiete.
6. Die Segregation ist weniger weit fortgeschritten als in amerikanischen oder deutschen Städten. Selbst in Quartieren mit hoher Ausländerkonzentration beschränkt sich das «Ghetto» auf vereinzelte Blöcke oder Strassengevierte.
7. Trotz dieser positiven Aspekte darf nicht übersehen werden, dass gerade der Wohnungsmarkt in seiner Notlage durch profitträchtigere Nutzungen in eine immer grössere Misere gerät. Die Zerstörung von Familienwohnraum und Billigwohnungen fördert die Segregation und Entleerung der Über-

gangszone. Materiell und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind die Leidtragenden. Der Wohnanteilplan hat die Aufgabe zu retten, was noch zu retten ist, ohne die arbeitspolitischen Zielsetzungen und die Versorgungsstruktur zu gefährden.

8. Nicht zuletzt auf Grund dieser zu spät erkannten Entwicklung, die den freien Markt als wesentlichsten Motor hatte, sind die aktuellen Jugendprobleme entstanden.

Literatur

Arend, M. 1980: Oekologische Analyse der kleinräumigen Ausländerverteilung der Stadt Zürich. In: Hofmann-Nowotny, H.J., Hondrich, K.O.: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz. Campus, Zürich.

Bachmann E. 1980: Zürich als Industriestadt. Im: Schweiz, Band 53, 1980, Heft 11. Schweizerische Verkehrszentrale, Zürich.

Harris, C.D., Ullman, E.L. 1945: The Nature of Cities. of the American Academy of Political Science, Vol. 242, pp. 7–17.

Hoyt, H. 1964: Recent Distortions of the Classic Models of Urban Structure. Land Economics, Voll. 40.

Adresse des Autors:

Gregor Dürrenberger, Dipl. Natw. ETH
Geographisches Institut
Eidg. Technisvhe Hochschule
Sonneggstrasse 5
8006 Zürich

La cartographie comme aide à une politique du logement urbain

Charles Hussy

Zusammenfassung

Zum Thema «Stadtkern im Umbruch» (vgl. Gächter 1980, Lötscher 1980) wurden 1979–1981 statistische und graphische Untersuchungen in der Stadt Genf anhand von direkten Beobachtungen, von Wohnungsinventar und Vermessung, gemäss Auftrag der Stadtverwaltung, durchgeführt. Die isometrische Darstellung der Gebäudestruktur und Stockwerkbewertung bietet eine klare Übersicht über die bestehenden und noch schützbaren Wohnungsgebäude; besonders günstig scheint eine graphische Analyse der funktionellen Umwelt der städtischen Wohnung, in dem Sinn, dass man durch eine kantonalgesetzliche Limitation die Abnahme von Abbruch oder Umgestaltung von Wohnungsgebäuden erzielen könnte.

Résumé

Le logement dans les centres urbains est, à son tour, une victime de notre civilisation industrielle et urbaine de la concentration; comme les ressources naturelles, l'espace se fait rare dans les lieux mêmes où s'exerce la compétition économique et la population s'accommode, tant bien que mal, de cette nécessité d'émigrer vers les cités périphériques ou la banlieue pour faire place aux relations d'affaires, au commerce de marque ou aux services de qualité. Ce phénomène de fuite du logement n'est pas indifférent au pouvoir politique, toujours préoccupé de son support électoral et inquiet de sa propre impuissance à arbitrer la lutte inégale des fonctions de travail et d'habitation. Notre sujet d'étude est localisé à Genève, où notre activité d'universitaire est parfois sollicitée pour la mise en œuvre d'inventaires et d'analyses. Nous commencerons par mesurer à travers quelques traits la situation genevoise; dans un second temps, il faudra définir en bref l'appareil législatif constitué pour une protection du logement en Ville et enfin, nous pourrons évaluer l'importance en soi, pour cette politique, d'une connaissance du terrain lui-même et des configurations locales de quartier.

Le dépeuplement urbain, ses causes et ses conséquences

La situation du logement dans la Commune-Ville de Genève se laisse résumer en quelques chiffres par son évolution sur quatre décennies:

1940 $^{3}/_{4}$ logements du canton situés en Ville de Genève Occupation > 1 p.p.p. (p.p.p.: personne par pièce)
1960 $^{2}/_{3}$ logements du canton situés en Ville de Genève Occupation = 1 p.p.p.
1980 $^{1}/_{2}$ logement du canton situé en Ville de Genève Occupation > 1 p.p.p.

En fait, il y a eu accroissement du parc de logements et tout à la fois diminution de la population, donc un desserrement par le biais du taux d'occupation, mais aussi grâce à un accroissement spectaculaire des petits logements. Ce que l'on appelle parfois la rénovation lourde des immeubles se concrétise par le transfert du plancher aux surfaces de bureau ou aux petits logements du type studio. Ainsi, il y a tendance à une quasi-disparition de l'habitation familiale, que l'on supprime sous le prétexte de son manque de confort ou de son insalubrité, en réalité d'abord pour répondre à une autre demande de surface urbaine, prête à accepter des loyers beaucoup plus chers. Au Centre-Ville de Genève, on a déjà démoli, plutôt que de les sauver, les $^{4}/_{5}$ des logements qui n'avaient pas d'eau chaude; dans l'ensemble de la Ville, seul un logement sur quatre n'est pas démoli mais béné-

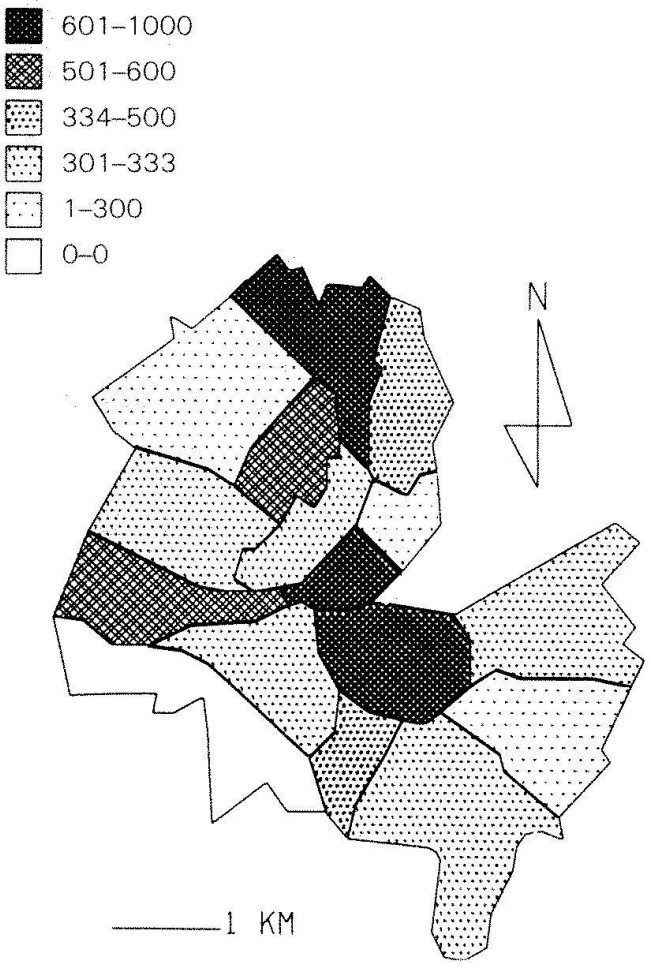


Fig. 1. Ville de Genève par secteurs démographiques, emprise du tertiaire sur l'habitation entre les decennies 1960 et 1970 0/00.

ficie d'une amélioration de confort. La conséquence de ces pratiques de démolition ou de rénovation lourde est de modifier tout le contenu humain de la Ville, d'en exclure la famille au profit de personnes seules et ce, de manière irréversible. Car on ne revient plus habiter dans les quartiers du Centre, en dépit de la crise que connaît actuellement le logement. L'essentiel des demandes porte sur des logements d'au moins trois pièces, alors que l'essentiel des offres ou des logements vacants ne comporte qu'une à deux pièces. Or, à fin 1980, la Ville comptait 1025 logements inoccupés, c'est-à-dire vacants ou vides, soit le 80 % du total de ceux du canton. Mais les loyers de la Ville ont triplé entre 1960 et 1970; il subsiste, bien sûr, d'importants secteurs d'habitation populaire, quoique dans ces immeubles, le taux d'occupation soit des plus élevés et le loyer en hausse. On peut rester en Ville à condition d'accepter d'y être plus à l'étroit.

On sait que le développement tertiaire est la cause principale du dépeuplement des centres urbains. Les fonctions centrales investissent les zones encore habitées et conquièrent peu à peu les sols, dont les prix atteignent des niveaux incompatibles avec le rendement immobilier du logement. Il suffit, pour se faire une idée de cette progression constante et de cette concurrence du tertiaire, d'observer l'évolution en termes d'habitants et d'emplois de la mixité fonctionnelle. Si l'on calcule (fig. 1) le rapport des habitants d'un quartier aux emplois tertiaires, on peut voir que ce taux de mixité a diminué entre le milieu des années 1960 et 1970, jusqu'à se réduire de 100 %: la mixité devient nulle dans les deux quartiers du centre; dans les meilleurs cas, elle n'est plus que de l'ordre de 2 à 8 habitants pour un poste de travail tertiaire, alors qu'elle atteignait dix ans plus tôt jusqu'à 18 habitants. A partir de Cité-Centre et de Saint-Gervais-Chantepoulet, l'emprise croissante du tertiaire s'étire le long des pénétrantes à l'ouest et au sud, de même qu'elle s'étend du côté des organisations internationales. Elle épargne surtout les quartiers riches de Champel et Florissant au sud, du Bouchet au nord où vivent bon nombre de fonctionnaires internationaux, et où l'extension du parc immobilier est suivie par une augmentation de la population. Mais bon nombre d'appartement nouveaux de ces secteurs privilégiés sont à vendre et visent une clientèle non populaire. Partout ailleurs, le phénomène est grave et il devient urgent de tenter de contrôler cette déshumanisation spontanée.

La mesure la plus évidente consiste à limiter très sévèrement les permis de démolition, fussent-ils motivés par une nouvelle construction de logements. A vrai dire, les refus de l'autorité étaient plutôt rares jusqu'à l'année dernière, marquée comme en France par un changement politique. On compte maintenant nombre de refus et de rejets de recours, au mécontentement des milieux immobiliers, depuis l'arrivée au pouvoir d'un chef de département socialiste qui refuse tout bonnement de démolir un immeuble dont l'état se prête à une réhabilitation. La base législative de ce genre de mesure concerne directement notre sujet, car elle a motivé les enquêtes dont il sera question. La LD, loi cantonale du 17 octobre 1962 «restreignant

les démolitions et transformations de maisons d'habitation en raison de la pénurie de logements», stipule en effet que «nul ne peut démolir, en tout ou en partie, ni modifier ou faire modifier sensiblement la destination d'une maison d'habitation occupée ou inoccupée» (art. 1), sous réserve de dérogations pour cause d'utilité publique ou d'intérêt général (à savoir la construction de nouveaux logements). Or, le Règlement d'application de cette loi précise: «Est réputé maison d'habitation, tout bâtiment locatif comportant au moins $^1/_3$ de locaux qui, par leur distribution, ont été créés à destination de logements». En zone urbaine, un bâtiment qui comporte moins de deux tiers de locaux affectés depuis plus de dix ans à un autre usage que l'habitation (dont sont exclues l'hôtellerie et la résidence meublée) est ainsi légalement protégeable. Bien que l'unité «local affecté au logement» soit relativement imprécise dans sa définition, cette loi permet donc d'éviter la démolition ou la transformation d'un immeuble sur la base de sa capacité actuelle en habitat locatif.

L'inventaire isométrique des immeubles comme outil de décision

Ainsi donc, puisque l'octroi d'un permis de démolition ou de transformation relève de l'autorité de l'Etat sur le préavis de la Ville de Genève, il est important que cette dernière puisse formuler des options d'aménagement en pleine connaissance des situations à l'échelle fine du quartier. Il n'est certes pas aisé de faire la part des nécessités de développement commercial et des surenchères, voire des abus; ces surenchères, dans la pratique des promoteurs immobiliers ou des propriétaires, conduisent à substituer à l'habitation des surfaces administratives qui pourraient trouver ailleurs, plus loin du centre, des sols disponibles, en fonction notamment de la généralisation du télex. S'il est impossible de contraindre les propriétaires à favoriser le maintien de grands logements à loyer raisonnable, il est certainement possible d'appliquer la loi sur les démolitions qui interdit la suppression de surfaces d'habitation dans les immeubles qui, pour un tiers au moins de leur capacité, ont conservé cette fonction. Bien entendu, les logements rénovés seront chers, voire mal adaptés par leur gabarit à la demande. Du point de vue de la fonction urbaine d'habitation qui se dégrade, cependant, la protection légale des immeubles résidentiels représente une intéressante formule de compromis.

Dans le but de présenter un outil visuel d'inventaire et de mesure, nous avons mis au point avec un collègue architecte de l'Ecole Polytechnique Fédérale une saisie générale des immeubles en perspective cavalière. L'idée sur le plan théorique était la suivante: L'immeuble en milieu urbain constituant un élément indissociable d'une structure d'ensemble, il serait dangereux de procéder de manière aveugle à une formulation de préavis, sans tenir compte à la fois de la disposition fonctionnelle et de l'environnement de l'immeuble - en particulier des blocs de bâtiments contigus comportant plusieurs immeubles - et de la physionomie fonctionnelle de la rue. Il faudrait donc restituer la vision de la rue avec son plan de base, ses constructions représentées dans leur hauteur (non pas physique mais effectivement occupée), la structure en niveaux et les affectations fonctionnelles niveau par niveau. Grâce au support statistique, on pourra à volonté fournir des visions d'ensemble à l'échelle des étages ou des valeurs moyennes par immeuble ou par groupe d'immeubles accolés les uns aux autres. Qui plus est, on pourra suivre dans l'avenir les rythmes de transformation du tissu urbain, moyennant une mise à jour régulière. L'entreprise nécessite un long travail de repérage et de mesure fournissant l'information à un ordinateur, chargé lui-même de la compilation statistique et du dessin. Une équipe de terrain est ainsi chargée d'identifier l'occupation de chaque niveau et de mesurer les hauteurs utiles d'immeubles étage par étage, tandis que deux programmeurs s'occupent de créer le logiciel statistique et graphique. L'ensemble des opérations requiert un délai de réalisation difficilement compressible, mais qu'un système de maintenance peut épargner pour rafraîchir périodiquement l'information relative aux formes ainsi qu'aux contenus.

L'échantillon Mont-Blanc

Une première étude est entreprise à fin 1979 sur le tracé de la rue du Mont-Blanc, rue principale qui relie le quartier de la gare au

centre, sur un échantillon de taille modeste, puisqu'il ne recouvre que 80 immeubles. Il est cependant caractéristique du contraste de fonction qui existe entre une rue très commerçante et les alignements de rues adjacentes. Les principaux lieux d'attraction de ce secteur étant la gare, les quais voisins du Pont du Mont-Blanc et la Poste principale, on s'attendait à pouvoir repérer l'influence de ces fonctions sur les implantations commerciales et, en négatif par voie de conséquence, sur le logement. Effectivement, il apparaît que la proximité de la gare explique une forte densité de l'hôtellerie et des agences de voyages, tandis que l'attraction de la Poste centrale et de la gare routière voisine contribuent également à une forte concentration commerciale. Quant au logement, les résultats obtenus montrent qu'une moitié seulement des immeubles est protégeable, alors qu'un tiers ne contient aucun logement. Les poches d'habitat se situent au front des rues adjacentes, où il conviendrait de chercher à les maintenir; elles se font plus rares, en revanche, au front des rues principales, où domine le tertiaire d'administration privée.

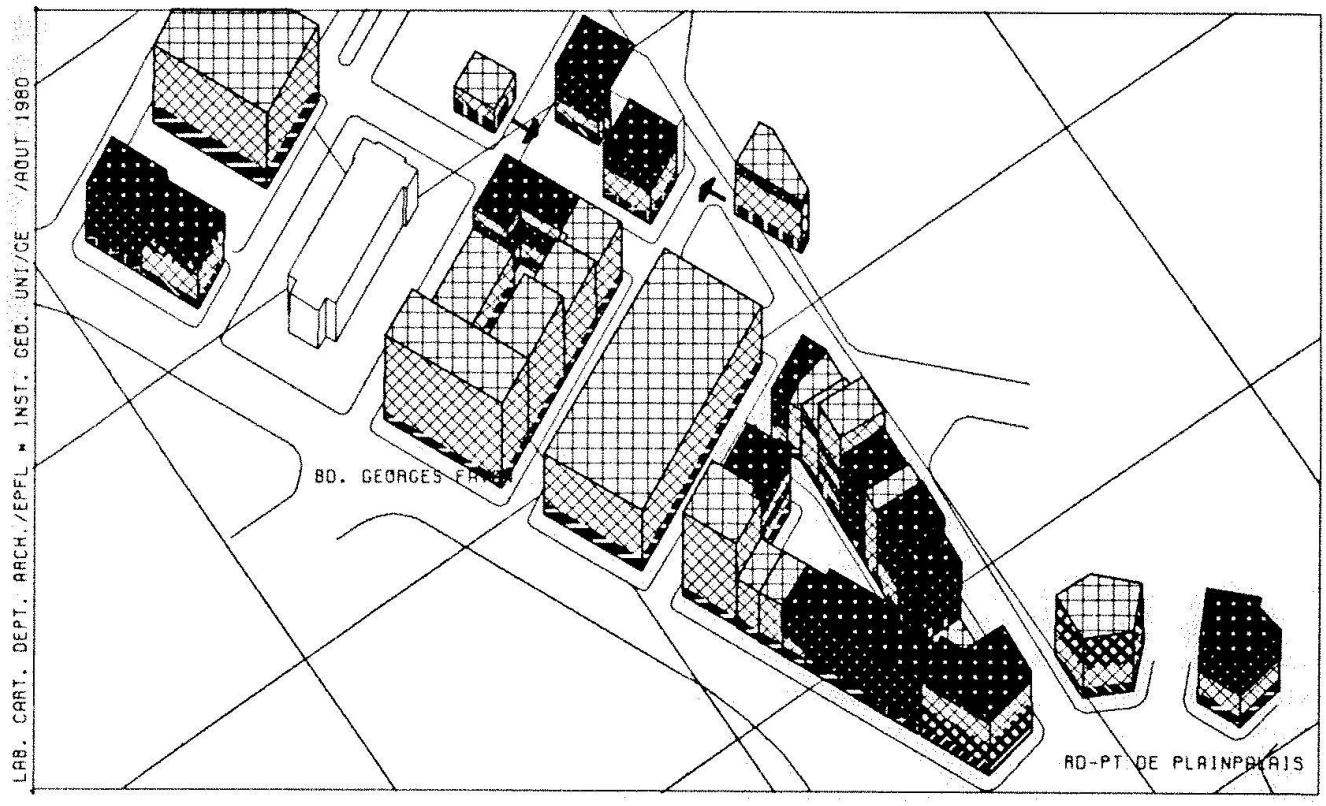
Mais une question spécifique qui se posait était de savoir si le transfert de plancher du logement à l'administration privée se localise en un endroit particulier de l'immeuble, compte tenu d'un processus difficilement saisissable de diffusion du tertiaire. Or, dans ce secteur fortement marqué par les bureaux d'affaires, on peut voir effectivement la fonction d'habitation se réfugier vers le haut de l'immeuble. Pour exprimer statistiquement ce phénomène, il suffit de pondérer du bas vers le haut l'effectif de logements, et ce gradient de hauteur indique, en l'occurence, que la plus haute fréquence de logements se place entre le troisième et le quatrième niveau. Par la suite, toutefois, on découvre une corrélation significative entre le gradient et la proportion de logements, d'où l'on peut conclure que dans ce secteur du Mont-Blanc, mieux l'immeuble conserve sa fonction logement, plus cette dernière tend à se déplacer vers le haut de l'immeuble. Autrement dit, le logement résiste mieux à l'invasion du bureau lorsqu'il se maintient dans les derniers étages.

Quant au reste, les observations effectuées grâce à la carte permettent de déceler les brèches déjà ouvertes dans des immeubles à fonction résidentielle prédominante; ceux qui perdent du logement le font de façon continue ou discontinue sur plusieurs étages. Plus inquiétants pourrait-on dire, à cet égard, sont les étages à fonction mixte: le partage d'un palier entre logement et bureau permet d'anticiper une disparition du premier à terme. Ou encore, des étages auxquels le logement avoisine des locaux vides ou désaffectés en apparence: ces derniers sont présents, dans le périmètre Mont-Blanc, en quantité non négligeable. On pourrait donc dresser, à partir de cette hypothèse, une carte de la menace qui pèse sur le logement et généraliser par des images les zones plus menacées ou définitivement acquises au seul tertiaire. La dynamique n'est pas inapparente dans cet aperçu du momentané, qui permet de visualiser des rapports invisibles.

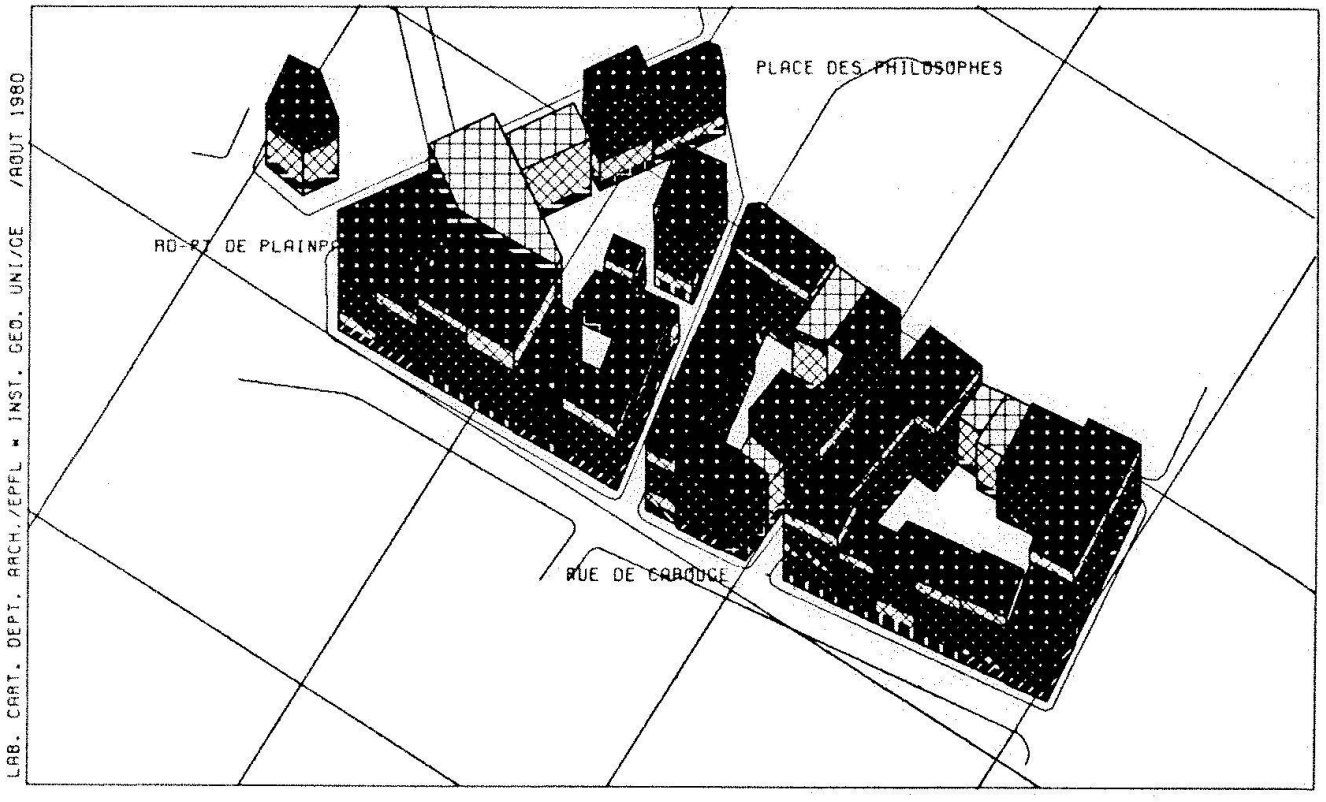
L'affectation de l'espace-rue coïncide, pour l'essentiel, avec l'utilisation des rez-de-chaussée, qui, dans le contexte du centre, ne comporte pratiquement jamais de logements. Dans ce secteur Mont-Blanc, la rue est un mélange peu différencié de cafés, commerces ou services; on n'a donc pas pu tirer grand-chose relativement à la rue, sinon constater l'omniprésence d'activités tout à fait compatibles avec le logement, l'objectif de l'étude étant, rappelons-le, de protéger les étages. L'étude Mont-Blanc a permis de tester une démarche essentiellement visuelle - et donc synchronique - pouvant soutenir, grâce à un document graphique immédiatement décodable affiché au mur, les réflexions et les débats de la Commission d'Urbanisme. En l'occurence, le demandeur était la Ville de Genève et c'est elle également qui, dans le cadre de son Etude d'Aménagement, renouvelait le mandat en juin 1980 pour une réédition de cette expérience, une nouvelle «carotte» à la manière des géologues en un autre point du tissu urbain.

L'échantillon Plainpalais

Ce périmètre se situe en-dehors de la «Petite-Ceinture» comprise comme suivant le tracé des anciennes fortifications; autrefois marécage (d'où son nom) aménagé en jardins, la Plaine de Plainpalais fut enfermée dans les constructions de la fin du XIXème siècle et elle représente un secteur vaste et fort dense



secteur UNI II



secteur rue de Carouge

Fig. 2. Etat du logement dans le périmètre d'urgence. Toits: Immeuble non-protégeable (clair) ou protégeable (fonce). Façades: Moins de 55%, 55 à 85%, plus de 85% de logements. Rez: Cafés (quadr.) commerce (h. vert.) Services (h. horiz.) ou mélanges (hachures obliques). (Cartographie B. Maget).

d'habitation populaire, prolongeant le secteur fazyste de conception planifiée. La situation du logement un siècle plus tard intéresse principalement la Ville, qui souhaite exercer à bon escient son mandat consultatif sur les requêtes plus nombreuses au fil des ans, raison pour laquelle on baptisa cette seconde zone d'étude «périmètre d'urgence». En effet, l'avancée du «gros tertiaire» sur le flanc de la Plaine contigu au centre et le projet de réaménagement de l'ancien Palais des Expositions donnent à penser que toute sa surface sera affectée par une transformation fonctionnelle ces prochaines années. Si au Mont-Blanc, le rapport de mixité est quasiment nul, il n'est dans le secteur Mail-Jonction que de l'ordre de 2 habitants pour un emploi tertiaire, soit, entre les deux dernières décennies, en régression d'un tiers, et de 4 dans le secteur Cluse. Sans doute la partie Mail que nous étudions est-elle privilégiée quant à l'importance relative du logement, tout comme elle l'est par la diversité de ses activités, notamment la présence d'artisanat et d'une grande entreprise industrielle. Le contexte est donc différent et variable, ce second échantillon n'offrant en fait guère d'unité.

L'ampleur du périmètre (318 immeubles) évidé en son centre par la surface de la Plaine exclut une saisie d'ensemble en une seule image: au reste, ces quartiers parfois vétustes en la partie sud plus ancienne sont encombrés d'annexes ou de dépôts aux destinations incertaines; il devient difficile de prétendre à une projection idéale qui permette de conserver tous les détails nécessaires. Un découpage en sept pièces disjointes a donc été effectué, entre lesquelles l'angle de projection varie de manière à pouvoir extraire, de cas en cas, un immeuble dissimulé par un autre. D'emblée il apparaît que seul un sous-ensemble est définitivement intégré dans le giron des fonctions centrales, puisqu'il comprend, outre l'université et le conservatoire de musique, deux importantes banque privées; on y retrouve donc à peu près la situation Mont-Blanc, avec quelques immeubles locatifs contigus donnant sur cour arrière. Les six autres fragments, quant à eux, ont en commun une proportion de neuf dixièmes d'immeubles légalement protégeables, tant à front de rue principale que dans la profondeur de ruelles adjacentes. Il semble que le trafic intense enregistré sur les grands axes n'y exerce pas d'influence sur la présence du logement, ce qui s'explique en raison du niveau relativement modeste des loyers. Toute la morphologie en îlots refermés sur une cour arrière, dans laquelle l'habitant peut aménager des chambres calmes, concourt au caractère résolument locatif, sinon résidentiel, de ces ensembles. Le logement disparaît le plus souvent des immeubles situés au croisement de deux rues commerçantes; on constate aussi l'apparition de petites administrations privées en attique ou au dernier étage, donnant l'impression, non plus d'une fuite du logement vers le haut de l'immeuble, mais de sa concentration aux étages intermédiaires. Cela dit, dans plusieurs cas, la menace «monte» de la rue et s'implante jusqu'au milieu de l'immeuble, si une rénovation a été effectuée. Aussi peut-on dire que la vétusté d'ensemble de ces quartiers constitue, en définitive, la menace la plus précise et la principale cause potentielle d'une élimination lente du logement, d'où bien entendu, la nécessité et l'urgence d'un contrôle.

C'est donc à terme que l'habitation dans les secteurs Mail et Cluse est menacée. Si le périmètre Mont-Blanc a d'ores et déjà subi l'assaut massif du tertiaire, à tel point que le logement aura peine à s'y maintenir, tel n'est pas encore le cas en cette partie de la Ville; cependant, l'extension prévue de l'université et les problèmes d'expansion éventuelle d'une grande industrie – comme aussi les nuisances routières – sont à mettre au passif en ce qui concerne le maintien du parc de logements, quand bien même ces facteurs n'ont pas encore exercé visiblement leurs effets.

Conclusion

On peut se demander s'il est réaliste de s'opposer au redimensionnement des espaces de résidence, constatant que la valeur d'échange des terrains dans les villes interdit tout retour en arrière, dans le sens d'une réoccupation des périmètres d'urbanisation ancienne. Car de toute évidence, l'esprit de la loi sur les démolitions s'inscrit dans une politique de freinage et n'est pas à même de neutraliser le mécanisme foncier; tôt ou tard, un quartier atteint par la surenchère des fonctions centra-

les va se spécialiser tout en conservant un quota minimum de résidences coûteuses et c'est en dehors du rayon des activités tertiaires supérieures que les constructeurs de logements chercheront leurs terrains. La résidence forme, par conséquent, un anneau extérieur à la ville rénovée, dans la logique contemporaine de centralité. Conclusion qui, aux yeux du sociologue, paraît monstrueuse: «Jamais l'homme n'a eu autant qu'aujourd'hui, alors même que l'urbanisation triomphe et que les villes ont acquis cette puissance, l'impression d'une finalité urbaine qui reste étrangère à la vie réelle de chacun de nous, à nos intérêts les plus profonds» (Ledrut, 1976). Devant cette auto-invention d'un espace, bien qu'elle nous échappe, il demeure souhaitable de chercher à en voir les indices et de simuler visuellement une mutation de contenus qui suit la transformation des contenants.

Références

Gächter, E.: The Population Mobility of the City of Berne and its Motives, Current Contributions to Urban Research in Switzerland, in La Géographie en Suisse, Geographica Helvetica Vol. 35, 1980, No. 5, pp. 141–144.

Lötscher, L.: Transformation of the Urban Environnement, ibidem, pp. 145–149.

Ledrut, R., 1976: L'espace en question ou le nouveau monde urbain, éd. Anthropos, Paris, p. 57.

Adresse de l'auteur:

Charles Hussy
Département de Géographie
Université de Genève
18, route des Acacias
1227 Genève

Methodologische Probleme handlungstheoretischer Stadtforschung

Benno Werlen

Zusammenfassung

Als Vorstellung einiger Zwischenergebnisse der Promotionsarbeit und deren Anwendung auf den Basisbereich «Stadt» werden hier Problemaspekte dargestellt, die auftreten können, wenn man um eine konsequente Integration der Sozialgeographie in die Sozialwissenschaften bemüht ist. Die ersten Abschnitte streben eine theoretische und methodologische Abgrenzung von «Verhalten» und «Handeln» als Grundkategorien der Gesellschaftsanalyse an. Anschliessend wird aufgezeigt, welchen Themenbereichen sich handlungstheoretische Stadtforschung im Rahmen der Sozialgeographie zuwenden könnte, und welche Schwierigkeiten es dabei für die entsprechende empirische Forschungsarbeit zu überwinden gilt.

Résumé

Cette communication présente certains résultats intermédiares d'un travail de thèse appliqués à l'analyse du milieu urbain. Elle montre dans ce contexte les problèmes qui surgissent lorsqu'on tente d'intégrer d'une manière stricte la géographie sociale dans les sciences sociales. Dans les premiers paragraphes est présentée une délimitation précise, au niveau théorique et méthodologique, des concepts d'analyse de la société: «comportement» et «action». Il sera exposé ensuite un éventail de thématiques qui peuvent être abordées par une telle géographie de l'action dans le domaine urbain, ainsi que les difficultés qui doivent être surmontées pour mener à bien des recherches empiriques qui s'en réfèrent.

Die Verständigung zwischen Sozialwissenschaft und Sozialgeographie bzw. die konsequente Integration der Sozialgeographie in die Sozialwissenschaften ist ein Postulat, das von Sozialgeographen des deutschen Sprachraums verschiedenster wissenschaftstheoretischer Ausrichtung in jüngster Zeit immer wieder angesprochen wurde (vgl. Bartels 1968, 1970; Hard 1973, 1981; Bahrenberg 1979; Eisel 1980; Wirth 1979, 1981; Sedlacek 1982 u.a.) und auch für die folgenden Äusserungen das Grundanliegen darstellt. Allerdings wurde bisher nicht in allen Fällen versucht, auf konsequente Weise die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen: Bereinigung der jeweils zentralen Theoriebegriffe, auf denen vergleichbare Hypothesenformulierungen aufgebaut werden könnten, sowie Aufdeckung der jeweiligen theoretischen Grundprämissen und der methodologischen Prinzipien. Die nun folgenden Ausführungen können diese Forderungen natürlich ebenfalls nicht in jeder Beziehung erfüllen; sie sind aber als die Skizzierung derjenigen Probleme anzusehen, die bei der Anwendung handlungstheoretischer Ansätze im Bereich der Sozialraumforschung auftreten können. Ein ausführlicherer und breiter angelegter Versuch der Integration soziologischer Handlungstheorie in die sozialgeographische Raumforschung wird in meiner Dissertation mit dem Arbeitstitel «Gesellschaftliches Handeln im Raum. Untersuchungen zu Methodologie und Raumbegriff einer handlungstheoretischen Sozialgeographie» angestrebt. Im folgenden soll eine erste Zwischenbilanz dieser Arbeit – unter besonderer Berücksichtigung der methodologischen Probleme bei der Analyse der urbanen Lebensräume – vorgestellt werden.

Eine erste Voraussetzung für eine möglichst missverständnisarme Diskussion und für die Betrachtung der Sozialgeographie als eine Dimension sozialwissenschaftlicher Grundperspektive in der Erfahrung von Welt, ist in der Aufarbeitung mindestens einiger wichtiger Definitionsmerkmale mit ihren methodologischen Konsequenzen zu sehen, die Ver-

haltens- und Handlungstheorie voneinander abgrenzen.

Menschliches Tun in der Beschreibung von «Verhalten» und «Handeln»

Die Gegenüberstellung von «Verhalten» und «Handeln» als begriffliche Grundkategorien der Gesellschaftsanalyse übersieht sehr oft, dass es sich hier um zwei Beschreibungsprinzipien menschlicher Tätigkeit handelt. Welche methodologischen und (fach)-theoretischen Konsequenzen die Anwendung dieser Interpretationsmuster menschlichen Tuns zur Folge hat, kann im Literaturvergleich psychologischer und soziologischer Wissenschaftsproduktion seit den beiden grundlegenden Publikationen von J. B. Watson (Psychologie, wie der Behaviorist sie sieht) und M. Weber (Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie) im Jahre 1913 verfolgt werden.

Menschliches Tun in der Beschreibung von «*Verhalten*» bedeutet für den klassischen Behaviorismus, der von allen kognitiven Aspekten menschlichen Tuns abstrahiert, soviel wie eine beobachtbare, d.h. sinnlich wahrnehmbare Tätigkeit, die in die Begriffe «Reiz» und «Reaktion» gefasst werden kann. Einen «Reiz» kann dabei potentiell jedes Objekt der physischen und sozialen Umwelt darstellen; forschungspraktisch wird es dann zu einem solchen, sobald es ein Verhalten bewirkt (Zirkelschluss!). Als «Reaktion» ist alles was das Lebewesen tut (Watson 1968, 39) zu betrachten. Die damit verknüpfte Reduktion menschlichen Tuns auf beobachtbare physiologische Prozesse soll im Sinne Watsons und seiner Schüler, primär eine konsequente Anwendung naturwissenschaftlicher Methodologie ermöglichen; denn letztes Ziel behavioristischer Forschung ist eine wissenschaftliche Kontrolle von Verhalten derart, dass bei gegebenen «Reizen» – jederzeit und unter allen Umständen – die entsprechende Reaktion vorausgesagt werden kann.

In kognitiven Verhaltenstheorien (Mead, Piaget u.a.) wird Verhalten nicht mehr im unmittelbaren Reiz-Reaktions-Bezug betrachtet, sondern – unter dem Aspekt der Reflexivität, d.h. des Bewusstseins als Interpretationsfilter (Einstellung, Motivstruktur, Anspruchsniveau...) von «Reizen», die hier in der Beschreibung von Informationen als Auslöser menschlicher Reaktionsaktivität aufgefasst werden – in einem mittelbaren Bezug. «Verhalten» wird in diesen Ansätzen allerdings zur theoriebegrifflich uninteressanten «Worthülse, die alles – vom unbedingten Reflex bis zum ('mentalen') Planen der Zukunft – umfassen soll» (Graumann 1980, 27).

Menschliches Tun in der Beschreibung von «*Handeln*» hingegen weist im Vergleich zur Reflexivität der kognitiven Verhaltenstheorien mit Intentionalität (vgl. Anscombe 1957; v. Wright 1974) noch ein weiteres konstitutives Attribut der Definition auf. Als «Handeln» kann in allgemeinster Definition, ohne auf die Unterschiede in analytischer, hermeneutischer und phänomenologischer Interpretation näher eingehen zu können, ein solches Tun bezeichnet werden, das als zielorientiert zu verstehen ist. Zum rein äusserlich beobachtbaren Verhalten kommen also die Aspekte der Bewusstheit und der Beabsichtigung hinzu. Menschliche Tätigkeit soll in dieser Konzeption «als Gegenstand bewusster Erwägung» (Girndt 1967, 29), als spontaner, nicht restlos determinierter, absichtlich entworfener und als innerlich (geistige Tätigkeit) und äusserlich (beobachtbare Muskeltätigkeit) vom Handelnden herbeiführbarer Akt begriffen werden. In der einfachsten Formulierung kann Handeln mit G. H. v. Wright definiert werden als «intentional eine Veränderung in der Welt zu bewirken oder zu verhindern» (1974, 83).

Welcher dieser zwei Grundbegriffe (Verhalten/Handeln) schliesslich zum leitenden Prinzip der Gesellschaftsforschung, bspw. als Sozialgeographie wird, hängt davon ab, welche «Zielsetzung oder Zweckbestimmung eine (Sozial)-Wissenschaft sich selbst gibt» (Graumann 1980, 25), bzw. von welchem Erkenntnisinteresse sie im Zusammenhang mit ihrem Gesellschaftsbild geleitet wird. Völlig diffus zu bleiben scheinen hingegen diejenigen Ansätze, die prinzipiell am Reiz-Reaktions-Schema festhalten, trotzdem aber vorgeben, menschliches Tun sei mehr als ein bloss auf der Ebene sinnlicher Wahrnehmung erklärbarer Sachverhalt (vgl. Habermas 1970, 125ff; Graumann 1980, 25). Im allgemeinen versuchen diese Konzepte grundsätzlich unvereinbare Postulate des

naiven Empirismus und der Phänomenologie miteinander zu verknüpfen (vgl. Wann, 1964; Esser u.a. 1977, 163ff). Insbesondere in der 'behavioural geography' sind die Grenzen zwischen kognitiven (Umwelt-)Verhaltensansätzen und solchen Forschungsstrategien, «deren wissenschaftstheoretischer Rahmen nicht klar wird» (Höllhuber 1981, 235) nicht leicht erkennbar, wie man das anhand von J. R. Golds «Introduction to Behavioural Geography» (1980) feststellen kann.
Die gesellschaftsorientierte handlungs- und die individuumszentrierte verhaltenstheoretische Sozialgeographie sind als zwei grundsätzlich voneinander abzugrenzende Forschungskonzeptionen zu verstehen. Die erstere kann im Rahmen einer gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellung – wie in der Sozialgeographie – selbst dann nicht durch die zweite ersetzt werden, wenn diese in der Lage ist, ihre wissenschaftstheoretischen Schwierigkeiten auszuräumen; und zwar u.a. auch deshalb nicht, weil sich die Handlungstheorie unter Beibehaltung ihrer Grundprämissen (reflexiv-intentionales Agieren) in keiner wissenschaftstheoretisch und logisch akzeptierbaren Art (vgl. Spinner 1973) auf die Prämissen der Verhaltenstheorie (determinierbares, bestenfalls bewusst Informationen interpretierendes Reagieren) reduzieren lässt. Wie noch zu zeigen sein wird, implizieren diese Unterschiede auch methodologische Konsequenzen.

Handeln als begriffliche Grundkategorie sozialwissenschaftlicher und sozialgeographischer Forschung

Menschliches Tun in der Interpretation als reflexiver und intentionaler Akt umfasst, in nun genauerer Definition, die folgenden deskriptiven Begriffe:

- den Handelnden
- die Situation, in der der Akt stattfindet
- die Zielorientiertheit des Aktes und
- einen Selektionsfaktor, der als normative Orientierung die ersten drei Elemente der Akt-Einheit kontrolliert vermittelt (vgl. Schütz/Parsons 1977, 29).

Der *Handelnde* kann insoweit als eine historische Individualität bezeichnet werden, als er eine immer je spezifische Kombination von sozialen Attributen (Positionen, Status, Rollen), Erlebnissen, Kenntnissen, Lebenszyklus- und Raumpositionen aufweist. Da jeder Handelnde mit diesen Merkmalen beschrieben werden kann, wird damit aber auch der Aspekt von Invarianzen angedeutet.
Dass Handeln immer in einer bestimmten *Situation* stattfindet, meint, dass jeder Akt Zuständen unterworfen ist, die man im Sinne von Schütz als «Bedingung» und «Mittel» weiter differenzieren kann. Als «Bedingung» sollen solche Elemente der Situation gelten, die der Handelnde anhand seiner Erlebnisse und seines Wissensvorrates zum Zeitpunkt des Handelns nicht selbst beeinflussen und kontrollieren kann, wie z.B. die naturräumlichen Gegebenheiten eines bestimmten Lebensraumes; der Marktmechanismus usw.; als «Mittel» hingegen sind diejenigen zu bezeichnen, die unter Kontrolle des Handelnden stehen oder für ihn mindestens verfügbar sind, z.B. die Hacke, um ein Feld zu beackern; eine Geldsumme zum Kauf von Gütern, usw. Die Definition und Abgrenzung von Situationselementen als Bedingung und Mittel kann in aller Konsequenz «nur vom Handelnden selbst (vollzogen) werden» (Schütz/Parsons 1977, 57), und zwar nur zum Zeitpunkt des Aktes.
Dass man einen *Akt als zielorientiert,* bzw. zielintendiert beschreiben kann, setzt voraus, dass man zwischen einem «inneren» und einem «äusseren» Aspekt des Handelns unterscheiden muss. Der innere Aspekt, wie immer er im einzelnen beschrieben werden mag, («Handlungsentwurf» bei Weber, «argumentationsvorbereitender Akt» bei Habermas, «Entworfensein im Hinblick auf Motive» bei Schütz, «Bildung der Intentionalität der Handlung» bei v. Wright), ist immer als diejenige Komponente aufzufassen, die das Handlungsziel und seine zweckhafte Konkretisierung vorstellungsmässig antizipiert. Der äussere Aspekt wird allgemein als die beobachtbare «tatsächliche zweckhafte Handlungsrealisierung, als Verwirklichung des vom Handelnden vorstellungsmässig konzipierten Zieles und Zweckes» (Girndt 1967, 30) aufgefasst. Entwurf und Verwirklichung sind in der hier vertretenen intentionalistischen Auffassung von Handeln – im Gegensatz zu kausalistischen oder systemtheoretischen – nicht als kausal oder funktional

aufeinander bezogen zu verstehen, sondern als Grund und Folge in einem Bedingungsverhältnis stehend.
Der *Prozess der Ziel- und Sinnorientierung* von Handeln durch einen Aktor kann ebensowenig als völlig beliebig, noch als völlig determiniert betrachtet werden. Zielintendierende Handlungsentwürfe resultieren vielmehr (vgl. Weber 1980, 1ff) aus einer mehr oder weniger bewussten subjektiven Interpretation des gesellschaftlich akzeptierten, mit objektiver, d.h. hier intersubjektiv akzeptierter, Gültigkeit versehenen und vom Handelnden nicht unmittelbar beeinflussbaren Bedeutungszusammenhanges. Dieser soll als ein gesellschaftlich und kulturell vorbereiteter Orientierungsraster (Selektionsfaktor) aufgefasst werden, der bestimmte Werte, Normen und Postulate (idealer Aspekt) umfasst, die im sozialen Status und den entsprechenden Rollen mehr oder weniger konsistent definiert sind, sowie über Institutionen und Lebensformen stabilisiert und eingeübt auftreten. Dieser sozial-kulturell vorgegebene Dispositionsfonds, der über Sozialisation vermittelt wird, grenzt den für den Handelnden verfügbaren Handlungsspielraum möglicher Ziel- und Zwecksetzung ab, ohne ihn aber zu determinieren (vgl. v. Wright, 1980, 67f). Indem für den Handelnden erst der von ihm interpretierte «objektive» soziale Sinn handlungsorientierend wird, sind seine Handlungen von seinem «subjektiv gemeinten Sinn» (Weber 1980, 1f) geleitet. Da den andern Gesellschaftsmitgliedern der «objektive» Sinnzusammenhang ihrer Zugehörigkeitsgesellschaft prinzipiell auch zugänglich ist, gilt es in erster Linie die subjektiven Interpretationsvorgänge nachzuvollziehen, um die Handlungen anderer verstehen und erklären zu können. Weil sich diese Handlungen der andern auf einen gemeinsamen objektiven Sinnzusammenhang beziehen, ist ihr Sinn als auf intersubjektive Art und Weise empirisch erschliessbar zu betrachten (vgl. Rickert 1929). Die korrekte Sinnerschliessung stellt v.a. ein fundamentales methodologisches Problem dar.

Zur Methodologie verhaltens- und handlungsorientierter Ansätze

Unter Methodologie soll hier die Lehre der wissenschaftlichen Methoden, bzw. der wissenschaftlichen Verfahren der Erkenntnisgewinnung verstanden werden. In dieser allgemeinsten Bedeutung umfasst dieser Begriff sowohl den rein logischen Aspekt des korrekten Schliessens (der Methodologie i.e.S. definiert), wie auch den - allerdings darauf abzustimmenden - Aspekt der Techniken der Datenerhebung.
Hinsichtlich des logischen Schliessens sind Erklärungen menschlichen Tuns in der Beschreibung von «Verhalten» (vgl. Watson 1968, 13ff) offensichtlich auf das von v. Wright (1974) als *Subsumptions-Theorie der Erklärung* bezeichnete Erkenntnisverfahren ausgerichtet. Verhalten soll, dem naturwissenschaftlichen Ideal entsprechend, kausal erklärt werden; d.h., dass es mittels Sinnesdaten, die über die Techniken der direkten Beobachtung objektiv und kontrollierbar erfasst werden, festzustellen gilt, auf welche Reize (= Ursache als Wenn-Komponente der Erklärung) regelmässig welche Verhaltensreaktionen (= Wirkung als Dann-Komponente der Erklärung) folgen. Ohne hier ausführlich auf die Hempelsche Theorie der Kausalerklärung eingehen zu können, sei hier nur darauf hingewiesen, dass ihr Grundprinzip «in der Subsumption (Unterordnung) individueller Sachverhalte unter hypothetisch angenommene allgemeine Naturgesetze, einschliesslich der Gesetze der menschlichen Natur» (v. Wright 1974, 18) zu sehen ist. Das Zu-Erklärende (Explanandum) wird dabei unter empirischer Erfassung all seiner für die Problemstellung relevanten Merkmalseigenschaften unter das Erklärende, das allgemeine Gesetz (Explanans) zu subsumieren versucht. Gelingt die Subsumierung der zu erklärenden empirischen Einzeltatsache (vgl. Prim/Tilman 1979, 100ff) unter das Gesetz und die Randbedingung, dann gilt das Gesetz als verifiziert (bzw. als noch nicht falsifiziert) und die Einzeltatsache, z.B. ein bestimmtes empirisch festgestelltes Verhalten, als erklärt. Die Verknüpfung der Prämissen, die schliesslich die Erklärung ausmacht, erfolgt bei der Subsumption nach der Regel des *modus ponens:*

(MP) immer wenn (ein Reiz) p, dann (ein Verhalten) q
nun (Reiz) p
also (Verhalten) q

m.a.W.: das Verhalten q geschah, weil der

Reiz p aufgetreten ist; damit soll darauf aufmerksam gemacht sein, dass Kausalerklärungen in die Vergangenheit weisen.
Die Antworten auf die Frage, ob menschliche Tätigkeiten in der Beschreibung als Handeln mit diesem Erkenntnisverfahren auch erklärt werden können, umfassen in der aktuellen methodologischen Fachdiskussion von klarer Bejahung bis zu strikter Verneinung alle möglichen Nuancierungen (vgl. Mittelstrass 1979; Beckermann 1977; Lenk 1978 und 1979). Verbannt man den Aspekt der Intentionalität nicht mittels Rationalitätsannahme vom Typ des homo-oeconomicus in den Bereich des ceteris-paribus (vgl. Habermas 1970, 127; Albert 1964, 22ff), dann weist dieses kausalistische Erkenntnisverfahren für Handlungserklärungen erhebliche Mängel auf; denn Handeln gilt es adäquat mittels Intentionen, Zielen und Zwekken *teleologisch* zu erklären und nicht bloss mittels erfahrungsmässig festgestellter Ursache-Wirkungs-Muster. Handeln als intentionales Tun weist über den Aspekt der Absicht in die Zukunft: p (die Handlung) geschieht, damit q (das Handlungsergebnis) eintrete; beim Handeln interessiert also nicht das «Weil» im Sinne der Kausalerklärung, sondern das «Damit/Umzu» im Sinne der teleologischen Erklärung.
In der Begrifflichkeit der Logik und in der Argumentation v. Wrights (1974, 83ff) können diese zwei Erklärungsarten dadurch abgrenzend charakterisiert werden, dass die gesetzmässigen Verknüpfungen der Prämissen in der *Kausalerklärung* Relation der hinreichenden Bedingtheit, die in der *teleologischen Erklärung* hingegen solche der notwendigen Bedingtheit darstellen.

Zur Kausalerklärung:

Die Feststellung, dass ein Sachverhalt p für q eine hinreichende Bedingung ist, bedeutet (vereinfacht ausgedrückt), dass immer wenn p vorkommt, auch q vorkommt: das Vorkommen von p reicht hin, um q sicherzustellen – einer bestimmten Ursache folgt in determinierter, gesetzmässiger Weise eine bestimmte Wirkung.
Bsp.: Immer wenn das spezifische Gewicht eines Körpers < 1, dann schwimmt er auf der Wasseroberfläche.

Zur teleologischen Erklärung:

Die Feststellung, dass ein Sachverhalt p für q eine notwendige Bedingung ist, bedeutet (vereinfacht ausgedrückt), dass das Vorkommen von q das Vorkommen von p erfordert, bzw. voraussetzt: damit q vorkommen kann ist p notwendig – der Grund bleibt bedeutungslos, wenn nicht über Handlung eine Folge verwirklicht wird.
Bsp.: (A) rennt, um den Zug noch zu erreichen.
Um diesen Unterschieden in den logischen Relationen zwischen Naturereignissen und intendiertem Tun Rechnung zu tragen, schlägt v. Wright für Handlungserklärungen als Regel des Schliessens und als «methodische Regelung der Handlungsdeutung» (Schwemmer 1979, 37) den *praktischen Schluss* vor:

(PS) A beabsichtigt q herbeizuführen.
A glaubt (weiss), dass er q nur dann herbeiführen kann, wenn er p tut.
Folglich macht sich A daran, p zu tun.

Daraus dürfte klar hervorgehen, dass «das Verständnis, das ein solcher praktischer Schluss (von Handlungen) liefert, keine Kausalerklärung ist» (Schneider 1979, 219), da es nicht auf die Kontrolle, Manipulierbarkeit und Voraussage menschlichen Tuns ausgerichtet ist, sondern ein Verfahren darstellt, durch das sich das Verstehen von Handlungen schematisieren lässt. Ob aber dieses Schema für die Sozialwissenschaften tatsächlich dieselbe Stellung einnehmen kann, wie die Kausalerklärung bei den Naturwissenschaften einnimmt, bleibt in der methodologischen Literatur, in Widerspruch zu v. Wright, zur Zeit sehr umstritten (vgl. Meggle 1977; Stegmüller 1975; Beckermann 1977). Einerseits wird ganz radikal die logische Gültigkeit dieses Schlussschemas angezweifelt (Meggle 1977, 425) und andererseits wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass man, bevor dieses Schema korrekt anwendbar wird, bereits all die semantischen Vorleistungen zu erbringen hat, die einen sinnvollen Bezug der Prämissen auf die Konklusion erst ermöglichen, bzw. die Anwendung des (PS) gegenüber den semantischen Vorleistungen kein Zugewinn an Erkenntnis leistet. Einigkeit scheint zumindest unter handlungsinteressierten Methodologen aus dem inten-

tional argumentierenden Bereich darüber zu bestehen, dass Kausalerklärungen Handlungen nicht in angebrachter Weise wiedergeben können (notwendige Bedingtheit!), und dass korrekte Erklärungen von Handlungen nicht Daten der sinnlichen Wahrnehmung allein als Basis akzeptieren können, sondern Ergebnisse des semantischen Symbolverstehens (vgl. Habermas 1970, 140) m.a.W.: es gilt den Sinn der Handlungen auf intersubjektiv kontrollierbare Weise - und der Intention des Handelnden entsprechend - zu interpretieren, also Absichten menschlichen Tuns (semantisch) verstehend und (teleologisch) erklärend zu erfassen und ihnen in der gesellschaftlichen Praxis, nicht zuletzt auch in der Lebensraumplanung in städtischen und anderen Bereichen, gerecht zu werden.

Stadtforschung als Wissenschaft vom gesellschaftlichen Handeln im Raum

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Stadt war im Rahmen der Geographie bis in die 70er Jahre stark von der blossen Beschreibung und Aufzählung empirischer Fakten gekennzeichnet (vgl. Vetter 1980); m.a.W.: sie war von einem Sachbezug ohne sozialen Kontext geprägt. Heute bezieht sie sich im Rahmen der Sozialgeographie, neben verhaltenstheoretischen Fragestellungen, vorwiegend auf ökonomisch optimale Flächennutzungsraster hinsichtlich zweck-rational vorgehender Aktoren, (vgl. Carter 1980) und klammert so das praktische Alltagshandeln aus der Theorie aus. Der heutige Stand der soziologischen Theoriebildung hingegen kann mit Linde (1972) dadurch gekennzeichnet werden, dass er sich den gesellschaftlichen Kontext ohne Artefakte (vom Menschen geschaffene Dinge) vorstellt, also keinen Sachbezug - in der Stadtsoziologie etwa zur bebauten Umwelt - aufweist. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass Handlungstheorien bisher ganz allgemein von der räumlichen Dimension absehen. Die Idee, sozialgeographische Stadtforschung mit einem handlungstheoretischen Ansatz zu betreiben, sieht sich somit vor diesen doppelten Mangel der Theoriebildung in Geographie und Soziologie gestellt.

Als einen ersten Versuch, diese Hindernisse zu überwinden, kann man auf der Seite der Sozialgeographie die Vorschläge von Bartels (1970, 33 und 1978) und Sedlacek (1982, 191) betrachten, die die in den jeweiligen Handlungsräumen und für jeden Aktor unterschiedlich anfallenden und erreichbaren mobilen und immobilen Artefakte (als kostitutive Elemente der Kulturlandschaft) gleichzeitig als Produkt/Folge und Bedingung menschlichen Handelns auffassen. Jede Stadt ist dann in konsequenter Weiterführung dieser Sichtweise und der in Abschnitt 2 entwickelten Begrifflichkeit, sowohl in ihrem bebauten, materiellen Aspekt, als auch als von Institutionen geprägter Lebensform, als ein Ergebnis vergangener menschlicher Handlungen und Feld der Bedingungen/Mittel aktueller oder künftiger Handlungen zu betrachten.

Im Sinne einer erste Differenzierung dieser Anregung zu handlungstheoretischer Betrachtungsweise im sozialgeographischen Kontext wäre zu beachten, dass Artefakte *und* Institutionen für Aktoren in höchst unterschiedlichem Masse einerseits Bedingungen und andererseits Mittel des Handelns sein können; Bedingungen können durchaus zur strukturellen Gewalt werden, wie dies Senghaas beschreibt; als Mittel sind die zur Zweckerreichung ausgewählten, zur Verfügung stehenden/möglichen Artefakte und Vorgehensweisen anzusehen. Diese Differenzierung würde für die Stadtforschung bedeuten, dass man z.B. über die Beschreibung und Erklärung der Entstehung der sozialen Segregationsprozesse hinausgehen muss, und sich vermehrt deren Folgen als Bedingung /Mittel für Handelnde zuwendet. Hypothetisch formuliert könnte man davon ausgehen, dass je niedriger die Position des Handelnden in der Klassen- und Statushierarchie und je niedriger die Position seines Handlungsstandortes in der Zentralitätshierarchie ist, umso mehr Elemente von Handlungssituationen zu Bedingungen und umso weniger zu Mitteln seines Handelns werden. In diesem Aspekt der Weiterführung geht es also darum, die Machtkomponente als Verfügungsmöglichkeit über raumstrukturierende Artefakte und Institutionen zu berücksichtigen und in die theoretischen Überlegungen mit einzubeziehen.

Die zweite mögliche Ergänzung für die Sozialgeographie wird vom Soziologen Linde (1972) unter Bezugnahme auf E. Durkheim

und K. Marx angesprochen. Mit der Frage «Sind in den Sachen (Artefakten) bereits Grundzüge der gesellschaftlichen Ordnung angelegt» (1972, 8) macht er darauf aufmerksam, dass jedes Artefakt, also jede Sache, die vom Menschen hervorgebracht wird/wurde, bestimmte Zweck/Mittel-Relationen vorgibt, die bei dessen Gebrauch nicht beliebig und meist nur sehr beschränkt uminterpretiert werden können; d.h. jedes Artefakt, das sachgemäss für Handlungen verwendet wird, verlangt vom Benutzer, dass er eine bestimmte «Gebrauchsanleitung» im Sinne des Erdenkers und Erbauers einhält. In diesem Sinne kann man Artefakten auch die Bedeutung von instrumentellen Institutionen zuordnen. Aus den vorgegebenen Zweck/Mittel-Relationen entwickeln sich bestimmte typische Handlungsmuster, die selbst über die Handlungen der Sachnutzung hinaus (vgl. die gesellschaftlichen Auswirkungen der industriellen Technologie) für die Sozial- und Raumstruktur Bedeutung erhalten. Primär wäre bei diesem Aspekt der Erweiterung immer davon auszugehen, Artefakte als «Gussformen, in die wir unsere Handlungen giessen müssen» (Durkheim 1961, 126) zu betrachten und sie in dieser Perspektive als raumstrukturierendpe und handlungsleitende Sachverhalte zu analysieren.

Diese ersten zwei Erweiterungsvorschläge sollen aber nicht die Vermutung aufkommen lassen, dass Artefakte nur im rationalen Sinne für zweckmässige Handlungsabläufe sinnorientierend sein können. Artefakte und Dinge im allgemeinen, können auch mit symbolischen Sinnbezügen belegt sein und so für Handlungen einen, insbesondere im Rahmen der komplexen urbanen Lebensform, wichtigen Orientierungsgehalt aufweisen (vgl. Siewert 1972, 145f.). Damit ist die Bedeutung der symbolischen Bezüge zur Stadt als Bedingung des Handelns angesprochen. Der Prozess, in dem die «materielle Umwelt zum Symbolträger sozialer Beziehungen wird» (Siewert 1972, 147) wurde in der Zeit nach Pareto, Simmel und Halbwachs insbesondere durch die Arbeiten von Treinen wieder zum Thema neuerer Theoriediskussion. Simmel (1908, 635f.) wies bereits darauf hin, dass Orte deshalb viel grössere assoziative Kräfte entfalten können als Zeitpunkte, weil sie das sinnlich Anschaulichere sind. Dieser Gedanke wurde dann in der französischen Sozialmorphologie von M. Halbwachs (1967) aufgegriffen, der ihn zur Folgerung führte, dass «die stabile äussere Form der Stadt als gemeinsame Erinnerung aller Stadtbewohner ein verbindliches Element bedeute» und damit einen Hinweis lieferte, wie als Raum empfundene Sachverhalte im Handlungsentwurf von Bedeutung sein könnten. Treinen (1965) schliesslich befasste sich stärker mit dem Prozess, mit dem Gegenständen symbolische Bedeutung übertragen wird. Er zeigt in empirischer Aufarbeitung der These Paretos (1917, 555ff), dass, falls Handlungen wiederholt in gleichen Situationszusammenhängen stattfinden, bzw. eine Persistenz der Beziehungen eines Menschen mit andern und mit Orten gegeben ist, soziale und örtliche (materielle) Merkmale unauflöslich miteinander verbunden werden. Die Örtlichkeit, bzw. ihre Benennung kann so zum Symbol für Handlungen werden und zu späteren Zeitpunkten zu Orientierungselementen für neue Handlungen Bedeutung erlangen: Als handlungsintegrative Elemente beim sog. Heimatgefühl oder als normative Komponente derart, dass bspw. nichtreligiöse Handlungen an sakralen Stätten mit negativen Sanktionen belegt werden können.

Wenn sich die sozialgeographische Stadtforschung nur für die materiellen Eigenschaften und Typen der bebauten Umwelt interessiert, oder diese nur als Reizpalette räumlichen Reaktionsverhaltens versteht, dann blickt sie an der sozialen Bedeutung des materialen Bereichs für die Handlungen ihrer Bewohner vorbei. Denn jede zutreffende Beschreibung und Erklärung gesellschaftlich relevanter Sachverhalte (und zu denen kann wohl auch der Basisbereich der Sozialgeographie gerechnet werden) setzt zunächst eine theoretische Durchdringung menschlicher Aktivität voraus (vgl. Schütz/Parsons 1977, 26ff); auf dieser handlungstheoretischen Durchdringung aufbauend, sollen dann die empirischen Studien die Bedingungen und Mittel des Handelns im immaterialen und materialen Bereich für die jeweiligen Aktoren differenzieren, die immanenten Zweck/Mittel-Relationen von Artefakten aufdecken und in die entsprechenden Handlungskontexte stellen und schliesslich sollten sie auch den symbolischen Sinngehalt räumlicher Umgebung als Faktor der Sinnorientierung aufarbeiten.

Mit welchen Methoden und empirischen Techniken ist das zu erreichen?

Methodologische Probleme handlungstheoretischer Stadtforschung in der Sozialgeographie

In der kurzen Besprechung des (PS) in Abschnitt 3 zur Methodologie verhaltens- und handlungsorientierter Ansätze sollte gezeigt werden, dass sich handlungsorientierte Methodologie nicht wie subsumptionstheoretische Erklärung auf objektiv kontrollierbare Sinnesdaten der direkten Beobachtung beziehen kann, weil aus ihnen allein die Absichten, die Ziele und Zwecke des Handelnden nicht erschlossen werden können, sondern nur sich hinreichend bedingende und determinierende Ursache-Wirkungs-Muster. Für den (PS) stellt sich aber die entscheidende Frage darin, wie «auf empirisch überprüfbarem Wege die Prämissen und die Konklusion in ihrer (dem Sinn des Handelnden entsprechenden) Wahrheit zu begründen sind» (Schwemmer 1979, 22). Der (PS) verlangt also nicht nach Techniken der Beobachtung naturwissenschaftlicher Praxis, sondern nach «methodischen Regeln der Handlungsdeutung» (Schwemmer 1979, 36) im Rahmen eines interpretativen Paradigmas (vgl. Wilson 1973, 54ff), mit dem Intentionalität auf intersubjektiv kontrollierbare Art empirisch nachgewiesen werden kann.
Welche Methodik erlaubt dies?
Man könnte nun leicht der Auffassung sein, man brauche nichts anderes zu tun, als die Handelnden selbst nach ihren Absichten zu fragen, also die Befragung für die angebrachte Technik zu halten, um Intentionen, Einstellungen und Meinungen von Handelnden wissenschaftlich erfassen zu können. Dazu werden aber von vielen Methodologen erhebliche Bedenken angemeldet und die Auffassung, dass Befragungsergebnisse eine verlässliche Darstellung von Intentionen ermöglichen, mit starken Zweifeln belegt. V. Wright (1974, 107f.) weist provokativ darauf hin, dass es keineswegs gewiss ist, «dass ich selbst (bzw. die befragte Person) der beste Kenner meiner eigenen Intentionen bin». Zudem kann der Befrager nie volle Gewissheit haben, dass ihm der Antwortende die Wahrheit sagt, und dass die befragte Person ihre Einstellung zu einem späteren Zeitpunkt und an einem anderen Ort auch in ein entsprechendes Handeln umsetzt. Die befragte Person kann ihre Absicht ändern oder auch ganz einfach vergessen. Diese hier nur kurz angedeuteten, aber offensichtlichen Mängel der Datenbasis der Befragung sind so grundlegender Art, dass sie wohl durch keine statistischen, informatischen oder technischen Kraftübungen (vgl. Holm 1976) auszugleichen sind. Mühlich (1978, 103ff) weist ferner darauf hin, dass der Befragte über die Frageformulierung von vorneherein in einen Argumentationskontext gesetzt wird, der eine selbständige Äusserung über die eigenen Absichten und Einstellungen, wenn auch nicht ausschliesst, so doch erheblich einengt (vgl. Cicourel 1974, 110ff).
Die Autoren, die die Befragung als technische Mittel zur empirischen Erschliessung von Intentionen ablehnen, können allerdings noch keine ausgearbeiteten Alternativen anbieten, deuten aber wenigstens die Richtung an, in der sie die Ausarbeitung adäquater empirischer Verfahren für möglich halten. Als Voraussetzung zur Entwicklung einer handlungstheoretisch integrierbaren Methodik gilt es, menschliches Handeln als eine symbolische Geste aufzufassen, deren Prozess der Sinnorientierung und deren Bedeutung es durch den Forscher zu (re-)konstruieren bzw. zu dekodieren gilt. Dazu ist aber ein entsprechender Schlüssel notwendig, d.h. es gilt den objektiven sozialen Sinn zu erkennen, an dem sich der Handelnde für sein Tun in der Gesellschaft orientiert. Wer also Handlungen eines andern auf kontrollierbare und wahre Art und Weise interpretieren will, sollte die «intentionsvermittelnden» Institutionen kennen, deren Ausdruck das zu erforschende Handeln ist; der Interpretierende sollte demzufolge über die Lebensform, der sich ein Aktor zurechnet, in wissenschaftlicher Terminologie Bescheid wissen, so dass Handlungsunregelmässigkeiten in ihrem sozial-kulturellen Kontext möglichst eindeutig begründet werden können. Aus diesen Kenntnissen können dann hypothetische Sätze formuliert werden, die es plausibel machen können «dass (A) q herbeiführen kann, und dass er weiss, dass er zu diesem Zweck a tun muss» (v. Wright 1974, 105).
Die hier erwähnten Methodologen äussern

sich also nicht dazu, mit welchen empirischen Forschungstechniken die entsprechenden Daten zu erheben sind. Mittelstrass' (1974, 29ff) Ausführungen weisen aber darauf hin, dass das praktische Erleben von Handlungskontexten zum empirischen Prinzip werden sollte. Diese Anregung kann so verstanden werden, dass die «teilnehmende Beobachtung» und u.U. die sogenannte «biographische Methode», die in Anthropologie und Ethnologie eine längere Tradition aufweisen, zumindest bis zur Entwicklung besserer Techniken, als sinnvolle Instrumente betrachtet werden können, um Handlungsregelmässigkeiten und ihre entsprechenden Ziele/Zwecke zu ergründen. Der Vorschlag von A. Touraine (1980), die Technik der «intervention sociologique», stellt eine Art engagierte teilnehmende Beobachtung, mit einem grösstmöglichen Partizipationsgrad (vgl. Atteslander 1975, 150ff) dar. Es geht bei diesem Vorgehen darum, aus grösseren sozialen Gruppen (bei Touraine insbesondere solche, die sich in gesellschaftlichen Konfliktsituationen befinden, wie etwa die aus unteren Schichten) Kleingruppen zu bilden und mit ihnen alle möglichen Handlungsstrategien durchzusprechen, die zur Verbesserung ihrer Lage, im weitesten Sinne, führen können. Auf diese Weise sollen ihre Ziele auf intersubjektiv kontrollierbare Weise erkannt werden, ihre Bedingungen des Handelns erlebt und die Mittel für das praktische Vorgehen erarbeitet werden. Wenn mit Touraines Vorschlag noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt worden sind, um mehr als eine oberflächliche Beurteilung zu ermöglichen, zeigt er aber trotz allem eine Möglichkeit engagierter handlungstheoretischer Sozialgeographie v.a. auch im Stadtbereich auf, denn er kann natürlich auf andere soziale Gruppen ebenso angewendet werden: z.B. auf solche, die sich mit den eigenen Lebensbedingungen in Stadtquartieren auseinandersetzen, auf zu integrierende Flüchtlinge usw.

Folgerungen

Es dürfte klar geworden sein, dass handlungstheoretische Stadtforschung *nicht* beabsichtigt, *kausalistische* Gesetzmässigkeiten aufzustellen, mit denen menschliches Tun vorhersagbar wird. Ihre besonderen Aufgaben im empirischen Bereich sieht sie in der alltagsorientierten *Lebensraumanalyse* sowie in der theoriegeleiteten und im Sinne der Benutzer intentionsgerechten *Lebensraumgestaltung*. Sie könnte u.U. so darauf aufmerksam machen, dass auch in urbanen Lebensräumen, im privaten wie im öffentlichen Bereich, Flächen mit Möglichkeiten zur freien Intentionsverwirklichung offengelassen werden sollten; etwa in dem Sinne, wie Le Roy (1978) fordert, dass Stadtbewohner die Möglichkeit bekommen sollten, wenigstens kleinere Teile ihrer Umwelt nach ihrem Belieben immer wieder neu zu gestalten. Dies würde zunächst voraussetzen, bebaute Umwelt und die übrigen Artefakte im Rahmen der Stadtplanung *nicht nur* unter dem Gesichtspunkt des ökonomisch Optimalen und Funktionalen zu betrachten und sie aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Analyse nicht als tote Masse zu sehen, sondern in ihrer Bedeutung für die Sozialstruktur und das lebenspraktische Handeln.

Literatur

Anscombe, G.E.M. 1957: Intention. Blackwell, Oxford.

Atteslander, P. 1975: Methoden der empirischen Sozialforschung. De Gruyter, Berlin.

Atteslander, P., Hamm, B. (Hrsg.) 1974: Materialien zur Siedlungssoziologie. Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin.

Bahrenberg, G. 1979: Von der Anthropogeographie zur Regionalforschung – eine Zwischenbilanz. In: Sedlacek, P. (Hrsg.): Zur Situation der deutschen Geographie zehn Jahre nach Kiel. Selbstverlag, Osnabrück.

Bartels, D. 1968: Zur wissenschaftstheoretischen Grundlegung einer Geographie des Menschen. Steiner, Wiesbaden.

Bartels, D. 1970: Einleitung. In: Bartels, D. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialgeographie, Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin.

Bartels, D. 1978: Raumwissenschaftliche Aspekte sozialer Disparitäten. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Band 120, 2 1978, 227–42.

Beckermann, A. (Hrsg.) 1977: Handlungserklärungen. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Carter, H. 1980: Einführung in die Stadtgeographie. Bornträger, Berlin und Stuttgart.

Cicourel, A. 1974: Methode und Messung in der Soziologie. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Durkheim, E. 1961: Die Regeln der soziologischen Methode. Luchterhand, Neuwied und Berlin.

Eisel, U. 1980: Die Entwicklung der Anthropogeographie von einer «Raumwissenschaft» zur Gesellschaftswissenschaft. Gesamthochschulbibliothek, Kassel.
Esser, H., Klenovits, K., Zehnpfennig, H. 1977: Wissenschaftstheorie. Teubner, Stuttgart.
Girndt, H. 1967: Das soziale Handeln als Grundkategorie erfahrungswissenschaftlicher Soziologie. Mohr und Siebeck, Tübingen.
Gold, J.R. 1980: An Introduction to Behavioural Geography. Oxford University Press, Oxford.
Graumann, C.F. 1980: Verhalten und Handeln - Probleme einer Unterscheidung. In: Schluchter, W. (Hrsg.): Verhalten und System. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Habermas, J. 1970: Zur Logik der Sozialwissenschaften. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Halbwachs, M. 1967: Das kollektive Gedächtnis. Enke, Stuttgart.
Hard, G. 1973: Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung. De Gruyter, Berlin und New York.
Hard, G. 1981: Problemwahrnehmung in der Stadt. Studien zum Thema Umweltwahrnehmung. Selbstverlag, Osnabrück.
Höllhuber, D. 1981: Rezension von Gold (1980). In: Geographische Zeitschrift, 1981, Heft 3, 235f.
Holm, K. (Hrsg.) 1975-79: Die Befragung. 6 Bde. Francke, München.
Lenk, H. (Hrsg.) 1978 und 1979: Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd. II, 1 u. 2. Fink, München.
Le Roy, L. 1978: Natur ausschalten - Natur einschalten. Klett, Stuttgart.
Linde, H. 1972: Sachdominanz in Sozialstrukturen. Mohr und Siebeck, Tübingen.
Meggle, G. (Hrsg.) 1977: Handlungsbeschreibungen. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Mittelstrass, J. 1974: Die Möglichkeit von Wissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Mittelstrass, J. (Hrsg.) 1979: Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Mühlich, E. 1978: Die Forschung zum Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten. In: Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): Stadtökologie. Dokumentation Sauer AG, München.
Pareto, V. 1917: Traité de sociologie générale. Boven, Lausanne und Paris.
Prim, R., Tilmann, H. 1979: Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft. Quelle und Meyer, Heidelberg.
Rickert, H. 1929: Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung. Mohr und Siebeck, Tübingen.
Schneider, H.J. 1979: Zum Begriff der Ursache in den Sozialwissenschaften. In: Mittelstrass (Hrsg.): Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Schütz, A., Parsons, T. 1977: Zur Theorie sozialen Handelns. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Schwemmer, O. 1979: Verstehen als Methode. Vorüberlegungen zu einer Theorie der Handlungsdeutung. In: Mittelstrass, J. (Hrsg.): Methodenprobleme der Wissenschaften - vom gesellschaftlichen Handeln. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
Sedlacek, P. (Hrsg.) 1982: Kultur-/Sozialgeographie. Schöningh, Paderborn.
Sedlacek, P. 1982: Kulturgeographie als normative Handlungswissenschaft. In: Sedlacek, P. (Hrsg.): Kultur-/Sozialgeographie. Schönigh, Paderborn.
Siewert, H.J. 1974: Bestimmt die bebaute Umwelt das soziale Verhalten? In: Bürger im Staat, 1974, Heft 2, 144-48.
Spinner, H. 1973: Science without Reduction. Inquiry, 1973, Heft 1, 16-94.
Stegmüller, W. 1975: Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie. Bd. II. Kröner, Stuttgart.
Touraine, A. 1980: La méthode de la sociologie de l'action: L'intervention sociologique. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1980, Heft 1, 321-334.
Treinen, H. 1974: Symbolische Ortsbezogenheit. In: Atteslander, P., Hamm, B. (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin.
Vetter, F. 1980: Aktuelle Tendenzen in der kontinentaleuropäischen Stadtgeographie. In: Carter, H.: Einführung in die Stadtgeographie. Bornträger, Berlin und Stuttgart.
Wann, T.W. 1964: Behaviorism and Phenomenology. The University of Chicago Press, Chicago.
Watson, J.B. 1968: Behaviorismus. Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin.
Weber, M. 1951: Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie. In: Weber, M.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Mohr und Siebeck, Tübingen.
Weber, M. 1980: Wirtschaft- und Gesellschaft. Mohr und Siebeck, Tübingen.
Wilson, Th.P. 1973: Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg.
Wirth, E. 1979: Theoretische Geographie. Teubner, Stuttgart.
Wirth, E. 1981: Kritische Anmerkungen zu den wahrnehmenszentrierten Forschungsansätzen in der Geographie. Geographische Zeitschrift, 1981, Heft 3, 161-198.
Wright, G.H.v. 1974: Erklären und Verstehen. Athenäum, Frankfurt a.M.
Wright, G.H.v. 1980: Freedom and Determination. North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

Anschrift des Autors:

Ass. lic. phil. Benno Werlen
Geographisches Institut der Universität Fribourg
Pérolles
1700 Fribourg